

Volkspartei SPD?



Michael Vester
Das Fiasko
der „neuen Mitte“

**Interview mit
Franz Walter**
Die Zeit der Volkspartei
„SPD“ ist vorbei!

**Hans-Joachim
Schabedoth**
Sieben Jahre Rot-Grün
– Gratwanderung
zwischen Wollen und
Können

Dieter Rehfeld
Neujustierung der
Strukturpolitik

Im **Forum DL21**
schreiben u.a.
Lale Akgün, Christof
Strässer, Ulrich Kelber,
Rolf Mützenich und
Niels Annen

Von Horst Peter

Ist es Zufall oder war es beabsichtigt, dass die Endphase des durch Kanzlerentscheid herbei geführten Bundestagswahlkampfes und das Hochamt der sozialen Klasse der deutschen Autofahrer, die Internationale Automobilausstellung, zeitlich zusammen fielen? Automobilausstellung und Autokanzler in der Vertrauensabstimmung – allein die Frage zu stellen heißt, sie durchaus für real zu halten.

Wenn der neoliberale Kapitalismus danach trachtet, sich alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche zu unterwerfen, wieso sollen dann ausgerechnet Wahlen davon ausgenommen bleiben? Wieso soll der Wähler als Citoyen akzeptiert werden, wenn für alle anderen Bereiche der „homo oeconomicus“, der sein Handeln nur nach dem individuellen ökonomischen Vorteil ausrichtenden Mensch, als Leitbild gilt? Daraus ergibt sich die zentrale These: Wählen heißt unter den Bedingungen des neoliberalen Hauptstroms, die Wähler als Kunden der ihre Produkte anpreisenden Parteien zur Kaufentscheidung zu verführen. Alle Parteien haben sich dieser Bedingung unterworfen, selbst die Linkspartei ordnet sich – wenn auch in anderer Rolle – in die Funktionsweise des Wählermarktes ein: Das Wahlprogramm ist der Warenkatalog, die Spitzenkandidaten stehen wie die Stars der Eventgesellschaft selbst als Produkte zur Wahl, die Wahlkämpfer sind die Verkäufer, talk-shows, Elefantenrunden der Spitzenkandidaten sind die Verkaufsmessen. Meinungsforschungsinstitute (besser: Marktforschungsinstitute), Wissenschaftler des neoliberalen Mainstreams, Journalisten der Leitmedien sind ein Kartell von „Politikflüsterern“, das in allen Parteien wirkt. Werner Rügemer (sein Buch wird in dieser Ausgabe der spw rezensiert) nennt sie die „Globale Privatarmee des neoliberalen Kapitalismus“. Eine Bestätigung der zentralen These liefert ein Blick in die Werbeseiten der Zeitungen und Zeitschriften. Paradigmatisch: Von Ryanair dem Kanzler in den Mund gelegt „Ich find’ jeder sollte für niedrigere Ryanair-Preise stimmen“. Produktwerbung und Wahlwerbung ist hier kaum noch unterscheidbar.

Allein die Frankfurter Rundschau klagt „wider die herrschende Leere“ des Wahlkampfes – macht aber damit zugleich Werbung für das von den FR-Redakteuren Wolfgang Storz und Stephan Hebel mit herausgegebene „Buch zur Wahl“ unter dem selben Titel.

Kurzum: Die Faszination Auto und Autokanzler, der die IAA mit der Botschaft eröffnete, er sei Garant dafür mit den hohen Spritpreisen fertig zu werden, stehen paradigmatisch für die Vermarktlichung der Wahlen. Übrigens – Angela Merkel versuchte wenigstens noch, die Schlusskundgebung auf dem Gelände der IAA zu zelebrieren.

Wieso hat trotz des genialen Inszenierers rot-grün letztlich die Regierungsfähigkeit verloren? Widerspricht das nicht offensichtlich den Marktgesetzen?

Wenn der Wahlkampf den Marktgesetzen unterworfen wird, muss das auch auf die Wahlanalyse angewendet werden. Bei den Produkten Schröder, Merkel, Fischer und Westerwelle schnitt zwar Merkel trotz Gegensteuerns der Medien am schlechtesten ab, aber Fischer und Westerwelle gelang es mit Zweitstimmenkampagnen ihre Kunden zu erreichen.

Das Marke SPD hat das große Manko, dass die Produktlinie „Agenda 2010“ aus Stammkunden enttäuschte Verbraucher in Millionenhöhe gemacht hat, die deshalb dem bisherigen Marktführer SPD nicht glaubten und die Linkspartei aus Protest wählten. Die Marke CDU/CSU hatte das Manko, dass Kirchhoffs Steuermodell einerseits die Kunden dem propagierten Gerechtigkeitsausspruch misstrauen ließ, andererseits die voraussichtlichen Nutznießer zur Marke FDP trieb. Die ökologisch orientierten Kunden wählten grün, weil sie die ökologische Orientierung bei der Marke SPD vermissten.

Kurzum: Die Deutschen als Volk von Autofans verhalten sich, wenn sie als Kunden ausgesprochen werden, auch wie Autokäufer: sie entscheiden sich für nicht nur für ein Produkt, das ihnen gefällt, sondern das auch fährt und dessen Hersteller nicht ständig Rückrufaktionen starten muss, weil das Auto fehlerhaft ist.

*

Für die Linke stellt sich nach dieser Wahl die eine konkrete Aufgabe: Wie werden in der Zukunft aus Kunden, die auf den kurzfristigen ökonomischen Vorteil und die Verpackung der Ware getrimmt sind, wieder Wähler, die ihre Interessen artikulieren und politisch zu unterscheiden wissen?

Daraus leiten sich zwei Unterfragen ab. Die Frage nach der künftigen Koalition ist dabei nicht die wichtigste Frage. Wichtiger ist, wie wird die Herrschaft des Kartells der Produktmanager aus Wissenschaftlern des neoliberalen Mainstreams, der Meinungsforschungsinstitute und Leitmedien gebrochen? Diese bestimmen, welche Produktlinien angeblich Marktchancen haben. Damit entmachten sie politische Parteien und Parlamente. Genauso wichtig ist die Frage: Wie werden die Menschen ermutigt, eigene Forderungen zu entwickeln und zu artikulieren und welche Rolle spielt dabei die Linke? Die alte Forderung lautet: aus der Kritik der alten Welt eine neue entwickeln ohne das Bewährte aufzugeben. Das heißt: wie wird unter den Bedingungen der Globalisierung Gerechtigkeit, „Bewahrung der Umwelt“ als Bedingung der ökonomischen Entwicklung und Beteiligung der Menschen zusammen gebracht? Dabei fällt es der traditionellen Linken weiterhin schwer, die Naturfrage strategisch zu integrieren. Genauso schwer tut sie sich, Formen direkter Demokratie zu akzeptieren.

Kurzum: Gelingt es der Linken nicht, den ökologischen, sozialen und demokratischen Gleichklang zu erzeugen, hat linke Politik machtpolitisch schlechte Chancen und wird damit auch das Ziel, als Kunden wieder Wähler zu machen, nicht erreichen.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Mobbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rospel (Hagen)
 Thomas Sauer (Möln)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zacherl (Apensee)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Banscheraus
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 34,-

(bei Bankinzug Euro 32,-)

Auslandsabonnement Euro 37,-

Abbestellungen mit einer Frist

von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und

Zuschriften. Wenn möglich, sollen

Manuskripte per E-mail oder auf einer

MS-DOS/Windows-formatierten Diskette

mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2005.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nofte-Druck Iserfohn

1-2. Tausend, Oktober 2005

KurzUm	2
<i>Niels Annen</i>	
Die Bundestagwahl hat Deutschland verändert	4
<i>Andrea Nahles</i>	
Mehrheit für soziale Gerechtigkeit	5
Wir stehen für soziale Demokratie! „rot pur“ - eine Initiative von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD	6
<i>Christoph Strässer</i>	
Datenschutz in Zeiten des internationalen Terrorismus	8
<i>Ulrich Kelber</i>	
Klimaschutz: Ein Wettlauf mit der Zeit	9
<i>Rolf Mützenich</i>	
Bundeswehr muss Parlamentsheer bleiben	10
<i>Lale Akgün</i>	
Die EU kann viel gewinnen!	11

VOLKSPARTEI SPD?

<i>Björn Böhning, Reinhold Rünker, Joachim Schuster</i>	
Einleitung zum Schwerpunkt	12
<i>Michael Vester</i>	
Das Fiasko der ‚neuen Mitte‘	14
<i>Interview mit Franz Walter</i>	
Die Zeit der Volkspartei „SPD“ ist vorbei!	20
<i>Hans-Joachim Schabedoth</i>	
Sieben Jahre Rot-Grün – Gratwanderung zwischen Wollen und Können	24
<i>Stefan Bliemel</i>	
Der Tragödie erster Teil?	
Die SPD als linke Volkspartei und ihr Verhältnis zur Linkspartei.PDS	28
<i>Michael Schmidt</i>	
10 Thesen zur Notwendigkeit einer Neuorientierung der SPD	30
<i>Horst Heimann</i>	
Damit die SPD wieder „bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirke“!!!	35
<i>Wolf Kutzer</i>	
Der Tanker SPD – Und er bewegt sich doch?	39

INTERNATIONALE POLITIK

<i>Alexander Neu</i>	
UN-Reform auf dem Prüfstand	42

THEORIE & STRATEGIE

<i>Conrad Schuhler</i>	
Die Globalisierungsstrategie der deutschen Wirtschaft am Beispiel der Telekom	45
<i>Benjamin-Immanuel Hoff, Horst Kahrs und Gerry Woop</i>	
Aspekte eines linken Crossover-Diskurses	49
<i>Dieter Rehfeld</i>	
Perspektiven des Clusteransatzes	52
Rez.: Hermann Scheer: Energieautonomie (Jürgen Meier)	56
Rez.: Renate Hürtgen: Vertrauensleute im DDR-Betrieb (Renate Meyer-Braun)	57
Rez.: Werner Rügemeier: Die Berater – Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft (Horst Peter)	57
Rez.: Ingo Bode: Dynamik organisierter Beschäftigungsförderung (Hanno Lützenkirchen)	59

Die Bundestagswahl hat Deutschland verändert

Entgegen aller Erwartungen ist die Bundesrepublik nach Links gerückt.

Von Niels Annen

Für Merkels Politik gibt es in Deutschland keine Mehrheit. Die Wahlniederlage der Union ist auch eine Niederlage für die unsägliche Koalition aus Wissenschaftlern, Journalisten, professionellen Schlechtednern und den Strippenziehern der Entstaatlichungskampagne der letzten Jahre. Angela Merkel und die Union haben das Trommelfeuer der gut bestellten neoliberalen Lobbyisten aus Berlin mit der gesellschaftlichen Realität verwechselt. Hierfür hat sie bei den Wahlen die Quittung bekommen. Willy Brandt sprach immer von einer Mehrheit „links der Mitte“. Heute ist diese Mehrheit Realität – auch wenn sie noch keine parlamentarische Mehrheit im Bundestag hat. Aus diesem Grunde dürfen wir nicht zulassen, dass der Wählerwille ignoriert wird. Nicht zuletzt wird es die Aufgabe der Linken in der SPD sein, in einer möglichen Großen Koalition dafür zu sorgen, dass auch nicht auf Umwegen die gescheiterten marktradikalen Konzepte der Union umgesetzt werden.

Wenn wir den Blick auf die Zeit vor der Wahl richten, dann können wir konstatieren: Die SPD hat in einer ungeheueren Aufholjagd eine von vielen prognostizierte, vernichtende Wahlniederlage vermieden. Maßgeblich hierfür waren drei Gründe:

- Unbestritten ist der beeindruckende Einsatz des Bundeskanzlers im Wahlkampf, der insbesondere nach dem gewonnenen TV-Duell noch einmal alle Kräfte in der SPD mobilisiert hat.
- Das Wahlmanifest, das die tief verunsicherte Partei programmatisch geeint hat.
- Die Mobilisierung der Partei auf allen Ebenen, zu der ein entsprechend konzipierter Wahlkampf aus der KAMPA beigetragen hat.

Dieser Wahlkampf ist nicht zuletzt auf der Straße entschieden worden. Die alte Volkspartei SPD hat mit einer enormen Kraftanstrengung noch einmal alle Ressourcen mo-

bilisiert und im Dialog mit neuem Selbstvertrauen überzeugen können.

Aus meiner Sicht gehören die drei genannten Punkte zusammen, sie lassen sich nicht isoliert betrachten. Die SPD muss deshalb sehr genau analysieren, welche Politik am Ende erstens die Partei und zweitens die Menschen für uns mobilisiert hat. Denn soviel ist auch klar: Es gibt bei aller Freude über das Ergebnis keinen Anlass zum Jubeln. Beide Volksparteien, SPD und CDU stehen vor der Herausforderung ihren Charakter nicht zu verlieren. Die SPD hat dabei in diesem Wahlkampf den ersten Schritt in Richtung einer neuen Legitimation als Volkspartei gemacht, während es sich bei der Union genau umgekehrt verhält. Mit dem Leipziger Parteitag der CDU haben sich die Christdemokraten immer mehr von ihren Ursprüngen als sozialer Volkspartei verabschiedet. Frau Merkel hat den Kern der CDU entweder nicht verstanden, oder sich bewusst von ihm abgewandt. Die Folgen sind bei der Bundestagswahl sichtbar geworden.

Dennoch kann sich die Sozialdemokratie nicht zurücklehnen. Die klare Entscheidung der Wählerinnen und Wähler gegen die marktradikalen Staatsverächter ist aber auch ein klares Signal an die SPD. Egal welche Koalition am Ende das Land regieren wird, für die Sozialdemokratie wird es eine schwere Zeit werden. Rotgrün hat keine Mehrheit mehr und in jedem Fall drohen jetzt harte und schwierige Entscheidungen. Deshalb ist es jetzt umso wichtiger die Ansätze aus unserem Wahlmanifest weiterzuentwickeln. Die Enttäuschung über die Gerechtigkeitslücke der Agenda 2010 und die Mängel der rotgrünen Wirtschaftspolitik wiegen schwer und haben Konsequenzen: Mit der Linkspartei zieht eine neue Formation links von der SPD in den Bundestag ein. Wie sich diese Partei entwickeln wird ist heute nicht seriös vorherzusagen. In jedem Fall müssen wir Sozialdemokraten uns auf

Foto: www.spdfraktion.de



Niels Annen

das neue Fünfparteien-System einstellen. Die SPD steht seit dem 18.9. auch parlamentarisch im Wettbewerb mit der Linkspartei um ein soziales Profil.

Die Menschen haben Gerhard Schröder gewählt, weil er im Kontrast zur Union für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit stand. Von technologischen Modernisierern, auch aus unserer Partei, haben die Menschen genug. Unsere Chance, in diesem Fünfparteiensystem zu bestehen und dauerhaft neue Stärke zu beziehen ist dann gegeben, wenn wir realisierbare und finanzierbare Konzepte zum Erhalt des Sozialstaates entwickeln. Die Linke hat die Aufgabe hierfür die wichtigsten Punkte des noch einmal zu präzisieren und in den kommenden Tagen und Wochen in den Mittelpunkt der politischen Agenda zu rücken und zusammen mit Wissenschaft und Kultur die Debatten der Zukunft zu bestimmen.

Der vergangene Wahlkampf war ein ungemain politischer Wahlkampf. Die Menschen an den Infoständen waren nicht nur interessiert, sie waren auch informiert. Noch nie sind in einem Wahlkampf so viele Wahlprogramme verteilt und gelesen worden. Je länger der Wahlkampf dauerte, desto spezifischer wurden die Fragen, insbesondere zur Steuer- und zur Gesundheitspolitik. Die Menschen haben sich ihr eigenes Bild gemacht und sich nicht vorschreiben lassen, wie und was sie zu denken haben.

Diese Politisierung der Bürgerinnen und Bürger ist eine neue Chance für die Linke. Die Unterstützung durch so viele Menschen ist auch Verpflichtung. Eine Verpflichtung es bei diesen Koalitionsverhandlungen besser zu machen als im Jahre 2002. Die SPD muss jetzt zu ihrem Erfolg stehen und darf nicht erneut das in sie gesetzte Vertrauen leichtfertig verspielen. Die SPD muss für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit stehen und dafür in den Koalitionsverhandlungen auch einstehen.

Mehrheit für soziale Gerechtigkeit

Rede von Andrea Nahles auf der Tagung des Forum DL21 am 24.09.2005 in Berlin

Von Andrea Nahles



Andrea Nahles

Die Bundestagswahl am 18.9.2005 hat einige auf den ersten Blick paradoxe Ergebnisse gebracht:

- Die rot-grüne Regierung ist abgewählt worden, sie hat allein keine Mehrheit erzielen können.
- Nach 1998 und 2002 gab es zum dritten Mal keine Mehrheit für schwarz-gelb. Das von Merkel innerparteilich durchgesetzte, neoliberale Politikmodell ist klar abgewählt worden.
- Es gibt eine linke Mehrheit in der Bevölkerung, die zwar die Mehrheit der Sitze für linke Parteien gebracht hat, sich aber zur Zeit nicht in eine Regierungsmehrheit umsetzen lässt.

Damit zeigt das Wahlergebnis zweierlei: Erstens gibt es in der Gesellschaft eine Mehrheit für eine Modernisierung des Landes. Die dazu notwendigen Reformen müssen aber zweitens die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit wahren. Eine faktische Zerschlagung des Sozialstaates, wie er von der CDU und FDP propagiert wurde, lehnt die Mehrheit ab. Dies ist auch die Ursache für den Absturz von Merkel in der Wählergunst, der es trotz der für die CDU günstigen Ausgangsbedingungen nicht einmal gelungen ist, das schwache Ergebnis von Edmund Stoiber aus dem Jahr 2002 zu erreichen.

Es stellt sich nun die Frage, wie es angesichts der derzeit nicht auflösbaren Blockade zwischen den linken Parteien gelingen kann, die Mehrheit gegen Schwarz-gelb politisch zu verwerten?

Nach meiner Auffassung ist dies grundsätzlich möglich. Die Aufholjagd der SPD in den wenigen Wahlkampfwochen war nur möglich, in dem Schröder die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt seiner Argumentation gestellt hat. Zugute kam ihm dabei sicherlich der Professor aus Heidelberg, der die inhaltliche Richtungsentscheidung der CDU für einen strikt neoliberalen Kurs personifizierte. Dadurch war es möglich, die Al-

ternative ‚Umbau und Erhaltung des Sozialstaates‘ auf der einen Seite gegen ‚Abbau des Sozialstaates und eine Republik der sozialen Kälte‘ auf der anderen Seite zu stellen. Schröder ist es dabei zudem gelungen, eine Einheit von Programm und Person darzustellen. Sicherlich ist diese Re-Traditionalisierung in der Rhetorik von Schröder vor Wahlen nicht neu, aber eben unabhängig von den MOTIVEN wirksam. Mit diesem Wahlkampf hat die SPD Hoffnungen und Erwartungen in der Partei und in der Bevölkerung auf neuen Anfang nach Agenda 2010 geweckt. Wenn es gelingt, diese Einheit von dem im Wahlmanifest der SPD niedergelegten Programm und der Personen in die Verhandlungen mit der CDU einzubringen, bestehen durchaus Möglichkeiten, die Mehrheit in der Bevölkerung für soziale Gerechtigkeit zur Geltung auch politisch auf die Waage zu bringen. Erforderlich ist, dass die SPD klare politische Ziele benennt und hart durchverhandelt. Erforderlich ist, dass nicht diejenigen personell dominieren, die den Agenda 2010 – Kurs von Gerhard Schröder bruchlos mitgetragen haben, sondern SozialdemokratInnen, die das eigenständige Profil der SPD auch in einer Regierung sichtbar machen können.

Die Frage der Regierungsbildung darf jedoch grundlegende Weichenstellungen nicht ins Abseits befördern. Die Tatsache einer 5 Parteien-Konstellation muss aufgearbeitet werden. Wir brauchen dringend wieder eine stärkere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Und dabei muss sich die SPD ihrer nach wie vor starken Verankerung in den Gewerkschaften bewusst sein. 47 % der Gewerkschaftsmitglieder haben SPD gewählt und nur 11 % die Linkspartei/PDS. Tendenzen zur Fraktionierung durch die Linkspartei.PDS innerhalb der Gewerkschaften müssen in diesem Zusammenhang offen angegangen und dürfen nicht baga-

tellisiert werden. Eine Konkurrenz um die besseren Konzepte und die bessere Politik auch innerhalb der Linken ist legitim. Versuche der innerlinken Ausgrenzung können dagegen nicht hingenommen werden. Es ist notwendig, dann auch eine direkte Ansprache von „bekenennenden“ Sozialdemokraten zu organisieren. Die Partei muss den Dialog auf vielen Ebenen verstärken, gerade hier kommt der SPD-Linken inhaltlich wie personell eine Schlüsselrolle zu.

Der Kontakt der SPD in die kritische Wissenschaft hinein ist unterentwickelt. Die früher zahlreichen Verbindungen sind deutlich ausgedünnt. Will die Partei die Hegemoniefähigkeit in der Gesellschaft zurückerlangen, ist hier dringender Veränderungsbedarf. Das betrifft sowohl den Aufbau von Thinktanks und ihre Vernetzung, als auch die Neupositionierung der Friedrich-Ebert-Stiftung in diesem Kontext. Die FES muss viel stärker als bisher die Rolle eines Impulsgebers für die kritische Wissenschaft wahrnehmen, wie umgekehrt für eine Vermittlung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Politik hinein sorgen.

Ein weiteres Feld der Erneuerung ist die Organisationsentwicklung. Sicher, die Partei hat im Wahlkampf gezeigt, dass sie in der Lage ist, machtvoll und engagiert zu kämpfen. Gleichwohl sind auch in diesem Wahlkampf eklatante Schwächen der Organisation deutlich geworden, die im politischen Normalbetrieb ebenfalls hemmend wirken. Die Partei leistet sich eine Organisationsstruktur, die nicht zeitgemäß und in vielen Regionen faktisch nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Wir brauchen nicht die Einsetzung neuer Kommissionen zur Parteireform, die mehr oder weniger praktikable Reformvorschläge unterbreiten, sondern einen permanenten Prozess der Parteierneuerung. Die praktischen Erfahrungen in der Arbeit vor Ort verweisen darauf, dass die Kreisverbände und Unterbezirke als Drehscheiben zwischen den Ortsvereinen und der überregionalen Ebene eine größere Bedeutung erhalten sollten als bisher. Es darf nicht die Erwartung geweckt werden, wir könnten eine von oben gesteuerte Parteierneuerung durch-

setzen. Die Partei sollte lernen, die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen in der Organisation zu akzeptieren. Sie darf dabei aber nicht stehen bleiben.

In diesem Zusammenhang muss der Kommunalpolitik eine bedeutendere Rolle auch von der Linken in der SPD eingeräumt werden. Arbeit von unten nach oben gilt auch für die Inhalte.

Und nicht zuletzt ist auch eine programmatische Erneuerung, die sich nicht in der Grundsatzprogrammdebatte erschöpfen darf, unverzichtbar. Vordringlich sind meines Erachtens folgende Felder:

- Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist von herausgehobener Bedeutung. Die programmatischen Vorstellungen in der Partei sind dazu jedoch unzureichend. Insofern bedarf es einer „Neuerfindung“ sozialdemokratischer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, wobei es gelingen muss, grundsätzliche Orientierungen mit kurzfristig wirksamen Maßnahmen zu verbinden.

- Politisches Bewusstsein der Bevölkerung orientiert sich häufig an ihrem direkten Lebensumfeld. Gleichzeitig schlagen sich die globalen Trends in vielen Fällen direkt vor Ort nieder. Insofern ist es eine wesentliche Aufgabe, Politik auch von unten nach oben zu entwickeln. Es geht darum, Kommunalpolitik zu politisieren. Die soziale und ökologische Stadt ist eine Konkretisierung eines neuen europäischen Gesellschaftsmodells.

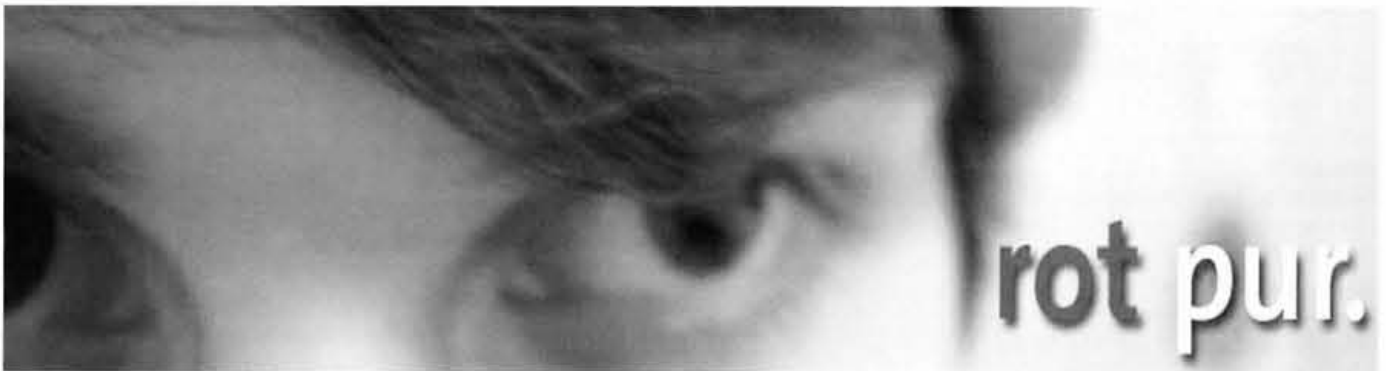
- Die europapolitische Programmatik der SPD ist modernisierungsbedürftig. Das Verhältnis von Erweiterung und Vertiefung sowie die Frage der Durchsetzung einer sozial orientierten Grundkonzeption anstelle der neoliberalen, weltmarktorientierten Ausrichtung der EU ist programmatisch bisher nicht zufriedenstellend gelöst.

- Der deutsche Sozialstaat ist reformbedürftig. Die bisherigen Debatten focussieren sich allerdings viel zu stark auf Finanzierungsfragen. Notwendig ist eine programmatische Offensive für einen qualitativen Umbau, um

Ineffizienzen der bestehenden Systeme zu beseitigen und die in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft geforderte Flexibilität der Menschen sozialstaatlich abzusichern. In den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen geht es darum, die politischen Folgerungen des Wahlergebnisses durchzusetzen. Eine bedingungslose Koalitionsbindung darf es nicht geben. Eine schlecht verhandelte große Koalition oder auch Ampel-Koalition würden dem Wahlergebnis widersprechen, der Partei erheblichen Schaden zufügen und die Gesellschaft spalten, statt soziale Gerechtigkeit zu stärken. Erneute Neuwahlen oder eine Minderheitenregierung wären denkbar, sind jedoch faktisch kein Ausweg, so dass sie zu einer massiven Vertrauenskrise in der Bevölkerung mit dem politischen System führen würden.

Es gilt so stark und selbstbewusst zu verhandeln, so wie wir es in den Monaten vor der Wahl geschafft haben, für unsere Positionen zu werben.

spw 5 / 2005



Wir stehen für soziale Demokratie!

„rot pur“ – eine Initiative von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD

Die SPD hat mit Gerhard Schröder an der Spitze gekämpft. Durch die Profilierung als Partei, die für mehr soziale Gerechtigkeit eintritt und die Demokratie stärken will, sind wir aus der Talsohle herausgekommen. Die Bundestagswahl war eine Richtungsentscheidung gegen marktradikale Ideologie und für Sozialstaatlichkeit und innere Reformen mit sozialer Balance.

Das wichtigste Ergebnis der Wahl ist: Die Menschen wollen keine andere Republik. Sie wollen die Werte Europas bewahren, dessen Kern die soziale Demokratie ist. Sie erwarten von uns, dass wir eine Reformpolitik durchsetzen, die nicht dem Irrglauben entfesselter Märkte anhängt. Die „Versöhnung“ von Neokonservativen und Neolibera-

len, die mit der Idee der sozialen Demokratie bricht und die Freiheit und die Chancen der Bürgerinnen und Bürger an die Privatökonomie koppelt, hat keine Mehrheit gefunden.

Gleichwohl hat die rot-grüne Regierung ihre Mehrheit verloren. Deshalb gibt es keinen Grund, die politische Lage zu beschönigen. Die SPD hat seit 2002 viele Wählerinnen und Wähler verloren. Die harten Auseinandersetzungen um die Agenda 2010, die Gerechtigkeitslücke und die fehlende wirtschaftliche Dynamik haben die Zustimmung zur SPD sinken lassen. Mit der Linkspartei hat eine Partei links von der SPD den Sprung in den Bundestag geschafft, die versucht, das ureigenste Feld der SPD – die Herstellung

von sozialer Gerechtigkeit – gegen die SPD und für sich zu besetzen.

Das bestimmende Thema des Wahlkampfes war soziale Gerechtigkeit. Das bestimmende Thema der neuen Regierung muss daher soziale Gerechtigkeit sein. Nicht die bedingungslose Unterordnung unter vermeintliche weltwirtschaftliche Sachzwänge und die internationale Wettbewerbsfähigkeit transnationaler Konzerne, sondern die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft unter den Bedingungen der Globalisierung und gesteigerten Flexibilität der Wirtschaft müssen die Leitlinien der neuen Regierungspolitik sein. Sozialdemokraten stehen für ein soziales, ökologisches und wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland, das

seinen Beitrag zu einer friedlichen Welt leistet.

Die Wahl hat unser Land in eine schwierige Lage für die Regierungsbildung gebracht. Entscheidend für die SPD-Linke ist, dass inhaltlich und personell eine Politik verfolgt wird, die sozialen Fortschritt möglich macht, die Gesellschaft zusammenhält und für eine gerechte und friedliche Weltordnung eintritt. Das Wahlmanifest der SPD hat dafür wichtige Eckpunkte vorgegeben.

Deshalb wollen wir:

- *eine beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik.* Zentrale Elemente einer solchen Politik sind eine makroökonomische Koordinierung in Europa mit dem Ziel der Beschäftigungsförderung, die Regulierung der internationalen Finanzmärkte, eine Harmonisierung der Steuern in Europa, eine Erhöhung der staatlichen Investitionsquote u.a. durch eine Stärkung der Finanzkraft der Kommunen.

- *die Handlungsfähigkeit des Staates wieder herstellen.* Die föderalen Strukturen müssen dringend modernisiert werden, damit die Ebenen des Staates sich nicht mehr gegenseitig blockieren. Einheitliche Rahmenbedingungen für die zentralen Politikfelder Bildung und Familien müssen sichergestellt werden.

- *die öffentlichen Güter sichern.* Ein leistungsfähiger Staat mit einer guten Infrastruktur und umfassender Vorsorge ist unverzichtbar für eine soziale Demokratie. Deshalb lehnen wir weitere Steuersenkungen – insbesondere im Unternehmensbereich – ab. Steuerschlupflöcher müssen konsequent geschlossen werden. Wir brauchen einen erkennbaren Beitrag der Starken zur Finanzierung des Staates

- *Investitionen in Bildung und Betreuung, Forschung und Entwicklung schnell und umfassend steigern.* Dazu gehören der Ausbau der Betreuungsangebote ab dem ersten

Lebensjahr, weitere schulische Ganztageseinrichtungen und die Erreichung des 3-Prozent-Ziels für Forschung und Entwicklung am Bruttosozialprodukt bis zum Jahr 2010.

- *die Weiterbildung zur vierten Säule der Bildung machen.* Wir müssen mehr Menschen die Chance auf Fort- und Weiterbildung eröffnen, indem wir Fördermöglichkeiten für Bildungsbenachteiligte schaffen und die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsgängen erhöhen.

- *die ökologische Modernisierung fortsetzen und verstärken.* Der Ausstieg aus der Atomkraft ist für uns eine unverzichtbare Voraussetzung für eine Energiewende. Mit unserer Strategie "weg vom Öl" wollen wir die Energieproduktivität auf mindestens 2,5 Prozent pro Jahr steigern und den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 25 Prozent bis zum Jahr 2020 erhöhen.

- *ein Bündnis von Arbeit und Umwelt durch eine Effizienzrevolution bei der Nutzung der Rohstoffe.* Wir wollen zum Beispiel durch die energetische Sanierung der Gebäude Ressourcen und Kilowattstunden durch Arbeit und Technik ersetzen.

- *die Arbeitnehmerrechte stärken.* Dazu gehören Mindestlöhne, das Entsenderecht erweitern und die Mitbestimmung stärken. Eine Lockerung des Kündigungsschutzes lehnen wir ab. Die Dienstleistungsrichtlinie muss grundlegend überarbeitet werden. Die Rechte der Gewerkschaften müssen gesichert bleiben.

- *zu einer Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege kommen,* um solidarische Leistungen zu erhalten, statt Zweiklassensysteme zuzulassen. Dabei setzen wir insbesondere auf einen aktiven und vorsorgenden Sozialstaat, Prävention und solidarische Sicherungssysteme.

- *die Familien stärken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Krippenplätzen,*

Betreuungsangeboten und materieller Absicherung fördern.

- *die Frauenerwerbsquote auf über 60 Prozent steigern* und gesetzlich einen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen und gleiche Karrierechancen ermöglichen.

- *die Modernisierung der Berufsausbildung fortsetzen* und allen Jugendlichen unter 25 Jahre einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zur Verfügung stellen. Wir wollen die Studienquote anheben. Dafür brauchen wir ein starkes BAföG und lehnen Studiengebühren ab.

- *eine offene und liberale Gesellschaft bewahren,* in der die Menschen nicht diskriminiert werden und rechtstaatliche Prinzipien – auch bei der Bekämpfung des Terrorismus beachtet. Dazu brauchen wir ein modernes Zuwanderungsrecht und ein fortschrittliches Antidiskriminierungsgesetz.

- *Kultur als Staatsziel verankern.* Eine aktive und kreative Kultur ist das Lebenselixier der Demokratie und für die Humanität unserer Gesellschaft. Wir unterstützen eine kritische Öffentlichkeit gegen die Vermachtung der Medien.

- *die Demokratisierung der EU und eine Reform ihrer Institutionen.* Die Zusammenarbeit in Europa muss vertieft werden, als Basis der Friedenspolitik und um eine soziale Selbstbehauptung Europas in der Globalisierung zu erreichen. Die Institutionen der EU müssen reformiert werden.

- *unsere Politik der sozialen und gerechten Gestaltung der Globalisierung fortsetzen* als Gegengewicht zum Marktradikalismus à la USA.

- *unsere Friedenspolitik,* unsere Politik der Prävention und unsere Entwicklungspolitik zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele fortsetzen, d.h. die stufenweise Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (bis 2010 0,51% und bis 2015 0,7% am BIP).

ErstunterzeichnerInnen:

Heidmarie Wieczorek-Zeul, stellv. SPD-Parteivorsitzende; Carsten Sieling, SPD-Landesvorsitzender Bremen; Karin Roth, MdB; Ulla Burchardt, MdB; Friedrich Roll; Bärbel Dieckmann, SPD-Präsidium; Joachim Schuster MdB; Rudolf Borchert, MdL; Claus Möller, SPD-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein; Axel Schäfer, MdB; Eckart Kuhlwein; Wolfgang Jüttner, SPD-Fraktionsvorsitzender Niedersachsen; Karin Junker, SPD-Parteivorstand; Björn Böhning, Juso-Bundesvorsitzender; Oliver Lindner; Niels Annen, MdB, SPD-Parteivorstand; Tanja Hofmann, Juso-Bundesgeschäftsführerin; Hermann Scheer, MdB; Andrea Nahles, MdB, SPD-Präsidium; Stephan Bliemel; Edelgard Bulmahn, MdB; Christa Randzio-Plath; Jan Pörksen, SPD-Kreisvorsitzender HH-Eimsbüttel; Christoph Zöpel, SPD-Parteivorstand; Detlev Albers, SPD-Parteivorstand; Ernst-Dieter Rossmann, MdB; Ortwin Runde, MdB; Thomas Isenberg; Marc Herter, SPD-Fraktionsvorsitzender Hamm; Lars Klingbeil, MdB; Hans Misselwitz, SPD-Kreisvorsitzender Berlin-Pankow; Peter Schuster; Jörg Jordan, SPD-Landesvorstand Hessen; Jürgen Coße, Mitglied des Parteirats; Uta Kummer; Konrad Gilges; Helox Schütte; Ernst Niemeier; Jörg Hitzmann; Volker Thole; Jens Dietrich; Ottmar Bosse, Thorben Albrecht; Vera Rosigkeit; Daniel Sigg; Denis Radermacher; Martin Margraf, Jusos Thüringen; Salah Bagara; Franziska Drohsel; Berno Gehrke; Dirk Bergrath, Juso-Bundesvorstand; Carola Brückner; Jürgen Thiel; Siegfried Heimann; Fabian Löffler, Juso-UB-Vorsitzender; Daniela Kolbe, Juso-UB-Vorsitzende Leipzig; Christian Reinke, Juso-Bundesvorstand; Jens Jawowski, stellv. Juso-Landesvorsitzender MV; Julian Barlen, Juso-Kreisvorsitzender Rostock; Ines Vogel, OV-Vorsitzende; Nora Hentrop, Juso-Bezirksvorsitzende NN; Lars-Patrick Wenzel, Juso-Bundesvorstand, SPD-OV-Vorsitzender Wolfsburg-Nord; Jan Schwarz, Juso-Bezirksvorsitzender Braunschweig; Claudia Bogedan, Juso-Bundesvorstand; Thilo Scholle, stellv. Juso-Landesvorsitzender NRW; Alexander Bercht, Juso-Landesvorsitzender NRW; Cordula Drautz, Juso-Bundesvorstand; Timo Baas, stellv. Juso-Landesvorsitzender Berlin; Katja Pelizäus, stellv. Juso-Landesvorsitzende NRW; Maria Klaus, Juso-Landesvorstand Thüringen; Wiard Siebels, Jusos Weser-Ems; Rainer Wetzels; Prof. Michael Vester; Horst Heimann u. v. a. m.. Weitere Informationen: www.rot-pur.de

Datenschutz in Zeiten des internationalen Terrorismus

Von Christoph Strässer

Der maschinenlesbare Bürger

Das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vor mehr als 20 Jahren hat das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verankert. Damals fürchteten viele einen Missbrauch ihrer persönlichen Daten. Vom gläsernen Bürger war man damals noch weit entfernt. Heute ist er schon beinahe Realität. Regt sich Widerstand? Kaum. Grund ist auch der sicherheitspolitische Klimawandel. Wurde in den 80er Jahren für die Freiheitsrechte demonstriert, nehmen wir es heute hin, dass die elektronische Datenverarbeitung alle Lebensbereiche durchdringt. Aus Angst vor Terroranschlägen sind wir bereit, noch sehr viel mehr preiszugeben. Der Erwartungsdruck auf die Politik ist hoch. Vorschnell ist sie versucht, diesen Mechanismus zu bedienen. Im Gefolge des 11. Septembers kam es denn auch zu einer zügigen Verabschiedung zahlreicher Sicherheitsgesetze. Eine ausreichende gesellschaftliche Diskussion fand bedauerlicherweise nicht statt. Da haben wir ihn nun (fast) – den maschinenlesbaren Bürger. „1984“ von George Orwell scheint längst technisch überholt. Privatwirtschaft und Staat durchleuchten Kunden und Bürger fast nach Belieben. Datenschutz à la Carte – ob durch Kundenkarten, Kreditkarten, Patientenkarten und dem gläsernen Konto bei der Bank, überall werden Daten gesammelt. Und wo Daten gesammelt werden, werden sie auch ausgewertet. Technisch ist schon heute mehr möglich: Kennzeichen von Fahrzeugen können während der Fahrt ebenso einfach erfasst werden wie der Standort einer Person über Handy zu orten ist. Bewegungsprofile ließen sich mittels kleiner Funkchips erstellen. Jüngster Vorstoß ist die Einführung biometrischer Daten in Ausweispapieren.

Große Koalition der Sicherheit?

Auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung hat sich schon heute eine große Koalition zwischen Otto Schily und Günther Beckstein gefunden. Immer neue Vor-

schläge machen die Runde: Schlägt Schily die Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung vor, fordert Beckstein die unbefristete Verlängerung der Anti-Terror-Gesetzpakete und die Registrierung der Religionszugehörigkeit von Ausländern. Die Notwendigkeit biometrischer Daten in Ausweispapieren wird schon längst als unverzichtbar vorausgesetzt.

Doch stehen Aufwand und Nutzen in einem vernünftigen Verhältnis? Oder bringen die Vorschläge nur weniger Freiheit aber kaum mehr Sicherheit? Die Einführung elektronisch auswertbarer biometrischer Daten wird vor allem mit Sicherheitsgewinnen begründet. Die Anschläge vom 11. September hätten sie trotzdem nicht verhindert. Die Köpfe der Attentäter benutzten ihre Originaldokumente. Zwar wird der Missbrauch von Dokumenten erschwert und der Reiseverkehr möglicherweise erleichtert. Doch zu welchem Preis? Experten warnen – abgesehen von enormen Kosten, dass die Technik in der großmaßstäblichen Anwendung noch nicht ausreichend funktioniert. Von einer Fehlerquote bis zu 20 % ist die Rede. Für die Betroffenen hätte dies eine nicht zu vernachlässigende diskriminierende Wirkung und würde zu einer schlechten Akzeptanz des Verfahrens führen. Auf Bedenken stößt vor allem aber die Speicherung der Daten auf sog. RFID-Chips in den Ausweisdokumenten. Diese Chips funken die Daten zu Lesegeräten. Entsprechende Programme sind zum Schrecken der Experten öffentlich erhältlich. Konsequenz: die Zahl der Identitätsdiebstähle wird deutlich zunehmen. Deshalb hat Kalifornien Ausweise mit RFID-Chip bereits verboten. Ein nächster Schritt wäre vorprogrammiert: Wenn erst einmal biometrische Daten in Ausweisdokumenten vorhanden sind, wollen sie auch genutzt werden. Wenn auch noch nicht vorgesehen, wäre eine zentrale Datenspeicherung die logische Folge. Deshalb gilt bei Technikentwicklungen vorzubeugen, dass bestimmte Daten nicht erhoben oder verbreitet werden, als sich darauf zu verlassen, dass

Foto: www.spdfraktion.de



Christoph Strässer

Gesetze Datenmissbrauch verhindern. Ohnehin wird zu wenig auf die Grundsätze der Datenvermeidung und Datensparsamkeit Rücksicht genommen.

Sicherheit in Freiheit – Versuch eine vergessene Diskussion wieder zu beleben

Ohne den Einsatz elektronischer Verfahren geht es nicht. Aber Voraussetzung ist die Beachtung datenschutzrechtlicher Prinzipien wie Datensicherheit, Transparenz, strikte Zweckbindung, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit. Daneben bedarf es vor allem wieder einer breiteren öffentlichen und innerparteilichen Diskussion zur Bedeutung der Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der Bürger in unserem demokratischen Rechtsstaat und einer Abkehr vom Automatismus nach immer schärferen Sicherheitsgesetzen. Man kann nicht das dauerhaft einschränken, was man erhalten will.

Die SPD – und in ihr gerade die Linke – die nach eigener Überzeugung auch aus der Freiheitsbewegung entstanden ist, muss wieder die Meinungsführerschaft übernehmen und darf das Feld der Rechtsstaats- und Freiheitspartei nicht anderen überlassen. Anknüpfungspunkt könnte auch die jüngste Entscheidung des BVerfG vom Juli zum niedersächsischen Polizeigesetz sein. Das BVerfG hat die präventive Telefon- und E-Mailüberwachung verboten und damit die Bürgerrechte gestärkt. Die in Niedersachsen geltende Abhörbefugnis, die keinen Tatverdacht erfordert, verstößt gegen das Fernmeldegeheimnis.

Die traditionellen Grundrechte, wie sie das Grundgesetz vorgesehen hat, haben den freien Bürger, das Individuum, in den Mittelpunkt gestellt und den Staat potentiell als Gefahr gesehen. Nicht die Freiheit bedarf deshalb der Rechtfertigung. Sie ist grundrechtlich verankert. Die Argumentationslast liegt vielmehr bei den sicherheitspolitischen Einschränkungen der Freiheit. Dabei sollte es auch in Zukunft bleiben.

Klimaschutz: Ein Wettlauf mit der Zeit ...

den wir gewinnen können

Von Ulrich Kelber

Warum hätte es denn beim Thema Klimaschutz auch anders laufen sollen, als bei sonstigen gesellschaftlichen Themen, mit denen große wirtschaftliche Interessen verbunden sind? Auf der einen Seite sind die Fakten, wissenschaftlich immer eindeutiger und alarmierender: Die Geschwindigkeit des Klimawandels nimmt weiter zu. Noch in diesem Jahrhundert kann ein Punkt bei der Anreicherung der Treibhausgase in der Atmosphäre eintreten, ab dem z.B. das vollständige Abschmelzen des Grönlandeises in wenigen hundert Jahren mit einem Anstieg des Meeresspiegels um sechs bis sieben Meter überhaupt nicht mehr verhindert werden könnte. Ciao Venedig, tschüss Amsterdam, sorry Bangladesch ... Krankheiten nähmen zu, Dürren würden häufiger, die Wucht von Stürmen stiege ... Und wie sehen die Reaktionen aus? Zwar leugnet außer von der US-Regierung beauftragte Wissenschaftler, der OPEC und einigen Kohlelobbyisten niemand mehr den Zusammenhang zwischen dem menschlich verursachten Ausstoß von Treibhausgasen und einem unverantwortlich schnellen und heftigen Klimawandel. Aber die Instrumente „Verwirren“, „Verzögern“ und „Ausnutzen“ gehören wie immer zum Standardrepertoire der verschiedenen Interessensgruppen. Viele Medien spielen dieses Spiel mit, schreiben zwar ab und zu reißerisch über das „Klimachaos“, schießen aber ansonsten verantwortungslos gegen jeden neuen Politikansatz, der wirklich ernst mit dem Klimaschutz macht. Stattdessen wird versucht, Pseudolösungen wie z.B. die Atomenergie wieder hoffähig zu machen. International ist es vor allem die US-Regierung, die mit allen Mitteln verbindliche internationale Vereinbarungen zum Klimaschutz verhindern will und auch alle international abgestimmten Anstrengungen zur Markteinführung klimaschützender Technologien, wie z.B. erneuerbarer Energien, durch destruktive Arbeit auf den Konferenzen und hinter den Kulissen vereitelt. Nutznießer und Strippenzieher dieser Strategie sind die einflussreichen großen Ölkonzerne, die Kohleindustrie und die großen Energieerzeuger. Denn nur diese gehören wirklich zu den wenigen Verlierern in einer Welt, in der klimazerstörenden Industrien durch neue Technologien mit mittelständischen Unternehmen und vielen neuen Arbeitsplätzen ersetzt würden.

Leider färbt diese Strategie bis nach Deutschland durch. Der BDI will die Schrittmacherrolle der EU und Deutschlands im Klimaschutz wegen angeblicher Wettbewerbsverzerrung beendet sehen. Die Mineralölwirtschaft behindert die für die Kunden durchaus preiswertere Beimischung von Bio-Treibstoffen, um ihr eigenes Geschäft nicht schrumpfen zu lassen. Angela Merkel, die selbst das Kyoto-Protokoll mit ausgehandelt hat, wird als Teil ihres wirtschaftspolitischen Kurses nicht müde zu betonen, dass Deutschland nicht Vorreiter im Klimaschutz sein dürfe. Und bis tief in die SPD hinein ist der Glaube an die Machbarkeit und Notwendigkeit von Klimaschutz verloren gegangen, weil sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in ihren Wahlkreisen immer mit den naturgemäß lautstark auftretenden wirklichen und vermeintlichen Verlierern beim Klimaschutz konfrontiert werden und damit leicht den Überblick über die vielen Gewinner einer solchen Politik verlieren. Dabei hätte der Ersatz fossiler Energieträger und endlicher Rohstoffe durch erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe viele positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte. Die Macht der großen Energiemultis würde entscheidend geschwächt, mittelständische inländische Produzenten Marktanteile gewinnen. Und das ist auch gut so, drehen die großen Energiekonzerne doch ungehört und ohne Rücksicht auf die konjunkturelle Lage Deutschlands an der Preisschraube, was sich durch die förmlich explodierenden Gewinne dieser Unternehmen bemerkbar macht.

Bei den erneuerbaren Energien wird es diese Abhängigkeit der Verbraucher, die man heute gegenüber den Öl-, Gas- und Strommultis ertragen muss, nie wieder geben. Weil man bei den erneuerbaren Energien vor allem Technologie einkauft und nicht auf laufenden Nachschub aus monopolisierten Netzen angewiesen ist. Wir alle gewinnen so Freiheit zurück, in den Markt zieht wieder Wettbewerb ein, die technologische Innovationsfähigkeit nimmt zu. Gerade in einer großen Koalition, mit Grünen und PDS als Opposition, muss die SPD den Klimaschutz zu ihrem ureigenen Thema machen. Nicht nur, weil er dringend notwendig ist, sondern weil er auch viele Wählergruppen an die SPD bindet, da die für den Klimaschutz not-

Foto: www.spdfraktion.de



Ulrich Kelber

wendigen Schritte auch entscheidend in der Arbeitsmarktpolitik, der Innovationspolitik, der Sozialpolitik, der Entwicklungspolitik und für die Generationengerechtigkeit sind.

Dazu nur ein Beispiel: Über 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze sind in den fünf Jahren seit Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der Branche entstanden, obwohl die erneuerbaren Energien in Deutschland mit einem Anteil an der Stromerzeugung von 11% und der gesamten Energieerzeugung von rund 4-5% noch am Anfang sind. Der Grund für dieses Jobwunder ist klar. Das Geld wird nicht mehr für den Import von Energieträgern oder für die stetig steigenden Renditen multinationaler Konzerne ausgegeben, sondern wandert in mittelständische Technologiekonzerne, zu Beratern, zu Handwerkern und zurück in die Taschen privater Investoren. Wenn die Effizienzsteigerung bei Geräten, die Erzeugung von Wärme durch erneuerbare Energien und die Wärmesanierung von Altbauten mit ähnlicher politischer Intensität angegangen würde wie die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien, dann wären bis 2010 über 500.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich möglich.

Entscheidend ist, dass sich Deutschland nicht auf das gemächliche Tempo internationaler Diplomatie verlässt. Ja, wir sollten durchaus eine Anschlussvereinbarung an das Kyoto-Protokoll suchen. Aber wir müssen uns auch klar machen, dass diese Vereinbarung, wenn sie überhaupt zustande kommt, dem riesigen Problem des Klimawandels als kleinster erreichbarer gemeinsamer Nenner nicht gerecht werden wird. Daher ist es noch viel wichtiger, dass Deutschland zusammen mit anderen Staaten eine Schrittmacherfunktion im Klimaschutz übernimmt, auch aus Eigennutz heraus. Weil die Schrittmacher sich einen Technologievorsprung auf den Weltmärkten erobern werden. Deswegen werden weitere Länder diesem Vorbild rasch folgen. Das zeigt schon die augenblickliche Diskussion in den USA, wo immer mehr Unternehmen die Regierung auffordern, sich an den internationalen Klimaschutzanstrengungen zu beteiligen, weil sie ansonsten befürchten, den technologischen Anschluss zu verlieren.

spw 5/2005

Bundeswehr muss Parlamentsheer bleiben

Verlängerung des ISAF-Mandats alternativlos

Von Rolf Mützenich

Mehr als 22 Jahre lang herrschten in Afghanistan Krieg und Bürgerkrieg. Bis heute leidet das Land unter den typischen Folgen wie schweren Zerstörungen, Verminung ganzer Landstriche, ethnisch motivierten Spannungen und organisierter Kriminalität. Nach dem Sturz des Taliban-Regimes einigten sich die größten ethnischen Gruppen Afghanistans im November und Dezember 2001 anlässlich der „Petersberger Konferenz“ auf eine „Vereinbarung über provisorische Regelungen in Afghanistan bis zum Wiederaufbau dauerhafter Regierungsinstitutionen“ (Bonner Vereinbarung). Damit schufen sie die Grundlage für die *International Security Assistance Force* (ISAF), deren Aufstellung der UN-Sicherheitsrat am 20. Dezember 2001 beschloss.

Am 28. September 2005 entschied der 15. Deutsche Bundestag in seiner letzten Sitzung mit großer Mehrheit, das deutsche Engagement in Afghanistan um ein weiteres Jahr zu verlängern und auszuweiten. Statt 2.250 sollen in Zukunft bis zu 3.000 deutsche Soldaten in dem Land eingesetzt werden. Schwerpunkt der Arbeit der deutschen Truppen im Rahmen des ISAF-Mandats wird der Norden Afghanistans sein, wo in Masar-i-Sharif ein weiterer deutscher Stützpunkt mit zunächst 200 bis 300 Soldaten eingerichtet wird. Damit erhält Deutschland – auf Bitten der Vereinten Nationen und der afghanischen Regierung – im Rahmen des ISAF-Mandats nicht nur die Verantwortung für die gesamte Nordregion, sondern deutsche Truppen dürfen in Zukunft auch in anderen Regionen des Landes eingesetzt werden. Lediglich der Osten des Landes mit der laufenden Anti-Terror-Operation „*Enduring Freedom*“ ist ausgenommen. Dort und im Süden kämpfen rund 20.000 Soldaten unter Führung der USA gegen die Taliban.

Nach dem Konzept des atlantischen Bündnisses, das die Afghanistan-Schutztruppe seit dem 11. August 2003 führt, wird ISAF in vier Phasen (Nord, West, Süd, Ost) auf ganz Afghanistan ausgedehnt. Die ersten beiden Phasen sind abgeschlossen, Phase drei soll in der ersten Jahreshälfte 2006 folgen; wann Phase vier, der Osten, angegangen wird, vermag noch niemand genau zu sagen. Dort sind derzeit noch heftige Auseinandersetzungen der amerikanischen OEF-Kräfte (*Operation Enduring Freedom*) im Gange.

Über die Schaffung von Synergien zwischen der Anti-Terror-Operation OEF und der Stabilisierungsmission ISAF bestehen nach wie vor Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Nato. Vor allem die amerikanische Seite drängt auf eine Zusammenlegung zwischen ISAF und *Enduring Freedom*. Der Kampf gegen das terroristische Netzwerk Al Qaida und gegen die Taliban ist bis heute nicht abgeschlossen. Dieser Kampf ist ausschließlich Aufgabe der Operation *Enduring Freedom*. Mandat und Organisation der Friedenstruppe ISAF sind davon strikt getrennt. Es ist nicht zuletzt Deutschland, und hier insbesondere Peter Struck, zu verdanken, dass diese strikte Trennung – trotz amerikanischen Drängens – auch beibehalten wird. Es bleiben eine Reihe weiterer offener Fragen und kritischer Punkte: Zum einen benötigt man im Rahmen der NATO eine weitaus größere Zahl von Partnern und *Provincial Reconstruction Teams* (PRT's), als derzeit zugesagt wurden. Hier müssen auch die anderen Bündnispartner einen stärkeren Beitrag leisten. Zum anderen fehlt bis heute ein überzeugendes Konzept wie man mit der Drogenproblematik umzugehen gedenkt. Es fehlt vor allem eine stärkere Einbeziehung und Zusammenarbeit der Nachbarländer, insbesondere Pakistans und Iran.

Der Einsatz in Afghanistan birgt zweifelsohne ein hohes Risiko und alle Abgeordneten haben sich die Verlängerung des ISAF-Mandats nicht leicht gemacht. Bei der Gefahrenabwägung für Leib und Leben der Soldaten, bleibt jedoch die Notwendigkeit, den Afghanen auch weiterhin zur Seite zu stehen und zur Sicherheit in dem Land beizutragen. Die neu geschaffenen zivilen Strukturen sind noch nicht belastbar. Deutschland vertritt einen breiten Ansatz, der die Koordination von militärischer und ziviler Wiederaufbauhilfe mit Polizeiausbildung, Demokratisierungshilfe, Stärkung der Menschenrechte und auswärtiger Kulturpolitik verzahnt. Die neue Verfassung und die Parlamentswahlen am 18. September sind ermutigende Zeichen. Dennoch wird Afghanistan noch für längere Zeit Hilfe und Unterstützung benötigen. Eine zweite internationale Afghanistan-Konferenz, die für Anfang 2006 in London geplant ist, muss die weiteren Schritte – selbstverständlich unter Beteiligung

Foto: www.spdfraktion.de



Rolf Mützenich

der afghanischen Regierung – in die Wege zu leiten.

Wer wie die PDS/Die Linke den Abzug aller Truppen aus Afghanistan fordert handelt – unter dem Deckmäntelchen einer vermeintlichen „Friedenspolitik“ – nicht nur grob fahrlässig; er desavouiert darüber hinaus die Vereinten Nationen genauso wie die gewählte afghanische Regierung und öffnet zudem der Rückkehr des Bürgerkriegs Tür und Tor. Deutschland kann und wird das afghanische Volk deshalb nicht alleine lassen.

Die Erfahrungen in Afghanistan und auf dem Balkan zeigen aber auch, dass man es sich gut überlegen sollte, ob und bevor man sich in neue Missionen begibt. Mit ISAF hat die Bundeswehr Neuland betreten. Daraus ergeben sich auch Schlussfolgerungen für zukünftige Einsätze. Afghanistan, Kosovo und Bosnien-Herzegowina haben gezeigt, dass man einen langen Atem braucht. Internationale Kräfte sind in Bürgerkriegsgebieten über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, gebunden, der Wiederaufbau ist zeit- und kostenintensiv und es gibt keine einfache Exit-Strategie. Festzuhalten bleibt auch, dass die Bundeswehr ein Parlamentsheer ist und bleibt. Dies bedeutet, dass der Bundestag jeden Einsatz Jahr für Jahr nach einer kritischen Prüfung und einer öffentlichen Debatte verlängert und so den Bürgern Rechenschaft ablegt. Es war deshalb auch richtig, dass das Parlamentsbeteiligungsgesetz Einsätze der Bundeswehr auch weiterhin von der Zustimmung des Parlaments abhängig macht. Es besteht jedoch die Gefahr, dass im Rahmen neuer militärischer und bündnispolitischer Anforderungen weitere vermeintliche Notwendigkeiten entstehen, die die Rechte des Parlaments weiter aushöhlen. Gerade im Vorgriff auf eine mögliche große Koalition gilt es festzuhalten: Über den Einsatz der Bundeswehr entscheidet nicht der NATO-Rat, sondern der Bundestag. Und: Bevor man sich in neue internationale Missionen stürzt, sollten die laufenden zu einem guten Ende gebracht werden.

Dr. Rolf Mützenich ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags und abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die EU kann viel gewinnen!

Eine glaubwürdige Europäische Politik braucht den pünktlichen Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Von Lale Akgün

Der 3. Oktober steht nun als Termin, um in Luxemburg die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beginnen. Das ist wichtig und richtig, da jede andere Entscheidung die Glaubwürdigkeit der EU stark erschüttert, nationalistische Kräfte in der Türkei gestärkt und die Lösung vieler europa- und außenpolitischer Probleme erschwert hätte.

Österreichs Last-Minute-Obstruktion mit dem Ziel, die Aufnahme der EU-Türkei-Verhandlungen zu verhindern, war unseriös. Kanzler Schüssel konnte nicht erklären, warum er das Verhandlungsziel EU-Beitritt relativieren will, dem er im Dezember 2004 wie alle anderen Staats- und Regierungschefs der EU zugestimmt hat.

Wiens Verweigerung gegenüber dem Verhandlungsrahmen zwang die EU-Außenminister zu einem kurzfristigen Rettungstreffen in Luxemburg. Dabei ging es letztlich um die Glaubwürdigkeit der EU und des gesamten europäischen Integrationsprozesses. Jedes Ergebnis, das den Beschluss der Staat- und Regierungschefs vom Dezember 2004 substantiell verändert, hätte zum Abbruch der 42-jährigen europäischen Integrationspolitik gegenüber der Türkei – wahrscheinlich sogar durch Ankara selbst – geführt.

Dies hätte, nach der Verfassungs- und Finanzkrise, ein neues Desaster für die EU bedeutet. Wenn dann in der Folge die Reform-Regierung Erdogan scheitern und die Türkei sich von Europa eher abwenden würde, stünde die Europäische Integrations- und Sicherheitspolitik, aber auch die Türkei selbst, vor einem Scherbenhaufen. In der Türkei herrscht immer noch eine Aufbruchstimmung, der überwiegende Teil der Bevölkerung will nach wie vor eine eindeutige Orientierung des Landes nach Europa. Aber es gibt auch Kräfte, die jeden Wandel ablehnen und die Verhandlungen am 3. Oktober als innenpolitische Niederlage betrachten. Dies sind vor allem nationalistische Kräfte, deren Argument, die Türkei würde zu viele Zugeständnisse an die EU machen, ohne wirklich eine erste

Chance auf einen Beitritt zu erhalten, durch jedes Abrücken der EU vom Verhandlungsziel an Gewicht und Anhängerschaft gewinnen.

Die diskutierten Probleme, die es auszuräumen gilt, lassen sich jedoch nur durch ein ernsthaftes und von Vertrauen getragenes Zusammenspiel der EU und der Türkei lösen.

Ein Beispiel, immer wieder von Türkei – Gegnern ins Feld geführt, ist die Aufarbeitung der Verbrechen an Armeniern im Ersten Weltkrieg.

Allein die Tatsache, dass vor kurzem eine Wissenschaftlerkonferenz in Istanbul dazu stattfand, war ein positives Signal. Erstmals wurde in der Türkei offen und wissenschaftlich über das Thema debattiert. Genau dies wollten die Reformgegner verhindern, doch die türkische Regierung hat sich mit Bürgerrechtlern und kritischen Geistern solidarisiert.

Die EU sollte dies nicht nur als deutlichen Fortschritt in der Türkei, sondern auch als Erfolg ihrer eigenen Politik begreifen, die die Reformen in der Türkei unterstützt.

Sie sollte nicht den Fehler machen, die Gegner des Reformprozesses in der Türkei als Grund für immer neue Hürden in den Beitrittsverhandlungen anzuführen und sie somit letztendlich zu stärken. Beitrittsgegner in der EU und Reformgegner in der Türkei, die vor allem im Polizei- und Justizapparat agieren, gehen somit eine unsägliche politische Allianz ein.

Ein anderes wichtiges Beispiel ist die Zypern-Frage. Dort hat die Türkei bis jetzt alles getan, was die EU verlangt hat. Sicher, die Anerkennung Zyperns steht noch aus, und ein Beitritt der Türkei wird ohne eine solche Anerkennung sicher nicht erfolgen.

Aber die türkische Regierung hat gegen massive Widerstände im eigenen Land ernsthafte Gespräche mit der griechischen Seite durchgesetzt – mit dem Ergebnis, dass 65 Prozent der türkischen Inselbewohner für die Einheit stimmten, anders die Griechen im Süden, die die Union ablehnten. Die EU muss nun aber

Foto: www.spdfraktion.de



Lale Akgün

stärker begreifen, dass das „Zypernproblem“ in erster Linie mit den Zyprioten gelöst werden muss, dass die EU eine neue Initiative zur Wiedervereinigung der Insel ergreifen muss. Würden endlich in Nordzypern die von der Europäischen Union in Aussicht gestellten Wirtschaftshilfen und Handelserleichterungen einsetzen und die Gemeinschaft so zu ihren eigenen Zusagen stehen, würde dies den gegenwärtig bestehenden Druck bei der Frage der formalen Anerkennung unnötig machen. Der Türkei würde es erleichtert, den Verpflichtungen aus dem Zollabkommen nachzukommen, insbesondere der Ermöglichung des Zugangs von zypriotischen Schiffen und Flugzeugen zu türkischen See- bzw. Flughäfen.

Die Gegner der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen argumentieren unredlich, denn das, was ihnen unter dem Begriff „Privilegierte Partnerschaft“ vorschwebt, hat das NATO-Land Türkei – Mitglied des Europarats und der Zollunion – schon lange. Es geht letztlich im Grundsatz darum, ob die Türkei zur EU-Wertegemeinschaft gehören kann – nicht morgen, nicht übermorgen, sondern in 10 oder 20 Jahren. Dann wird entschieden, ob die Türkei die selben Werte hat, wie wir sie heute in Deutschland als unabdingbar voraussetzen – die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Kirche sowie die Stellung von Minderheiten. Wenn die Türkei das erfüllen kann, gehört sie zur EU, wenn nicht, wird der Beitritt scheitern.

Die Türkei ist heute auch wirtschaftlich noch nicht auf EU-Niveau, aber auch dieses Kriterium wird die sie erfüllen, wenn am Ende die Beitrittsgespräche erfolgreich verlaufen. Die Türkei wird in den kommenden Jahrzehnten EU-Recht im Umfang von 75.000 Seiten Gesetzestext umsetzen müssen – vom Strafrecht bis zu Hygienevorschriften. Wenn die Türkei diesen Kraftakt meistert, wird sie eine Bereicherung für Europa sein.

Deshalb gibt es für die EU auch kein Risiko bei den Beitrittsverhandlungen – nur die Chance, viel zu gewinnen.

spw 5/2005

Dr. Lale Akgün, SPD MdB, Dipl.-Psychologin, lebt in Köln. Sie ist u.a. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Volkspartei SPD?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Björn Böhning, Reinhold Rünker und Joachim Schuster

Die Bundestagswahl ist vorüber. Sie hat in mehrerer Hinsicht eine Neuordnung im parlamentarischen System eingeleitet: Mit der Linkspartei.PDS ist eine neue politische Formation in den Bundestag eingerückt. Rot-Grün hat sieben Jahre nach parlamentarischer Umsetzung des sozial-ökologischen Projekts keine Mehrheit mehr. Gerhard Schröder hat für seine Politik keine neue Bestätigung erhalten. Aber auch CDU/CSU und FDP haben für ihren marktradikalen Neuanfang keine Mehrheit unter der Bevölkerung gefunden. Im Gegenteil: Seit 1998 hat das bürgerliche Lager (sofern wir die Grünen nicht dazu nehmen) kontinuierlich an Zustimmung verloren, das linke Lager aber ist gestärkt worden. Die Kommentatoren waren überrascht. Stehen wir vor einer ratlosen parlamentarischen Demokratie? Allein die Tage nach der Wahl haben gezeigt, wie ungewohnt und unbedarft die Verantwortlichen in der Politik mit dieser neuen Situation umgehen.

Vertrauenskrise der Volksparteien

Eines überlagert alle diese Entwicklungen: Die beiden großen Volksparteien haben massiv an Vertrauen verloren und stehen vor einer Zeitenwende. Die SPD hat mit gut 34 Prozent ihr drittschlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik eingefahren. Die Union hat gegenüber den Umfragewerten erheblich verloren und mit lediglich 35,2 Prozent ihr zweitschlechtestes Ergebnis seit 1949 erzielt. Offenbar befinden wir uns inmitten eines Zersplitterungsprozesses des politisch-parlamentarischen Systems. Mit offenem Ausgang. Zentrales Moment dieses Prozesses ist, dass beide Volksparteien ihre Integrations- und Binfähigkeit in ihrem Milieu sukzessive verlieren. Dies hat nicht

unerheblich mit dem programmatischen und politisch-praktischen Bruch mit wohlfahrtsstaatlichen Traditionen zu tun. Während die SPD mit der Agenda 2010 in ihren eigenen Milieus stark an Zustimmung verliert, hat die Union in ihrer eigenen Wählerschaft keine Mehrheit für ihr marktradikales Programm erreichen können. Die Freiburger Politikwissenschaftler Oberndörfer, Mielke und Eith konstatieren schlicht: „Die Sozialdemokraten wie nunmehr auch die Christdemokraten haben sich mit der programmatischen Ausrichtung ihrer jeweiligen Parteiführungen auf einen mehr oder minder drastischen Abbau wohlfahrtsstaatlichen Strukturen dramatische Integrationsprobleme bei ihren Anhängern in der Arbeiterschaft und in den unteren Mittelschichten eingehandelt. Zur Disposition steht nichts geringeres als die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der beiden Volksparteien.“ Diese fehlende Binde- und Integrationsfähigkeit vor allem der SPD hat sich in den letzten beiden Jahren bereits abgezeichnet und hat nicht zuletzt den Aufstieg der Linkspartei beflügelt.

Perspektiven der SPD als linke Volkspartei?

Innerhalb der Sozialdemokratie existieren nun zwei Entwicklungslinien: Während die sozialdemokratische Linke vor dieser Entwicklung stets warnte und eine konsistente Politik für die abgehängten wie aufstrebenden Milieus einforderte, gerät das Konzept Volkspartei innerhalb der SPD immer mehr in die Defensive. Offen wird vor allem im sozialliberalen Bereich der Bruch mit der Volkspartei vo-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



rangetrieben und die Lösung von arbeitnehmerischen Traditionen der SPD vorgeschlagen. Zustimmung erhält diese Position aus dem Lager der Parawissenschaft und der Demoskopie, welche die gesellschaftlichen Ausdifferenzierungsprozesse zum Ausgangspunkt der Aufkündigung tradierter Parteibindungen nehmen. Die traditionelle Industriearbeiterschaft wird (zahlenmäßig und kulturell) als im Niedergang begriffen, sozial Ausgegrenzte zum Potenzial der Wahlenthaltung gerechnet sowie die Kernwählerschaft der SPD als nicht mehr vorhanden bezeichnet. Daraus wird ein Parteienleitbild abgeleitet, das zwischen politisch-programmatischen „Milieu-Surfen“ (das SPD-Wahlmanifest ist ein Paradebeispiel dafür) einer „Catch-All-Party“ und Wahlkampfmaschinerieparteien US-Amerikanischen Vorbild pendelt.

Michael Vester macht in seinem Beitrag deutlich, dass es eine relative Stabilität in den Klassenmilieus mit ihren Mentalitäten, Wertsystemen und sozialen Ordnungsvorstellungen gibt. Die „Milieus der Arbeitnehmer haben also nach Art von Familienstammbäumen jüngere und modernere Zweige gebildet.“ (S. 16) Die Wahlniederlagen der Volksparteien resultieren seines Erachtens nicht aus einer zunehmenden „Volatilität“ der WählerInnen, sondern einer Ausdifferenzierung, da sie ihre Interessen in den Volksparteien zunehmend weniger vertreten sehen: entweder in zunehmende Wahlenthaltung oder aber durch Wahl kleinerer Parteien, wobei v.a. die Linkspartei.PDS viele enttäuschte traditionelle SPD-WählerInnen für sich gewinnen konnten.

Während Vester eine Zukunft für die Volksparteien nicht ausschließt, wenn es ihnen wieder gelingt, die „Aushandlungsstrategien“ zwischen den Milieus wieder zu etablieren, hält Franz Walter das Zeitalter der Volksparteien für überholt. Nicht nur, dass internationale Vergleiche

Björn Böhning, Sozialwissenschaftler, Juso-Bundesvorsitzender und Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, er lebt in Berlin.

Reinhold Rünker, Historiker, Mitglied der spw-Redaktion, lebt und arbeitet als Organisationsberater in Leichlingen

Dr. Joachim Schuster, Politikwissenschaftler, Mitglied der Bremer Bürgerschaft und politischer Geschäftsführer des Forum Demokratische Linke 21 e.V., er lebt in Bremen

zeigen, dass sozialdemokratische Volksparteien nicht mehr selbstverständlich über 30% des Wählerpotenzials mobilisieren können - das gilt für die niederländische PvdA ebenso wie für die italienischen oder auch skandinavischen sozialdemokratischen Parteien. Walter weist vor allem darauf hin, dass die Ausdifferenzierungen der Parteienlandschaften der Ausdifferenzierung der Milieus folgen und somit viel authentischer Positionen entwickelt und vertreten werden könnten, als dies in den traditionellen Volksparteien möglich gewesen wären.

Alles Mitte, oder was?

Wie unreflektiert innerhalb der SPD Debatten über die Zukunft der linken Volkspartei geführt werden, zeigen nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um den Wahlausgang und dessen Folgen. Während der Parteivorsitzende die SPD als Partei der „linken Mitte“ positionieren will, warnten der amtierende Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und Peer Steinbrück unisono vor einem „Linksruck“ der SPD und forderten die Orientierung der SPD in der Mitte des politischen Systems. Die „Mitte“ oder auch die „neue Mitte“ ist dieser Denkrichtung zu einer politischen Leerformel geworden, ebenso wie „neu“, „modern“ oder „radikal“. Irgendwo zwischen links und rechts wird schon die „Mitte“ sein. Unterm Strich bleibt davon allerdings nicht viel mehr als opportunistischer „Zentrismus“, Politik nach Notwendigkeiten und Alternativlosigkeit mit neoliberalen Vorbild. Eine solche auf kurzfristige Zustimmung ausgerichtete Politik ist allerdings alles andere die Zukunft der SPD als Volkspartei. Die letzten sieben Jahre haben dies ausreichend gezeigt, wie der Leiter

der DGB-Grundsatzabteilung, Hans-Joachim Schabedoth, in seinem Beitrag darlegt.

Einig sind sich alle Autoren im Schwerpunkt, dass es ein Fehler sei, sollte die SPD ihre Koalitionsoptionen allein auf die Zusammenarbeit mit CDU/CSU beschränken. Nicht nur Stephan Bliemel aus Mecklenburg-Vorpommern wirbt für eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Linkspartei.PDS. Auch Michael Schmidt, bis vor einigen Monaten Unterbezirksvorsitzender der SPD Leverkusen und nach Selbstbekundung ein „Mann der pragmatischen Mitte“, plädiert für eine selbstbewusste Diskussion mit der Linkspartei.PDS und will eine künftige Zusammenarbeit nicht ausschließen.

Die sozialdemokratische Linke hat sich immer am Konzept der Volksparteien orientiert und dieses Leitbild auch in den tagespolitischen Auseinandersetzungen hoch gehalten. Dies nicht als Selbstzweck, sondern als strukturalistische Notwendigkeit, um für linke, radikalreformerische Politik parlamentarische Mehrheiten in modernen repräsentativen Demokratien zu erlangen. Zugleich geht es uns stets um einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen sozialdemokratischen Milieus, ein Bündnis zwischen Aufsteigern und Ausgegrenzten sowie die organisatorische, kulturelle und personelle Verankerung in den relevanten Teilen der Gesellschaft. Wir wissen aber zugleich, dass dies heute kaum mehr gegeben ist und erheblichen Anteil an der Strukturkrise der SPD hat. Es stellt sich daher nach dieser Bundestagswahl die Frage nach der Zukunft der Volkspartei SPD.

Vorschläge zur Parteireform und zur programmatischen Weiterentwicklung der Volkspartei sind stets als Anforderung an

die Linke gestellt worden. Deshalb muss die SPD-Linke, will sie gesellschaftliche Entwicklungen nicht verschlafen, ihr Parteienleitbild neu überdenken und organisatorische wie programmatische Strategien für die Zukunft einer linken, sozialdemokratischen Volkspartei entwerfen. Wolf Kutzer, der für den SPD Bezirk Hannover an der Beck-Kommission teilgenommen hat, kritisiert in seinem Beitrag die unzureichenden Vorschläge zur Parteireform. In ihrem Beitrag auf der DL21-Tagung am 24. September weist Andrea Nahles zu Recht darauf hin, dass die notwendige Organisationsreformen in der SPD zur Zeit wohl eher als Prozess der kontinuierlichen Verbesserung initiiert werden müsse (hier im Heft auf S. 5/6).

Die SPD braucht wieder eine eigene „Erzählung“

Horst Heimann greift in seinem Beitrag die Vorschläge auf, die Björn Böhning und Reinhold Rünker vor einiger Zeit zur Entwicklung der Zeitschrift spw gemacht hatten: Entlang „großer Linien“ solle spw Alltagsphänomene theoretisch kontrovers diskutieren (vgl. spw 143). Heimann kritisiert nun, dass der Sozialdemokratie eine eigene „Erzählung“, eine eigene Darlegung der Weltsicht und Zukunftsperspektiven fehle: „Wie kann eine „erneuerte sozialistische Theorieaneignung“ möglich sein, wenn nicht einmal zu klären versucht wird, was „sozialistisch“ eigentlich bedeuten könnte?! Auch die anschwellende Freude darüber, dass „Kapitalismuskritik“ sogar wieder „von oben“ abgesegnet wird, sollte durch die Einsicht relativiert werden: Wer vom Sozialismus nicht reden will, sollte auch den Kapitalismus nicht kritisieren“. Recht hat er.

spw 5 / 2005

Juso-Umbauwochenende in Bremen, 4.-6. November 2005

Verbandsdebatte: Zwischen Bundestagswahl und Parteitag: Wie geht's weiter mit der SPD?

mit:

- Prof. Dr. Gerd Mielke, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- Hannelore Kraft, Fraktionsvorsitzende NRWSPD
- Björn Böhning, Juso-Bundesvorsitzender
- Dr. Joachim Schuster, Demokratische Linke 21
- Moderation: Claudia Bogedan, stv. Juso-Bundesvorsitzende

Wann: 4. November 2005, 19:30 Uhr

Wo: Jugendherberge Bremen, Kalkstr. 6, 28195 Bremen



Das Fiasko der ‚neuen Mitte‘

Die Bundestagswahl 2005 und die Orientierungen der gesellschaftlichen Milieus

Von Michael Vester

Das Bundestagswahl hat eine neuartige Situation geschaffen. Die Wählerinnen und Wähler haben einer Modernisierung, die die soziale Balance außer Acht lässt, eine Abfuhr erteilt. Die Volksparteien haben für ihre Wunschkoalitionen keine Mehrheit erhalten und müssen sich mit Alternativen auseinandersetzen, die von den erstarkten kleinen Parteien repräsentiert werden. Das Ergebnis hat den modischen Konzepten der letzten Jahre, dem „volatilen Wechselwähler“ und „der neuen Mitte“, den Boden entzogen. Aber auch die umstandslose Rückkehr zu traditionellen Umverteilungskonzepten wäre nicht mehrheitsfähig. Wie könnte ein neuer historischer Kompromiss für eine sozial balancierte Modernisierung zustande kommen?

1. Blockierung oder neue Beweglichkeit?

Die Bundestagswahl 2005 birgt die Chance für einen Neubeginn, so wie dies bei den Wahlsiegen der SPD Willy Brandts 1972 und auch unter der Parole „Innovation und Gerechtigkeit“ 1998 möglich war. Wenn wir verstehen, warum diese Aufbruchsbewegungen in Blockaden endeten und demoralisiert wurden, können wir auch verstehen, wie die für einen sozial ausgewogenen Reformkurs unerlässliche Mobilisierung und Ermutigung der Kräfte in Parteien und Gesellschaft erneuert werden könnte.

Das Wahlergebnis ist machtpolitisch kompliziert, aber gesellschaftspolitisch ermöglicht es eine neue Beweglichkeit. Das Wahlvolk hat ein machtpolitisch Mandat zum „Durchregieren“ (Merkel) oder zur „Geschlossenheit“ (Schröder) verweigert. Die von Merkel und Schröder repräsentierten Volksparteien sind auf ein historisches Tief von 35,2 (-3,3) und 34,3 (-4,3) Prozent gefallen, das ihre Wunschkoalitionen unmöglich macht. Schwarzgelb vereinigt 45,0 Prozent, Rotgrün 42,4 Prozent. Damit ist, so Bettina Gaus in der ‚taz‘ (23.9.05, S. 1), das Wahlergebnis „sehr viel klarer, als die seltensamen Rangeleien von Spitzenpolitikern derzeit nahe legen: Eine große Mehrheit

der Bevölkerung steht Veränderungen nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, will aber den Sozialstaat nicht wegreformiert sehen. Eine relevante Minderheit wünscht, dass Positionen, die grundsätzlich vom Konsens der Altparteien abweichen, im Parlament gehört und berücksichtigt werden müssen. Diese Minderheit hat links gewählt.“

Gleichzeitig hat der Souverän der „Linkspartei“ nicht das gesamte Potential ihrer Sympathisanten von etwa 18 Prozent zugewiesen, sondern nur 8,7 Prozent. So existieren neben der „Linkspartei“ auch andere linke Potentiale als Wählerklientele von SPD, Grünen und CDU. Vielleicht führt dies mittelfristig zu einem Ende der konzeptionellen Stagnation und damit auch zu einem innovativen, neukeynesianischen Ausweg aus der wirtschaftlichen Stagnation.

Die Neuwahl war nötig gewesen aufgrund einer Blockierung der politischen Entscheidungsfähigkeit. Diese bestand vordergründig zwischen Bundestag und Bundesrat, zwischen Regierungskoalition und Opposition. Entstanden war sie durch den Vertrauensverlust der Sozialdemokratie in den Ländern, der nach 1998 teilweise und nach 2002 flächendeckend zu nie dagewesenen bis zu zweistelligen Verlusten an Wählerstimmen, zum Austritt vieler ihr Leben lang für die SPD engagierter Mitglieder und zum Machtverlust auf Länderebene geführt hatte. Damit verbunden war auch eine Blockierung innerhalb der Parteien, die die Debatten zwischen den Flügeln um Alternativen und um die Akzeptanz im Wahlvolk stillstellte.

Das Gebot der Geschlossenheit im Handeln ist legitim. Fatal für demokratische Parteien war es aber, dieses auch auf die dem Handeln vorausgehende Meinungsbildung auszudehnen. Zentrale Entscheidungen – nicht allein, aber am sinnfälligsten bei der ‚Agenda 2010‘ – wurden ohne vorausgehende Verständigung zwischen den verschiedenen Strömungen von oben durchgesetzt. Dieser Stil hat nicht nur autoritäre Führer-Gefolgschafts-Strukturen

begünstigt. Er hat auch verhindert, dass die – durchaus notwendigen – Innovationen sozial ausbalanciert wurden. Steigende Belastungen und Unsicherheiten für die Arbeitnehmer, die, wie Hartz IV, die Entstehung einer neuen sozialen Unterschicht beschleunigen, wurden kombiniert mit enormen, vor allem steuerlichen Entlastungen für die großen Unternehmen. Dahinter stand – daran ist nicht zu zweifeln – keine moralische Unempfindlichkeit oder Mangel an Integrität, sondern der missionarische Glaube an die Verheissungen der wirtschaftsliberalen Ideologie – Leistungssteigerung unten, beschäftigungswirksame Investitionen oben. Und damit auch die Überzeugung, damit das Wahlversprechen einer Mobilisierung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und eines wesentlichen Abbaus der Arbeitslosigkeit einlösen zu können.

Dass diese Erwartungen sich bisher nicht erfüllt haben, dass die Massenarbeitslosigkeit am unteren Ende der Gesellschaft und die Stagnation der Einkommen und sozialen Standards in der großen Arbeitnehmermitte zugenommen haben, hat die Volksparteien – schon seit Beginn der 1990er Jahre – viel von ihrer Mobilisierungs- und Integrationskraft gekostet und eine parteipolitische Verdrossenheit von 60 und mehr Prozent der Bevölkerung erzeugt. Dies ist beredtes Zeugnis der Krise der politischen Repräsentation, der Entfremdung der politischen Repräsentanten von den sozialen Ordnungs- und Gerechtigkeitsvorstellungen der zu repräsentierenden Volksmilieus.

Seit dem 18. September 2005 bildet die Konstellation eines neuen Parteienpluralismus die Ausgangslage für einen mittelfristig möglichen neuen historischen Kompromiss zwischen den in der Bevölkerung tatsächlich vorhandenen Milieus und Lagern. Anstelle der innerparteilichen Gleichschaltung hat das Wahlvolk den Zwang zur Verständigung zwischen unabhängigen Akteuren gewollt, die den Volkswillen vergleichsweise weniger unverzerrt repräsentieren als bisher.

Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn der ideologische Nebel fortgeblasen wird, den der langjährige selbstgefällige Konsens zwischen den dominanten Akteuren der Parteien- und Medienbühne gebildet hat. Die Klugheit der Wählerinnen

und Wähler hat, in verteilten Rollen, diesem ideologischen Gespinnst eine Abfuhr erteilt. Gescheitert sind vor allem die marktradikalen Ideologien, die ein völlig wirklichkeitsfremdes Bild von der Mentalität der Bevölkerung, vom Wahlverhalten, von den Ursachen der wirtschaftlichen Stagnation und von der Rolle der Politik zum unhinterfragten und unhinterfragbaren Dogma entwickelt haben. Die wirtschaftliche Stagnation und die politischen Blockierungen hatten sich gegenseitig bedingt. Diese ideologischen Konzepte müssen wir uns vor Augen führen, wenn wir die Bedingungen eines neuen frischen Windes verstehen wollen.

2. Wechselwähler oder Lagerwähler?

Mit der Wahl vom 18. September hat sich als erstes die modische These des individualisierten Wechselwählers, der durch Medien und Politiker kurzfristig zu mobilisieren sei, als optische Täuschung erwiesen. Nicht die Parteibindungen im einzelnen, aber doch die Bindungen an die beiden großen Lager der „bürgerlichen“ und der „linken“ Parteien haben sich als langfristig stabil und entscheidend erwiesen. Dies entspricht dem Konzept der klassischen, von Lazarsfeld (1968 [1944]) sowie Lipset und Rokkan (1967) begründeten Wahlsoziologie, die, in modernisierter und differenzierter Form, heute in den Sammelbänden u.a. der Freiburger Schule Oberndörfers (Eith/Mielke 2001), von Niedermayer (2003) oder Brettschneider, Deth und Roller (2002, 2004) und auch in der hannoverschen Wahlforschung (Geiling 2003) vertreten wird.

In der Politikberatung und der Medienöffentlichkeit ist in den letzten Jahren allerdings das Konzept des individualisierten, bindungsfreien Wählers beherrschend geworden. Dieses Konzept geht, mit dem Soziologen Beck (1986), von der These der „Erosion“ der sozialen Milieus aus, die in verschiedener Form von renommierten Kanzlerberatern wie den Soziologen Giddens (1999) und Negt (2005) und der Leiter des Berliner Forsa-Instituts, Güllner (Güllner u.a. 2005) vertreten wird und auch dem Zielgruppenkonzept der „neuen Mitte“ zugrundeliegt. Nur eine Woche vor der Bundestagswahl des 18.9.2005 haben Güllner u.a. einen anspruchsvollen Sammelband herausgebracht. Dessen Autoren betonen gegenüber der Freiburger Schule die eigene „zentrale Stellung“ und die Aktualität ihrer These der „Entstrukturierung des Wählermarktes und des Wählerverhaltens ... Ein wichtiges Merkmal des individualisierten Wählers in der Mediendemokratie ist die starke Orientierung an den kurzfristigen Einflussfaktoren der Wahlentscheidung, also den politischen Streitfragen, den Problemlösungskompetenzen und den Spitzenkandidaten. Langfristige

Parteibindungen treten demgegenüber in den Hintergrund.“ (Ohr, in: Güllner u.a. 2005, S. 7, 9, Hervorh. hinzugefügt)

In fast allen Medien ist diese Tendenzannahme verabsolutiert worden in der These des unberechenbaren oder „volatilen“, also ‚flatterhaften‘, Wechselwählers. Diese These war wesentlich mitverantwortlich für den Verlauf des Wahlkampfes – nicht aber für das Wahlergebnis. Sie war, wie ich aufzeigen möchte, mitverantwortlich dafür, dass die Demoskopien der CDU monatelang 6-7% mehr voraussagten als die dann erhaltenen 35,3%, während die Voraussagen für die SPD dagegen weniger als 1% von den erreichten 34,3% abwichen (Spiegel-Wahlsonderheft '05, S. 63).

Die hohen CDU-Voraussagen waren äußerst folgenreich. Angesichts dieser Siegesgewissheit hielten es 1,3 Millionen CDU-Anhänger für kein Risiko, die FDP zu stärken, die einen entschieden wirtschaftsliberalen Kurs und die Verhinderung einer Großen Koalition versprach. Durch diese 2,6% erreichte die FDP ihr Rekordergebnis von 9,8%. Die Siegesgewissheit trug sicherlich auch dazu bei, dass Angela Merkel es für kein Risiko hielt, am 17. August den früheren Verfassungsrichter Paul Kirchhof mit seinem die Wohlhabenden begünstigenden Finanzkonzept in ihr „Kompetenzteam“ zu berufen und damit, wie eine Zeitung schrieb, die „neoliberale Katze aus dem Sack zu lassen“. Kirchhof wiederum ermöglichte Gerhard Schröder seine Kampagne gegen die ‚Politik der sozialen Kälte‘ der CDU. Mit dieser mobilisierte er, nach einem fast dreijährigen Umfragetief von meist unter 30%, von Mitte August bis Mitte September die vier Prozent, die die SPD über die 30-Prozent-Marke hoben (Spiegel' 22.8.2005, S. 23).

Die Legende einer „Chaos-Wahl“ (Spiegel' 2005, S. 1) oder „Sensationswahl“ (Focus' Wahl-Spezial 2005, S. 1) war geboren. „Noch nie wurden Politiker und Medien von einer Wahl so überrumpelt“, titelte ‚DIE ZEIT‘ (22.9.05, S.1). Die Umfrageinstitute führten diesen anscheinenden „Last-Minute-Swing“ (Focus', ebd., S. 22) von der Union zur SPD auf den hohen Prozentsatz von mindestens 20% (2002 waren es 13%) der Stimmberechtigten zurück, die bis kurz vor der Wahl noch unentschieden gewesen waren (Focus', ebd., S. 23). Die Medien hatten in ihnen schon vor der Wahl die berühmten Wechselwähler vermutet, die sprunghaft, unberechenbar und kurzfristig beeinflussbar seien. Gerhard Schröder ließ sich selbst als den Urheber jenes sensationellen Swings von vier Prozent und des „Absturzes“ der CDU bejubeln und beanspruchte nun die Kanzlerschaft.

Demgegenüber sind die realen Daten äußerst ernüchternd: Im Vergleich mit der Bundestagswahl 2002 gab es keinen Swing von der SPD zur CDU/CSU und auch keinen „Absturz“ der CDU/CSU. Auffällig war vor allem die hohe Zahl von Unentschiedenen bis zum Wahltag. Infratest dimap präziserte, 28% hätten sich erst während der letzten Tage vor der Wahl entschieden, darunter 13% erst am Wahlsonntag selbst (wahl.tagesschau.de, 19.9.2005). Focus' (ebd., S. 23) gibt an, von den „Kurzentschiedenen“ seien 34% zur SPD, 30% zur Union, aber noch mehr, nämlich 36%, zu den kleinen Parteien gegangen. Im Ergebnis aber haben sich, nach diesen Schwankungen, aber doch die längerfristigen Lagerbindungen durchgesetzt. Dies zeigt die Bilanz der Wählerwanderungen seit der Bundestagswahl 2002 (Focus', ebd., S. 22). So verzeichnet die Bilanz nicht



Foto: Christian Kiel (Berlin)

den behaupteten Swing von der CDU zur SPD. Die SPD hat sogar etwas, nämlich 1,3%, an die Union verloren. Vor allem aber hat sie an die Linkspartei (2,0%), an die „Grünen“ (0,4%) und an die Nichtwähler (1,1%) verloren. Die größten Unionsverluste (3,3%) gingen an die FDP (2,6%) und die Nichtwähler (1,5%). Die Daten bestätigen also, dass es sich primär um Wanderungen innerhalb des bürgerlichen und des linken Parteienlager und zu den Nichtwählern, als einer reserve dieser Lager, handelt.

Es liegt nahe zu vermuten, dass die zu hohe Wahlprognose für die CDU/CSU nicht auf falschen Erhebungen, sondern darauf beruht hat, da die Gruppe der „Unentschiedenen“ gleich Null gerechnet wurde, als würde sie sich später proportional auf die Präferenzen der etwa 70% „Entschiedenen“, bei denen die CDU dominierte, aufteilen. Aber sie gingen, so die genannten Daten, allenfalls zu 30% an die CDU. Die Unentschiedenen haben nicht die CDU symmetrisch gestärkt, sondern überwiegend das linke Lager, in dem die Vertrauenskrise noch größer war.

Schröders Kampagne hat also hauptsächlich dazu beigetragen, ein noch schlechteres Ergebnis zu verhindern, indem sie die Abwanderungen von enttäuschten SPD-Wählern zur Linkspartei und zu den Nichtwählern bremste oder umkehrte. Denn die von ihm geführte SPD hatte ja bereits seit 1999 partiell und seit 2003 flächendeckend hohe, zunehmend zweistellige Stimmenverluste hinnehmen müssen, die sie die Regierungsmacht in sechs Ländern kostete (in Hessen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen). Auch diese verheerenden Verluste waren kein Swing sprunghafter Wechselwähler ins andere Lager, sondern, wie statistische Analysen bestätigen, primär Wahlenthaltungen der eigenen arbeitnehmerischen Klientel. – Die Wahlforschung der Freiburger Schule fasst für die SPD zusammen: „Wie schon 2002 hat der Kanzler mit dem Kunstgriff einer rhetorischen Re-Traditionalisierung der SPD und seiner Politik die spannungsgeladene Atmosphäre eines symbolischen Richtungswahlkampfes zwischen einer auf Gerechtigkeit und soziale Balance ausgerichtete SPD und einer auf soziale Kälte und Gefährdung eben dieser Balance abzielenden neoliberalen Opposition aus Union und Liberalen zu erzeugen versucht. Mit dieser Re-Traditionalisierung sollten die ... Assoziationen der sozialdemokratischen Regierungspolitik mit Hartz IV und der Agenda 2010 überspielt werden. Und zweifellos hat diese atmosphärische Zuspitzung ... den Absturz unter die 30-Prozent-Grenze verhindert.“ (Oberndörfer u.a. 2005)

Der Kreis von Intellektuellen und Gewerkschaftern, die dennoch mit Günter Grass die Wahlanzeige „Für eine starke SPD“ un-

terzeichnet haben, haben sich zwar diesem symbolisch anti-neoliberalen Richtungswahlkampf angeschlossen. Aber ihr Aufruf formuliert einen Vorbehalt, einen in der nächsten Wahlperiode einzulösenden Anspruch: „Es geht darum, ein möglichst großes Maß an sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen: beim Zugang zu Bildung und Arbeit, bei der Teilhabe an Bildung und Kultur und bei der Verteilung des erwirtschafteten Reichtums in der Gesellschaft.“ (taz, 16 .9.2005, S. 7) Dies ist eine Mahnung: Das Mandat meint für die SPD und ihre Abgeordneten nicht eine bedingungslose Unterstützung der Agenda 2010, sondern die Wiederherstellung der sozialen Balance.

3. Neue Mittelschichten oder neue Arbeitnehmer?

Die Wahlergebnisse sind bedeutsam für die Kontroverse zwischen den beiden Hauptrichtungen der Wahlforschung darüber, ob die sozialstrukturellen Verortungen der Wählerschaft und damit der Parteien sich auflösen. Nicht kontrovers in der Wahlforschung sind der Bedeutungsverlust der großen Volksparteien und die Überzeugung, dass die Ursachen dafür im Wandel der Sozialstruktur gesucht werden müssen (Oberndörfer u.a. 2005; Güllner u.a. 2005; Güllner lt. ‚Frankfurter Rundschau‘, 21.9.2005, S. 2; Niedermayer 2003; Bretschneider u.a. 2002). Kontrovers ist aber, worin dieser Wandel besteht.

- Die Individualisierungsthese geht von der Entstrukturierung aus, durch die die Wähler unabhängig von den Milieus und damit unkalkulierbar werden.

- Die klassische Wahlsoziologie geht von einer Umstrukturierung aus. Danach sind die Wählerbindungen immer noch nach „cleavages“ oder „Konfliktlinien“ strukturiert. Diese sind allerdings mehrdimensional und haben auch einen Formenwandel durchgemacht. Wenn man diesen Wandel berücksichtigt, sind sie immer noch eine gute Prognosegrundlage.

Theoretisch schließt das erste Konzept an ökonomische Modelle atomistischer Märkte an, das zweite an das Modell strukturierter Felder.

Das Marktmodell vermutet eine „Entkopplung der Beziehungen zwischen politischen Parteien und Wählern“, verursacht durch eine veränderte „Nachfrage“, d.h. eine nachhaltige Veränderung der Werte, ideologischen Orientierungen und vor allem der Parteiidentifikation „als eine langfristig-stabile, emotional abgestützte Bindung“ (Güllner u.a. 2005, S. 15). Angeführt werden zwei Phänomene: Die Lockerung der Bindung an die SPD wird auf den „wirtschaftlichen Strukturwandel“ zurückgeführt, der die Bedeutung der sozio-ökonomischen Konfliktlinie „fundamental verändert“ habe (ebd., S. 16). Durch die „starke

Ausweitung des Dienstleistungssektors“ sei die traditionelle Arbeiterschaft mit ihren gewerkschaftlich geprägten Wertvorstellungen auf etwa 20% der Wählerschaft geschrumpft.

Gewachsen sei demgegenüber der „so genannte ‚neue‘ Mittelstand“, bestehend aus den „nachwachsenden Generationen von Angestellten und Beamten“ (ebd., S. 16). Die Lockerung der Bindungen an die CDU wird auf die „zunehmende Entkirchlichung als eine Spätwirkung der Rationalisierung moderner Gesellschaften“ bezogen, durch die die kirchlich-konfessionelle Cleavage stark an Bedeutung verloren habe (ebd., S. 17). [Kritik?]

Die sozialstrukturellen Veränderungen sind empirisch unbestreitbar. Das Problem liegt darin, dass sie hier nicht als relative Veränderungen, sondern als absolut geltende allgemeine Trends gesehen werden: nicht als Wandel, sondern als „Erosion sozialer Milieus“ (ebd., S. 17). Belegt wird dies nicht mit empirischen Untersuchungen, sondern mit zwei Deutungsfiguren aus den 1980er Jahren. Die erste, die Individualisierungsthese von Ulrich Beck (1986, S. 122), beschreibt die zunehmende individuelle Unabhängigkeit und Horizonterweiterung: dass die Zunahme von Wohlstand und Sozialstaatlichkeit auch zu einem kollektiven „Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum“ und dazu führe, dass „subkulturelle Klassenidentitäten und -bindungen ausgedünnt und aufgelöst“ würden. Die zweite Beobachtung, die These der kognitiven Mobilisierung von Dalton (1984), geht davon aus, dass die Bildungsexpansion die Bürger befähige, in einer komplexen politischen Wirklichkeit eher zu einem eigenständigen politischen Urteil zu gelangen und damit eher unabhängiger von der Autorität einer Partei zu werden. Kurz, beide Thesen beschreiben nichts anderes als die Zunahme von Mündigkeit, d.h. der Emanzipation von äußeren Vormundchaftsinstanzen.

In einer großen qualitativen wie quantitativ-repräsentativen Untersuchung (Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2001 [1993]) haben wir schon 1991 ermittelt, dass es diese Tendenzen gibt, dass sie aber relativ und nicht absolut wirken: Die Klassenmilieus mit ihren Mentalitäten, Wertsystemen und sozialen Ordnungsvorstellungen haben sich nicht aufgelöst, wohl aber in sich selbst modernisiert dadurch, dass die jüngeren Generationen, die eher in Dienstleistungen als in Industrie und Landwirtschaft arbeiten, eigenständiger, eigenverantwortlicher und reflexiver geworden sind. Die Milieus der Arbeitnehmer haben also nach Art von Familienstammbäumen jüngere und modernere Zweige ausgebildet. Aber auch diese erfahren und verorten sich immer noch vertikal als Arbeitnehmer. Kurz,

die vertikalen Klassengegensätze haben sich nicht aufgelöst. Sie haben sich horizontal differenziert. Dem entspricht auch eine stärkere Neigung zu einer anderen, damals neuen Partei des linken Lagers, den „Grünen“. Die Differenzierung des linken Parteienlagers in SPD und „Grüne“ entsprach also der Differenzierung der sozialen und kulturellen Strukturen.

Sehr ähnliche Ergebnisse zeitigten die umfangreichen statistischen Untersuchungen des Mannheimer Sozialstrukturforschers Walter Müller (1997 u. 1998). Die wachsenden Angestellten- und Beamten-schichten sind danach kein amorphes oder ‚heterogenes Aggregat‘, wie dies im Güllner-Band (Ohr, in Güllner, ebd., S. 17) angenommen wird, sondern in sich vertikal und horizontal geteilt. Die vertikale Teilung sieht Müller zwischen Unternehmensmanagern und höheren Beamten einerseits, die bürgerliche Parteien vorziehen, und Beschäftigten der sozialen und kulturellen Dienste andererseits, die sich stärker der SPD und den „Grünen“ verbunden fühlen, horizontal. Die horizontale Teilung besteht zwischen eher konservativen oberen Klassenfraktionen (der „administrativen Dienstklasse“ von Managern usw.) und eher rot-grün tendierenden oberen Gruppen (den „Experten“, die professionelle und semiprofessionelle technische und naturwissenschaftliche Berufe ausüben, und der „sozialen und kulturellen Dienstklasse“). Müller bestätigt damit die horizontale Differenzierung der Sozialstruktur in Richtung der Humandienstleistungen, in denen eben häufiger „grün“ oder „rot-grün“ gewählt wird.

Diese horizontale Differenzierung kombiniert sich mit einer fortwirkenden und, wie die klassische Forschungsrichtung hervorhebt (u.a. Eith/Mielke 2001, Brettschneider 2002), revitalisierenden Virulenz der vertikalen sozioökonomischen Teilung.

Der Vertrauensverlust der Volksparteien ist auch nach Niedermayer (2003) nicht einseitig mit einer Erosion der Milieus zu erklären. Zwar verloren die Volksparteien seit den 1980er Jahren an Integrationskraft. Die SPD fiel nach 1980, die CDU nach 1994 in Bundestagswahlen immer häufiger unter 40%. Der jetzige Rückgang beider von 38,5% (2002) auf um 35% (2005) markiert keine sensationell neue Tendenz, sondern entspricht den Entwicklungen der 1990er Jahre. Schon damals lag die CDU einmal bei 35,1% (1998) und die SPD einmal bei 33,5% (1990) und ein anderes Mal bei 36,4% (1994). Vor allem haben sich die beiden großen Parteienlager trotz gewisser Schwankungen langfristig überraschend stetig entwickelt. Dabei ist von 1980 bis 2005 nur das bürgerliche Lager (CDU/CSU und FDP) geschrumpft, und zwar nachhaltig um etwa 10% auf 45,0%. Die Abnahme der SPD dagegen war seit 1980 (und be-

schleunigt seit der deutschen Vereinigung von 1990) mit einer allmählichen Ausweitung des gesamten linken Parteienlagers um etwa 6% auf 51,1% verbunden – aufgrund einer Herausbildung von „Grünen“ und PDS/Linkspartei auf Kosten der SPD (und eben auch teilweise des bürgerlichen Parteienlagers). In diesem Prozess hat das linke Parteienlager 1998, zum ersten Mal in seiner Geschichte, Parität mit dem bürgerlichen Lager erreicht.

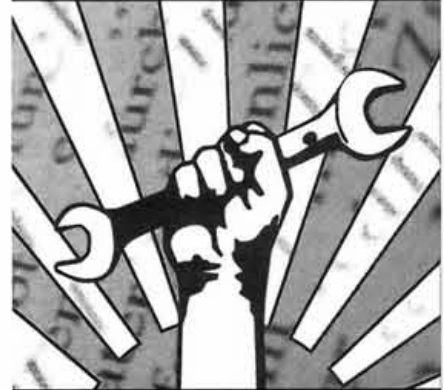
Angesichts der neuen Entwicklungen und Differenzierungen hat die klassische Wahlforschung für eine offenere und heuristische Handhabung des Cleavage-Ansatzes optiert, welche die ursprünglich von Lipset und Rokkan (1967) formulierten vier historischen Cleavages allgemeiner fasst und um neue Cleavages ergänzt (Eith/Mielke 2001, Vester/von Oertzen/Geiling u.a. 2001 [1993], Brettschneider u.a. 2002, Niedermayer 2003). Dabei wird die vertikale Teilung zwischen Arbeitern und Unternehmen erweitert; sie schließt nun auch den Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Managern mit ein. Hinzugenommen wird die dazu quer verlaufende neue horizontale Teilung, die die Modernisierung der Milieus zwischen ‚Autoritarismus‘ und ‚Liberarismus‘ (Flanagan 1987) oder zwischen ‚traditionellen‘ und ‚modernen‘ Wirtschaftssektoren bzw. Milieus (Müller 1997 u. 1998, Vester u.a. 2001 [1993]) ausdrückt. Auf dieser horizontalen Achse ließe sich auch die Entkirchlichung abtragen.

Dieses Konzept der zwei Dimensionen (zu denen die regionale Ost-West-Disparität hinzukommt) hat einen hohen Erklärungswert für das Wahlergebnis von 2005. Es konvergiert auch mit dem Konzept der Milieu- oder Klassengliederung nach einer vertikalen und einer horizontalen Dimension, wie es, in Anschluss an Pierre Bourdieu (1983), in der hannoverschen politischen Soziologie (Vester/v. Oertzen/Geiling u.a. 2001) entwickelt worden ist. Nach Bourdieu sind die neuen Milieus nichts anderes als die modernen „Fraktionen“ der bekannten sozialen Klassen.

Das Konzept der neuen Mitte, das dem sozialdemokratischen Wahlkampf von 1998 und nicht zuletzt Schröders ‚Agenda 2010‘ von 2003 zugrundelag, hat, wie es in Güllners Sammelband heisst, diese Cleavages absichtlich nicht in ihr Zielgruppenmodell aufgenommen: „Indem der Begriff bewusst vage formuliert war, sollte er von der immer stärker individualisierten Wählerschaft weniger als sozialstrukturelles Merkmal denn als Mentalität im Sinne engagierter und aufgeschlossener Leistungsbereitschaft verstanden werden. Indem er das Bedürfnis nach Wandel und Kontinuität gleichermaßen betonte, sollte er potenziellen Wechselwählern die Furcht vor einem Regierungswechsel nehmen“, d.h. „neben den Stammwählern auch andere

ak 500 Party

Im November erscheint die 500. Ausgabe von ak – analyse und kritik, und das wollen wir kräftig feiern, unter uns und mit euch!



Sa., 19.11.2005 – ab 20 Uhr
Werkstatt 3, Hamburg – www.akweb.de

Wählersegmente anzusprechen“ versuchen (Dülmer, in: Güllner, ebd., S. 33)

Als Wahlkampfkonzept, dass 1998 zusätzliche Zielgruppen gewinnen sollte, war dies sicher sinnvoll. Aber als Politikkonzept der „neuen Mitte“, wie es 1999 unter Beratung des Soziologen Anthony Giddens zustandekam, verwischte es die Grenzen zwischen oben und unten derart, dass es die soziale Balance zugunsten der oberen Schichten verschob. Giddens (1999) ging es um die Belohnung der sog. „Leistungsträger“. Diese grenzte er nach unten ab gegen die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die aufgrund der nach seiner Auffassung zu hohen sozialstaatlichen Leistungen kein Motiv zum Arbeiten hätten und daher die Arbeitslosigkeit hauptsächlich verursachten. Giddens und ein anderer Vordenker von Tony Blairs ‚New Labour‘, Peter Mandelson, rieten der SPD, sich von der „schrumpfenden Basis der traditionellen Arbeiterschicht“ zu lösen, die nur materielle Umverteilung wolle, um sich auf der komfortablen Vergangenheit auszuruhen. Statt dessen müsse man auf die „neuen Dienstleistungsschichten“ und ihre „postmaterialistischen Werte“ – „jenseits von links und rechts“ setzen: auf Ökologie, Gleichstellung der Frauen, Multikulturalität, Pluralität der Lebensstile usw.

Dieses Gesellschaftsbild enthält nicht nur eine starke Abwertung der Volksmilieus, die, aus der Perspektive der alten puritanischen Arbeitsmoral, als faul, sittenlos und selbstsüchtig erscheinenn – eine Rechtfertigung für das sozialdarwinistische ‚no pity for the poor‘. Es enthält auch eine besondere Idealisierung der oberen Gruppen, die von der Forderung nach Umverteilung ausgenommen werden. Die Diagnose mündet in einen neuen puritanischen Tu-

gend-Diskurs. Der Staat müsse die Bürger zum Sparen und zur Verantwortung aktivieren und alle Möglichkeiten des ‚Missbrauchs‘ und der Verschwendung der sozialen Leistungen abbauen.

Der gleiche Tenor durchzog die berühmte Rede, mit der Schröder am 14. März 2003 die ‚Agenda 2010‘ ankündigte. Die Maßnahmen wurden moralisch begründet. Die Absenkung des Arbeitslosengeldes solle als „Arbeitsanreiz“ wirken – also als Maßnahme, vorgebliche Arbeitsunwillige zur Hinnahme von Niedriglöhnen zu nötigen: „Niemandem aber wird künftig gestattet sein, sich zu Lasten der Gemeinschaft zurückzulehnen. Wer zumutbare Arbeit ablehnt – wir werden die Zumutbarkeitskriterien verändern – der wird mit Sanktionen rechnen müssen.“

Das sozialdemokratische Grundmotiv der Solidarität auf gleicher Augenhöhe, wie es

in den sozialen Sicherungssystemen auf der Basis der Gegenseitigkeit vertreten wird, ist von Schröder umgedeutet worden. Solidarität versteht er, so Gesa Reisz (2004, S. 60), nur noch „asymmetrisch“, als Solidarität der Gesunden mit den Kranken und der Starken mit den Schwachen; denn „das ‚Wer muss Wem zahlen‘ in der Rhetorik Schröders stellt vor allem die Belastung der vermeintlich gerade Starken und Wohlhabenden dar und nicht den gegenseitigen Risikoausgleich unter Gleichen.“

Mit dem dräuende Ton des moralischen Vorwurfs gegen Faulheit und Verschwendung sollte Schröder in der großen Arbeitnehmermitte, die sich nicht auf den Status unverantwortlicher Kinder herabmindern lassen möchte, viel Unwillen erzeugen. Schröders Verkennung beruhte darauf, dass das Sozialmodell der Bundesrepublik im Grundverständnis der meisten Milieus

nicht nach dem Fürsorge- und Protektionsprinzip, sondern nach dem Prinzip der sozial ausbalancierten Eigenverantwortung, wie es das Sozialversicherungsprinzip institutionalisiert hat, interpretiert wird. Das Konsensprinzip heisst Leistung gegen Teilhabe: Leistung, Eigenverantwortung, Flexibilität, ja durchaus auch Opferbereitschaft sind keine Zumutung – solange sie auf Gegenseitigkeit beruhen und wenn sie sozial ausbalanciert sind.

4. Soziale Milieus und politische Lager

Die Wahlniederlagen vom 18. 9. 2005 beruhen zweifellos darauf, dass die gesellschafts-politischen Lager der Bevölkerung innerhalb der Volksparteien nicht mehr hinreichend repräsentiert worden waren. Sie waren Ausdruck der schon länger anhaltenden, von den Parteien aber nicht ernstgenommenen Krise der politischen Repräsentation. In beiden Parteien waren die Flügel, die Kompromisslinien miteinander hätten aushandeln können, immer weniger angemessen, d.h. entsprechend den Lagergrößen in der Bevölkerung, vertreten. Dies hängt nicht zuletzt mit der Art und Weise zusammen, in der Angelika Merkel und Gerhard Schröder ihre Machtkämpfe führten. Sie und ihre engeren Klientele setzten sich durch, indem sie ihren eigenen Kurs als alternativlos darstellten, d.h. nicht als Kompromiss zwischen verschiedenen Flügeln, der in einer neuen Integrationsformel hätte münden können. Infolge dieser Blockierung der Aushandlungskultur waren die von ihren Rivalen repräsentierten Alternativen in den vorpolitischen Bereich abgedrängt worden. Die wirtschaftsliberalen Positionen waren in der Programmatik überrepräsentiert. Dies stand in einem deutlichen Kontrast zu der Tatsache, dass nach vielen Umfragen mehr als drei Viertel der Bevölkerung eine Fortsetzung des solidarischen Sozialmodells der Bundesrepublik befürworten.

Damit ist allerdings noch kein einheitliches Konzept einer solidarischen sozialen Ordnung vorgezeichnet. Dieses muss vielmehr erst zwischen den politischen Repräsentanten ausgekämpft und ausgehandelt werden. Denn die mehrheitliche Befürwortung des sozialen Ausgleichs verteilt sich auf verschiedene Varianten des solidarischen Sozialmodells, die wiederum in verschiedenen Interessenvertretungen und verschiedenen Flügeln der Parteien und ihren Sprechern verkörpert sind. Die Repräsentanten sind dabei nicht völlig frei, wie dies die heute wiederauflebenden populistische Vorstellungen einer direkten Beziehung zwischen Politikern und Volk, die teilweise auch in den Äußerungen Schröders mitschwingen, nahelegen. Die Akteure können sich langfristig nicht ungestraft von den Spielregeln des Feldes der korporativen und bürgergesellschaftli-

Die sozialen Ordnungsmodelle der sechs gesellschaftspolitischen Lager in der Bevölkerung

nach den vertikalen und horizontalen Konfliktlinien ('cleavages') der westdeutschen Gesellschaft, mit Schwerpunkten von Parteiflügeln und Parteipräferenzen (Daten zu Ostdeutschland und zur PDS bzw. Linkspartei standen nicht zur Verfügung)

<p>Moderne Orientierung: Eigenverantwortung (ca. 40%)</p> <p>Elitemodelle der oberen Milieus (ca.25%)</p> <p>Hierarchie primär nach Arbeitsleistung (achieved status)</p> <p>(1) Radikaldemokratisches Lager, ca. 11%: <i>postmaterialistisch-liberales Elitemodell</i> (‘meritokratische’ Leistungshierarchie)</p> <p>Parteipräferenzen: SPD+, Grüne+, FDP+, CDU/CSU-, Rechte-; Schwerpunkt des "Netzwerk"-Flügels der SPD</p>	<p>Traditionelle Orientierung: ständischer Rang (ca. 60%)</p> <p>Hierarchie nach zugeschriebenem Status (‘ascribed status’)</p> <p>(2) Traditionell-konservatives Lager, ca. 14%: <i>ständische Modell gestufter Rechte</i> (Patron-Klient-Perspektive)</p> <p>Parteipräferenzen: CDU/CSU+, FDP+, Rechtsparteien durchschnittlich, SPD-, Grüne;Schwerpunkt u.a. der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU</p>
<p>Solidaritätsmodelle der Arbeitnehmer- und Volksmilieus der Mitte (ca. 49%)</p> <p>Leistung gegen Teilhabe</p> <p>(4) Sozialintegratives Lager, ca. 13%: <i>postmaterialistisch-solidarisches Solidaritätsmodell</i> (<i>progressiv-idealistisches Modell der Gleichstellung bzw. 'Inklusion'</i>)</p> <p>Parteipräferenzen: SPD+, Grüne+, FDP durchschnittlich, CDU/CSU-, Rechte-; Schwerpunkt des linken Flügels der SPD (DL 21)</p> <p>(5) Skeptisch-distanziertes Lager, ca. 18%: <i>Solidaritätsmodell nach der Volkstradition der Nachbarschafts- und Nothilfe (Eigenverantwortung und Gegenseitigkeit)</i></p> <p>Parteipräferenzen: SPD+, CDU/CSU und FDP durchschnittlich, Grüne-, Rechte-; Schwerpunkt des linken Flügels der SPD (DL 21) und des Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU</p>	<p>Leistung gegen Fürsorge</p> <p>(3) Gemäßigtkonservatives Lager, ca. 18%: <i>ständische-arbeitnehmerisches Solidaritätsmodell</i> (Klient-Patron-Perspektive)</p> <p>Parteipräferenzen: CDU/CSU+, SPD durchschnittlich, FDP-, Grüne-, Rechte-;</p> <p>Schwerpunkt des rechten SPD-Flügels ("Seeheimer Kreis") und des Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU</p>
<p>Protektionistische Modelle der unterprivilegierten Milieus (ca. 27%)</p> <p>Schutz vor Modernisierungsrisiken und Zuwanderung</p> <p>Repräsentativbefragung "Gesellschaftlich-politische Milieus in Westdeutschland" 1991 n = 2.684; deutschsprachige westdeutsche Wohnbevölkerung ab 14 J. in Privathaushalten.</p>	<p>(6) Enttäuscht-autoritäres Lager, ca. 27%: <i>populistisches Anspruchsmodell</i> (Schutz vor Ausgrenzung bzw. 'Exklusion')</p> <p>Parteipräferenzen: CDU/CSU+, SPD+, Rechte-, FDP-, Grüne-</p> <p>Cluster- und Faktorenanalyse, nach: M. Vester, P. v. Oertzen, H. Geiling u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001, Kap. 2.5 und 12.2. Aufgrund von Rundungen addieren sich die Prozentzahlen nicht genau auf 100 Prozent.</p>

chen Interessenvertretungen und des Feldes der politischen Parteien und Institutionen lösen.

Die Varianten der normativen Modelle der Sozialordnung unterscheiden sich danach, wie die soziale Ordnung insgesamt gegliedert sein soll. Unser Schaubild zeigt, in sehr stark vereinfachter Darstellung, die sechs grundlegenden Ordnungsmodelle in der Gesellschaft der Bundesrepublik. Die Ordnungsmodelle sind 1991 zum ersten Mal auf der Grundlage einer großen repräsentativen Stichprobe empirisch gewonnen worden (differenziert dargestellt in: Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2001, S. 58-64, 249f, 427-491). Nachfolgende Befragungen haben bestätigt, dass es sich um lang anhaltende Grundüberzeugungen handelt (vgl. u.a. Vester 2001).

Bemerkenswert ist, dass sich, trotz der Offenheit der Befragung, sechs in sich relativ konsistente Vorstellungen von einer gerechten sozialen Ordnung herauskristallisiert haben. Sie knüpfen an die großen historischen und auch neuen Cleavages und Lagerbildungen an. Die Ordnungsvorstellungen sind zwar nicht intellektuell ausgearbeitet, sondern in Begriffen des Alltagsbewusstseins formuliert. Dennoch knüpfen sie sichtbar an die liberalen, sozialdemokratischen, sozialistischen, konservativen und protektionistischen, aber auch die neuen postmaterialistischen Cleavages an. Von der in der Ideologie der ‚neuen Mitte‘ behaupteten Auflösung in individualisierte Einzelmenschen kann auf der Ebene der Grundüberzeugungen also kaum die Rede sein.

Wenn sich die Milieu- und Lagerbindungen auch nicht aufgelöst haben, so haben sie sich doch erkennbar differenziert.⁴ Hinter unserem vereinfachten Raumbild steht ein differenziertes Zusammenspiel von ökonomischer Lage, Milieukultur und politischen Ordnungsvorstellungen der Individuen, die dann von den Parteien mobilisiert, repräsentiert und in Kompromisse überführt werden müssen. Die klassische Wahlsoziologie hatte schon diesen Gesamtzusammenhang vor Augen, wenn sie von längerfristigen, milieubezogenen Grundüberzeugungen ausgeht, die die Parteien nicht verändern, sondern nur verstärken und mobilisieren können (Lazarsfeld u.a. 1968 [1944]).

Die dem Individualisierungsansatz verpflichtete Umfrageforschung widmet sich nur einem Ausschnitt dieses komplexen Feldes, der Mobilisierung und Verstärkung von Wählerneigungen in Wahlkämpfen. Diesen Ausschnitt untersucht sie facettenreich mit hochentwickelten professionellen Techniken, wie dies der Sammelband von Güllner (2005) dokumentiert. In dem Band wird jedoch ausdrücklich eingeräumt, dass ihre Umfrageforschung bisher noch nicht untersucht hat, welches denn die

mittel- und längerfristigen Grundauffassungen sind, die von den Akteuren der Wahlkämpfe mobilisiert und verstärkt werden.⁵ Unsere Untersuchungen seit 1991 (Vester u.a. ebd., Vester ebd.) haben dazu beigetragen, diese Lücke in der repräsentativen Umfrageforschung zu schließen und die dauerhaften Grundmuster, wie sie die Cleavage-Theorie im Auge hat, quantitativ näher zu ermitteln.

5. Durchregieren oder Aushandeln?

Das diese Untersuchungen zusammenfassende, vereinfachte Raumbild verdeutlicht die grundlegenden Strukturdimensionen des politischen Raumes. Die Größe und räumliche Verteilung der verschiedenen Ordnungskonzepte unterstreichen, dass die Thesen der ‚neuen Mitte‘ aber auch einer ‚strukturellen linken Mehrheit‘ nicht aufrechterhalten werden können.

Zunächst sehen wir, dass die Zunahme der neuen Dienstleistungsberufe an der grundlegenden vertikalen Dreiteilung der Gesellschaft nichts geändert hat. Die Dreiteilung verkörpert sich in typischen gesellschaftlichen Ordnungsbildern der privilegierten oberen Milieus (um 25%), der nichtprivilegierten Arbeitnehmerschichten (um 50%) und der unterprivilegierten Milieus (um 25%). Eine Mehrheit gibt es nicht für eine ‚neue Mitte‘, sondern für die grundsätzliche Beibehaltung des historischen arbeitnehmerorientierten Solidaritätsmodells der Bundesrepublik.

Diese drei Stufen teilen sich allerdings entlang der horizontalen Achse. Dabei ist bemerkenswert, dass die ständischen Ordnungsmodelle mit knapp 60 Prozent überwiegen. Die Vorstellung einer modernen linken Mehrheit erweist sich damit ebenfalls als Illusion. Sie könnte nicht ohne weiteres gegen die mit 18% sehr große Gruppe der konservativen Arbeitnehmer, die in der SPD vom „Seeheimer Kreis“ und in der Union von deren Arbeitnehmerflügel vertreten wird, durchgesetzt werden. Eine „linke Mehrheit“ bestünde selbst dann nicht, wenn die Linkspartei mitgerechnet würde.

(Hinzugedacht werden muss hier noch die dritte Teilung, die regionale Cleavage. Sie kam sehr deutlich in den Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland, aber auch Nord- und Süddeutschland zum Ausdruck. Insbesondere lagen am 18.9.2005 im Norden die sozialdemokratischen, im Osten – und im Saarland – die linksparteilichen Stimmen deutlich über dem Durchschnitt.)

Trotz dieser horizontalen und regionalen Differenzierungen haben die Ordnungskonzepte der Lager durchaus einen potentiellen gemeinsamen Nenner. Die arbeitnehmerischen Solidaritätsmodelle überwiegen mit 49%. Es sind solche Modelle, für die Solidarität und Eigenleistung zusammenge-

hören und nicht – wie in neoliberalen oder protektionistischen Sozialmodellen – gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Allerdings teilen sich die Solidaritätsmodelle horizontal in eine ständische Untergruppe, die u.a. von den konservativen Gewerkschaftern in der CDU (Arbeitnehmerflügel) und der in SPD („Seeheimer Kreis“) vertreten wird, und eine modernere Untergruppe, die u.a. von der SPD-Linken („Demokratische Linke 21“) vertreten wird. Eine Große Koalition böte die Chance, wenn auch nicht Gewissheit, dass diese beiden Richtungen weniger auseinanderdividiert werden könnten als bisher. Eine solche horizontale Allianz der Arbeitnehmerflügel wäre nicht allein für Arbeitsmarkt-, Wirtschaftspolitik, sondern auch für die Sozial- und Bildungspolitik bedeutsam. Nicht zuletzt die Bildungspolitik war seit den 1980er Jahren von konservativer Seite vollständig blockiert, Ursache des internationalen Rückstands in der Mobilisierung der hochqualifizierten wie auch der niedrigqualifizierten Bildungspotentiale.

Die Chance eines neuen historischen Kompromisses bestünde außerdem in potentiellen vertikalen Aushandlungsprozessen. In einer Großen Koalition käme auch das Traditionell-konservative Lager mit an den Tisch, insbesondere, wenn die Ausschließung seines Exponenten, Friedrich Merz, aus dem Führungskreis der CDU ebenso beendet würde wie die Ausschließung des Exponenten, Horst Seehofer. Die Blockade zwischen diesen Flügeln kann nicht durch „Durchregieren“, sondern allenfalls durch „Aushandeln“ aufgelöst werden. Der Stachel der Wählerverluste an die Nichtwähler und die Linkspartei könnte dazu beitragen, dass es – anstelle des bisherigen Ausgrenzens – wieder zum Aushandeln kommt.

Von dem in einer Großen Koalition zusammengebundenen Kern eines neuen historischen Kompromisses aus könnten auch die Minderheitsgruppen, die derzeit mehr durch die kleinen Parteien und die Nichtwähler repräsentiert werden, interessiert werden. Die große Minderheitsgruppe der Modernisierungsverlierer von 27%, die ein protektionistisches Modell gutheißen, könnten durch eine Politik sozialer Mindestgarantien ins Boot geholt und dem Rechtspopulismus abspenstig gemacht werden. Die Minderheitsgruppe der ‚postmaterialistischen‘ Radikaldemokraten (11%) könnte interessiert werden durch eine partizipatorische Gestaltung des Wohlfahrtsstaates und eine dynamisierende, sozial ausgewogene Politik des öffentlichen und privaten Dienstleistungssektors, in dem die Klientele der Grünen und des ‚grünen Teils‘ der Sozialdemokratie ihr Brot verdienen.

Die Chance einer Modernisierung des Sozialstaats liegt nicht im populistischen

Durchregieren, vorbei an dem scheinbar unbeweglichen Feld des korporativen und bürgergesellschaftlichen Aushandelns der Interessen, gestützt auf den direkten Appell an das Wahlvolk. Das Wahlvolk hat diesen Appell zurückgegeben und Druck auf die Akteure dieses Aushandlungssystems gemacht. Sie sind jetzt gefordert. Wenn sie versagen, dann könnten kommende Wahlen deutlich machen, dass das jetzt noch glimpfliche Abschneiden der Volksparteien nur ein Mandat auf Widerruf war.

spw 5 / 2005

Literatur

- Beck, Ulrich 1986, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main
- Bourdieu, Pierre (1982), Die feinen Unterschiede, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Brettschneider, Frank, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hg.) 2002, Das Ende der politisierten Sozialstruktur, Opladen: Leske + Budrich.
- Brettschneider, Frank, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hg.) 2004, Die Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Dalton, Russell J. 1984, Cognitive Mobilization and Partisan Alignment in Advanced Industrial Democracies, in: Journal of Politics, vol. 46 (2), S. 264 – 284
- Eith, Ulrich, Gerd Mielke (Hg.) 2001, Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden: VS Verlag.
- Flanagan, Scott C. 1987, Value Change in Industrial Societies, in: American Political Science Review, 81, S. 1303-1319.
- „Focus“ Wahl-Spezial 2005.
- Geiling, Heiko 2003, Anmerkungen zur Landtagswahl 2003, Hannover, Manuskript.
- Giddens, Anthony 1999, Der dritte Weg – die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Güllner, Manfred, Hermann Dülmer, Markus Klein, Dieter Ohr, Markus Quandt, Ulrich Rosar, Hans-Dieter Klingemann 2005, Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher Dynamik, Wiesbaden: VS Verlag.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson, Hazel Gaudet 1968 [1944], The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign, 3. Aufl., New York.
- Lepsius, M. Rainer 1973 [1966], Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Ritter, G. A. 1973, S. 56 – 80.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hg.) 1967, Party Systems and Voter Alignments, New York
- Müller, Walter 1997, Sozialstruktur und Wahlverhalten. Eine Widerrede gegen die Individualisierungsthese, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 49, S. 747-760.
- Müller, Walter 1998, Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, S. 3-46.
- Negt, Oskar, Was ist links?, in: Frankfurter Rundschau, 10.9.2005, S. 11.
- Niedermayer, Oskar (Hg.) 2003, Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen: Leske + Budrich.
- Niethammer, Lutz (Hg.) 1983 ff., Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, 3 Bde., Berlin, Bonn: Dietz.
- Oberndörfer, Dieter, Gerd Mielke, Ulrich Eith 2003, Niemand zieht für die Hartz-Kommission in den Wahlkampf. Über die Folgen der jüngsten Landtagswahlen, in: Frankfurter Rundschau, 7.2.2003, S. 7.
- Oberndörfer, Dieter, Gerd Mielke, Ulrich Eith 2005, Ein Graben mitten durch beide Lager. Eine Wahlbetrachtung aus parteiensoziologischer Sicht, in: Frankfurter Rundschau, 22.9.2005.
- Reisz, Gesa (2004), Sozialdemokratie ohne Solidarität? Wandlungen eines linken Begriffs in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert, in: „Vorgänge“, H. 4/2004, S. 56-64. „Spiegel“-Wahlsonderheft '05.
- Vester, Michael 2001, Milieus und soziale Gerechtigkeit, in: Karl-Rudolf Korte/Werner Weidenfeld (Hg.), Deutschland-TrendBuch, Opladen: Leske + Budrich, S. 136-183.
- Vester, Michael, Peter von Oertzen, Heiko Geiling u.a. 2001 [1993], Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Die Zeit der Volkspartei „SPD“ ist vorbei!

Interview mit Prof. Franz Walter

spw: Bei der Bundestagswahl haben es weder CDU/CSU noch SPD geschafft, an die 40 % Marke zu kommen. Den großen Volksparteien gelingt es nicht mehr, so viele WählerInnen an sich zu binden, dass sie alleine oder mit einem kleineren Partner eine Regierungskoalition bilden können. Hat sich damit das Konzept der Volkspartei erledigt?

Prof. Franz Walter: Zunächst ist es so, dass es einen derart scharfen Begriff von Volkspartei in der Politikwissenschaft gar nicht gibt. Viele Politologen vermeiden diesen Begriff. Wenn er allerdings in der öffentlichen Debatte benutzt wird, dann bezeichnet er – sehr unscharf – Parteien, die in der Lage sind, hohe Zustimmung bei verschiedenen, heterogenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Die große Zeit dieser Volksparteien, das waren die 1960er und 1970er Jahre, ist wahrscheinlich endgültig vorbei. Ohnehin waren sie eine Ausnahmeerscheinung, vor allem auch im internationalen Vergleich. Die 1970er Jahre waren aber insofern günstige Jahre, als dass eine Partei, die un-

terschiedlichste Gruppen einbinden will, dies mit dem „Schmiermittel der Patronage“ tun muss. Es muss also eine wirtschaftliche Situation bestehen, in der viel verteilt werden kann. Seit Ende der 1970er Jahre haben sich die Bedingungen hierfür verändert, ohne dass die Volksparteien damit gleich zu Honoratioren- oder Splitterparteien geworden sind. Sie entwickeln sich aber zunehmend zu spezifischeren Parteien.

spw: Lediglich die CSU konnte in Bayern fast 50 % der Stimmen erreichen.

Walter: Die CSU ist ohne Zweifel die erfolgreichste Volkspartei in Europa. In Teilen von Baden-Württemberg gilt das für die CDU sicher auch, selbst wenn sie jetzt bei der Bundestagswahl Mobilisierungsprobleme hatte, weil es wohl Identifikationsdefizite mit der Spitzenkandidatin gab. Für Rheinland-Pfalz kann in einigen Regionen auch noch davon gesprochen werden, dass die CDU volksparteiliche Züge trägt. Für die Sozialdemokratie gilt das in weiten Teilen Norddeutschlands. In manchen Regionen sind sie also immer noch Volks-

parteien, weil sie weiterhin über eine große und gewachsene gesellschaftliche Verbindung verfügen und damit sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen integrieren.

Übrigens gelingt es der SPD besser als der CDU, eine innerparteiliche Harmonie der unterschiedlichen Milieus herzustellen. Das Gefälle zwischen den einzelnen Gruppen ist bei der SPD nicht so groß wie in der CDU. Sie wird etwa gleich viel von Jungen wie von Alten gewählt. Das Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland ist deutlich geringer als bei der CDU. Die Disparitäten sind hier bei der CDU deutlich größer und das sollte bei Volksparteien eigentlich nicht so sein. Gleichzeitig muss man sagen, dass die Sozialdemokratie eine Volkspartei auf einem sehr stark abgesunkenem Niveau ist. Aber man kann natürlich auch Volkspartei mit 35 % WählerInnenzustimmung sein.

spw: In manchen Regionen liegt die SPD ja sogar – über die letzten Jahre betrachtet – bei gerade mal 20 % oder, wie in Sachsen bei der Landtagswahl 2003, sogar knapp unter 10 %.

Walter: Zunächst kann man feststellen, dass die aktuellen Wahlergebnisse auf frappierende Weise – was die unterschiedlichen regionalen Ausschläge angeht – an

die der Zeit nach 1949 erinnern, gerade auch bezogen auf die FDP mit ihren guten Ergebnissen in Baden-Württemberg oder Hessen. Der entscheidende säkulare Wandel, auch im europäischen Vergleich, ist in Sachsen abgelaufen: Sachsen war früher eine der roten Hochburgen, ist jetzt aber für die SPD tiefste Diaspora. Ein solcher Mentalitätswechsel ist europaweit einmalig.

Volkspartei als Milieuintegration

spw: Warum gelingt es nicht, dort oder auch in anderen Regionen Süddeutschlands unterschiedliche Milieus einzubinden?

Walter: Die Verhaltensweisen in Parteien, die eher randständig und nicht Volkspartei sind, sind ähnlich, unabhängig davon, ob es sich um Bayern, Sachsen oder Thüringen handelt. Oft finden wir hier den politischen Typus des Außenseiters, gerade in den kleinen Gemeinden. Bei der bayerischen SPD ist es zum Beispiel oft so, dass der Zugezogene, etwa der linksliberale Lehrer, dort gelandet und dann manchmal auch besonders links und kritisch ist. Oft finden wir bei den Akteuren Eigenschaften, die man nicht gebrauchen kann, wenn man mehrheitsfähig werden will. Im Ruhrgebiet oder in Hamburg bei der SPD oder eben in der CSU in Bayern ist das anders. Da treten die Menschen ein, die etwas bewegen und dabei sein wollen – und das nicht immer nur aus Opportunismus. Die gehen aber genau in die Partei, die gesellschaftlich verankert ist und nicht in die randständige Partei, die außerhalb steht. Insofern verstärken sich Randständigkeit der Partei und ihre mangelnde Anziehungskraft auf Interessierte, die politisch Einfluss nehmen wollen.

spw: Gibt es dennoch Unterschiede zwischen z.B. der SPD in Bayern auf der einen und der in Sachsen oder Thüringen auf der anderen Seite?

Walter: Natürlich gibt es zwischen z.B. der SPD in Bayern und in Ostdeutschland einen erheblichen Unterschied auch jenseits der Tatsache, dass die SPD dort erst seit 1990 besteht: Die SPD ist in Ostdeutschland seit ihrer Wiedegründung eigentlich eine Partei der Mitte. Und für Parteien, die in der Mitte stehen, kommt es gar nicht darauf an, ob man 20, 30 oder 40 % erzielt. Es kommt viel mehr auf die komfortable Lage zur Mehrheitsbildung an. Die „FDPisierung der Sozialdemokratie“ erleben wir z.T. ja auch im Westen mit Wahlergebnissen wie in den 1950er Jahren. Damals war sie jedoch in der Gesellschaft isoliert, heute akzeptiert und für die Mehrheitsbildung unentbehrlich. In Ostdeutschland ist das besonders gut zu sehen, z.B. bei der sächsischen SPD, die trotz 9,8 % in einer Regierung ist, die als „Große Koalition“ bezeichnet wird. Sie ist zwar randständig in Sach-

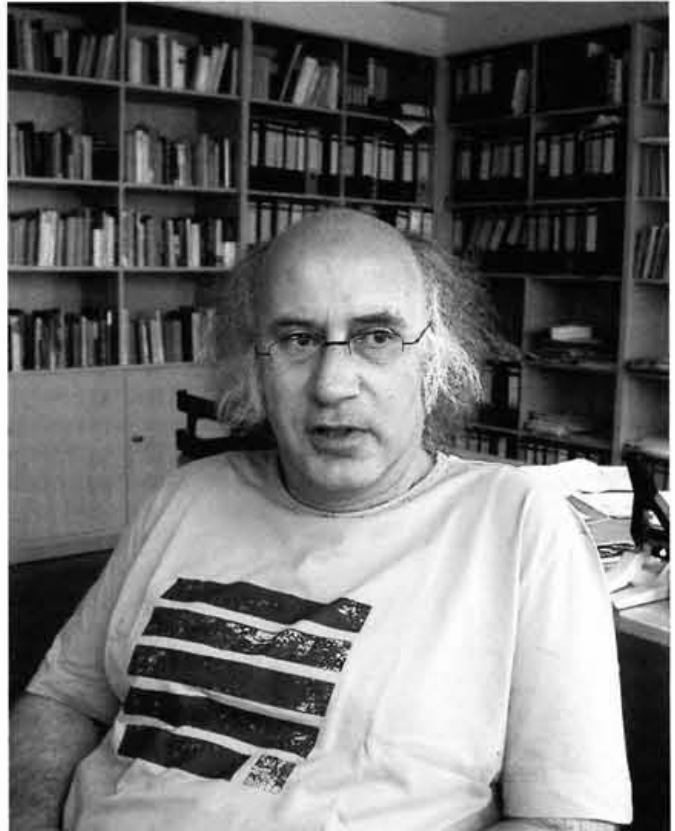
sen, aber anders als in Bayern. Es ist gesellschaftlich für eine Partei schon wichtig, ob sie einen Wirtschafts- oder Wissenschaftsminister stellt, oder wie in Bayern immer nur Opposition ist. Dann ist sie wichtiger für verschiedene Milieus, natürlich vor allem für die gesellschaftlichen Eliten. Insofern ist die politische Struktur und die Mentalität, die sich daraus entwickelt, in Sachsen eine andere als in Bayern, wo ich den Eindruck habe, dass man sich sehr in der bestehenden, subalternen Situation eingerichtet hat. In Thüringen ist die Situation für die SPD deutlich besser als in Sachsen, sie ist dort viel stärker verankert. Der gouvernementale Charakter ist bei der SPD in Thüringen viel stärker ausgeprägt als in Bayern. Und wenn die SPD ihr Verhältnis zur PDS überdenkt, kann es in absehbarer Zeit durchaus eine Mehrheit jenseits der CDU in Thüringen geben.

spw: Die PDS gilt vielen als die Volkspartei in Ostdeutschland, gleichzeitig wird ihr weiterhin vorgeworfen, sie sei die Partei der alten Kader, die Partei derer, die nur alte Zeiten wiederaufleben lassen wolle. Passt das zusammen – einerseits als Volkspartei verschiedene Gruppen einzubinden, andererseits aber nur eine „Ein-Milieu-Partei“ zu sein?

Walter: Das kann schon möglich sein. Die CDU wurde in den 1950er Jahren Volkspartei, indem sie unterschiedliche, jeweils für sich intakte Milieus – zum Beispiel das evangelische, das katholische Milieu – unter dem Dach der CDU nicht „vereinte“, sondern nebeneinander ko-existieren ließ. Man war also im Grunde genommen keine Partei, sondern tatsächlich eine „Union“. Das hat der CDU auch die Stabilität als Volkspartei gegeben, dass sie die unterschiedlichen Milieus nicht integrierte, sondern sie hat ko-existieren lassen. In dem Moment, wo die Milieus erodieren, wird es für die Volksparteien schwierig. Die Volkspartei an sich war nicht stabil, weil sie Volkspartei war, sondern sie verfügte über die Kohäsion und Mobilisierungsfähigkeit, so lange es die sie tragenden Milieus gab – und natürlich solange, wie die Volkspar-

teien über die Integrationsmöglichkeiten durch staatliche Umverteilung verfügten, so lange es die traditionellen Loyalitäten und programmatischen Anknüpfungsmöglichkeiten gab. Dies gehört eng zusammen.

Für die PDS heute ist es ganz ähnlich wie bei der CDU früher. Sie muss sehr unterschiedliche Gruppen zusammen halten. Die PDS ist beispielsweise mittlerweile auch eine Partei der Selbständigen, das hat natürlich bestimmte historische Gründe. Der Selbständigenanteil ist etwas genau



Prof. Franz Walter

so hoch wie bei der FDP oder auch bei den Grünen. Das muss man ja als Partei auch aushalten. Dann muss man junge, bewegliche Parlamentarier aushalten und eine alteingesessene Basis – der über 65jährigen Rentner. Die Geschichte mit den alten Kadern finde ich eigentlich ziemlich banal, das interessiert in der Politik eigentlich niemanden mehr, es sei denn, man hat einfach etwas gegen die PDS.

Konflikt SPD – PDS

spw: In wie weit konkurrieren SPD und PDS um das gleiche Wählerpotenzial?

Walter: Das Interessante ist tatsächlich, dass die entscheidende Alterskohorte für die PDS mit der der SPD identisch ist. Beide Parteien sind am stärksten bei den 45-59jährigen, auch im Westen. Im Westen kommen sie auch aus ähnlichen Milieus. Das sind also WählerInnen, die sehr stark geprägt sind durch die Sozialstaatlichkeit

der 1970er Jahre, durch die gesellschaftlichen Konflikte dieser Zeit. Und da spürt man natürlich etwas von dieser „Familienabgrenzung“, die es im Verhältnis zwischen SPD und WASG gibt, ganz deutlich natürlich in Bezug auf Oskar Lafontaine. Die Sozialdemokraten liebten ihren Oskar, das hatte ja auch etwas Erotisches, wenn er gesprochen und einen Parteitag mitgerissen hat. Er traf das Lebensgefühl dieser Generation, wenn er rebellisch war und aus der Revolte heraus Themen nach oben gebracht hat. Und dann ist das ganz gewöhnlich wie in jeder Ehe, wenn es am Anfang ganz exzessiv gewesen ist und man sich dann trennt, wird aus der Liebe Hass.

Die SPD tut sich immer schwer damit, wenn links von ihr etwas Neues entsteht. Sie denkt immer, dass sie die Mutterpartei ist – aber das ist Denken des 19. Jahrhunderts. Unter den Bedingungen der politischen Verfolgung ist Geschlossenheit sicher wichtig, aber heute gehören verschiedene Parteien der Linken zur Normalität in fast allen europäischen Ländern.

Bei der Bundestagswahl vom 18. September sind etwa eine Million Wähler von der SPD zur Linkspartei rüber gegangen, dabei handelt es sich ja nicht um Postkommunisten oder SED-Nostalgiker, sondern um Leute, die von der jetzigen Ausrichtung der Sozialdemokratie enttäuscht sind. Viele hoffen sicherlich, dass sie dadurch die Sozialdemokratie wieder auf den von ihnen gewünschten Weg zurück führen könnte. Aber es gibt schon ein bemerkenswertes Gefälle. Interessant ist doch, dass viele Aktive und Wähler der Linkspartei im Westen zwischen Mitte 40 und Anfang 50 sind, also eine Altersgruppe, die im sozial-

demokratischen Funktionärskörper vergleichsweise gering vertreten ist. Dort dominieren diejenigen, die zur sogenannten „Enkelgeneration“ gehören, also etwa zu Beginn der 1940er Jahre geboren wurden. Diese haben die ihr nachfolgende Generation politisch nicht hochkommen lassen. Auf Seiten der Jüngeren haben wir dann bei den Mandatsträgern oft bereits die Schlipsträger.

Der Typus aber, der aus einfachen Verhältnissen kam, der klassische sozialdemokratische Funktionär, der das Abitur oft erst über den zweiten Bildungsweg erworben hat, der kommt in dieser jüngeren Generation überhaupt nicht mehr vor. Es gibt da zweifellos ein kulturelles Problem: während bei der WASG vom Habitus, vom Auftreten und der Kleidung eher der Typ des Gewerkschafters aus den 1980er Jahren dominiert, finden wir heute in der SPD oder gerade auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung oft eher den feinen Zwirn und eine Diskussionsweise, wie sie in großen Unternehmensberatungen üblich ist. Also: auch wenn die WählerInnenschaft zwischen Linkspartei und SPD in manchen Bereichen sehr ähnlich ist, gibt es bei den Aktiven in der SPD nicht nur das beschriebene Altersloch, sondern sehr starke Differenzen im Habitus. Das hat aber auch dazu geführt, dass viele frustrierte ehemalige SPD-Wähler nicht bei der Wahlenthaltung geblieben sind, sondern nun für die Linkspartei votiert und schwarz-gelb vereitelt haben.

Bei der CDU sind hingegen 600.000 in die Wahlenthaltung gegangen. Die FDP ist für mich trotz des Ergebnisses von knapp unter 10 % der eigentliche Verlierer, denn sie hat nicht kompensieren können, was die CDU verloren hat. Die Linkspartei war

dafür, dass das bürgerliche Lager nicht regieren konnte, Gold wert – ohne, dass die Sozialdemokraten das verstanden haben. Nun kommt noch ein Punkt dazu: die Sozialdemokraten sehen sich mit der Linkspartei nicht in einer linken Formation. Sie sagen zwar unter sich: „Die anderen haben keine Mehrheit bekommen“, doch eine rot-rot-grüne Konstellation sehen sie nicht als eine handlungsfähige linke Option. Hingewiesen wird dann zwar immer wieder auf das Beispiel der skandinavischen Länder, wo Sozialdemokraten sich etwa tolerieren lassen, oder, wie jetzt in Norwegen, zusammen mit ihnen ein Bündnis eingehen. Doch diese Linksozialisten gibt es dort seit vielen Jahrzehnten, und was dort nicht so zerstört worden war wie in Westdeutschland ist das, was man ein „linkes Milieu“ nennt, also Organisationen, Infrastrukturen, Freizeitorganisationen, Naturfreunde, auch die Anti-Alkoholikerorganisationen, die ja in Skandinavien eine große Rolle spielen – also Vereine, bei denen Kommunisten und Sozialdemokraten einfach zusammen und aktiv sind. Insofern sind die Berührungspunkte in den Facetten des Alltags einfach ständig präsent, deshalb wäre es von der skandinavischen Linken verrückt, diese Abgrenzungen zu machen, wie es die SPD in Bezug auf die Linkspartei tut. Also, es gibt hier in Deutschland zu wenig Begegnungen im Alltag, weil diese Formen unterhalb der Parteiorganisationen, die dann die Berührungszone schafft, in Deutschland heute, anders als in der Weimarer Republik, nicht mehr vorhanden sind.“

Neue Mitte und Arbeitermilieu

spw: In den letzten Wahlkämpfen wurde ja vielfach die „Neue Mitte“ umworben. Dabei wurde sowohl von der SPD als auch von der CDU eine zahlenmäßig nicht unbedeutende Gruppe stark vernachlässigt, die in die Volksparteien immer auf die eine oder andere Weise integriert werden konnten. Wenn wir das an Bourdieu angelehnte Milieu-Schaubild von Michael Vester nehmen, gibt es im rechten unteren Drittel Milieus, die ein starkes Bedürfnis nach sozialem Schutz, gewissermaßen den Wunsch nach dem guten Patron haben. Welche Partei kann diese Gruppe eigentlich noch erreichen?

Walter: Die Wahlbeteiligung ist ja weiter zurückgegangen, und es gibt dann eben über 20%, die sich jetzt doch schon seit Jahrzehnten nicht mehr beteiligen, und das ist sehr stark im Kern auch diese Gruppe, die Sie gerade charakterisiert haben. Ob die überhaupt noch jemand mit rationalen Mitteln erreichen kann, da habe ich in der Tat meine Zweifel. Das kann vielleicht geradezu rhapsodisch-eruptiv irgendein demagogischer Populist schaffen, aber nicht mehr Organisationsparteien, die ein Mindestmaß an Rationalität haben.

LINKSNET^{DE}

Portal für linke Wissenschaft und Politik

ak – analyse + kritik • *alaska* • *Ansprüche* • *arranca!* • *Blätter für deutsche und internationale Politik* • *Das Argument* • *Das Blättchen* • *express* • *Fantômas* • *Forum Recht* • *FORUM Wissenschaft* • *Gigi* • *Initial – Berliner Debatte* • *isw* – sozial-ökologische wirtschaftsforschung • *iz3w* – *Info.zentrum 3. Welt* • *Kurswechsel* • *Ossietzky* • *PERIPHERIE* • *PROKLA* • *Solidaridad* • *SoZ – Sozialistische Zeitung* • *Sozialismus* • *spw* – *sozialistische Politik und Wirtschaft* • *tendenz* • *UTOPIEKreativ* • *W&F Wissenschaft & Frieden* • *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*

Eine menschliche, nachhaltige und soziale Politik verwirklichen.

Eine andere Politik ist machbar!

Auf der anderen Seite gibt es natürlich eine ganze Reihe von Leuten – unterer Bereich der Arbeiterklasse, Arbeitslose, die sind in den letzten Jahren, wenn man so will, durch das Parteiensystem mäandert. Das ist ja das Interessante: Früher hat man immer gesagt, das volatile Element, also die, die hin und herschwanken, das sind die gewerblichen Mittelschichten – was auch richtig war. Das ist heute nicht mehr so. Das eigentliche volatile Element ist tatsächlich die Arbeiterschaft, das sind vor allem die Arbeitslosen. Und die haben seit 1998 nun einiges probiert: 1998 sehr stark eben bei der SPD, dann große Enttäuschung 2002-2003. Dann haben nur sie die CDU zur Partei der Ministerpräsidenten in den Ländern gemacht, da gab es ja geradezu phänomenale Bewegungen hin zur CDU. Wir haben dann gesehen, dass das schon im Spätsommer des letzten Jahres auf dem Höhepunkt der Hartz-Demonstrationen dazu geführt hat, dass die sich wieder weg gewandt haben von der CDU. In dem Maß, in dem die soziale Frage ein Thema wurde, hat das der CDU überhaupt nicht genützt. Viele sind dann gerade in Sachsen – auch zu den rechtsextremen Parteien gegangen, also auch das haben sie mitgemacht. Und jetzt ist die Partei der Arbeitslosen nun ohne jeden Zweifel die PDS geworden. Die SPD hat zehn Prozentpunkte verloren, die CDU hat alles, was sie in 2002 hinzugewonnen hatte, jetzt wieder verloren. Und das Wachstum allein im Westen in dieser Gruppe von der Linkspartei war 18 Prozentpunkte, insgesamt in Deutschland 15 Prozentpunkte.

spw: Welche Konsequenzen hat das für die Linkspartei?

Walter: Die PDS war in den 90er Jahren – anders, als es viele gesagt, haben – nie eine Protestpartei. Wenn man Protestpartei sieht als eine Partei, die irgendwo vagabundierenden Protest um sich sammelt, denen es eigentlich darum geht, den Herrschenden Knüppel zwischen die Beine zu werfen, die aber nicht gebunden sind an spezifische Normen, Werte, Programmziele. Die PDS-Anhängerschaft war aber eine vergleichsweise stark gebundene Stammwählerschaft, die eben sehr stark orientiert war auch an sehr spezifischen Zielen. Das hat sich geändert: Sie haben nun in ihrer Wählerschaft eine wirkliche Protestgruppe. Und übrigens sieht man das auch an der Struktur dieser Wählerschaft, an der Geschlechterstruktur der Wählerschaft, die nahezu typische für zumeist rechte, rechtspopulistische Protestparteien ist: zwei Drittel Männer, ein Drittel Frauen. Männer neigen beispielsweise sehr stark zu so einer Haltung, den Herrschenden „eine reinzuwürgen“. Frauen wollen es lieber positiv, konstruktiv ausgedrückt haben. Das zeigt natürlich aber auch, wie schwierig es die

Linkspartei haben wird, weil diese Wählergruppe keineswegs an die Linkspartei gebunden ist, jetzt aber trotzdem einiges erwartet.

In Skandinavien ist diese Gruppe eher zu den Rechtspopulisten gegangen. Die linkssozialistischen Parteien – ob in den Niederlanden, in Portugal oder in Schweden. – sie sind eigentlich Parteien der Menschen im öffentlichen Dienst, und da sind etliche dabei mit einem akademischen Zertifikat. Sie sind nicht die Parteien des Subproletariats.

Insofern kann keine Partei diese Wählergruppe zu ihrer Stammwählerschaft rechnen, zumal es heute auch nicht mehr so einfach ist, dieses patriarchalische „Sich-Kümmern“. Wir leben in einer Gesellschaft, in der 20-25% der Leute eigentlich eher den Status von Entbehrlichkeit oder Überflüssigkeit haben. Das ist ja was Neues, gerade für die Industriegesellschaft. Die früheren Unterschichten, die frühere Arbeiterklasse war wichtig, um Rentabilität zu erzeugen, um Profit zu machen. Wir haben jetzt einen Status bei den Unterschichten, der sehr mich stark erinnert an das Mittelalter, an Vaganten oder Herumtreiber, wie man das damals genannt hat, die sich vor irgendwelchen Kirchenportalen versammelt hatten und vollkommen entbehrlich gewesen sind. Auch der Gutsherr auf den ostelbischen Großgütern brauchte diese Unterschicht als Knechte, Mägde oder Landarbeiter – und da fütterte man den einen Dorftrottel mit durch, da war man Patriarch. Aber jetzt fünf Millionen mit durchzufüttern ist für die moderne Bourgeoisie unmöglich, die ja auch nicht gebunden ist durch Glauben. Diese moralische Verpflichtung ist im modernen Bürgertum gering geworden. Dieser Transzendenzfaktor, der doch über viele Jahrhunderte in der abendländischen Geschichte auch bei den Eliten sehr stark verankert gewesen war, ist verschwunden. Also hat die Säkularisierung, die man als Linke ja auch so ein bisschen gefeiert hat, zumindest in diesem Bereich auch eine Menge Unheil angerichtet.

Perspektiven der SPD

spw: Kommen wir zur Sozialdemokratie in Deutschland heute zurück. Kann sie linke Volkspartei bleiben und was müsste sie dafür tun?

Walter: Ich weiß ja gar nicht genau, ob das gut ist, ob man Volkspartei bleiben soll. Wir haben es ja vorhin schon kurz angesprochen: In den meisten Ländern ist es so, dass die Sozialdemokraten oder Sozialisten so irgendwo zwischen 20 und 25% haben, da gibt es dann noch Grüne zwischen 5 und 10 und Linksozialisten auch zwischen 5 und 10%. Wenn es ganz gut läuft, kommen die drei Parteien zusammen und sind in irgendeiner Weise auch regierungs-

fähig. Das halte ich im Grunde genommen für das realistische Konzept, weil sich tatsächlich auch unterschiedliche Kulturen und Interessen und Lebenslagen dahinter verbergen.

Als die Grünen in den 1980er Jahren aufgekomen sind, hielt man sie zunächst auch für eine Abspaltung von der SPD; dabei sind die Grünen in der Tat ein ganz anderes Milieu, die auch Leute erreichen, die für die Sozialdemokratie nie erreichbar gewesen wären. Sie haben, wenn man so will, das altbürgerliche Lager dadurch kaputt gemacht, indem sie eben dort neue Schichten aus den Quartieren der Gutverdienenden für sich und so in das rot-grüne-Lager geholt haben.

Und wenn man sich jetzt ganz genau das Wahlergebnis von 2005 ansieht, dann sieht man: die Sozialdemokratie hat ihre besten Ergebnisse immer in den so genannten mittleren Lagen: Nicht dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch oder niedrig ist – sondern eben mittel. Nicht dort, wo die Kaufkraft hoch oder niedrig ist – sondern mittel. Nicht dort, wo der akademische Status durch das Zertifikat hoch oder niedrig ist – sondern mittel. Sozialdemokraten sind die Menschen, die mittelgut verdienen, in Mehrfamilienhäusern wohnen, Realschulabschluss haben oder zweiter Bildungsweg, die in einem Drei-Sterne-Hotel übernachten, nicht im Fünf-Sterne, aber auch nicht auf dem Campingplatz. Und das ist, glaube ich, zumindest für die Anhängerschaft relativ deutlich. Für die Parteieliten ist es sogar noch ein Stückchen darüber hinaus. Auch die jungen Abgeordneten haben nahezu fast alle Abitur, haben aber dadurch auch schon lebensweltlich gar nichts mehr mit denen zu tun, von denen sie dann häufig reden. Und insofern wächst dann natürlich aber auch eine spezifische Politik, wie man das in den letzten Jahren schon gesehen hat. Sie entkoppelt sich von den Menschen, die man eigentlich mal vertreten sollte. Und die kann dann natürlich eine neue linkssozialistische Partei vertreten, viel deutlicher und in sich konziser. Sie könnte zum Beispiel viel stärker auf eine Erhöhung von Steuern setzen, während die Sozialdemokratie bei so was immer aufpassen muss, denn in ihren mittleren Bereichen sind eben viele, die diese Steuern dann zu bezahlen hätten. Und diese Anhänger haben oftmals den Eindruck, dass sie gar nicht davon profitieren würden, sondern immer nur eine Gruppe alimentieren müssen, zu der sie dann gar nicht gehören. Sie sind besorgt, dass das Geld dann fehlt für die Zukunft ihrer Familien.

Das Problem wird ja auch in den Gewerkschaften zunehmend virulent. Es gibt einfach eine Reihe Gewerkschafter, die in den nächsten Jahren politisch-strategisch sagen werden: „Der Konfliktkurs ist wichtig“,

konfliktuelle Gewerkschafter, und andere, die eher korporatistisch, im Sinne von Absprachen und Partnerschaft argumentieren. Warum sollen die die gleiche Partei unterstützen? Das sind tatsächlich unterschiedliche strategische Vorstellungen, mit unterschiedlichen Erfahrungen mit unterschiedlichen Mentalitäten innerhalb der eigenen Basis, die sich dann auch übersetzen in verschiedene Parteien.

spw: Heißt das, dass die Konflikte, die Unterschiede zwischen den Parteien wieder stärker heraus gearbeitet werden müssen?

Walter: Im Grunde ja, aber das Entscheidende ist für mich, dass wir eine Kultur der Zusammenarbeit finden. Wir haben in den letzten Jahren auch gemerkt, wie unpopulär Volksparteien wurden, weil sie im Grunde genommen unscharf geworden sind, unkonturiert sind. Und dass sie dann zwar ab und zu bei den Wahlen mal was versprechen, aber das dann doch nicht halten, aber dass irgendwas fehlt, auch an programmatischer Deutlichkeit. Insofern könnte natürlich eine Reihe kleinerer Parteien wieder etwas deutlicher werden. Sie stehen intensiver im Wettbewerb miteinander. Die Sozialdemokraten müssen in den nächsten Jahren deutlicher machen, was sie denn eigentlich wirklich wollen, wohin es gehen soll.

Wenn man heute einen Christdemokraten nachts um zwei weckt und fragt, was getan werden muss, dann kann er – gleich ob be-

trunken oder nüchtern – antworten: „Entbürokratisierung, Staat verschlanken, Steuern runter, Arbeitsmarkt deregulieren.“ Wenn man den Sozialdemokraten fragt, weiß er es nicht genau: Ist eigentlich ein starker Staat gut oder schlecht, sind hohe Steuern gut oder schlecht – er weiß es nicht. Kündigungsschutz? In den vergangenen Wochen hat er gelernt, ihn zu verteidigen, aber in den Jahren vorher sah das anders aus. Einsatz der Bundeswehr zur Verteidigung von Menschenrechten? Man war mal dafür, mal dagegen.

spw: Dann verstehe ich Sie richtig, dass sie an die sozialdemokratischen Akteure die Empfehlung richten, inhaltliche Klärungen herbei zu führen, was man inhaltlich und strategisch eigentlich will, statt weiter mitig zu versuchen, mal diesen und mal jenen einzubinden?

Walter: Es war doch entwürdigend für eine Partei, dass sie nur darauf reduziert wurde nachzuvollziehen, was der Leitwolf zu erschnüffeln meint. Das, was sie in den letzten Jahren gar nicht mehr oder nur nach Gutsherrenart gemacht haben, mal ein bisschen Programmdiskussion, dann kam der nächste Generalsekretär, der hat dann wieder nix gemacht und so weiter – das kann sich die SPD gar nicht mehr leisten. Ich glaube z.B., dass die Linkspartei einen ganz guten Think-Tank hat in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und im Umfeld darum. Und die werden bei einigen Projekten einfach auch gut erarbeitete Ideen vorbringen.

Und da müssen die Sozialdemokraten mithalten. Das muss nichts Schlechtes sein. Sozialdemokraten müssen wissen, was ihr Verhältnis zur Gesellschaft und zum Staat ist. Die Philosophie der Agenda 2010 war ein Ansatzpunkt: Wenn man sozialpolitisch lediglich die alimentiert, die keine Arbeit haben, sie aber dann damit alleine lässt, dann ist das kein zukunftsfähiges Konzept: Wir müssen schauen, dass sie aus dieser passiven Lage, zu der sie verdonnert sind, herauskommen. Dazu braucht man Instrumente, Möglichkeiten, man muss immer wieder Chancen geben oder Leitern bereitstellen – an sich ist das ja ein richtiges Konzept. Nur so furchtbar viel hat man über diese einzelnen Chancen und Leitern anschließend gar nicht nachgedacht, man hat sie nicht bereit gestellt. Das wäre die Aufgabe der Sozialdemokratie, und dazu braucht sie dann aber wirklich ein geschlossenes Konzept.

Entscheidend ist schließlich im Verhältnis zur Linkspartei: Es muss immer noch genügend Orte der Begegnung geben, dass sich Animositäten abbauen, dass man miteinander lernt und dadurch auch dazu in der Lage ist, allianzfähig zu sein in der Politik. Dann muss die Sozialdemokratie keineswegs mehr die große linke Volkspartei sein. Warum soll das Modell der siebziger Jahre für alle Zeiten gelten?

spw: Professor Walter, vielen Dank für das Gespräch.

spw 5 / 2005

Sieben Jahre Rot-Grün – Gratwanderung zwischen Wollen und Können

Von Hans-Joachim Schabedoth

Hoffnungsvoller Start in eine neue Ära

Man erinnert sich noch gerne an den September 1998: 16 Jahre Helmut Kohl, das hatte wirklich gereicht. Gereicht hat es dann für den überfälligen Wechsel. Rot-Grün lag mit 47,6 Prozent vor den Schwarz-Gelben, die es nur auf 41,3 Prozent brachten. Die Wechselstimmung war diffus. Wie man heute besser weiß, ging es nicht nur um das verletzte Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Viele wollten auch ganz einfach „den Dicken“ loshaben. Auf den Schultern der Urenkel-Generation gelangte die sogenannte Enkel-Generation in der SPD endlich zur Regie-

rungsmacht, nachdem sie der CDU schon in den Ländern, ihre einstigen Bastionen Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen und Schleswig-Holstein abgerungen hatte. Nicht nur einer, gleich zwei aus der veritablen Riege der Reihe nach Willy Brandt, Helmut Schmidt und Hans-Jochen Vogel haben es geschafft: der aus Hannover und der aus Saarbrücken. Es hätte das Traumdüo der Sozialdemokratie im Übergang zum neuen Jahrhundert werden können. Es war aber schon damals nur ein Zweckbündnis zweier Egomanen. Oskar Lafontaine benötigte fünf Monate Testzeit um herauszufinden, was ihm wirkliche Freun-

de schon immer gesagt hatten: Der Kanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und nicht der SPD-Vorsitzende. Gegen jeden Rat hatte sich Lafontaine trotzdem in das Amt des Finanzministers hineingedrängt und so nebenbei auch noch verhindert, dass Rudolf Scharping Fraktionsvorsitzender bleiben konnte. War schon auf dem Weg zur Regierungsmacht das Dreigestirn zerbrochen, wurde aus dem Duo an der Spitze, rascher als die meisten SPD-Mitglieder gewünscht hatten, ein Solo für Gerd. Folgt man aktuellen Rückblicken, sagt man der SPD nach, sie hätte nicht nur die Lafontaine-Monate, sondern fast die ersten fünf Regierungsjahre verpennt. Erst mit des Kanzlers Agenda 2010-Rede am 14.3.2003 sei die Republik und ihr Reformwille wachgeküsst worden. Doch Reform-

willen, den gab es von der ersten Stunde an. Was sich ab dem fünften Jahr fundamental verändert hat, ist die herrschende Definition zum Reformbegriff. Gute alte sozialdemokratische Tradition war es bis dahin, als Reformen zu verstehen, was das Leben und Arbeiten der Menschen verbessert und soziale Schiefen korrigiert statt verschärft. Unter diesem Anspruch müsste sich die SPD für ihre ersten Regierungsjahre nicht schämen und schon gar nicht verhöhnen lassen. Sicher hat sie die übernommene Hypothek der Kohl-Ära unterschätzt. Auch hätte sie besser nicht den Eindruck erweckt, Regierungspolitik könne auf dem Arbeitsmarkt herbeizaubern, was die Unternehmen verweigern. Schon früh war abzusehen, dass allein durch verbesserte Angebotsbedingungen über weniger Unternehmenssteuern und Sozialabgaben, Konjunktur und Arbeitsmarkt nicht in Schwung zu bringen sind.

Regierungserfolge

Wort gehalten haben die Koalitionsparteien bei ihrem Wahlversprechen, die politischen Fehlentscheidungen der Kohl-Regierung bei der Rente, beim Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu korrigieren. Auf der Habenseite der ersten Jahre steht die Öko-Steuer. Deren Einnahmen halfen, die Beitragssätze zur Rentenversicherung zu stabilisieren. Gelungen ist der Ausstieg aus der Atomkraftnutzung. Zudem hat Deutschland in der internationalen Politik in Abstimmung mit den Partnern in der EU und der Nato eine auch militärisch flankierte zusätzliche Verantwortung übernommen, ohne in den Sog des nichtverantwortbaren Kriegs der USA gegen den Irak zu geraten.

Kritiker mögen einwenden, dass auf keiner der großen Reformbaustellen Arbeitsmarkt, Rentensicherheit und Krankenversicherung ein vollendetes Werk entstanden ist. Es gab lediglich allzu kurzatmige Anpassreaktionen und Vertröstungen auf Besseres beim nächsten Mal. Das zu kritisieren, ist legitim und nötig. Selbstgerecht und naiv wird die Kritik, wenn sie die jeweils aktuelle Zwischenlösung als unzureichend gering schätzt, ohne die Realisierungswege und politischen Rahmenbedingungen für vorgeblich bessere Lösungen zu bedenken. Bis zuletzt hat die rot-grüne Bundesregierung darauf gesetzt, den dafür nötigen Konsens in Kommissionsstrukturen außerhalb des Parlaments finden und dann leichter auch parlamentarisch realisieren zu können. Die Versuche, Regierungsentscheidungen zu legitimieren, auch ohne dafür im Detail parlamentarische Mehrheiten garantieren zu können, reichen vom spektakulär gestarteten Bündnis für Arbeit, über die Süßmuth-Kommission zur Zuwanderung, die Ethik-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Kommission, die Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes, die Rürup-Kommission zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierung der Sozialsysteme bis zuletzt zur Biedenkopf-Kommission, die Vorschläge zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung machen soll. Ist das Suchen nach Handlungsoptionen der Politik wirklich nur reine Parlamentsangelegenheit? Wer will hier das letzte Wort sprechen?

„Aufbruch und Erneuerung“, so das Motto der ersten Legislaturperiode, hatte es in der Tat gegeben. Aber auch Aufruhr und Ermüdung. Bis wenige Tage vor dem Wahltermin am 22. September 2002 war noch nicht entschieden, ob vier Jahre Schröder-Regierung eine Episode bleiben oder eine Epoche begründen würden. Der Kurs einer unspektakulären Mitte-Links-Reformpolitik war erkennbar, doch mitreißend ist so etwas selten.

Tu es noch einmal, Gerd!

So war die Stimmung im Wahljahr 2002 unter den Anhängern rot-grüner Regierungsarbeit. Mitreißend waren buchstäblich nur die umweltbedingten Überschwemmungen in Ostdeutschland, bei denen sich der Kanzler virtuos als Krisenmanager in Szene setzen konnte. Und auch die Standhaftigkeit gegenüber einer auf militärische Abenteuer gepolten US-Regierung brachten Kanzler und Außenminister verloren gegangenes Wählervertrauen wieder zurück. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten konnten kaum als Leistungsbeweis bemüht werden. Nicht nur die Erwartungen, auch die Versprechungen waren kühner. Die Unionsparteien verpassten ihre Chance, eine plausible Alternativprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung aufzulegen. Stattdessen be-

schränkten sie sich auf das Rummeckern am Regierungskurs. Wer selbst mit dem Regierungskurs nicht im Einverständnis lag, fand im Wollen der Oppositionsparteien nur noch größere Fehler. Trotzdem waren sich die Unionsparteien mit ihrem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber bis in die Wahlnacht hinein sicher, es könnte für die Ablösung von Rot-Grün reichen. Knapp 6.000 Stimmen haben entschieden, dass die SPD mit einem Stimmenanteil von 38,5 Prozent stärkste Partei blieb. Rot-Grün erreichten 47,1 Prozent, Schwarz-Gelb 45,9 Prozent. Rot-Grün behielt die Option, aus einer Episode eine Epoche zu machen. Die Spitzen der Unionsparteien quittierten es mit einer Mischung aus Unglauben und Entsetzen. Sie fühlten sich irgendwie um ihren Sieg betrogen, zumal sich die Union notorisch als die Partei mit Dauerabo für Regierungsarbeit versteht. Es wurde nichts mit den monatelang sicher geglaubten Posten. Die Rot-Grünen gewannen weitere vier Jahre. Es konnte ja noch keiner ahnen, dass die Luft nur für drei reichte.

Wer erwartete, SPD und Grüne hätten aus ihrem schlechten Start 1998 gelernt, wurde eines Schlechteren belehrt. Koalitionsverhandlungen, die zu einem nicht unerheblichen Teil in und über die Medien geführt wurden, fanden sich begleitet von einer Vielstimmigkeit bei Fragen der Finanz- und Haushaltspolitik. Der Startkredit in die neue Legislaturperiode war schnell verbraucht. Die Opposition und ihre medialen Lautsprecher bekämpften die Regierung, als hätte sie kein Recht, den eigenen politischen Grundanliegen zu folgen. Sie hätte damit leben können. Immerhin ist es keine Schande, eine Politik für die Mehrheit der Bevölkerung machen zu wollen. Das Regierungsprogramm beschreibt die-

se Politik unter der Maßgabe einer sozial gerechten Modernisierung des Landes. Regierung im Rückwärtsgang
Nicht auf allen innenpolitischen Reformfeldern hat die Bundesregierung den Mut zur Programmtreue und zum Konflikt mit entgegenstehenden Interessen weiter entwickelt.

Am 14. März 2003 stellte der Bundeskanzler – quasi als eine nachgeschobene Regierungserklärung – die Weichen der tagespolitischen Vorhaben auf Revision bisheriger Zielsetzungen bei den Sozialstaatsreformen. Angesetzt wird nicht an den Ursachen konjunktureller Schwächen, sondern sein neues Vorhaben „Agenda 2010“ versucht, die negativen Konsequenzen der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise anders zu bewältigen als es bislang sozial geboten schien. Nicht dem Kurs der Titanic gilt die Aufmerksamkeit des Steuermanns, sondern dem Umgruppieren der Liegestühle auf Deck. Wie der Blick auf erfolgreichere europäische Nachbarländer zeigt, wäre eine makroökonomische Akzentveränderung der Regierungspolitik wohl zweckgerechter gewesen. Eine deutliche Prioritätensetzung für das Fördern von Innovation und Investition fehlte. In der Schlüsselrolle wären dabei Weichenstellungen in der Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik. Die Agenda 2010 bietet dafür keinen konsistenten Plan. Trügerisch klammert sie sich an die fragwürdigen Problemdeutungsmuster der Konkurrenz. So findet sich die Absicht, allen abhängig Beschäftigten Mehrkosten für das Krankengeld aufzuerlegen, um den Arbeitgebern im gleichen Umfang Entlastung zu erteilen. Der fragwürdige Vorteil, auf diese Weise die Investitionsneigung der Unternehmen positiv zu stimulieren, wird mit dem Nachteil erkaufte, allen Arbeitnehmern im Umfang dieser zusätzlichen Belastung Geld für den privaten Konsum zu entziehen. Das ist nicht nur sozial bedenklich, sondern ökonomisch kontraproduktiv.

Die größte Irritation löste der Kanzler mit dem Vorhaben aus, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für die unter 55-Jährigen auf 12 und für die über 55-Jährigen auf 18 Monate zu begrenzen, „weil dies notwendig ist, um die Lohnnebenkosten im Griff zu behalten“. Folgt man überhaupt dieser Logik, wäre es am konsequentesten, das Arbeitslosengeld noch rigoros zu kappen, so wie es der eingespielte Chor aus Opposition, Arbeitgeberverbände und Meinungsmachern des Neoliberalismus gebetsmühlenhaft fordert. Nicht umsonst schieden sich in den Debatten der vergangenen Jahre an diesem Punkt die Böcke von den Schafen. Die einen – das waren bislang immer die Sozialdemokraten – wollten, dass wir weniger Arbeitslose haben. Die anderen wollen, dass die Arbeitslosen weniger haben.

Priorität für die Sozialdemokraten hatte bislang das Bekämpfen von Arbeitslosigkeit und nicht das Belasten von Arbeitslosen. Hier ist die Sozialdemokratie seit März 2003 rückwärts gelaufen und hat große Teile ihrer Mitglieder und Wähler zurückgelassen.

Politik im Nachvollzug der Agenda 2010

Zur Freude der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände und ihrer parlamentarischen Helfer sowie unter Beifallsbekundungen einschlägig engagierter Meinungskartelle verwickelten sich Bundeskanzler, Bundesregierung und Regierungsparteien in eskalierende Konflikte mit der eigenen Wählerschaft. Umfragen und Wahlergebnisse belegten Monat für Monat, wie deutlich es misslang, auch nur in die Nähe jener Zustimmungsraten zu kommen, mit der 2002 noch einmal knapp die Regierungsführung behauptet werden konnte.

Des Kanzlers Verzicht auf eine Gegenoffensive zum neoliberalen Mainstream und sein Einschwenken auf eine bloße sozialdemokratische Variante hat die Oppositionsparteien zunächst kalt erwischt. Der Kanzler nun auch ein bekehrter Neoliberaler? Sicher nicht, aber die Abkehr vom herkömmlichen sozialdemokratischen Reformverständnis war offenkundig. Getreu dem Motto „if you can't beat them, join them“ übernahm der Bundeskanzler aus dem Glaubensvorrat des Neoliberalismus die Hoffnung, mit Entlastung der Unternehmen ließen sich quasi im Selbstlauf Wachstums- und Arbeitsmarktprobleme lösen. Diese Aspekte der Agenda 2010 aktivierten heftigen innerparteilichen Widerstand. Nur mit Rücktrittsdrohungen und dem schließlich vollzogenen Verzicht auf das Amt des Parteivorsitzenden gelang es Gerhard Schröder, die Bundestagsfraktion und die Parteigremien auf die neue Linie zu zwingen. Die Kollateralschäden haben ihn ein Jahr früher als nötig eingeholt.

Der Kanzler machte sich gar nicht die Mühe, die Kritik an äußerst strittigen Einzelaspekten seiner Agenda 2010 konkret zu beantworten. Pauschal verkaufte er das gesamte Paket als „neue Reformpolitik“. Dieser Argumentationskniff erlaubte es, die berechtigten Zweifel an unsinnigen Details im Gesamtpaket der Agenda 2010 pauschal zurückzuweisen und selbst wohlmeinenden Kritikern das Etikett der Reformverweigerer anzuheften. Was im Kern ein Konflikt der Regierung mit bedeutenden Teilen ihrer Wählerschaft und eine innersozialdemokratischen Kontroverse ist, geriet in der öffentlichen Wahrnehmung zeitweilig zum Gefecht zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften. Gegen die Vorliebe der öffentlichen Wahrnehmung für einfache Schwarz-Weiß-Muster fiel es den Gewerkschaften nicht leicht, die eigenen Positionierungen

zu erklären. Viel zu lang blieb die unrealistische Erwartung unwidersprochen, Gewerkschaften könnten als eine Art Obergenehmigungsbehörde für Regierungspolitik agieren oder seien so etwas wie eine außerparlamentarische Opposition. Es hat den Gewerkschaften einige Mühe bereitet, solche Überforderungen zurückzuweisen, über ihre faktischen Handlungschancen aufzuklären und sie konsequent zu nutzen. Die realistische Sicht auf die Grenzen eigener gesellschaftlicher Mobilisierungsarbeit teilen die Gewerkschaftsvorstände mit der großen – aber oft schweigenden – Mehrheit ihrer Mitglieder. Offenkundige Mängel in der Regierungsarbeit müssen die Regierungsparteien vor ihren Wählerinnen und Wählern verantworten. Die Gewerkschaften sind dabei in der Rolle der Kritiker und Anreger für Besseres, bleiben aber machtlos, wenn sie „vor tauben Ohren predigen“.

Es sind die vielen eklatanten Konstruktionsmängel und Plausibilitätsprobleme sowie die sozialen Schiefen mancher Regierungsvorhaben, die jeder Politik Akzeptanzprobleme bereitet, die sich bloß auf den Rahmen der Agenda 2010 verkürzen wollte. Mehr Skepsis gegenüber alten und neuen Arbeitgeberwunschkzetteln hätte der Regierung mehr genützt, zumal zusätzliche praktische Erfahrungen beweisen, dass reduzierter Kündigungsschutz keinen Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt bringt. Ein Verlagern sozialer Finanzierungslasten auf die abhängig Beschäftigten hat schon immer nur Umverteilungsprozesse von unten nach oben befördert, nicht aber eine boomende Wirtschaft hervorgebracht. Und schließlich sind neue Bedrückungen für Arbeitslose kein Ersatz für eine intelligente Arbeitsmarktpolitik, bei der tatsächlich gefördert wird. Die strittigen Regierungsvorhaben trafen auf eine parlamentarische Opposition und eine Mehrheit im Bundesrat, die sozial bedenkliche Konstruktionsfehler der Agenda 2010 nicht ausgleichen, sondern verschlimmern wollte.

Die Gewerkschaften haben sich unter diesen Rahmenbedingungen bemüht, die Kurzatmigkeit der Politik und die wiedererwachte Vorliebe für Scheinlösungen und Kompromisse zu Lasten der sozial Schwächeren öffentlich zu thematisieren, zu kritisieren und soweit wie möglich auch zu korrigieren. Und trotz des erklärten Desinteresses der Regierenden an Alternativen haben die Gewerkschaften eigene Reformanstöße für Wachstum und Beschäftigung, Bildung und Innovation vorgelegt. Nicht nur die größeren und kleineren Demonstrationen des Jahres 2004, sondern alle Wahlentscheidungen der vergangenen Monate sprechen dafür, dass die Gewerkschaften mit ihrer Kritik an der Regierungsarbeit und an den Problemverschärfen in

den Oppositionsparteien nicht so etwas wie „Geisterfahrer auf der Autobahn“ sind. Viel zu viel Regierungszeit ist vergangen, bevor wieder anerkannt wurde, dass es nicht nur die einzig richtige oder falsche Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung gibt. Wer Regierungspartei bleiben oder werden will, wird sich auch aktuell mit den gewerkschaftlichen Vorschlägen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung seriöser auseinandersetzen müssen, als es ihm die lieb gewordenen Vorurteile bislang nahe legten.

Rot-Grün am Ende des Könnens

Die SPD weigerte sich von Wahl zu Wahl, die Denkkarte der Wähler und Nichtwähler anzunehmen. Sie nannte es noch Fortschritt, beim Rückwärtsgehen nicht gestürzt zu sein. Die bundesweiten Zustimmungswerte der SPD schwankten seit 2003 zwischen 23 und 35 Prozent.

Man musste kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass anhaltende Arbeitslosigkeit und die verletzten Gerechtigkeitsgefühle großer Teile der Bevölkerung auf der politischen Tagesordnung bleiben. Es ist auch kaum erstaunlich, dass sich die beiden in Konkurrenz stehenden politischen Lager darin erschöpfen, sich gegenseitige Untauglichkeit zur Problemlösung zu attestieren. Für Rot-Grün ergab sich ein Dilemma: Gäbe sie ihren politischen Kontrahenten weiter nach, verschlechtert sie ihre eigenen Wiederwahlchancen. Wirkliche Modernisierungsgewinne für das Land wären so nicht zu erreichen. Ginge sie couragiert an, was das Leben und Arbeiten der Menschen spürbar verbessert, trifft sie auf das Veto der Opposition im Bundesrat. Der Geist der großen Koalition prägte fortan mehr und mehr das Können und beschnitt das Wollen. Attraktiv für die Rot-Grün-Wählerkoalition war das nicht.

Die letzte Niederlage bei der Landtagswahl im sozialdemokratischen Stammland Nordrhein-Westfalen hat der Bundeskanzler zum Anlass genommen, auf vorgezogene Neuwahlen zu setzen.

Erfreulich eilig und mit vorzeigbarem Ergebnis haben die Sozialdemokraten gelernt, ihre Wiederwahlperspektiven zu verbessern. Ihr Wahlmanifest nimmt Vieles auf, was in den beiden zurückliegenden Regierungsjahren noch als Sündenfall galt. Damit hätten sie wohl auch Ehre für den Rest der Legislaturperiode einlegen können. So darf jetzt zum Beispiel wieder nach den Konstruktionsfehlern und sozialen Schiefen der Arbeitsmarktgesetze gefragt werden. Eine gesetzliche Mindestlohnsicherung ist kein Tabu mehr. Sozialdemokraten wollen auch wieder, dass die Politik nicht die Magd der Wirtschaft ist, sondern einen Anspruch auf soziale Rah-

mensetzung vertritt. Zudem erscheint mehr denn je unbestritten, dass hohe Einkommen wieder etwas höhere Steuern zahlen sollten. Schließlich soll eine einheitliche Krankenversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger mehr Gerechtigkeit bringen. Dass Wahlprogramme nur bedingt tauglich sind für ein Abarbeiten durch Regierungspraxis, haben die letzten Jahre hinlänglich bewiesen. Dennoch wollten sich wohl die allermeisten Gewerkschaftsmitglieder lieber vier weitere Jahre mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler herumärgern als einer konservativen Regierung täglich neu erklären zu müssen, wie töricht neoliberale Rezepte sind.

Volksparteien in der Bewährungsprobe

Der Wähler hat die Karten neu gemischt. Er hat sie sogar so gemischt, dass alle Mitspieler tagelang glaubten, sie hätten das beste Blatt. Doch wie beim Doppelkopf: Die schwarze Dame bestimmt den Mitspieler. Das ist nach der ersten Phase entschieden, bei der die Beteiligten ihren Traumvorstellungen noch freien Lauf lassen konnten. Die beiden Volksparteien sind nunmehr an der Reihe. Große Wählermehrheiten glaubten schon immer, große Probleme ließen sich am besten mit großen Koalitionen lösen. Das kommt jetzt in den Praxistest.

Die informelle große Koalition hat ausgedient. Jetzt wird richtig geheiratet. Hart für Guido, aber vielleicht besser für das Land, wenn beide Volksparteien das Wählervotum richtig deuten. Müsste es auf nur einen Satz verdichtet werden, er lautete: Neoliberalismus pur hat keine Mehrheit. Wir werden uns deshalb wohl daran gewöhnen müssen, dass rechts von den Volksparteien Oppositionsführer Guido Westerwelle das Gegenteil in die Republik krächt. Joscha Fischer hat sich entschieden, nur noch hin und wieder von der letzten Bank zu granteln, wenn es die Seinen und weniger Genialen allzu dreist treiben. Es mag ihn

trösten: Wolfgang Gerhardt wird nicht sein Nachfolger, sondern darf für ein paar Monate seine eigene Fraktion in den Schlaf lullen, nicht aber Deutschland, Europa und die ganze Welt. Vom linken Flügel aus wird die SPD es mit zwei kleineren Parteien zu tun bekommen, die ihr sicherlich ein ständiges schlechtes ökologisches und soziales Gewissen machen und zum Wettbewerb um die besseren Lösungen anstacheln. Ein Happyend für die von Willy Brandt beschworene Mehrheit links von der Mitte ist langfristig nicht ausgeschlossen. Schröder wird bei einer Merkel-geführten großen Koalition in einer oberen Liga mit Nelson Mandela und Jimmy Carter weiterspielen. Da ist es denkbar, dass Oskar Lafontaine die Weine der Toskana alsbald wieder für attraktiver hält als alltägliche Rängeleien um die unbedingte Gefolgschaftstreue in einer neuen Partei. In dieser Beziehung hat die PDS noch vor sich, was die SPD schon durchlitten hat. Irgendwann werden dann die Karten wieder neu gemischt. Welch eine Chance für alle, die sich auf den Wettbewerb der besseren Argumente freuen! Welch eine Chance für die linke Volkspartei, dabei ihr Profil zu schärfen und auf Basis des relativen Erfolgs vom 18. September noch mehr Wählervertrauen zurückzuerobern.

spw 5/2005

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

48

Europa sozial

EU-Verfassung, Lissabon-Strategie, Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik; Krise des Sozialmodells; Osterweiterung, Europäische Handelspolitik, Globalisierung, Frauenmigration und informelle Arbeit; Freier Personenverkehr, Militarisierung der EU und Schengen/Dublin

H. Schui, K. Dräger, M. Wissen, P. Beckmann, N. Imboden, S. Steinmetz, E. Gutiérrez Rodríguez, M.R. Krätke, A. Brie, G. Trepp, M. Beckmann, H.-J. Bieling, S. Schunter-Kleemann, H. Hofbauer, H. Baumann, S. Luzi, J. Lang, B. Glättli, H. Busch

Diskussion

M. Madörin: Feministische Wirtschaftspolitik
W. Eberle / H. Schäppi: SPS-Wirtschaftsprogramm
G. Ochsner: Frauen und Entwicklungsökonomie
A. Sancar: Geschlecht und Entwicklung
Ch. Zeller: Reformpolitik und Aneignung
M. Massarrat: Zur Imperialismus-Debatte

264 Seiten, € 16.- (Abonnement € 27.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Der Tragödie erster Teil?

Die SPD als linke Volkspartei und ihr Verhältnis zur Linkspartei.PDS

von *Stephan Bliemel*

Wären wir Norweger, könnten wir jetzt unseren Wahlsieg feiern. Wir Sozialdemokraten würden den Regierungschef stellen und uns an die Bildung einer Rot-Rot-Grünen Koalition machen. Denn nicht nur in Deutschland wurde kürzlich gewählt, sondern auch in Norwegen. Und nicht nur in Norwegen gibt es eine Mehrheit jenseits der Liberalen und Konservativen, sondern auch in Deutschland. Aber die deutsche Sozialdemokratie hat sich anders als die Norwegische in ein Dilemma manövriert, das kaum Auswege zulässt. Im Schillerjahr 2005 sei mir dieses Pathos erlaubt: Die Situation ist tragisch.

Linke Mehrheit ohne Mehrheit

Sie ist deshalb tragisch, weil trotz neoliberalem Kreuzfeuer aus allen Gazettenrohren sich die Mehrheit der Deutschen mit ihrem Wahlvotum gegen die marktradikale Ideologie und für die Sicherung von Sozialstaatlichkeit ausgesprochen hat. Sie ist tragisch, weil sich diese Mehrheit nicht in der zukünftigen Regierung wieder finden wird. Sie ist tragisch, weil sich die Führer der Sozialdemokratie im Vorfeld durch ihr kategorisches Nein gegenüber einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei.PDS selbst politisch kastriert haben.

Der Gang in die Große Koalition scheint deshalb vorerst unvermeidbar und man glaubt gar, bei Clement, Schily und Co. eine klammheimliche Freude darüber zu erkennen. Aber viele andere Sozialdemokraten, deren politischer Gestaltungswille über die Verwirklichung der Möglichkeiten hinausgeht, die eine Große Koalition zulässt, werden sich wohl oder übel mit dem Phänomen Linkspartei.PDS auseinandersetzen müssen. Das linke Auge wird man nicht ewig zukneifen können, sonst landet man irgendwann rechts im Straßengraben.

Dabei sah es doch 2002 so gut aus: Die PDS war aus dem deutschen Bundestag geflogen und war damit zur ostdeutschen Regionalpartei degradiert worden. Da sie selbst auf Landesebene in Regierungsverantwortung war, konnte sie kaum mehr Protestwähler binden. Und die Alterstruktur ihrer Mitglieder ließ einen extremen Schrumpfungprozess erwarten. Für viele war das Ende der Partei damals schon eingeläutet. Und nun, kaum drei Jahre später, erlebt sie

ein ungeahntes Comeback: Die Abgeordnetenzahl im Bundestag wurde verfünfundzwanzigfach von zwei auf 52 Sitze und auch die lange Zeit vergeblich angestrebte Westausdehnung scheint vorerst gelungen. Man darf nicht unterschätzen, was eine derartig große Fraktion mit ihren Wahlkreisbüros in der Fläche und ihrem intellektuellen Potenzial in der Fraktionszentrale in Berlin alles erreichen kann.

Was jetzt nicht hilft, ist Wählerschelte, noch weniger helfen die Beschimpfung ehemaliger Sozialdemokraten, die das Parteibuch gewechselt haben oder gar Schuldzuweisungen an Gewerkschafter, die mit der Linkspartei.PDS sympathisierten. Was helfen würde, wäre eine Analyse der eigenen Politik und der Mechanismen ihrer innerparteilichen Durchsetzung. Man wird festhalten müssen, dass es der SPD in den vergangenen Jahren nicht mehr gelungen ist, das für die Sozialdemokratie so existenzielle Bündnis zwischen Unter- und Mittelschichten aufrechtzuerhalten. Einmal abgesehen von der Fragwürdigkeit ihrer Wirksamkeit gilt dies in besonderem Maße für die Agenda 2010: Die Stabilisierung der Lohnnebenkosten in der Arbeitslosenversicherung wurden durch Einschnitte bei Arbeitslosen gegenfinanziert. Diese Aufkündigung der Interessensvertretung traditioneller Wählerschichten musste einfache Konsequenzen innerhalb der Partei und im Wählerverhalten haben. Es war deshalb vor allem unsere eigene Politik und der mit ihr verbundene Politikstil, der zu den Abspaltungsbewegungen innerhalb der SPD führte, welche wiederum der PDS eine einmalige historische Chance boten, die sie schließlich auch zu nutzen wusste.

Die Entwicklung der PDS

Und was nun? Vieles hängt von der Linkspartei.PDS selbst ab. Um dies zu verstehen, muss man den Charakter dieser Partei und die Wandlungsprozesse, denen sie zurzeit unterliegt, analysieren.

1. Die PDS war und ist eine in Ostdeutschland fest etablierte Regionalpartei. Sie ist bis in die kommunale Ebene hinein fest verankert und hat in Ostdeutschland mehr Mitglieder als die SPD. Die PDS betreibt hier schon lange keine Systemopposition

mehr, lebt aber vor allem vom Ost-West-Konflikt. Und es gibt auch 15 Jahre nach der deutschen Einheit noch keine überzeugenden Anhaltspunkte dafür, dass sich die Ost-West-Differenzen abschwächen. Auch heute noch unterscheiden sich Wertpräferenzen der West- und Ostdeutschen grundlegend voneinander und auch heute noch fühlen sich viele Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse. Hinzu kommt die wieder auseinander gehende ökonomische Entwicklung zwischen Ost und West. Es scheint so, als würde Ostdeutschland langfristig am Tropf des Westens hängen bleiben. Von allen diesen Umständen profitiert die PDS als ostdeutsche Regionalpartei. Sie war in der Vergangenheit besonders erfolgreich, wenn sie die ostdeutsche Karte spielte.

2. Die Linkspartei. PDS ist mit der Bundestagswahl 2005 zur gesamtdeutschen Protestpartei aufgestiegen. Dies sollte man nicht über-, aber auch nicht unterschätzen. Nicht unterschätzen, weil mit einem Wahlergebnis von 4,9% in Westdeutschland die Partei etwas erreichen konnte, was sie seit über zehn Jahren vergeblich versucht hatte: Wählbar für Westdeutsche zu sein. Die Plattform WASG mit Oskar Lafontaine an der Spitze ermöglichte dies. Aber überschätzen darf man das gute Ergebnis der Linkspartei.PDS ebenfalls nicht, denn es fußt vor allem auf Proteststimmen. Laut Umfragen hat jeder zweite Wähler die Linkspartei.PDS vor allem aus Protest gegen die etablierten Parteien gewählt. Protestwähler sind aber höchst unsichere Gefährten und oft bei den nächsten Wahlen schon wieder verschwunden.

3. Und dies ist dann auch die Schlüsselfrage für die zukünftige Entwicklung der Linkspartei. PDS: Schafft sie es, eine in ganz Deutschland verankerte und organisierte Partei zu werden? Als Newcomer haben dies bislang nur die Grünen geschafft, die aber von einer ganzen Generation und einem gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsel getragen wurden. Eine neue sozialistische Bewegung, die einer Linkspartei.PDS das zukünftige Fundament bieten könnte, ist allerdings weit und breit nicht in Sicht. Zwei potenzielle Bündnispartner böten sich für die Linkspartei.PDS dennoch an: Die Gewerkschaften und die globalisierungskritische Bewegung. Doch beide Möglichkeiten sind wenig wahrscheinlich: Die Gewerkschaften als Interessensvertreter ihrer Mitglieder

werden und können sich nicht hauptsächlich auf eine kleine Oppositionspartei stützen. Ob für die international orientierten attac-Mitglieder das Sammelsurium aus Linksektierern, Altgewerkschaftern und kleinbürgerlichem Ost-Milieu zum Bündnispartner werden kann, ist stark zu bezweifeln. Hinzu kommt, dass innerhalb der Partei erste strategische Fehler gemacht werden: Dass in der Bundestagsfraktion von Linkspartei.PDS für alle relevanten Positionen Ostdeutsche gewählt wurden – abgesehen von Oskar Lafontaine, ist einer Stabilisierung der Partei in Westdeutschland sicher nicht zuträglich. Ich wage deshalb die Prognose, dass die Linkspartei.PDS mittelfristig eine Protestpartei bleiben wird, wenn auch gesamtdeutsch profiliert.

Für die SPD ist dies allerdings kein Grund zur Entwarnung. Im Gegenteil, die Zeit ist günstig für Protestparteien. Eine SPD, die in der Großen Koalition gebunden ist und die sicher so einige sozial- und steuerpolitische Kröten schlucken wird, hält ihre Flanke schmerzhaft weit offen für eine 52 Abgeordnete starke Linksoption mit begnadeten Rednern in ihren Reihen. Mit geballter Kraft von links angegriffen zu werden, wird für die SPD im Bundestag eine ganz neue Erfahrung sein.

Und was können wir Sozialdemokraten tun?

Als Idealist würde ich erst mal sagen: Durch eine glaubwürdige programmatische Erneuerung sollten wir versuchen, sowohl Wähler als auch Mitglieder der Linkspartei.PDS zurück zu holen. Als Realist und mit Blick auf die tatsächlichen Konstellationen innerhalb unserer Partei bin ich diesbezüglich eher skeptisch. Was wir aber zumindest tun sollten und was in einer großen Koalition von entscheidender Bedeutung sein wird: Wir müssen zu einer ganz klaren, Profil schärfenden politischen Kommunikation kommen. Konkret bedeutet dies, dass wir die zwangsläufigen Kompromisse mit der CDU nicht als unser Wunschergebnis verkaufen dürfen, sondern deutlich machen müssen, was unsere eigentlichen Positionen waren, was die Gegenposition ausmachte und warum man sich wie geeinigt hat. Wenn es nicht gelingt, uns in der Öffentlichkeit als linke Volkspartei gegenüber der CDU behaupten zu können, dürfte es schlecht aussehen für 2009.

Stichwort 2009: Da wir konstatieren müssen, dass unter den gegebenen Umständen einer großen Koalition die Linkspartei.PDS eine relevante Kraft im Bundestag bleiben wird, darf die politische Zusammenarbeit mit dieser Partei zukünftig nicht mehr von vornherein ausgeschlossen werden. Die Beteiligung an der Verantwortung ist immer noch das beste

Mittel, um Protestparteien zu entzaubern und sie auf ihre eigentliche Basis zurück schrumpfen zu lassen. Hinzu kommt nicht nur, dass drei linke Parteien in einem Parlament zur europäischen Normalität gehören, sondern dass dieses Faktum für eine dauerhafte sozialdemokratische Regierungsmehrheit auch zuträglich sein kann. Mir sei ein unorthodoxer Vergleich erlaubt: Führende Waschmittelproduzenten sind in der Regel mit drei oder noch mehr Waschmitteln auf dem Markt. Ziel ist es, durch eine differenzierte Produktpalette mehr Käufer zu erreichen, als dies mit einem einzigen Waschmittel der Fall wäre. Ein modernes Parteiensystem kann ähnlich verstanden werden: Die Differenzierung der gesellschaftlichen Milieus in den letzten Jahrzehnten wird durch eine Differenzierung der politischen Parteien aufgefangen und gleichzeitig aufgehoben. Rot-Rot-Grün könnte also dauerhaft eine politische Mehrheit in Deutschland sichern. Ob eine parlamentarische Mehrheit in absehbarer Zeit allein mit Rot-Grün zustande kommt, halte ich für fraglich.

Doch das ist Zukunftsmusik, davor steht das zurzeit sehr gespannte Verhältnis zwischen der SPD und der Linkspartei.PDS. Worauf beruhen diese Spannungen? Angeführt werden in der Regel drei Punkte: Inhaltliche Differenzen, persönliche Rivalitäten und die SED-Vergangenheit der PDS. Ich will die inhaltlichen Unterschiede der beiden Parteien nicht negieren, aber niemand wird doch wohl behaupten können, dass diese größer wären, als zwischen SPD und FDP. In Erinnerung sei gerufen, dass die FDP für eine Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung plädiert und mehrfach zur faktischen Entmachtung der Gewerkschaften aufgerufen hat. Dennoch war diese Partei nach den Bundestagswahlen unser erster Wunschpartner für eine mögliche Regierungsbildung.

Die persönlichen Rivalitäten sind zumeist die politisch banalsten, oft aber die faktisch wirkungsmächtigsten Probleme. Hier

kann man nur auf die Einsicht der Protagonisten und auf den Lauf der Zeit hoffen, der für einen Generationswechsel in beiden Parteien sorgen wird.

Am Ernsthaftesten ist sicherlich die SED-Belastung der PDS zu bedenken. Aus der Mitte der Sozialdemokratie hört man häufig das Argument, dass aufgrund der schwierigen Vergangenheit der SPD im Osten, den ostdeutschen Sozialdemokraten eine Zusammenarbeit mit der PDS nicht zuzumuten wäre. Das Gegenteil ist aber der Fall: Die ostdeutschen Sozialdemokraten waren es, die die ersten Rot-Roten-Bündnisse schmiedeten und dies trotz ihrer sicher prägenden Oppositionserfahrungen Ende der 80er Jahre. Während also in Ostdeutschland sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene pragmatische Bündnispolitik gemacht wird, pflegen viele westdeutsche Sozialdemokraten weiterhin ihre Vorurteile gegenüber der PDS. Angesichts der 15jährigen gemeinsamen Geschichte und der aktuellen Mehrheitssituation in Deutschland bleibt auf ein Ende dieser Situation zu hoffen. Sicher ist: Trotz belasteter Personen in ihren Reihen steht die Linkspartei.PDS weder inhaltlich noch personell für eine antidemokratische Haltung und schon gar nicht für einen Weg zurück in Vorwendezeiten.

Ich bleibe dabei: Das politische Dilemma der SPD nach den Wahlen ist tragisch. In der klassischen Tragödie allerdings verweigern die Helden eine Entscheidung und wählen den Tod. Um Leben und Tod der SPD geht es zurzeit sicher nicht. Leichtsinnig sollte man deshalb dennoch nicht sein. Die Entscheidung für die Große Koalition ist wohl gefallen. Dies wird unsere Partei nicht umbringen, aber ihr Gesicht wird sich verändern. Und wie das Antlitz der Sozialdemokratie 2009 aussehen wird, ist völlig offen. Unser Umgang mit der Linkspartei.PDS aber wird eine entscheidende Rolle dabei spielen. Kneifen gilt ab jetzt nicht mehr.

spw 5/2005



ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen, fakten & argumente



Die politische Entwicklung in den USA bestimmt wesentlich mit, was aus uns in Europa, was aus der Welt insgesamt wird. Bush ist kein "Betriebsunfall" der US-Geschichte. Er verkörpert die "konservative Koalition", die auch nach ihm weiter funktionieren wird. Worauf gründet deren Hegemonie? Welche Rolle spielt die Religion? Wo liegen die Bruchstellen der Herrschaft der "konservativen" Allianz und wie steht es um die Chance der Bildung eines politischen Blocks gegen die "konservative Koalition"? Der Autor Conrad Schuhler ist seit Jahrzehnten ein sachkundiger Beobachter der USA.

isw-report 63 September 2005 / 3,50 EUR + Vers.

Gesamtprogramm anfordern, Bestellungen
isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, fon: 089-130041,
fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Zehn Thesen zur Notwendigkeit einer Neuorientierung der SPD

Worum es über den 18. September 2005 hinaus geht?

Von Michael Schmidt

These 1: Tiefer Einschnitt in NRW – Vermittlungsdefizite bei der Umsetzung des Strukturwandels

Das Ergebnis der NRW-Wahl am 22. Mai 2005 markierte einen tiefen Einschnitt für die SPD. Sie verlor ihr Stammland. Das Ergebnis weckte Erinnerungen. Mit dem Godesberger Programm ist die SPD ausgezogen, aus dem 30%-Ghetto auszubrechen. Sie griff den Reformbedarf in der Gesellschaft auf und entwickelte Visionen auf der Ebene der internationalen Politik wie der Erneuerung im Inneren. Höhepunkt war die Bundestagswahl von 1972, als die SPD erstmals stärkste Partei wurde und über 45% der Stimmen gewann. Erschwerende wirtschaftliche Bedingungen und zunehmende Arbeitslosigkeit führten dann zu einer pragmatischeren Orientierung und in deren Folge u.a. zum Abspringen der FDP als Koalitionspartner, als Helmut Schmidt mit seiner Priorität zur Schaffung von Arbeitsplätzen ein 25 Milliarden DM schweres Investitionsprogramm durchführen wollte.

Inzwischen befindet sich die SPD in einer schwerwiegenden Krise, programmatisch und personell; es gelingt ihr immer weniger, ihre Stammwählerschaft zu mobilisieren. Der größte politische "Gegner" der letzten Jahre war die Resignation: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger blieben den Wahlurnen fern. In NRW aber hat erstmals die CDU einen nennenswerten Teil sozialdemokratischer Stammwählerschaft (von den bisherigen Nichtwählern) auf sich umleiten können. Man mag sich damit trösten, dass das nicht dauerhaft sein muss, wie es sich bei der Bundestagswahl am 18. September auch in NRW gezeigt hat – gravierend ist es allemal.

Unionsparteien und FDP haben nie die besseren Rezepte präsentiert. Die Regierungspolitik von Gerhard Schröder und auch etwa die von Peer Steinbrück in NRW beinhaltete eine Reihe notwendiger Schritte zur Gestaltung des Strukturwandels, zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme und zur Schaffung eines investiti-

onsfreundlichen Klimas. Es ist jedoch nicht gelungen, der Wählerschaft eine glaubwürdige und attraktive Perspektive zu vermitteln. Angesichts nicht hinreichend kommunizierter sozialer Einschnitte einerseits und erst noch zu erwartender Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt andererseits entsteht großer Unmut über „Die da Oben“.

These 2: Machtverlust durch Zick-Zack-Kurs statt klarer Programmaussagen

Die SPD muss Lehren daraus ziehen, dass sie im Bund offenkundig weder glaubwürdige Perspektiven vermitteln noch eine kohärente Orientierung entwickeln konnte. Es fehlte seit 1998 nicht nur der rote Faden, sondern unsere Politik hat sich manchmal um 180 Grad gedreht. Zahlreiche Schwenks bestimmten unsere Politik. Letztlich fehlte und fehlt eine klare Antwort der Partei, was denn das Besondere an sozialdemokratischer Regierungspolitik, ja das Besondere an sozialdemokratischer Politik überhaupt im 21. Jahrhundert in Deutschland angesichts der gewaltigen Herausforderungen ist. Jetzt rächte sich, dass die SPD nie – so oder so – eine Antwort auf die berechtigten Fragen, die das Blair-Schröder-Papier 1999 aufgeworfen hatte, gegeben hat. Und Menschen erkennen, ob politisches Handeln stringent an gesellschaftlichen Zielen ausgerichtet ist oder nicht. Anders sind die seit 1998 verlorenen Wahlen nicht zu erklären.

Die Regierung Schröder/Lafontaine/Fischer startete 1998 mit der versprochenen Rücknahme einiger sozialer Grausamkeiten, die die Kohl-Regierung zu verantworten hatte. Doch alsbald setzte sie auf notwendige, für sehr viele Menschen in ihren Folgen bittere Reformen mit der Idee, so die Wirtschaft zu beflügeln und die Arbeitslosigkeit spürbar abzubauen. Tatsächlich wurde die materielle Lage vieler Menschen schwieriger, während zugleich die produktiven Investitionen nahezu stagnierten und die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau blieb (als einziger Lichtblick

wurden immer wieder die hohen Exportgewinne genannt). Die Heuschreckendebatte kurz vor den NRW-Wahlen traf einen Nerv, doch viele hielten diesen Schwenk in der Rhetorik der SPD nicht für glaubwürdig. Immerhin hatte erst die Regierungspolitik das kritisierte Geschäftsgebaren der Hedge-Fonds ermöglicht.

These 3: Projekt Rot-Grün, sozio-ökologisches Konzept oder „Verlegenheitslösung“??

Das Lagerdenken in "rot-grün" hat sich als bedenkliche Festlegung erwiesen und war eigentlich auch schon vor der Bundestagswahl auf jeden Fall passé. Es kommt künftig darauf an, die SPD zu positionieren, ihre Ziele zu kommunizieren und Zustimmung für diese Ziele zu mobilisieren. Je nach dem, welche Konstellationen sich ergeben, können und müssen Koalitionen mit anderen Parteien geschlossen werden. Dies bedeutet immer Kompromisse mit dem Partner, da es inhaltlich begründete Unterschiede gibt – das gilt auch für die Grünen, denn sonst gäbe es die Grünen als von der SPD unterschiedene Partei nicht. Die Kompromisse im Falle von Koalitionen müssen ebenfalls kommuniziert werden – als Konzessionen der SPD aufgrund bestimmter Kräfteverhältnisse. Koalitionen sind keine Liebesheiraten, sondern Zweckbündnisse. Auf absehbare Zeit ist es für die SPD verfehlt, mit einer Koalitionsaussage in Wahlkämpfe zu ziehen oder gar die Koalition mit einer bestimmten anderen Partei zum Ziel an sich zu verklären.

These 4: Die letzten 7 Jahre: Bilanz selbst verschuldeter politischer Unmündigkeit

1998 übernahm die SPD die Regierungsverantwortung, getragen von einer breiten "Kohl muss weg"-Stimmung, nicht zuletzt dank massiver Mobilisierung der Gewerkschaften für einen Wechsel. Sie begann mit atmosphärischen und kommunikativen Fehlern: War es wirklich mit der gesamtgesellschaftlichen und persönlichen Lage vieler Menschen vereinbar, als Spitzentrio Schröder-Lafontaine-Fischer breit grinsend mit Sekt anzustoßen, Armani-Anzüge zu tragen, dicke Zigarren zu rauchen und zu verkünden, dass Politik "Spas macht"? Glaubte Gerhard Schröder im Ernst, es sei gedeihlich für die politische

Michael Schmidt, (geb 1957), bei der Landtagswahl in NRW SPD-Kandidat und bis Juni 2005 Unterbezirks-Vorsitzender der Leverkusener SPD, schrieb diesen Beitrag im wesentlichen nach der NRW-Landtagswahl und überarbeitete ihn nach der Bundestagswahl am 18. September 2005)

Kultur, wenn ein sozialdemokratischer Kanzler sich als "Genosse der Bosse" abfeiern lässt? Hier paarten sich auf zynische Weise persönliche Eitelkeiten mit mangelndem Einfühlungsvermögen in die Lebensverhältnisse und Befindlichkeiten der eigenen Wählerschaft. Nachdenklichkeit, Bescheidenheit, Mitgefühl und ein aufopferungsvolles Engagement in der Sache, das sind die Gebote der Stunde – um die arbeitsmarktpolitische Wende zu schaffen, um neue Hoffnung und neue Perspektive zu schaffen, um die Menschen für einen neuen politischen Aufbruch zu begeistern und um dafür zu sorgen, dass es vielen Menschen allmählich wieder besser geht.

War es etwa nicht auch ein kommunikativer Fehler, in einem ersten Akt soziale Grausamkeiten der CDU zurückzunehmen, ohne zuvor Kassensturz zu machen und landauf landab das Finanzdesaster zu schildern, das die Kohl-Ära hinterlassen hatte? So schürten wir wider besseren Wissens – oder genauer gesagt, wider besseren Ahnens – Hoffnungen, die wir angesichts des Strukturwandels, der Globalisierung, der veränderten Rahmenbedingungen nicht einlösen konnten.

Nach den gewonnenen Wahlen von 2002 haben Agenda 2010 und Hartz IV eine Abwehrfront mit tief sitzender Verbitterung gegen die SPD – geführte Regierung geschaffen, obwohl der politische Gegner noch viel schärfer eingegriffen hätte und obwohl niemand ein finanzierbares besseres Gegenkonzept vorlegen konnte. Wir unsererseits sprachen von notwendigen schmerzhaften Reformen ohne zu zeigen, welche Zukunftsperspektiven damit verbunden sind, wofür eigentlich diese Anstrengungen unternommen werden. Die Parole "Gürtel enger schnallen" erklingt Parteien-übergreifend (abgesehen von den extremen), aber wofür, das haben auch wir nicht gesagt. So ist und war zum Beispiel zu keinem Zeitpunkt evident, inwiefern effizientere Vermittlungsarbeit die vor allem strukturell bedingte Arbeitslosigkeit verringern sollte. Dabei weiß jede(r), dass die Zahl der offenen Stellen und die der Arbeitssuchenden viel zu weit auseinanderklafft.

Die Wahlen 2002 konnte die SPD unerwartet noch gewinnen: Irak, Flut (Krisenmanagement), Betonung sozialer Verantwortung und Stoiber als Gegenkandidat halfen dabei.

These 5: Gesellschaftliche Entwicklungen in sozialdemokratischem Ideologievakuum

Wir haben immer gesagt, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache. Wir haben auch immer gesagt, dass die schwachen Schultern auch etwas tragen müssen. Natürlich bringt eine starke

Belastung einiger Reicher viel weniger als die selbst moderate Belastung vieler Normalverdiener. Aber das ist nicht die Frage. Die Akzeptanz unumgänglicher Maßnahmen ist davon abhängig, ob es gerecht zugeht, bzw. ob die Verteilung der Lasten in der Gesellschaft als gerecht empfunden wird. Die SPD hat es in den letzten Jahren versäumt, sich glaubwürdig als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu empfehlen.

Die Quittung hierfür ist der gewaltige Wählerschwund sowie auch der Verlust an Mitgliedern. Wir sind unter den Stand der CDU gesunken. Wir haben seit März 2003, seit der Agenda-Rede von Schröder 80.000 Mitglieder verloren. Dieser, man könnte es schon Kahlschlag nennen, wurde sträflich ignoriert, seine Ursachen wurden nur oberflächlich analysiert; innerparteiliche Diskussionen, geschweige denn ernsthafte Versuche, diesen Trend aufzuhalten, fanden nicht statt.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, die soeben beschriebene SPD-Verdrossenheit von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen, etwa dem dramatischen Abschwung der DGB-Gewerkschaften zu trennen. Dieser Trend hat gesellschaftliche Wurzeln. Der DGB hat seit der Wiedervereinigung 40% seiner Mitglieder verloren. Er verliert Jahr für Jahr in etwa 300.000 Mitglieder. Das liegt an der hohen Erwerbslosigkeit und am strukturellen Wandel. Die typische gewerkschaftliche Sozialisation im Großbetrieb ist seltener geworden.

Prekarisierung, Parzellierung und Individualisierung nehmen zu. Ein neuer Typus des Arbeitnehmers entsteht. Der Neuaufschwung eines Teils der Gewerkschaftsbewegung in den USA seit den 80er Jahren hat gezeigt, dass es möglich ist, neue Schichten zu organisieren und zu solidarischem Handeln zu bewegen – aber auf neue Art und Weise, mit neuen Methoden. Die UPS-Fahrer und die Kellner von Schnellrestaurant-Ketten mussten sich bewusst an selbst gewählten Orten treffen, um sich **u b e r h a u p t** organisieren zu können. Da läuft heute sehr viel mehr über den Kopf, über

Bewusstsein und bewusstes Engagement als früher, wo viele in die gewerkschaftliche Solidarität quasi hineingeboren wurden.

Die SPD wird die weitere Entsolidarisierung der Arbeitnehmer nicht verhindern, indem sie aus vordergründigem wahlpolitischem Interesse mit Gewerkschaftsvorständen gemeinsame Erklärungen abgibt nach dem Motto: Ach, wählt uns doch bitte mehr! Es geht um die Rolle der Partei, die aus eigener Initiative den Gewerkschaften einen ergebnisoffenen Dialog anbietet zur Frage, wie die Krise der Gewerkschaften überwunden werden kann, wie unter heutigen Bedingungen neue Generationen für solidarisches Handeln und gewerkschaftliches Engagement gewonnen werden können. Die SPD muss dieser Debatte Impulse geben und ihren Beitrag dazu leisten. Nur so kann jener Krise, die für Gewerkschaft und Partei die gleichen gesellschaftlichen Wurzeln hat, nachhaltig begegnet werden.

These 6: Neue Mitte: ein misslungener Rechtfertigungsversuch für fehlende Wählerpositionierung

Die These von der "neuen Mitte" entbehrte jeder nachhaltigen Strategie. Sie war und ist vielmehr das Eingeständnis indifferenter Schadensbegrenzung und parteiideologischer Offenbarungseid gegenüber den ökonomischen Problemen und deren so-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

zialen Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger. Pragmatisch gesehen ist die "neue Mitte" das in der Tat wachsende "Lager" der Wechselwähler. Fakt ist: Die SPD hat diese Wechselwähler rasch verunsichert und wieder verloren, dafür aber Einbußen in ihrer Stammwählerschaft hinnehmen müssen. Das ist sehr bedrohlich. Es kann auch schlimmer kommen: Wahlergebnisse um die 30% sind nicht das Ende der Fahnenstange. Wir können von drei Seiten unter noch mehr Druck geraten: a) von den Unionsparteien b) von einer neuen Linkspartei, die mit wohlfeilen populistischen, wenn auch unrealisierbaren Forderungen punkten könnte c) einer implodierenden Sozialdemokratie, die ihren bisherigen Wählern keinerlei Hoffnung auf Besserung ihrer Lebensverhältnisse zu vermitteln vermag.

Die wichtigste Lehre ist folgende: Man kann nicht sein solides Grundkapital aufs Spiel setzen, um seinen Fonds für Risikoinvestitionen zu vergrößern. Umgekehrt wird ein Schuh daraus, und bei aller Problematik von Vergleichen verschiedener Perioden, kann die Zeit von Willy Brandt als Beispiel herangezogen werden: Gesellschaftliche Aufbruchstimmung traf in einer Zeit vergleichsweise solider Finanzressourcen mit einem Reformbedarf der Gesellschaft zusammen; die SPD wurde

stärkste Partei, indem sie in der Tat neue Schichten gewann. Doch gewann sie diese nicht auf Kosten der Stammwählerschaft, im Gegenteil: sie verfestigte sogar ihren Einfluss in dieser Stammwählerschaft. "Mehr Demokratie wagen" und "Mehr Chancengleichheit" zusammen mit einer kühnen, an den Werten des Friedens und der Gerechtigkeit orientierten internationalen Politik (Ostpolitik und Nord-Süd-Politik) bezeichneten Schnittstellen der Interessen und Bestrebungen der neuen Schichten (etwa des jungen Bildungsbürgertums) wie auch der klassischen, der Arbeiterbewegung verbundenen sozialdemokratisch wählenden Schichten.

Wenn auch das Wort „Reform“ mittlerweile landläufig zum Drohbegriff für Kürzungen und neue soziale Grausamkeiten zu mutieren scheint, ist es unerlässlicher Auftrag der SPD, Reformen als notwendige Aufbruchbewegung in einem weiterhin gesicherten Sozialstaat zu kommunizieren.

These 7: Internationales – Globalisierung – Europa

Die Partei muss sich deutlich sichtbar für solidarische Lösungen auf internationaler Ebene einsetzen – durch Kongresse, Konferenzen, Interventionen in internationalen Gremien, usw. Erst auf dieser Basis kann das Machbare kommuniziert werden, solange dem Willen der Partei die Schranke des mangelnden Konsenses auf internationaler Ebene entgegensteht.

Wir wissen, dass der internationale Wettbewerb immer schärfer wird. Darum müssen wir Maßnahmen gegen das Lohn- und Sozialdumping ergreifen. Das Entsendegesetz ist nur ein erster Schritt. Letztlich ist ein nachhaltiges Gegensteuern nur möglich über Durchsetzung von Mindeststandards in den wirtschaftlich schwächeren Ländern.

Besonders betrifft dies das neue Europa der 25. Entweder wir setzen statt der gewünschten offenen Grenzen in diesem Europa auf einen neuen Polizeistaat, oder wir sorgen dafür, dass in Rumänien nicht mehr zu Drittweltbedingungen gearbeitet wird. Das "Nein" der Franzosen und der Holländer zur EU-Verfassung sollte uns in zweierlei Hinsicht nachdenklich stimmen. Einmal in Sachen Volksentscheid. Wir hatten für Deutschland auch ein Referendum befürwortet. Da wir hierfür eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag gebraucht hätten, konnten CDU/CSU und FDP dies verhindern. Das aber hat die SPD einfach hingenommen, anstatt in den großen Medien Protest gegen das undemokratische Handeln des politischen Gegners zu organisieren – oder in symbolischen selbst organisierten Abstimmungen dem tatsächlichen Bürger/-innen-Willen. öffentlichen Raum zu geben.

Wir wollen kein Europa der neoliberalen Wahnvorstellung, in dem alles bis hin zu Kindergärten und menschlichen Organen zu lukrativer Handelsware herunterdekliniert werden kann: Eine fatale Kurzsicht, die nicht erst am eigenen Kranken- und Sterbebett ihr nüchternes Ende findet. Wir brauchen und wollen ein zivilisiertes Europa, ein solidarisches Europa, ein Europa der Innovation, aber auch ein Europa der Menschlichkeit.

These 8: Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt, Soziales

Achse unserer Politik muss die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Eindämmung der Arbeitslosigkeit sein. Sonst wird der Sozialstaat auf Dauer nicht mehr finanzierbar sein, denn er war nie auf eine jahrzehntelange massenhafte Erwerbslosigkeit angelegt. Wir müssen alle Maßnahmen in Hinblick auf ihre arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen auf den Prüfstand stellen. Wir brauchen keine Dogmen, sondern eine kreative, ausgewogen sowohl angebots- wie nachfrageorientierte und vor allem am Erfolg orientierte Wirtschaftspolitik.

Steuererleichterungen ja – aber nicht mit der Gießkanne! Steuererleichterungen oder andere Formen der Subventionen für jene, die dauerhafte tarifliche Arbeitsplätze schaffen, Sanktionen gegen jene, die Arbeitsplätze vernichten oder tarifliche Arbeitsplätze in prekäre Arbeitsverhältnisse verwandeln.

Die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte kann ohne Steuererhöhungen deutlich verbessert werden, wenn man endlich begrifflich macht, dass Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität nicht als Standortvorteil gehandelt werden dürfen. Alleine die Unterbindung betrügerischer GmbH-Beerdigungen, reiner Finanztransaktions-Luftnummern und simpler Steuerhinterziehung durch die Einstellung einer ausreichenden Zahl von Betriebsprüfern und Steuerfahndern würde riesige Summen in die öffentlichen Kassen spülen. Der Steuerausfall bei der Umsatzsteuer durch organisierte Kriminalität (Karussellgeschäfte) wird bundesweit immerhin jährlich auf 15 bis 20 Milliarden Euro geschätzt. Beispiel: Im Jahr 2003 sammelten 11.000 Betriebsprüferinnen und -prüfer 14 Milliarden Euro. Im selben Jahr haben allein die großen Unternehmen dem Fiskus fast 12 Milliarden Euro vorenthalten. Schon die viel zu spärlichen Betriebsprüfungen erbrachten das 40fache (!) dessen, was 2003 im Kampf gegen Schwarzarbeit aufgedeckt wurde. Je Prüfer oder Prüferin könnten 1,3 Millionen Euro an Mehrsteuern eingebracht werden. Das sind keine Peanuts – vor allem, wenn man daran denkt, dass die Menschen das Gefühl vermittelt bekom-

Antifaschistisches Blatt info

Nr.66 | Frühjahr 2005

Rechte in den Parlamenten

Vom rechten Rand der CDU bis zur NPD in Sachsen



Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

men müssen: Es geht in unserem Lande gerecht zu, wenn die SPD regiert. Zwei Pilotprojekte der SPD geführten Landesregierung in NRW (begrenzt und für wenige Monate) haben in der Praxis schlagend bewiesen, wie wirksam solche Maßnahmen sein können. Warum aber blieb es bei Pilotprojekten? Bestenfalls aufgrund der wirtschaftspolitisch falschen Annahme, Steuerhinterziehung sei ein Standortvorteil.

Die Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen, der produktiven und innovativen Unternehmen und Selbständigen schafft die meisten Arbeitsplätze. Auf diesem Gebiet bleibt viel zu tun, und dies ist vordringlich, so wenig auf klassische Industriepolitik auch verzichtet werden kann. Beides hängt oft objektiv miteinander zusammen. Zum Beispiel heute müssen wir Bergleute und Öffentlichkeit gegen das brutale Projekt der neuen NRW-Landesregierung mobilisieren, die unter dem Druck der Besserverdienerpartei FDP den Kahlschlag im Bergbau will – obwohl an jedem der verbliebenen Arbeitsplätze in diesem vier weiteren Arbeitsplätze und viele Selbständige hängen, obwohl die Nachfrage für Steinkohle und unsere Spitzentechnologie in diesem Bereich weltweit steigt und obwohl es strategisch extrem wichtig ist, sich nicht völlig von den Entwicklungen der Weltmarktpreise für Erdöl abhängig zu machen.

Wir müssen gezielt neue Arbeitsplätze schaffen, auch durch öffentliche Investitionen zu dringlichen Infrastrukturaufgaben sowie zur Zukunftsaufgabe Bildung, und zwar durch solche öffentliche Investitionen, die ihrerseits private Folgeinvestitionen auf den Plan rufen.

Gegenüber den klassischen "linken" Rezepten, die nur nach Stärkung der Binnennachfrage rufen und nicht glaubwürdig die Frage beantworten können, was wir denn machen sollen, wenn das Kapital abwandert oder nicht mehr produktiv investiert, müssen wir die Stärkung der Massenkaufkraft mit dem Problem des allgemeinen gesellschaftlichen Klimas verknüpfen. Der entscheidende Beitrag zur Stärkung des Konsums und der zahlungsfähigen Nachfrage ist die Bekämpfung der Prekarität. Denn diese ist es, die über die unmittelbar Betroffenen hinaus in der ganzen Gesellschaft ein Gefühl der Unsicherheit schafft: Wer Angst hat, dass ihm morgen Notwendiges fehlt, der gibt heute auch nur das Notwendige aus.

Darum müssen wir Schluss machen mit Halb- und Vierteljobs, wir brauchen dauerhafte Existenz sichernde Jobs – Jobs zum Leben. Wir müssen Begeisterung für eine lebenswerte Zukunft schaffen – Begeisterung und Selbstvertrauen, dass die großen

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Probleme und Herausforderungen gemeistert werden können.

These 9: Mehr Demokratie wagen

Gegen Politikverdrossenheit und Resignation gilt es, eine bürgernahe Politik anzubieten, die Menschen mitzunehmen, einen breiten, auch Parteien-übergreifenden gesellschaftlichen Dialog zu entfalten. Doch Menschen engagieren sich dauerhaft nur, wenn sie ihr Wörtchen mitzureden haben. Deshalb ist es höchste Zeit, dass wir uns mit dem Konzept einer aktiven Staatsbürgerschaft und der Idee der Beteiligungsdemokratie beschäftigen. Zunächst gilt es, die beeindruckenden Erfahrungen mit dieser demokratischen Neuerung im südbrasilianischen Porto Alegre aufzuarbeiten. In einem zweiten Schritt müssen wir Modelle entwickeln, die auf Deutschland anwendbar sind.

Generell gilt: Wer nach ausführlicher demokratischer Debatte mit entschieden hat, der wird anschließend nicht nach Sündenböcken suchen. Aus Mitgestaltung entsteht Mitverantwortung. Unsere Vision einer Gesellschaft mündiger Bürger bedeutet mehr Demokratie zu verwirklichen und uns dadurch positiv abzugrenzen von dem obrigkeitstaatlichen und paternalistischen Gehabe der konservativen Politiker.

Unsere Partei ist für Volksentscheide zu wichtigen Fragen eingetreten (ohne dies öffentlich wirksam zu kommunizieren, siehe weiter oben), aber Beteiligungsdemokratie geht noch einen Schritt weiter: Sie bedeutet etwa die Unterwerfung der großen Prioritäten eines gegebenen Haushalts unter das demokratische Votum der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die Erfahrung von Porto Alegre und Rio Gran-

de do Sul in Brasilien hat gezeigt, dass gewählte Vertreter nur selten gegen solche Voten verstoßen, denn das würde ihnen sehr übel genommen. Von einem Bürger, der nur delegiert, kommen wir so zu einem Bürger, der im Grunde mitregiert.

Wir müssen aufhören, irgendwelche Kommissionen à la Rürup oder Hartz als Ersatz für die eigenverantwortliche Entwicklung von Lösungsvorschlägen einzurichten und anzupreisen. Wir brauchen Experten und Kommissionen, die uns als Partei helfen, unsere Positionen zu finden. Es war aber ein Fehler, außerhalb der Politik stehende Persönlichkeiten zu den eigentlichen Politikmachern hochzustilisieren: In der Bevölkerung hat dies den Eindruck erweckt, wir wollten uns hinter den breiten Schultern von tatsächlichen oder vermeintlichen Experten verstecken. Außerdem bestärken wir damit nur die Politikverdrossenheit, jene unpolitische Stimmung, die da glaubt, statt der "Politiker" könnten so genannte "Fachleute" die Probleme lösen.

Für die Zukunft gilt: Wir müssen Visionen entwickeln, die begeistern, Konzepte dafür, wie diese Visionen umgesetzt werden und eine Sprache, die beides vermittelt. Wir müssen neue Solidaritäten organisieren und eine neue Dynamik in die wirtschaftliche Entwicklung bringen. Dies alles geht – nicht mit den Rezepten von gestern, aber mit der Bereitschaft zum Gehen neuer Wege.

These 10: Nach der Bundestagswahl

Das Ergebnis der Bundestagswahlen am 18. September 2005 sowie die darauf folgenden Ereignisse bestätigen die Einschätzung, die ich wenige Tage nach der NRW-Wahl vorgenommen hatte.

Die beachtliche Aufholjagd unserer Partei, die im Endspurt doch noch auf 34,3% kam, ist zwar erfreulich, kann aber nicht beruhigen. Wenn es gelungen ist, eine schwarz-gelbe Mehrheit zu verhindern, so war dies in erster Linie den Fehlern der Gegenseite geschuldet. Heute räumen insbesondere Politiker des Sozial- und Arbeitnehmerflügels der Unionsparteien ein, dass die völlig einseitige Ausrichtung am eigenen Wirtschaftsflügel und die Betonung der Notwendigkeit weiterer sozialer Einschnitte und Grausamkeiten seitens der Spitzenkandidatin Angela Merkel, sie in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler zur Repräsentantin der sozialen Kälte machte. Besonders die Nominierung von Paul Kirchhof zum Kompetenzler und designierten Finanzminister war eine Steilvorlage für die SPD, die sich – im Vergleich mit den Konzepten dieses "Professors aus Heidelberg" – immerhin noch ein entwickelteres Gefühl für soziale Gerechtigkeit attestieren konnte.

Dennoch bedeutet das Ergebnis der SPD einen Rückgang um 4,3 Prozentpunkte gemessen an der Wahl von 2002, was nur als schallende Ohrfeige gewertet werden kann. Zudem verlor mit dieser Wahl Rot-Grün die Mehrheit. Es gibt also, insbesondere für Linke in der SPD, keinerlei Grund, dieses Ergebnis schön zu reden.

Eine etwas tiefer gehende Beschäftigung mit dem Wahlergebnis und den Wählerwanderungen bestätigt darüber hinaus die Diagnose von der Erosion der Stammwählerschaft der SPD. Wenn die Linkspartei das Wahlergebnis der PDS von 2002 mit 8,7% mehr als verdoppeln konnte, in den westlichen Bundeslän-

dern hart an die 5%-Grenze kam und insgesamt von vier Millionen Menschen gewählt wurde, so kann man das schwerlich als vorübergehende Erscheinung abtun. Die relativ meisten Stimmen, fast eine Million, holte sich die Linkspartei von der SPD und aus der traditionellen sozialdemokratischen Wählerbasis. Die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei waren soziologisch gesehen überwiegend Arbeiterinnen, Arbeiter und Erwerbslose – vor allem im Westen unseres Landes.

Die Reaktion von Gerhard Schröder und der Führungsspitze unserer Partei nach den Wahlen ließ meines Erachtens elementaren Realitätssinn vermissen. Die Siegerpose Schröders passte herzlich schlecht zum Wahlergebnis. Die Attacken auf die Kandidatin der Unionsparteien samt Medienschelte (des früheren "Medienkanzlers") bei der Elefantenrunde wirkten – auch für eigene Wählerinnen und Wähler – unglaubwürdig und schweißten die Unionsgranden zunächst um die angeschlagene Angela Merkel zusammen, die eigentlich schon auf der Abschlusliste stand. Das Beharren Gerhard Schröders auf die Kanzlerschaft, mit der Begründung, CDU und CSU seien zwei Parteien und die SPD mithin stärkste Partei (zum ersten Mal seit 1949 wurde so gerechnet, da CDU und CSU ja immer eine gemeinsame Bundestagsfraktion gestellt haben) erschien als Politposse ersten Ranges. Das einzige Ergebnis dieser Taktik dürfte die Ersetzung Merkels durch einen stärkeren Unionspolitiker als Kanzler sein, was die Position der SPD in der Koalition nicht gerade stärkt.

Die große Koalition erscheint heute als einzige Möglichkeit der Regierungsbildung. Mit dem unrealistischen Abheben auf die "K-Frage" bei gleichzeitigem Verzicht auf ein ernsthaftes Ausloten anderer Koalitionsoptionen hat die SPD-Spitze die Position unserer Partei geschwächt. An der finsternen Entschlossenheit der Westerwelle-FDP zur Verweigerung hätte man vielleicht nichts ändern können. Der Ausschluss auch nur von Sondierungsgesprächen mit der Linkspartei und damit der Verzicht auf den Aufbau zumindest einer Drohkulisse für die Verhandlungen mit der Unionspitze war jedoch ein schwerer Fehler, der uns mit Tross und Gepäck der Unionsmehrheit ausgeliefert hat.

Vorsitzende wichtiger DGB-Gewerkschaften haben darauf hingewiesen, dass die Wahlen zu einer "linken Mehrheit" im Bundestag geführt haben. Doch unsere Partei unternimmt nicht einmal den Versuch, diese Mehrheit politisch zum Tragen zu bringen. Das Argument, die Linkspartei könne auf keinen Fall Partner sein und stehe außerhalb des demokratisch Akzeptablen ist angesichts der SPD-Linkspartei-Koalitionen auf Länderebene in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nicht glaubwürdig. Wenn hier das Argument des "Entzauberns" gilt, warum dann nicht auch auf Bundesebene, wie unsere Partei dies ja auch mit den Grünen lehrbuchartig durchexerziert hatte? Nur offizielle Gespräche hätten glaubhaft vermitteln können, dass ein Zusammengehen auf Bundesebene an inhaltlichen Positionen scheitert. Zugleich wären die Unionsparteien gezwungen worden, in Sachen soziale Gerechtigkeit mehr Konzessionen zu machen.

Offensichtlich ist eine Lösung der in den vorliegenden Thesen aufgeworfenen Orientierungsprobleme der SPD kurzfristig nicht in Sicht. Als Juniorpartnerin einer großen Koalition wird unsere Partei schnell zu spüren bekommen, dass diese Probleme sich mittelfristig verschärfen. Die Position der FDP, der Grünen und vor allem der Linkspartei als Opposition gegen Schwarz-Rot wird komfortabel sein. Es besteht die Gefahr, dass insbesondere die Linkspartei ihr Wählerpotenzial konsolidiert und ausbaut.

Desto wichtiger scheint mir die Ausweitung und Vertiefung der Diskussion über die Erneuerung des sozialen und demokratischen Profils unserer Partei. Schon die nächsten Monate werden zeigen, dass wir uns inhaltlich und personell neu aufstellen müssen, um die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu meistern.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Damit die SPD wieder „bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirke“!!!

Anmerkungen zu notwendigen Debatten in der SPD

Von Horst Heimann

Björn Böhning und Reinhold Rünker haben in spw Nr. 143 (S. 41) ein Konzept für einen praxis- und erfolgsorientierten „innerlinken Dialog“ vorgestellt. Präzisiert und ergänzt könnte dieses Konzept darüber hinaus auch Grundlage für einen Diskussions- und Lernprozeß innerhalb der gesamten SPD und der Rest-Linken in der Gesamtgesellschaft werden, geleitet von der Vision, einem utopisch anmutenden Doppelziel schrittweise näher zu kommen: Die SPD, von den Ortsvereinen über alle Organisations-ebenen bis zur Spitze, wieder zu einer lebendigen diskutierenden Partei zu machen, die im Sinne des Grundgesetzes, Art. 21, „bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirkt“ und die dadurch wieder befähigt wird, auch jenseits von Wahlkämpfen den Bürgern Orientierung zu bieten und gesellschafts-politische Alternativen zum „Heuschrecken-Kapitalismus“ aufzuzeigen. Das Bemühen um die erfolgreiche Umsetzung dieses Konzeptes sollte gewagt werden, obwohl die Ausgangslage dafür nicht nur ungünstig ist, sondern fast aussichtslos, und zwar aus zwei miteinander zusammenhängenden Gründen: Die Entpolitisierung der SPD und die Alleinherrschaft des neoliberalen Weltbildes in der veröffentlichten Meinung.

Die Entpolitisierung der SPD:

Die Entpolitisierung und der Verzicht der Parteien, vor allem der beiden Volksparteien, „bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken“, hat für die politische Kultur in Deutschland verheerende Folgen gehabt: Jene im Grundgesetz den Parteien aufgetragene „Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes“ vollzieht sich, vor allem sichtbar geworden nach der Implosion des Sowjetkommunismus, fast exklusiv in den Machteliten von Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. In diesem intensiven Diskussions- und Willensbildungsprozeß, von den Volksparteien zunächst kaum wahrgenommen, kündigten jene klassenbewußten Machteliten den bislang von allen Parteien getragenen Sozialstaatskonsens des Grundgesetzes auf und machten das neoliberale Weltbild oder Paradigma zum alternativlosen Mainstream in der veröffentlichten Mei-

nung. Die politische Funktion der Parteien wurde immer mehr darauf reduziert, die von überbezahlten „Experten“ (in der Regel überdurchschnittlich inkompetente Beamte) aufbereitete Ergebnisse jener Willensbildungsprozesse anzukaufen und demokratisch zu legitimieren. Das gilt vor allem für die Volksparteien, während die FDP als „Partei der Besserverdienenden“ selbst zum Akteur der neoliberalen Wende wurde: In der Gesamtbevölkerung konnte sie zwar nur eine kleine Minderheit von ihrer neoliberalen Ideologie der „Besserverdienenden“ überzeugen; aber in den Machteliten von Wirtschaft, Medien und Wissenschaft überzeugte sie die überwältigende Mehrheit davon, dass es zur neoliberalen Ideologie und Programmatik keine Alternative gibt.

Die Alleinherrschaft des neoliberalen Weltbildes in der veröffentlichten Meinung:

Wegen der nicht nur Vor-, sondern Alleinherrschaft des neoliberalen Weltbildes oder Paradigmas fehlen die gesellschaftstheoretischen Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung der durchaus richtigen Zielvorstellung von Böhning und Rünker: „Die spw muss Diskurse an langen Linien entwickeln. ... Alltagsphänomene und –probleme werden aus Sicht der Linie betrachtet, theoretisch eingeordnet und kontrovers diskutiert werden. ... Kurzum: Weg von den Ereignisberichten, hin zu programmatischen Impulsen aus unterschiedlichen thematischen und theoretischen Zusammenhängen, die sich auf die Linien beziehen.“ Dieses Programm ist deshalb noch nicht umzusetzen, weil die Linke nicht mehr über diese „langen Linien“ verfügt. Nur die neoliberale Rechte verfügt über diese „langen Linien“, um „Alltagsphänomene und –probleme einzuordnen“ und als „programmatische Impulse“ für die erfolgreiche Meinungsbeeinflussung und –manipulation zu nutzen.

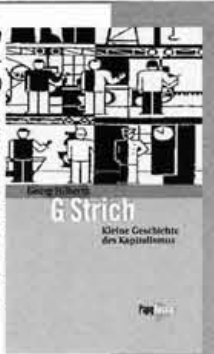
Was es bedeutet, wenn man „Alltagsphänomene und –probleme“, Informationen und Problemlösungsvorschläge etc., etc., nicht mit Hilfe „langer Linien“, bzw. eines Weltbildes oder einer Gesellschaftstheorie, einzuordnen vermag, ist mit Hilfe des kritischen amerikanischen Intellektuellen Neil Postman zu verdeutlichen: In einem Vortrag zur Eröffnung

der Frankfurter Buchmesse 1992, unter dem provokatorischen Titel „Wir informieren uns zu Tode“ (Anspielung auf seinen Bestseller „Wir amüsieren uns zu Tode“), verwies er auf eine Ursache für unsere mangelhafte Problemlösungsfähigkeit: Zur Problemlösung sind wir unfähig „nicht wegen mangelnder Information, sondern weil wir kein zureichendes Bewußtsein dafür entwickeln, was sinnvoll und bedeutsam ist. Um dieses Bewußtsein zu entwickeln, brauchen die Menschen eine glaubwürdige ‚Erzählung‘. Unter ‚Erzählung‘ verstehe ich hier eine Geschichte der Menschheit, die der Vergangenheit Bedeutung zuschreibt, die Gegenwart erklärt und für die Zukunft Orientierung liefert.“ (Die ZEIT, 2.10.1992, S.61)

Gegenwärtig verfügt nur die neoliberale Rechte über diese „Erzählung“, die „die Gegenwart erklärt und für die Zukunft Orientierung liefert“. Sie hat daher nicht nur „ein klares Bild von dem was ist und dem was sein soll“, sondern auch davon, was man tun muß, um „dem was sein soll“, zügig näher zu kommen. Natürlich gibt es auch noch zahlreiche Individuen, die nicht an die überlebensgroße neoliberale „Erzählung“ glauben, die sogar Details kritisieren und verwerfen. Aber diese noch zahlreichen Kritiker des neoliberalen „Einheitsdenkens“ bleiben nicht nur deshalb erfolglos, weil der Gegner über so viel Macht und Geld verfügt. Ursache für die Ohnmacht dieser kritischen Geister ist es, dass sie sehr unterschiedliche Auffassungen „von dem was ist und von dem was sein soll“ haben, dass sie – bei allen berechtigten Unterschieden in Detailfragen – keine gemeinsame „Erzählung“ vortragen, die „die Gegenwart erklärt und für die Zukunft Orientierung liefert“. Die Folge davon ist, dass gerade die Gegner der neoliberalen „Visionen“ desorientiert, demotiviert und resigniert sind. Gegenwärtig besteht auch wenig Aussicht, dass sich das bald ändern könnte. Denn die noch verbliebenen Gegner des Neoliberalismus, die noch einen gewissen Einfluß in den Diskussionsprozessen ausüben könnten, sehen das Problem gar nicht. Sie sehen im Fehlen einer linken „Erzählung“, oder einer linken Gesellschaftstheorie, gar keinen Mangel. Sie stellen sich daher auch nicht die Aufgabe, in einem ergebnisorientierten Diskussions- und Lernprozeß wieder eine solche linke „Erzählung“ zu schaffen, jene „langen Linien“ zu entwickeln, in die man „Alltagsphänomene und –probleme“ theoretisch einordnen

Georg Fülberth: G Strich
Kleine Geschichte des Kapitalismus 316 S., E 19,80

Was ist das, wovon alle reden: Kapitalismus? Einer Begriffsbestimmung folgen eine Geschichte dieser Gesellschaft und ihrer Widersacher sowie die Frage nach ihrem möglichen Ende



Werner Biermann/Arno Klönne: Kapital-Verbrechen 207 S., E 14,80

Vom Raub der Edelmetalle Amerikas bis zu den Machenschaften ums Öl: »Ein grandioses Buch, ein Muß- als wirtschaftshistorisches Werk, als geostrategisches Handbuch und als Krimi«, Frankfurter Rundschau



Heinz-J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat 424 S., E 24,80

Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft - »Bontrup kräftigt den Gegenstrom zur neoliberalen Agenda. Die Leser werden reichlich mit Erkenntnisgewinn und Argumentationskompetenz belohnt«, Frankfurter Rundschau



Frank Niess: Schatten auf Hollywood 247 S., EUR 16,90

Hetzkampagnen, Hexenjagden und Repressalien brachten im Kalten Krieg Zehntausende wegen »un-amerikanischer Umtriebe« um ihre Jobs. So auch hunderte Filmemacher. Unter Präsident Bush jr lebt das alles wieder auf



Kurt Pätzold: Der Führer ging, die Kopflanger blieben 142 S., E 12,90

Der Führer ging, aber nicht von allein! Welcher Opfer es dazu bedurfte, zeigt Teil eins. Die Kopflanger blieben, und selbst Autoren, die einst ein X von einem U unterscheiden konnten, haben Hitlers Volksstaat entdeckt. Dem gilt Teil zwei



könnte, um „programmatische Impulse“ zu finden.

Wo ist die große linke Erzählung

Diese zentrale Aufgabe für eine „erneuerte sozialistische Theorieaneignung“ bleibt auch im Entwurf von Böhning und Rünker unterbelichtet. Von den für die „Diskurse an langen Linien“ genannten Themenkreisen beziehen sich zwar zwei auf Gesellschaftsanalyse, -kritik und -theorie, nämlich „Finanzkapitalismus“ und „Staat, Politik und Partei unter veränderten Bedingungen“. Und auch die genannten Politikbereiche „moderne Wirtschaftspolitik“, „Reform des Sozialstaates“, „Bildung und Innovation“, könnten Bausteine für eine erneuerte linke Gesellschaftstheorie liefern. Andererseits sollte uns die Dialektik daran erinnern, dass schon wenigstens Ansätze oder Fundamente einer Gesellschaftstheorie erkennbar sein müssen, um für die oben genannten Politikfelder gesellschaftsgestaltende „programmatische Impulse“ zu gewinnen. Ausgeblendet bleibt die umfassende Aufgabe der Theoriediskurse, wieder an jener „Erzählung“ zu arbeiten, an „einer Geschichte der Menschheit, die der Vergangenheit Bedeutung zuschreibt, die Gegenwart erklärt und für die Zukunft Orientierung liefert“, mit anderen Worten: eine empirisch und normativ fundierte Gesellschaftstheorie, die „ein klares Bild von dem was ist und dem was sein soll“ vermittelt und auch aufzeigt, was die Menschen tun können und müssen, um „dem was sein soll“ näherzukommen. Am Anfang dieses Diskurses kann – und darf – noch keine fix und fertig ausformulierte Gesellschaftstheorie stehen. Aber die Rest-Linke könnte schon wieder geistigen Einfluß gewinnen, wenn sie wenigstens erkennt, dass ein solcher Diskurs in Richtung einer gemeinsamen empirisch und normativ fundierten Gesellschaftstheorie möglich und notwendig ist. Dagegen sind gegenwärtig unter den letzten Linken die „Bilder von dem was ist“ und noch mehr die „Bilder von dem was sein soll“ sehr unterschiedlich, widersprüchlich und unklar. Der überwältigende Einfluß der neoliberalen Ideologie hat auch viele noch-Linke irritiert. Sie fürchten, dass das meiste von dem, was nach unseren früheren Vorstellungen von „sozialistischer Politik und Wirtschaft“ einmal „sein sollte“, gar nicht sein kann! Völlig ausgeblendet bleibt auch der Name, den die linke „Erzählung“ einmal hatte, nach der „Beschluslage“ der SPD sogar noch immer hat und auch behalten soll, nämlich: Demokratischer Sozialismus. Warum die Restlinke inzwischen das Wort „Sozialismus“ noch mehr fürchtet als der Teufel das Weihwasser, ist kaum rational zu erklären, wenn man weiß: In den neuen Bundesländern stimmen 66% der Bevölkerung der Meinung zu, „der Sozialismus ist eine gute Idee“, und auch in den alten Bundesländern ist eine satte absolute Mehrheit von

56% dieser Meinung. (Spiegel-Leser wissen mehr: Nr. 4 / 22.8.05) Wie kann eine „erneuerte sozialistische Theorieaneignung“ möglich sein, wenn nicht einmal zu klären versucht wird, was „sozialistisch“ eigentlich bedeuten könnte?! Auch die anschwellende Freude darüber, dass „Kapitalismuskritik“ sogar wieder „von oben“ abgesegnet wird, sollte durch die Einsicht relativiert werden: Wer vom Sozialismus nicht reden will, sollte auch den Kapitalismus nicht kritisieren. Denn diese Kritik bliebe dann „hilfloser Antikapitalismus“. Bezeichnend für die Scheu vor dem Begriff Demokratischer Sozialismus ist eine – durchaus lobenswerte – Stellungnahme vom „SPD-Bezirk Hessen-Süd – Ein Wahlsieg für Gerechtigkeit“. Erwähnt wird zwar die geistig-politische Traditionslinie der CDU, nämlich die „christliche Soziallehre“, aber nicht die geistige Traditionslinie der SPD, nämlich der „Demokratische Sozialismus“. Durchaus zutreffend ist die Ermahnung an die CDU, „dass sie als große Volkspartei der rechten Mitte nur bestehen kann“, wenn sie „sich wieder auf die christlichen Wurzeln“ besinnt. Und sinnvoll ist auch das Angebot an christliche CDU-Wähler: „Für diejenigen, die den Imperativen christlicher Soziallehren folgen, bietet die SPD eine Heimat.“ Erwähnt wird aber nicht ein anderes, schon von vielen angenommenes Asylangebot: Für diejenigen, die den Imperativen des Demokratischen Sozialismus folgen (also die Anhänger des Berliner Programms der SPD), bietet „Die Linkspartei.PDS“ politische Heimat. Wenn die Große Koalition in Berlin nicht dazu führt, dass CDU und SPD ihre Traditionslinien „abwickeln“, sondern wenn sie sich im Gegenteil auf ihre christlichen und demokratisch-sozialistischen Wurzeln besinnen, dann erhielt die soziale Gerechtigkeit eine große Chance in Deutschland. Dann könnte die CDU „als große Volkspartei der rechten Mitte“ fortbestehen, die SPD „als große Volkspartei der linken Mitte“. Wir werden sehen!

Die globale Gleichschaltung des Bewußtseins

In der Restlinke gibt es nicht nur unterschiedliche „Bilder von dem was ist“, also unterschiedliche Einschätzungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, ihrer Probleme und Entwicklungstendenzen. Noch folgenschwerer ist es, dass eine entscheidende Tatsache, das wirklich Neue der gesellschaftlichen Realität nach der Implosion des Sowjetkommunismus, unterschätzt oder gar nicht wahrgenommen wird: Das entscheidend Neue, die folgenreichste welthistorische Umwälzung im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ist nicht die Globalisierung der Wirtschaft, die vor über 150 Jahren Marx und Engels im kommunistischen Manifest schon viel geistreicher analysiert haben als heute die teuer bezahlten billigen Globalisierungsschwätzer. Weit fataler als die zwar nicht neue, aber weiter fortschreitende Globalisierung der Wirt-

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln; T. (02 21) 44 85 45
Fax 44 43 05; mail@papyrossa.de; www.papyrossa.de

schaft ist die Globalisierung, also Gleichschaltung des Bewußtseins und Denkens durch die neoliberale Bewußtseins-Revolution. Und diese Gleichschaltung zum „Einheitsdenken“ ist nicht deshalb gelungen, weil die neoliberalen Agitpropfunktionäre in der geistigen Auseinandersetzung mit der intellektuellen Linken die besseren Argumente hatten, sondern weil sich die Mehrheit dieser Linken aus den Auseinandersetzungen zurückgezogen und den Endsieg des Kapitalismus über den Sozialismus anerkannt hat. Als ein Beispiel, wie auch noch-Linke diesen bedeutendsten Machtfaktor des gegenwärtigen gesellschaftlichen Seins nicht nur unterschätzen, sondern ignorieren und sogar ausdrücklich leugnen, sei hier noch einmal aus dem Gründungsauftrag des „Netzwerks 2010“ zitiert, das auch junge linke SPD-Politiker unterschrieben hatten: „Das 20. Jahrhundert mit seinen allumfassenden Gesellschaftsentwürfen und ganzheitlichen Glaubenssystemen ist Vergangenheit. Die alten, einander ausschließenden Gesamterklärungen überzeugen nicht mehr.“ (Vergl. dazu auch spw 120, 4/01, S. 58 und spw 133, 4/03, S. 52) Diese „Tatsachenbehauptung“ gehört zu den fatalsten Selbsttäuschungen der Restlinken. Denn das gilt zwar für die „allumfassenden Gesellschaftsentwürfe“ der Linken. Dagegen überzeugt der „allumfassende Gesellschaftsentwurf“ des Neoliberalismus, mit seinem „ganzheitlichen Glaubenssystem“ und seinen „Gesamterklärungen“, millionenfach wiedergekauft in hunderten von Bestsellern, Tausendenden von Talk-Shows und Hunderttausenden von Kommentaren in den Medien durchaus; zwar noch nicht die Mehrheit der Gesamtbevölkerung, aber die Machteliten in Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik.

„Das ganzheitliche Glaubenssystem“ des Neoliberalismus begründet, angeblich wissenschaftlich, in zahlreichen Variationen die Notwendigkeit, den Sozialstaat abzubauen, Löhne, Sozialleistungen, Renten und Spitzensteuersätze zu senken, um die größte soziale Ungerechtigkeit, die Arbeitslosigkeit, zu beseitigen. Auf der Grundlage der mächtigsten geistigen Kolonialmacht der Geschichte können seine Gegner den Sozialstaat koordiniert, kollektiv und „solidarisch“ bekämpfen. Dagegen wirken seine Verteidiger eher wie versprengte Einzelkämpfer, da kein übergreifendes Paradigma unterschiedliche Aktivitäten und Diskussionsbeiträge zu einer gemeinsamen geistig-politischen Strömung zu integrieren vermag. In einer Demokratie mit gleichem Wahlrecht dürften im Prinzip die Gegner des Sozialstaats keine Chance haben. Denn die große Mehrheit der Gesamtbevölkerung befürwortet soziale Gerechtigkeit und Sozialstaat. Nur in den quantitativ kleinen Machteliten von Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und zunehmend auch Politik verfügen seine

Gegner über solide Mehrheiten. Dennoch ist Gefahr im Verzug. Die kleine Minderheit der Sozialstaatsverächter verfügt nicht nur über viel Macht und Geld, sondern in ihrem „allumfassenden Gesellschaftsentwurf“ auch über ein „klares Bild von dem was ist und dem was sein soll“. Zielorientiert können sie daher selbstbewußt, klassenbewußt, kollektiv und „solidarisch“ für eine unsolidarische Gesellschaft kämpfen. Als zusätzlich motivierendes Erfolgserlebnis, als Beweis, dass ihr „allumfassender Gesellschaftsentwurf“ zügig verwirklicht wird, nehmen sie die in aller Welt zunehmende Ungleichheit wahr, als zunehmende Freiheit.

Die große Mehrheit der Gesamtbevölkerung dagegen wird durch keine Erfolgsergebnisse motiviert und ermutigt, wirkt eher irritiert, desorientiert und resigniert. Die meisten schimpfen zwar über Sozialabbau, wissen aber nicht so recht, was man mit wem wofür tun könnte. Daher ist der Optimismus der kleinen Machteliten, den Sozialstaat mit Zustimmung der Gesamtbevölkerung abschaffen zu können, durchaus nicht unbegründet. Bei der Bundestagswahl ist zwar der Versuch, für den radikalen Abbau des Sozialstaates eine solide Mehrheit der Normalbevölkerung zu gewinnen, noch einmal knapp gescheitert. Die Hauptursache für den rettenden Last-Minute-Swing am 18. September 2005 war allerdings nicht das überzeugende Sozialstaatskonzept der SPD, sondern die wachsende Furcht vor den fatalen Folgen des neoliberalen Programms, das die SPD dank des Professors aus Heidelberg bis zur Kenntlichkeit darstellen konnte. Doch mittel- und langfristig wird es links von FDP und CDU/CSU nur eine Mehrheit geben, wenn eine empirisch und normativ fundierte Gesellschaftsanalyse- und -theorie den neoliberalen Verdummungsstrategien entgegenwirkt. Denn um die Zustimmung der Normalbevölkerung zur Zerstörung des Sozialstaats zu erschleichen, zeichnen die neoliberalen Machteliten ein ideologisch verzerrtes und verfälschtes Bild der sozialen Wirklichkeit, das den Sozialabbau als unausweichliche Naturnotwendigkeit erscheinen läßt. Selbst der Soziologe Ulrich Beck, der gegen „die neoliberale Medizin“ polemisiert, möchte denen die Augen öffnen, die „Blind für die Wirklichkeit“ sind (Frankfurter Rundschau, 3. 9. 2005; auch als Buch: Was zur Wahl steht) und sich seiner wissenschaftlichen Erkenntnis verschließen, dass sich Deutschland in „eine Gesellschaft des Weniger“ verwandelt hat. Und diese Realitätsblinden und noch Unbelehrten wollen sich auch nicht mit der Wahrheit abfinden: In dieser „Gesellschaft des Weniger“ müssen die „drei Grundbegriffe – das Risiko, die Freiheit und das Weniger – neu aufeinander abgestimmt werden“, und das „heißt für viele, dass es

gemessen an den bisherigen Prosperitätsstandards für sie bergab geht“.

„Gesellschaft des Weniger“

Doch vergleichen wir die wissenschaftliche Theorie von der „Gesellschaft des Weniger“ mit den Zahlen über die Veränderungen des Bruttosozialprodukts je Einwohner in Deutschland von 1991 bis 2004: Die ZEIT (8. 9. 2005) berichtet unter dem zutreffenden Titel „Zugenommen“: Von 1991 bis 2004 hat das BSP pro Einwohner von 19 200 auf 26 900 Euro zugenommen. Zwar nicht jeder Hauptschüler, aber jeder mit Hauptschulabschluß, könnte nachrechnen und erkennen: Ein „Wandel“ von 19 200 zu 26 900 ist nicht ein „Weniger“, sondern eindeutig ein „Mehr“. Um darin ein „Weniger“ zu sehen, muß man schon „einer der profiliertesten Vertreter seiner Disziplin“ (F. R. a. a. O.) sein. (An anderer Stelle (Die ZEIT) hatte Beck einmal den Wandel, den man noch nicht begriffen habe, mit dem Bild vom Fahrstuhl, besser Paternoster, interpretiert: Alle Schichten der Bevölkerung, die einen zwar weiter unten, befanden sich in einem Paternoster, der nach oben fuhr. Doch inzwischen fahre dieser Paternoster nach unten, wir wissen aber noch nicht so recht, wie wir, an die Aufwärtsfahrt gewöhnt, darauf reagieren sollen, dass es unumkehrbar nur noch abwärts geht. Doch dieses Bild der sozialen Wirklichkeit zeigt nur, dass der Soziologe Beck „blind für die Wirklichkeit“ ist: Der bisher aufwärts fahrende Paternoster ist geteilt worden: der untere Teil fährt nach unten, der obere Teil, abgekoppelt vom größeren unteren Teil, fährt schneller denn je nach oben. Die Ideologie von der „Gesellschaft des Weniger“ soll bei der Mehrheit die Akzeptanz für den Sozialabbau fördern und „Blind für die Wirklichkeit“ machen: Die Mehrheit muß immer weniger bekommen, damit die Minderheit immer mehr bekommen kann. Für die Mehrheit muß es schneller „bergab“ gehen, damit es für die Minderheit schneller „bergauf“ geht. Darauf zielen auch die „Visionen“ von Professor Kirchner, der ein „klares Bild von dem was sein soll“ zeichnet. Von diesen „Visionen“ sind natürlich ohne „Aufklärung“ jene leicht zu überzeugen, die zu der kleinen Minderheit gehören, die dank der „für alle schmerzlichen Einschnitte“ mehr bekommt. Dagegen ist für die uneinsichtige und störrische Normalbevölkerung intensive „Aufklärungs“- d. h. Verdummungsarbeit zu leisten. Besondere „Verdienste“ erwirbt dabei die Initiative „Neue Asoziale Machtwirtschaft“, in der „Söldner“ (sog. Botschafter) aller Parteien verdienen.

Der wachsende Abstand zwischen Machteliten und Normalbevölkerung, stärkere Ursache für die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm als die Globalisierung, muß ein wichtiger Themenbereich für „eine erneuerte sozialistische Theorieaneignung und -entwicklung“ werden. Der große qualitative Unterschied besteht nicht nur darin, dass die gro-

Studien zu Subsistenz, Familie, Politik

Hrsg. von Lars Lambrecht, Thomas Mies, Urte Sperling, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer

Neuerscheinung : Band 3

Urte Sperling,
Margarete Tjaden-Steinhauer (Hrg.)

Gesellschaft von Tikal bis irgendwo
Europäische Gewaltherrschaft, gesellschaftliche Umbrüche, Ungleichheitsgesellschaften neben der Spur

Kassel 2004, ISBN 3-934377-70-X, 359 S.
Gebunden, Farbfotos, Karten, 20,- EUR

Wie steht's mit dem Fortschritt, mit Reform und Revolution? – diese Stichworte markieren den theoretischen Rahmen, in dem die Beiträge der acht Autor/inn/en plaziert sind:

- Statt einer Einleitung: Anmerkungen zum Fortschritt in der Geschichte: *Urte Sperling, Margarete Tjaden-Steinhauer, Lars Lambrecht, Thomas Mies, Karl Hermann Tjaden*
- An Ape's View of Human History – revisited: *Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden*
- Phönizier, Hebräer, Griechen – Weichenstellungen für den west-europäischen Entwicklungsweg? Neue Fragen zu einem Forschungsprogramm: *Lars Lambrecht*
- Maya, Inka und Azteken – Altamerikanische Kulturen und europäische Gewaltherrschaft: Unterwerfung, Anpassung und Widerstand: *Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden*
- Generative Körpervermögen und gesellschaftliche Gewalt gegen Frauen: *Urte Sperling, Margarete Tjaden-Steinhauer*
- Historisch-geographische Bedingungen und Voraussetzungen der us-amerikanischen Hegemonie: *Rolf Czeskleba-Dupont*
- Genvarianten und Umweltgifte: *Karl-Rainer Fabig*
- Das neoliberale Programm und der Abbau des Sozialstaats: *Bernd Reef*
- Schlußbemerkungen: Reform und Revolution – vorsichtig betrachtet: *Urte Sperling, Margarete Tjaden-Steinhauer, Lars Lambrecht, Thomas Mies, Karl Hermann Tjaden*

VERLAG WINFRIED JENIOR

Lassallestr. 15, 34119 Kassel
Telefon: 0561-7391621, Fax: 0561-774148
e-mail: jenior@aol.com www.jenior.de

ße Mehrheit der Normalbevölkerung im Gegensatz zu den Machteliten am Sozialstaat und an den Grundwerten der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit festhält. Ein folgeschwerer Unterschied liegt auch darin, dass die große Mehrheit der Normalbevölkerung den Sozialstaat überwiegend nur passiv und verunsichert, eher resignativ bejaht. Die kleine Minderheit der asozialen Machteliten dagegen, die zur gefährlichsten „Parallelgesellschaft“ geworden sind, bekämpfen den Sozialstaat aktiv und zielstrebig, voller Optimismus und Siegesgewißheit. Diese Siegesgewißheit der kleinen Machteliten ist nur zu erschüttern, wenn es gelingt, die noch immer am Grundwert der sozialen Gerechtigkeit orientierte Mehrheit der Normalbevölkerung zu mobilisieren, zu repolitisieren und ihr wieder eine ermutigende politische Zukunftsperspektive zu geben, mit anderen Worten: Die Gesamtbevölkerung wieder zu einem sozialen und politischen Machtfaktor zu machen, zur Gegenmacht der kleinen Minderheit der Machteliten in Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Politik. Doch um die erfolgswahnten Machteliten zu stoppen, reicht es nicht aus, die Bevölkerung nur zu einer einmaligen Stimmabgabe gegen CDU und FDP zu bewegen. Um Solidarität und soziale Gerechtigkeit nachhaltig zu stärken, müssen wieder mehr Aktivbürger, auch die kein politisches Amt anstreben, zum dauerhaften politischen Engagement über den Wahltag hinaus motiviert werden und eine alternative Gegenelite bilden.

Entpolitisierung des Bürgers – Entpolitisierung der SPD

Die zur Freude der Machteliten fortschreitende Entpolitisierung der Normalbürger vollzog sich parallel – und sich gegenseitig verstärkend – sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch innerhalb der SPD. Auch eine Repolitisierung kann sich nur parallel in beiden Bereichen vollziehen. Damit dennoch von der SPD Impulse und Initiativen für eine Repolitisierung ausgehen können, müssen die Sozialdemokraten zunächst schonungslos den Stand der politischen Demotivierung und Demobilisierung in Partei und Gesellschaft bilanzieren. Zu diesem Verzicht, „bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken“, haben Sozialdemokraten auf allen Ebenen, von der Basis über alle Organisationsstufen und personalpolitische Gruppierungen – Flügel waren es nicht mehr! – beigetragen. Niemand sollte sich durch Schuldzuweisungen von seiner Verantwortung freisprechen und zur Kenntnis nehmen: Die Entpolitisierung der SPD, begleitet von massivem Mitgliederschwund, war nicht die Folge von Hartz IV. Hartz IV mit seinen fatalen Folgen für die SPD war vielmehr Folge der vorangegangenen Entpolitisierung und Demobilisierung der Partei: In vielen Ortsvereinen, Vorständen, Delegiertenkonferenzen, Kandidatennominierungen etc. gab und

gibt es seit Jahren keine Diskussionen über politische Themen (ausgenommen Kommunalpolitik). Bei Nominierung von Kandidaten für höhere Funktionen und Mandate konnte man an dem, was dabei gesprochen wurde, oft nicht einmal annähernd erkennen, ob es sich um die Versammlung eines Kaninchenzüchter- oder Kegelveins handelte; ausschließen konnte man nur, dass es sich um eine Zusammenkunft von politisch interessierten Bürgern handelte. Sowohl die „Basis“ als auch die Funktionäre und Mandatsträger schienen wenig Interesse zu haben – manche zeigten sogar einen deutlichen Widerwillen – „bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken“. Doch andererseits entstand auch bei vielen ein Unbehagen an dieser Entpolitisierung und die Bereitschaft, den formalen Trotz zu durchbrechen und engagiert politisch zu diskutieren. Es gibt durchaus noch ein Potenzial für die Mobilisierung und Repolitisierung der SPD, wie die letzte Phase des Bundestagswahlkampfes gezeigt hat. Diese Mobilisierung der Mitglieder gegen den geplanten Sozialabbau durch Schwarz-Gelb und für soziale Gerechtigkeit darf nicht in rein organisatorischer Routine versickern. Die Partei muß mehr diskutieren und fordern, als eine schwarz-rote Regierung umsetzen wird.

Die Sozialdemokraten in der Regierung müssen ihre Politik nicht nur gegenüber dem medialen Trommelfeuer der neoliberalen Machteliten rechtfertigen, sondern auch gegenüber ihrer Partei und ihren Wählern. Als Partei muß die SPD mehr diskutieren und fordern als die Koalitionsregierung umgesetzt wird. Als Partei, die „an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirkt“, kann sie die Wähler nachhaltig davon überzeugen, dass die SPD auch in der Großen Koalition die soziale Alternative zu Schwarz-Gelb bleibt. So wie lange Zeit die politisch desinteressierten Mitglieder und Funktionäre die noch an politischen Diskussionen Interessierten „angesteckt“ und passiv gemacht hatten, so könnten vielleicht – wenn das Pendel zurückschlägt – aktive Sozialdemokraten die noch „unpolitischen“ Mitglieder und Funktionäre „anstecken“ und bei einem politischen Aufbruch mitreißen. In den vergangenen Jahren hatten unzufriedene Mitglieder zwar heimlich die Faust in der Hosentasche geballt; aber statt gegen eine unbefriedigende Entwicklung aktiv zu werden, traten sie lautlos aus der Partei aus. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, als die Zahl der SPD-Mitglieder auf über eine Million anstieg, war es anders: Viele, die mit der Politik der SPD unzufrieden waren, traten nicht klammheimlich aus der Partei aus, sondern „wagten mehr Demokratie“ und warben neue Mitglieder, um z. B. die neue Deutschland- und Ostpolitik in der Partei und in der Gesellschaft mehrheitsfähig zu machen. Ist es „rückwärts-gewandt“, daran als ein ermutigendes Beispiel zu erinnern!?

Der Tanker SPD – Und er bewegt sich doch?

Notwendige Organisationsreformen lassen weiter auf sich warten

Von Wolf Kutzer

Auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe im November steht das Thema *Satzungsänderung* auf der Tagesordnung – ein weiteres mal nach 1993, initiiert durch den damaligen Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Blessing, und dem Thema „SPD 2000 Gemeinsam etwas tun“ und dem Beschluss des Parteivorstands „Demokratie braucht Partei – Die Chance der SPD“, den Generalsekretär Müntefering im Jahr 2000 vorbereitet hatte. Wenn von letzterer Initiative etwas hängen geblieben ist, dann ist es der kontroverse Vorschlag von Vorwahlen sowie das Motto „30 unter 40“ in Bezug auf Bundestags-Kandidaturen. Immer wieder gab es also Anläufe, Strukturen der Partei und ihrer Willensbildung mit der veränderten gesellschaftlichen Wirklichkeit in einen gewissen Einklang zu bringen. Nun also ein weiterer Versuch in einer Zeit, die der SPD einen Verlust von 1/3 ihrer Mitglieder beschert und den Anteil an Nachwuchs auf eine Restgröße reduziert hatte. Der Parteitag in Bochum gab 2003 den Auftrag – A 225 – an eine einzurichtende Projektgruppe u.a. zur „Weiterentwicklung von modernen Organisationsformen der SPD als Volks- und Mitgliederpartei.“ Dabei sollte auch das Satzungsrecht überprüft werden.

Meines Erachtens kann und darf es keinen Gegensatz oder auch keine Rangordnung zwischen inhaltlicher Arbeit – kurz- und langfristig- sowie der *Arbeitsweise der Partei* und in der Partei geben. Letztere kann erheblichen Einfluss auf die Positionsbestimmung nehmen. Und letzten Endes sind Satzungen, die ja nicht nur intern das Parteiengesetz und Wahlgesetze ausfüllen – übrigens unterliegen auch diese in weiten Teilen einer politischen Beschlussfassung –, auch Machtfragen. Und gerade deswegen dokumentieren besonders sie ein Stück an Unbeweglichkeit, denn Veränderungen – und diese setzen zusätzlich eine qualifizierte Mehrheit in der Beschlussfassung voraus – stellen den Status-quo in Frage, auf dessen Grundlage die Beteiligten selbst als FunktionärInnen Politik gestalten. Und da stellt sich im Hinterkopf die Frage, ob jedeR EntscheiderIn

mögliche Veränderungen in das inhaltliche oder personelle Konzept passen. Und dies macht auch nicht Halt vor vermeintlich progressiven Personen oder Gruppierungen.

Volksparteien und die Auflösung von Milieus

Am Anfang steht die Analyse von *Veränderungen* und die *Bestandsaufnahme* der bestehenden Verhältnisse. Und da gibt es keinen Mangel an auswertbarem Material. So äußerte sich der Hannoveraner Prof. Dr. Michael Vester im 3. Programmforum der SPD am 13.4.2005 zum Thema „Demokratie. Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit“ nicht nur über die neu zu ziehenden Grenzlinien zwischen den sozialen Klassen, auch als Milieus bekannt, sondern versuchte auch die Entfremdungsbewegung zwischen SPD und vormaliger vermeintlicher „Stammwähler“ in der Folge der Agenda 2010 zu begründen. Seine Feststellungen haben auch durch das Ergebnis der Bundestagswahl nichts an Aktualität verloren und sind sehr lesenswert.

Im Bericht und den Empfehlungen der „Arbeitsgruppe Mitgliederpartei“ unter Leitung von Kurt Beck“ (in der Folge nur „Bericht“ genannt) – als dem Ergebnis der Abarbeitung des A 225 – heißt es dazu auf S 8/9:

- Traditionelle Milieus lösen sich auf.
- Bedürfnisse haben sich gewandelt.
- Parteiliche Bindungen sind deutlich schwächer und höchst flexibel geworden.
- Das Leitbild des „aktivierenden Staates“, eine neue Verteilung von Verantwortung zwischen Staat und Gesellschaft rückt in den Vordergrund.

Und als Konsequenz: *Für die Sozialdemokratie gibt es keine Alternative zum Prinzip der Mitglieder- und Volkspartei.*

Die *Forschungsgruppe Wahlen* stellt in einer empirischen Bestandsaufnahme für die Bertelsmann-Stiftung zur politischen Partizipation in Deutschland fest: „In den frühen 90er Jahren des Umbruchs wurden bei der Zufriedenheit mit der Demokratie Spitzenwerte von über 70% erzielt. Dage-

gen sind aktuell 55% der Deutschen mit der Demokratie eher unzufrieden, nur 43% sagen eher zufrieden. Ein Negativrekord. Gleichzeitig bekundet zurzeit gut die Hälfte der Bundesbürger starkes Interesse für Politik – deutlich mehr als in den 90er Jahren. Auch wenn die Deutschen die eigene Gesellschaft als insgesamt stark problembelastet beschreiben, folgt diesem Missmut keinesfalls generelle Distanz gegenüber dem politischen System oder gar eine Entfremdung zwischen Staat und Bürgergesellschaft. Bei aller Unzufriedenheit wird die Demokratie als optimale Staatsform nicht infrage gestellt.

Nach 14 % vor knapp 10 Jahren schreiben sich heute 36 % der Deutschen starke oder sehr starke Möglichkeiten zu, auch individuell politisch Einfluss zu nehmen. Nur noch 11 % halten ihre eigene Stimme bei Wahlen für wertlos. Die individuelle Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes ist dagegen rückläufig.“

Bürgerschaftliches und parteipolitisches Engagement

Was die Bereitschaft zum Engagement angeht, ermittelte Prof. Oskar Niedermayer, Berlin, 2002, dass die Volksparteien ihre Mitgliederhochburgen weitgehend parallel (d.h. der Anteil an Mitgliedern in beiden Volksparteien an der Bevölkerung ist gleich hoch) entwickelt haben: In der Rangfolge sind dies Saarland, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen. Ausnahmen sind Bayern (CSU) und Hessen (SPD). Das kann nur bedeuten, dass die Rekrutierungsfähigkeit für Politik nicht automatisch an Grenzen in der Gesellschaft stößt.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Michael Bürsch, Mitglied der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ definiert das Leitbild der Bürgergesellschaft folgendermaßen: „Bürgergesellschaft bedeutet Abschied von der Vorstellung, der Staat sei allzuständig, zugunsten der Autonomie, der Gestaltungskompetenz und der solidarischen Eigenverantwortung der BürgerInnen. Und zwar nicht als Lückenbüßer für den Staat, sondern als selbstbestimmte und kompetente Mitgestalter unseres Gemeinwesens. Dabei muss der Staat weiterhin Ausgleich für soziale Verwerfungen schaffen und möglichst alle Menschen in die Lage versetzen, sich bürgerschaftlich zu beteiligen.“

Wolf Kutzer ist ehrenamtlicher Schatzmeister im SPD-Bezirksvorstand Hannover, u.a. Mitglied im SPD-Parteirat, lebt in Lehrte. Er war Mitglied in der „Arbeitsgruppe Mitgliederpartei“, die unter Leitung von Kurt Beck einen organisationspolitischen Antrag zum SPD-Bundestag im November in Karlsruhe erarbeitet hat.

Und: „Was partizipative und in diesem Sinne demokratische Beteiligungsformen angeht, hat die SPD beträchtlichen Nachholbedarf. Nur durch eine ernstgemeinte Beteiligungsoffensive wird die SPD wieder an Attraktivität und gesellschaftlicher Glaubwürdigkeit gewinnen.“

Und, wen wundert's? Am 21.6.2003 stellt der CDU-Bundesvorstand in seinem Beschluss „Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“ fest: „Soziale Netzwerke sind entstanden und entstehen immer neu als eine spontane und informelle Form des Zusammenführens und Zusammenhalts von Menschen, um immaterielle und materielle Interessen zu verfolgen, sozialen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen, religiösen oder privaten Zwecken nachzugehen. Im Zuge dieser informellen Organisations- und Kommunikationsentwicklungen ist die Bereitschaft zu formalen und dauerhaften Mitgliedschaften in den traditionellen Feldern und Organisationen bürgerschaftlichen Engagements deutlich gesunken.“

Und sie zieht für sich die Konsequenz: „Die CDU als moderne Bürgerpartei steht damit in einem Spagat. Sie muss ihre traditionellen sozialen Milieus und ihre Stammwählerschaft bewahren und pflegen und zugleich die nachwachsenden neuen Wählerschichten erreichen. Diesen Spagat als existenziell zu akzeptieren, ist für die Mehrheitsfähigkeit der CDU als Volkspartei überlebenswichtig.“

Nicht der „closed shop“ ist das zukunfts-trächtige Modell, sondern der offene Marktplatz!“

Und um gleich noch zwei mir wichtig erscheinende Folgerungen zu zitieren:

- „Die Mitgliedschaft muss gewichtiger, spannender und verantwortungsvoller werden. Der „Mehrwert“ einer Mitgliedschaft muss deutlich werden.“

- Um in Mitgliederversammlungen mehr Raum für die politische Diskussion und die Anliegen der Mitglieder zu gewinnen, müssen diese von den zahlreichen und oft als ermüdend empfundenen Wahlverpflichtungen entlastet werden. Die CDU wird u.a. darauf hinwirken, den Wahlzyklus von zwei auf drei Jahre zu erhöhen.“

Und nun zu einigen Erfahrungen, die zu verarbeiten waren. So fasste Ludwig Pott vom AWO-Bundesvorstand eine verbandliche Untersuchung exemplarisch für die sogenannten Vorfeldorganisationen zusammen:

- „Der demokratische Sozialismus gehört demnach nicht zum alles entscheidenden Bindeglied unserer Freiwilligen.“

- Und in diesen Tagen sind wir stolz, dass fast die Hälfte der Gewerkschaftlich Organisierten SPD gewählt haben!

Der Bericht stellt auf S. 4 fest: „Aus der Neumitgliederbefragung 2004 wissen wir, dass Aktive, die in anderen Vereinen und Verbänden mitmachen, an einer Mitarbeit in

der SPD stärker interessiert sind als Menschen, die sich nicht gesellschaftlich organisiert haben.“

Aus der gleichen Quelle interessiert die Information, dass fast die Hälfte der Beitritte inzwischen via Internet erfolgen und es sich dabei durchweg um Jüngere handelt, die gleichzeitig eine starke Bereitschaft zur Mitarbeit bekunden. Als Interessenfelder werden mehrheitlich Grundwerte, Geschichte der Partei, und für viele überraschend Kommunalpolitik angegeben.

Und am anderen Ende der Kette ermittelte Jan Gottstein, NRW, bei Mitgliedern, die nach weniger als 5 Jahren wieder aus der SPD ausgetreten sind: 70% haben sich über Prozesse (= Blockade, fehlende Integration, Veranstaltungstyp, Kommunikation, Innere Demokratie) und nur 20% über Inhalte der Politik geärgert.

Zu folgender Bestandsaufnahme kommt die Arbeitsgruppe beim SPD-Parteivorstand (PV): Es gibt 9.464 Ortsvereine in der SPD. Davon hatten mehr als 10% weniger 10 Mitglieder und nur 17% mehr als 100 Mitglieder. Wenn man bei 50 Mitgliedern eine Zäsur macht, lagen 60% darunter. Da wird neben den ostdeutschen Landesverbänden, die „Diaspora“ in Süddeutschland und auch das Ergebnis des Mitgliederschwunds sichtbar. Die Arbeitsgruppe lehnt es (wegen der unterschiedlichen Ausgangslagen) ab, Mindest- oder Höchstmitgliedertzahlen für Ortsvereine satzungsgemäß vorzuschreiben. Sie appelliert jedoch an die Unterbezirke, bei der Abgrenzung der Ortsvereine auf handlungsfähige politische Einheiten zu achten, damit die zugewiesenen Aufgaben z.B. im Rahmen von Wahlkämpfen und die Anforderungen des Parteiengesetzes erfüllbar sind.

den des Parteiengesetzes erfüllbar sind.

Auch für die Landesverbände in Ostdeutschland mit einer teilweise extrem dünnen Organisationsdichte gilt der Anspruch, Mitgliederpartei zu sein. Dennoch haben zur Zeit die überwiegende Mehrheit der Mitglieder auch Funktionen inne. Der Ausbau und das Angebot an direkt-demokratischen Elementen ist eine Chance zur Erhöhung des Gestaltungsspielraums. So können BürgerInnen, die sich nicht langfristig politisch und organisatorisch binden wollen, in den politischen Prozess einbezogen werden.

Eine wichtige Rolle spielt die Zielgruppenarbeit und damit die *Arbeitsgemeinschaften (AG)*. Wir haben die sogenannten „klassischen Arbeitsgemeinschaften“, die entsprechend der allgemeinen Organisationsstruktur gegliedert sind und die stärker personen- und themenbezogenen AG. Hierzu hatte eine Projektgruppe Organisation beim Parteivorstand festgestellt:

- Es mangelt an Ansprache und direktem Austausch zwischen den Verantwortlichen von Partei und AGen.

- Personelle und finanzielle Ressourcen für die AGen werden vorwiegend zur Abwicklung der Gremienarbeit und für Delegierten-Konferenzen eingesetzt, während Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen nur in geringem Umfang zur Verfügung stehen.

- Strukturen sollten soweit angepasst werden, dass möglichst viel Energie für die Ansprache der jeweiligen Zielgruppen eingesetzt wird und dafür Ressourcen für binnenzentrierte Aufgaben umgewidmet werden.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Das führte zu einem konzertierten Aufschrei aller AG, die sofort direktes Gehör bei der Arbeitsgruppe verlangten. Da wurde aus Binnensicht die eigene Bedeutung überhöht, höhere Ressourcen für Personal und Sachkosten auf allen Ebenen eingefordert und vor allem strikt der Vorschlag zurückgewiesen, die Mitglieder selbst über die Mitgliedschaft in einer AG entscheiden zu lassen. Ja, wenn man auf dem Papier über 40% (60+) oder mehr als 30% (ASF) vertritt, stellt sich nicht die Frage, wie weit die eigenen Aktivitäten in das politische Gesamtkonzept der jeweiligen Organisationsstufe eingepasst wurden. Die Jusos formulierten dagegen ihr Selbstverständnis als „aktiver Mitgliedsverband“ und legten Zielgruppenkonzepte für junge Frauen, junge Berufstätige, SchülerInnen und für Städtetzwerke vor. Und so war es auch nicht verwunderlich, dass es gerade *Niels Annen/Björn Böhning* waren, die in einem Konzept „Die SPD als aktivierende Mitgliederpartei“ formulierten:

- „Die SPD ist ein Ort, an dem vieles gelernt wird.“
- Die Partei muss ihre Mitglieder befähigen, neue Aufgaben zu übernehmen.
- Jedes Mitglied ist ein potenzieller Botschafter unserer Politik.“

Beispielhaft bearbeiteten sie die Arbeitsfelder junger ArbeitnehmerInnen, den politischen Raum der Hochschule und die parteiliche Überbrückung von Übergängen im Lebenslauf.

Gerade dieser Bereich (Übergang von Ausbildung und Hochschule in den Beruf) lässt sich exemplarisch weiterspinnen: erhöhte Mobilität mit Arbeitsplatzwechsel, Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort, Wohnungswechsel nicht nur in Verdichtungsräumen, neue Lebensabschnitte. Dies führt nicht nur immer wieder zum Verlust von erfahrenen Parteikräften, sondern schon die Festlegungen in der Satzung engen ein. So fordert der Landesvorsitzende Niedersachsens *Wolfgang Jüttner* im Einklang mit der Beschlusslage in seinem Bezirk Hannover schon seit langem: „Die Dominanz des *Territorialprinzips* muss zugunsten einer projekt- und themenorientierten Arbeit reduziert werden. Es muss möglich sein, seine Mitgliedsrechte auch in der Projektarbeit wahrzunehmen. Dazu gehören auch Antrags- und Delegiertenrechte.“

Zeitgleich beschließt aber der Leipziger Unterbezirks-Parteitag, dass von den Ausnahmeregelungen zur örtlichen Ortsvereins-(OV-)Zugehörigkeit kein Gebrauch zu machen sei; wohl aus Angst, dass aktive Studenten zu viel Einfluss gewinnen könnten.

Bewegt sich der Tanker doch?

Analysen und Papiere füllen Ordner. Und nun zur Gretchenfrage, was den Filter der

vielfältigen Interessen in AG und PV passiert hat: Der Tanker hat sich bewegt, aber bei weitem nicht „Volle Kraft voraus“, sondern da ein Schritchen vor, rechtlich ein wenig präziser und da ein Vorschlag zurück. Einige wichtige Änderungsvorschläge zur Satzung enthält der aktuelle Antrag des Parteivorstands zum Karlsruher Parteitag:

- *Wohnortprinzip* „Mitarbeit in dem OV, in dessen Zuständigkeitsbereich das Mitglied wohnt und seinen Lebensmittelpunkt hat“
- Die *Landesverbände* Niedersachsen und Hessen sind keine Organisationsgliederung mehr, sondern „regionale Zusammenschlüsse“.
- Es wird der Status von *Gastmitgliedern* eingeführt. Diese können an Mitgliederversammlungen teilnehmen, haben dort Rede-, Antrags- und Personalvorschlagsrecht. In AG und Projektgruppen können sie auch an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen bzw. gewählt werden. Gastmitgliedschaft beschränkt sich auf 2 Jahre, Gastbeitrag 2,50 Euro; bei Jusos auch länger und beitragsfrei.
- Die Mitarbeit von *Nichtmitgliedern* ist ausdrücklich erwünscht.
- *Projektgruppen, Arbeitsgemeinschaften und Foren* können stimmberechtigte Delegierte entsenden.
- Einem *Vorstand* müssen mindestens 3 gewählte Mitglieder angehören.

Wahlordnung

- Gilt unmittelbar nur für Wahlen, nicht für reine *Vorschläge*.
 - Vor Wahlen sind nicht nur die Einkünfte zu eröffnen, sondern auch die Satzungsmäßigkeit des *Beitrags*.
 - Bei Kandidatenliste gilt zur Einhaltung der Quote grundsätzlich das *Reißverschlussverfahren*.
 - *Einzelwahlen* können auf einem Stimmzettel verbunden werden.
 - *Stellvertreter* können auch in Listenwahl gewählt werden.
 - *Delegierte* und Ersatzdelegierte werden in einem Wahlgang gewählt.
- Zu vielen Punkten waren *Änderungsvorschläge* von mir eingebracht worden, die aber fast immer der Mehrheit zu weitgehend waren. Einige davon:
- Wahlordnung sollte nur dort gelten, wo es das Parteiengesetz vorschreibt, also nicht in Untergliederungen (Abteilungen, Distrikte u.ä.), in regionalen Zusammenschlüssen, in Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen.
 - Die Schnittstelle zum Ehrenamt muss neu definiert werden.
 - Das Engagement des Ehrenamts muss honoriert bzw. Kosten entgolten werden dürfen.
 - Bezirke sollten nach wie vor in ihren Satzungen weitergehende Regelungen

verankern dürfen (z.B. zur Einhaltung der Quote).

Die geschilderte *„Herzkammer Ortsverein“* wird in der Praxis nur dann den Anforderungen gerecht, wenn gleichzeitig die örtliche Arbeitsebene von jedem formalen und organisatorischen Ballast befreit wird. Der Bezirk Hannover hat zu diesem Zweck die Arbeit vor Ort zwischen Ortsverein und Abteilungen aufgeteilt. Der Ortsverein wird – bis auf die Großstädte – auf der Ebene der politischen Gemeinde/Samtgemeinde gebildet. Daneben treten Abteilungen in den Ortsteilen und Dörfern, wo es in erster Linie darauf ankommt, die Arbeit so zu organisieren, dass die Partei in der örtlichen Gemeinschaft ein wichtiger Faktor und nahe Anlaufstelle für Mitglieder und Interessierte bleibt. Dazu gehören Mittel zur eigenen Bewirtung. Jedes Mitglied kann weiterhin an der Meinungsbildung im OV mitwirken, in Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsgruppen, Projekten. – Die Arbeitsgruppe setzt dagegen auf Verbände, durch die Parallelarbeit entsteht und den OV alle Formalien belässt, einschließlich der Betreuung durch Büros.

Eine weitere Satzungsänderung wurde im *Parteirat* diskutiert, wobei ich zum heutigen Zeitpunkt nicht weiß, ob sie den PV als Antrag für den Parteitag passiert hat. Sie ist der Ausfluss immer wieder aufflackernder Diskussion über die richtige Einordnung des *Parteirats* und seines politischen Gewichts. Dabei wurde der Vorschlag nicht aufgegriffen, aus dem *Parteirat* einen „kleinen Parteitag“ zu machen.

- Der *Parteirat* erhält eine/n „echten“ Vorsitzende/n und 2 Vertreter (nicht nur einen Sitzungsleiter).
- Das Benehmen mit dem PV zu Einberufung und Tagesordnung entfällt.
- Die allgemein gehaltenen Kompetenzen zur Beratung des PV werden konkretisiert.
- 1/10 seiner Mitglieder oder 2 Landesverbände (LV)/Bezirke können Tagesordnungspunkte beantragen, ¼ der Mitglieder bzw. ¼ der LV/Bezirke können eine außerordentliche Sitzung beantragen.
- Beschlüsse und Meinungsbildung sollen besser vorbereitet werden.
- Es können Fragen an PV-Mitglieder gestellt werden.
- Der *Parteirat* gibt sich eine Geschäftsordnung.

Wir brauchen angesichts der aktuellen Lage in der Partei Lösungen, die den gesellschaftlichen Veränderungen und unserem Selbstverständnis gerecht werden, und es uns erheblich erleichtern können, Antworten auf die aktuellen politischen Fragen zu finden und den Weg zu beschreiben, den wir dabei gehen wollen. Ob dies zum jetzigen Zeitpunkt voll gelungen ist, lasse ich dahin gestellt.

UN-Reform auf dem Prüfstand

Von Alexander Neu

Die Vereinten Nationen (UNO) stehen derzeit verstärkt im Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit. Der Grund hierfür sind die geforderten Reformen für das globale Sicherheitskollektiv, um dieses fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen. Die geforderten Reformen blieben jedoch auf dem UN-Gipfel mit September dieses Jahres bereits im Anfangsstadium stecken, da sich die internationale Staatengemeinschaft nicht auf notwendige Kompromisse einigen konnte. In dem Schlussdokument ist weder eine einheitliche Definition des Terminus Terrorismus enthalten noch konnte eine Einigung über die Nicht-Verbreitung und Abrüstung von Atomwaffen erzielt werden. Auch im Bereich der Entwicklungspolitik gibt es keine verbindliche Selbstverpflichtung. Geeinigt hat man sich lediglich auf den unverbindlichen Minimalkonsens des Wunsches vieler entwickelter Staaten, 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe auszugeben.

Im Zentrum der Analyse stehen allerdings nicht die Reformvorschläge und Ergebnisse des Gipfels. Analysiert werden soll vielmehr die Vertragstreue einiger für das Funktionieren der UNO relevanter Akteure – hier die NATO, die EU sowie die USA – hinsichtlich des bestehenden UN-Systems.

Denn sämtliche strukturelle und normative Reformbemühungen werden die oft kritisierte mangelnde Effizienz der UNO fortzuschreiben, wenn sie nicht mit entsprechender politischer Substanz durch die sie tragenden nationalstaatlichen Akteure ausgefüllt werden. Dass bedeutet nichts weniger, als daß sich die UN-Mitgliedsstaaten bedingungslos den Normen der UN-Charta unterwerfen. Ein Akt, zu dem sich alle Staaten mit Beitritt zur UNO verpflichten.

Zunächst werden die normativen Grundlagen des UN-Sicherheitskollektivs vorgestellt. Diesen werden dann der Nordatlantikvertrag (NATO), das „Strategische Konzept des Bündnisses“ (NATO), die „Nationale Sicherheitsstrategie“ der USA sowie die „Europäische Sicherheitsstrategie“ der EU auf ihre Vertragstreue hin gegenübergestellt.

Normative Grundlagen des UN-Sicherheitskollektivs

Die globale UN-Rechtsordnung formuliert bestimmte Bedingungen, um ihre Funktionsfähigkeit zu ermöglichen:

Eine der wichtigsten – auch für diese Untersuchung relevante – UN-Norm stellt die Vorklausel Art. 103 der UN-Charta dar. Sie stellt fest, dass im Falle von internationalen Verpflichtungen und anderen internationalen Verträgen (z. B.: regionale Abmachungen), deren Normen im Widerspruch zur UN-Charta stehen oder aber sie relativieren, diese sich unterzuordnen haben bzw. keine Rechtsgültigkeit besitzen, da sie ansonsten UN-Recht brechen. Dieses Prinzip ist in etwa mit der innerstaatlichen Verfassungshierarchie zwischen dem Primat der Bundesverfassung gegenüber den Republikverfassungen in föderal strukturierten Staaten vergleichbar, um das Funktionieren des Gesamtstaates sicherzustellen.

Eine weitere zentrale Norm stellt Art 24 Abs. 1 dar. Sie definiert die Kernaufgabe der UNO, nämlich die Gewährung kollektiver Sicherheit: Der UN-Sicherheitsrat erhält die „Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“. Schließlich wird dem UN-Sicherheitsrat das ausschließliche Recht zuerkannt, eine „Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung“ festzustellen (Art. 39), bzw. entsprechende Maßnahmen einschließlich der Anwendung von Gewalt (Art. 42) gegen den Rechtsbrecher anzuordnen, woraus dem Sicherheitsrat das Gewaltmonopol erwächst. Ferner sollen dem UN-Sicherheitsrat militärische Kapazitäten – also das Schwert zur Durchsetzung seines kollektiven Schutzauftrages – seitens der UN-Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werden (Art. 43 bis Art. 47).

Dieses Schwert wurde jedoch von Anfang an nicht dem UN-Sicherheitsrat an die Hand gegeben, da sich die Staaten nicht bereit erklärten, auch faktisch Truppen der UN unterzuordnen. Hierdurch kamen die Staaten ihrer Verpflichtung nicht nach, wodurch der UN-Sicherheitsrat zum rein formalen und somit impotenten Inhaber des Gewaltmonopols degradiert wurde, der in Anlehnung an Stalins Machtdefinition, wie viel Panzer denn der Papst habe, nicht die materielle Basis besitzt, das formale Gewaltmonopol auch durchzusetzen.

Wohlwissentlich wurden zwei Ersatzklauseln (Art. 48 & Art. 53. Abs. 1) formuliert, die es dem UN-Sicherheitsrat erlaubt, einzelne Staaten oder regionale Einrichtungen mit deren Einverständnis „unter seiner Autorität in Anspruch“ zu nehmen.

Ungeklärt blieb hierbei die präzise Definition dieser „Autorität“, d.h., ob die Truppen für die militärischen Zwangsmaßnahmen unter internationalem Oberkommando (UN-geführte) oder unter nationalem Oberkommando (UN-mandatierte) operieren würden. Die Antwort darauf lieferten alsbald die USA, die die Befreiung Kuwaits durch eine multinationale Truppe unter ihrem Oberkommando durchführten. Hierdurch büßten die UNO die Kontrolle über die weitere militärische und politische Entwicklung hinsichtlich des Iraks ein und wurden de facto zum Mandatsgeber degradiert.

Was zu einer Sternstunde der UNO nach dem Ende des sie immer wieder blockierenden Kalten Krieges werden sollte, nämlich endlich die Erlangung der Handlungsfähigkeit, endete vielmehr in einer puren Machtdemonstration der USA, die sich lediglich – oder betrachtet man die weitere Entwicklung zumindest noch – formal um eine Legitimation der UNO bemühte.

Diese Ersatzklauseln, die dem UN-Sicherheitsrat die militärische Handlungsfähigkeit quasi indirekt garantieren soll, erweisen sich realiter als Axt gegen die Fundamente der UNO selbst: Die indirekte militärische Handlungsfähigkeit der UNO vermittelt über „willige Staaten“ bedeutet nichts anderes als keine Kontrolle und somit keine Handlungsfähigkeit der UNO. Die operative Umsetzung wird von den „willigen Mandatsnehmern“ gemäß ihren strategischen und nationalen Interessen definiert. Der hierdurch stattfindende Substanzverlust des Multilateralismus bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung formaler multilateraler Mechanismen bedeutet eine Rückkehr des anarchischen Staatensystems auf besonders perfide Weise: Internationale Rechtsstaatlichkeit wird zunächst sinnentleert und sukzessive zum Knebelinstrument der Großmächte gegenüber schwächeren Staaten umfunktionalisiert.

Nordatlantikvertrag

Der Nordatlantikvertrag ist das Statut der NATO und wurde 1949 vier Jahre nach Gründung der UNO verabschiedet.

Insbesondere Artikel 1 des Nordatlantikvertrages verdient für die Analyse eine erhöhte Aufmerksamkeit: „Die Parteien verpflichten sich, (...) in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind“.

Diese Aussage lässt ausreichend Interpretationsspielraum, da nicht eindeutig geklärt ist, was alle Ziele der UN im Einzelnen sind.

Es könnte bereits als ein Indiz für eine restriktive Interpretation des Gewaltverbotes verstanden werden. Diese reduziert die zu verbietende Gewaltformen, auf jene Bereiche, die dazu dienen, die „territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen“ in Frage zu stellen. Alle übrigen Gewaltformen zwischenstaatlicher Art seien demnach – sofern sie in Übereinstimmung mit den Prinzipien der UN-Charta stehen – auch ohne Sicherheitsratsresolution UN-Charta-konform. Es wird deutlich, dass der eigentlich praktizierte Interpretationsansatz des umfassenden Gewaltverbotes, bei dem zwei Formen – die die „territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates“ betreffen könnten – lediglich als besonders hervorhebenswert gelten, nun in ein selektives Gewaltverbotsprinzip verkehrt wird: Alle Gewaltformen, die nicht *expressis verbis* verboten sind, sind im Umkehrschluss erlaubt, sofern sie den nicht näher bestimmten Zielen der UN-Charta entsprechen bzw. diesen nicht widersprechen. Dieser Interpretationsansatz ist vor allem im angelsächsischen Völkerrecht vermehrt zu vernehmen.

Während das umfassende Gewaltverbotsprinzip aufgrund klarer Regeln hinsichtlich der Anwendung von legaler Gewalt eindeutig ist, öffnet das selektive Gewaltverbotsprinzip der Gewaltanwendung Tür und Tor und unterminiert auf diese Weise das Gewaltverbot durch eine in sich dynamisierende Ausnahmetendenz sukzessive.

„Das Strategisches Konzept Des Bündnisses“

Im April 1999 verabschiedete die NATO eine Neuauflage des „Strategischen Konzept des Bündnisses“. Darin wird die „Autorität“ des UN-Sicherheitsrates bei der Ausführung militärischer Operationen geltend gemacht. Allerdings wird mit weiteren Erklärungen diese „Autorität“ in einen breiten Interpretationsansatz gerückt: Das Bündnis wird „bei der Erfüllung seines Ziels und seiner grundlegenden Sicherheitsaufgaben (...) die friedliche Beilegung von Streitigkeiten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen anstreben“. Die Wortwahl „anstreben“ bedeutet jedoch keine definitive Unterordnung, sondern lediglich, „wenn möglich mit, wenn nötig ohne UNO, womit das UN-Gewaltmonopol offen in Frage gestellt wird. Eine weitere Formulierung zielt ebenso auf eine Relativierung des UN-Gewaltmonopols zu Gunsten der NATO: Das „Strategische Konzept spricht hier von der „primären Verantwortung“, statt der „Hauptverantwortung“ (Art. 24 Abs. 1 UN-Charta) der UNO für die „Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“. Ein Differenzierungsversuch beider Begriffe vermag zunächst ein wenig theoretisch wirken. Betrachtet man

indes den realpolitischen Kontext, dass nämlich das „Strategische Konzept“ exakt zu jenem Zeitpunkt verabschiedet wurde, als die NATO Jugoslawien bombardierte, so gewinnt die Interpretation der Formulierung „primäre Verantwortung“ doch an Konturen: Es wird als eine Art Reserveverantwortung der NATO für die Wahrung kollektiver Sicherheit interpretiert für den Fall, dass die UNO ihre Funktion gemäß der Erwartung des Westens nicht gerecht wird.

Die in Art. 24 UN-Charta gewählte Formulierung der „Hauptverantwortung“ bedeutet hingegen nicht, dass den Staaten eine Reserveverantwortung für die „Wahrung“ der kollektiven Sicherheit dergestalt zugewiesen wird, dass diese im Falle eines Handlungsblockade des UN-Sicherheitsrats die Verantwortung und das Handeln der UNO eigenmächtig substituieren. Diese Interpretation erschließt sich definitiv nicht aus dem Kontext der UN-Charta. Im Gegenteil: Zwar wird die Regelung sicherheitspolitischer Probleme gemäß Art. 52 UN-Charta auch subsidiären Strukturen ermöglicht, jedoch nur unter explizitem Ausschluss militärischer Maßnahmen (Art. 53). Der Terminus „Hauptverantwortung“ muss im Kontext des Art. 2 Abs. 3 & 4 der UN-Charta interpretiert werden: Danach liegt die „Nebenverantwortung“ bei den Staaten selbst. Nämlich in Form des ausnahmslosen Verzichts auf das *ius ad bellum* als Angriffsvariante, demnach sie an der „Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ durch die ausschließliche Anwendung „friedlicher Mittel“ bei „internationalen Streitigkeiten“ beitragen.

Die vermeintliche Reserveverantwortung der NATO bricht UN-Recht materiell (Bruch des UN-Gewaltmonopols durch den Jugoslawien-Krieg) und formell (Bruch des Primats der UNO bzw. des UN-Rechts gemäß Art. 103).

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA

Die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) wurde im September 2002 als neue Sicherheitsdoktrin der USA verkündet. Die NSS verweist auf eine US-amerikanische Außenpolitik, die „neue, produktive internationale Beziehungen“ eingehen und die „bestehenden neu“ definieren. Es wird deutlich, dass nicht nur punktuelle „Korrekturen“ der bestehenden, sondern der Prozess zu einer neuen Weltordnung nach US-amerikanischem Gusto eingeleitet werden soll. Die hierzu angewandte Methode der unilateralen Deregulierung der internationalen Beziehungen und der damit einhergehenden Renationalisierung sicherheitspolitischer Entscheidungen und sogar Rechtsetzungsansprüchen stellt nichts weniger als das gegenwärtige internationale Rechtssystem zur Disposition. Zu nennen sei hier beispielsweise die Verweigerung sich dem Internationalen Straf-

gerichtshof zu unterwerfen, damit die „Bemühungen zur Wahrnehmung unserer Sicherheitsverpflichtungen in der Welt (...) nicht durch Ermittlungen, Untersuchungen und Verfolgung durch den Internationalen Gerichtshof behindert werden (...)“.

Die UNO werden ganze zweimal und inhaltlich nebensächlich in dem umfassenden Dokument genannt.

Im Mittelpunkt der NSS steht der internationale Terrorismus als zentrale sicherheitspolitische Herausforderung. Mit dem Anspruch der globalen Führerschaft unter Verwendung repressiver Mittel, stellen sich die USA in der Hierarchie über die UNO. Hierbei pendelt die NSS zwischen einem scheinbaren Multilateralismus und einem dezidierten Unilateralismus.

Hinsichtlich des scheinbaren Multilateralismus wird das völkerrechtskonforme Präemptionprinzip um die Bedeutung der völkerrechtlich nicht zulässigen Prävention erweitert: „(...) desto zwingender das Argument für antizipatorische Selbstverteidigung, selbst wenn Unsicherheit darüber besteht, wann und wo der Feind angreifen wird“. Der bislang gültige Unterschied zwischen Präemption und Prävention wird angesichts neuer Bedrohungsformen (internationaler Terrorismus) und unkonventioneller Kampfmethoden ohne Vorwarnzeiten, auf diese Weise verwischt. Auch wird mit der räumlichen und zeitlichen Offenheit, dem Angriffskrieg Tür und Tor geöffnet.

Der dezidierte Unilateralismus wiederum findet seine Anwendung für den Fall, dass den USA die Unterstützung seitens internationaler Organisationen beim Kampf um die internationale Sicherheit verwehrt bleiben. Dann werden die USA „auch nicht zögern zu handeln, wenn es notwendig werden sollte, unser Recht auf Selbstverteidigung wahrzunehmen (...)“. Auch hier wird deutlich, dass den internationalen Organisationen, und gemeint ist insbesondere die UNO, nicht die „Hauptverantwortung“, sondern bestenfalls eine kooperierende und schlechtestenfalls eine dienende oder gar irrelevante Funktion für die Wahrung der kollektiven Sicherheit zu Teil wird. Die signifikante Devaluierung der UNO, manifestiert sich letztlich in Kapitel VIII der NSS, in der die „Entwicklung einer Agenda für die Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Machtzentren der Welt“ skizziert wird. Dort werden neben den Großmächten und einigen besonders treuen Verbündeten wie Japan, Südkorea und Australien, vier internationale Organisationen, die NATO, die EU, die ASEAN und die APEC, nicht jedoch die UNO genannt.

Es bleibt festzustellen, dass die NSS sich nicht nur nicht dem UN-Völkerrecht unterzuordnen gedenkt, sondern dass sie vielmehr auf deren Ablösung durch eine US-amerikanische Weltordnung abzielt.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Kapitalismuskritik
ohne
Heuschrecken
und Scheuklappen

Elmar Altvater



Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen

Eine radikale Kapitalismuskritik

2005 - ca. 200 Seiten - ca. 14,90€
ISBN 3-89691-627-0

Erscheinen: Oktober 2005



Verlag
Westfälisches Dampfboot

Hafenweg 26a
D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0
Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de
www.dampfboot-verlag.de

Wie die konzeptionelle Reaktion der EU ausschaut, zeigt im Folgenden die Analyse der Europäischen Sicherheitsstrategie.

Die Europäische Sicherheitsstrategie

Die Europäische Union gab sich im Dezember 2003 eine eigene Europäische Sicherheitsstrategie (ESS). Da die EU selbst eine regionale Organisation auf der Grundlage völkerrechtlicher Verträge darstellt, und sie zugleich der am stärksten verrechtlichte Raum der Welt mit bisweilen supranationalen Strukturen ist, weiß sie um die Relevanz implementierter – kurzum gelebter – Normen wie kein anderer Akteur. Angesichts dessen müsste die ESS im Besonderen Maße sich den UN-Normen und deren Umsetzung verpflichtet fühlen.

Tatsächlich bekundet die ESS eine proaktive UN-Politik, in dem sie deren „Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ versichert.

Ogleich die ESS keine Bereitschaft zeigt, der UNO Truppen unter UN-Befehl (UN-geführte Friedenserzwingung) zur Verfügung zu stellen, um das formale UN-Gewaltmonopol auch materiell zu unterfüttern, so erklärt sie dennoch, die UNO in deren Kampf „gegen Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit in der Welt“ zu unterstützen. Hierbei unterstreicht sie auch ihr Pflichtgefühl, einer „verstärkten Unterstützung“ der UNO bei „kurzfristigen Krisenbewältigungseinsätzen“. Im Gegensatz zur NSS zielt die ESS nicht auf eine neue Weltordnung durch Eliminierung der gegenwärtigen internationalen Rechtsordnung ab, sondern fordert die „Wahrung und Weiterentwicklung des Völkerrechts“ im Einklang mit den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Und exakt hier im Kontext der Handhabung der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen manifestieren sich Schnittmengen zwischen der ESS und der NSS: Die präventive Kriegsführung. Die ESS fordert die Entwicklung einer „Strategie-Kultur (...), die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert“. Die Gefahren von Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowie „humanitäre Krisen“ können durch „präventives Engagement“ reduziert werden.

Allerdings kollidiert die Forderung nach präventiven militärischen Operationen zwecks Eindämmung neuer sicherheitspolitischer Gefahren mit der Selbstverpflichtung der „Wahrung des Völkerrechts“. Denn gemäß Art. 51 UN-Charta stellt die militärische Prävention kein Bestandteil des „naturgegebenen Rechts zur Selbstverteidigung“ dar, sondern fällt unter die Kategorie des absoluten Gewaltverbots (Art. 2 Abs. 4) und ist somit als klassischer Angriffskrieg zu klassifizieren. Dem Selbstverteidigungsbegriff der UN-Charta liegt ein restriktives territorialgebundenes Verständnis zu Grunde. Dieses wird je-

doch von der ESS gleichsam der NSS mit Verweis auf die besondere Qualität der neuen sicherheitspolitischen Risiken unterminiert: „Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen“.

Die ESS versucht diesen Widerspruch offensichtlich mit Verweis auf die Notwendigkeit „dass das Recht mit Entwicklungen wie Proliferation, Terrorismus und globaler Erwärmung Schritt“ halten müsse aufzulösen. Hierbei „übersehen“ die Autoren der ESS, dass auf diese Weise das UN-Gewaltmonopol ungeachtet aller UN-treue Bekundungen nicht nur faktisch, sondern auch formal ausgehebelt wird.

Fazit

Angesichts der diskutierten Fälle wird deutlich, dass der Westen bislang sein eigenes Projekt der kollektiven Sicherheit in Form eines globales Sicherheitskollektiv selbst im Wesentlichen verhindert. Weder in dem „Strategischen Konzept Des Bündnisses“ noch in den Doktrinen wurden außer Lippenbekenntnissen der wirkliche Wille erkennbar, sich dem UN-System bedingungslos zu unterwerfen. Rhetorisch geschickt verpackte Formulierungen verbergen unilaterale Hintertürchen. Die allenthalben zu vernehmende Kritik an der mangelnden Funktionalität und Effizienz der UNO ist nicht ihr eigenes Versäumnis, da sie kein selbständiger Akteur ist. Es ist eindeutig der fehlende Wille der sie tragenden relevanten Akteure, ihr die erforderlichen und Entscheidungskompetenzen zu verleihen. Darüber hinaus stellt die Kritik der Großmächte an der mangelnden Funktionalität der UNO einen Versuch dar, ihre unilateralen Maßnahmen als notwendige Ersatzmechanismen zu legitimieren. Vor diesem Hintergrund stellen die Reformbemühungen der UNO mit dem Ziel der Herbeiführung effektiverer Strukturen und erweiterter Kompetenzen zwecks einer gerechteren Weltordnung, bestenfalls Wunschdenken dar.

Schlimmstenfalls dienen die Reformen dazu, den Unilateralismus der Großmächte zu belohnen, in dem diese künftig über das multilaterale Instrument ihren Handlungsspielraum (Stichwort: wachsendes Interventionsspektrum) auch mit Unterstützung der UNO erweitern können. Sollte das internationale Recht angesichts der neuen sicherheitspolitischen Risiken, wie von der „ESS“ unter Berücksichtigung des Präventivinstituts gefordert, „modernisiert“ werden, so liefe dies auf ein Ermächtigungsgesetz zur „weltweiten präventiven Selbstverteidigung“ hinaus. Auf diese Weise würde das *ius ad bellum*, welches als Nicht-Selbstverteidigungsvariante ausschließlich dem UN-Sicherheitsrat vorbehalten ist, wieder zu den Nationalstaaten zurückkehren, was unzweifelhaft einen zivilisatorischen Rückschritt bedeutete.

Die Globalisierungsstrategie der deutschen Wirtschaft am Beispiel der Telekom

Vortrag vor der Telekom-Betriebsräteversammlung in Nürnberg am 27.9.2005

Von Conrad Schuhler

Im vor kurzem zu Ende gegangenen Wahlkampf und auch in den laufenden Koalitionsverhandlungen hören wir immer wieder, Deutschland müsse fit gemacht werden für die Herausforderungen der Globalisierung. Die Sozialsysteme seien zu teuer, die Löhne und Gehälter zu hoch, die Arbeitszeiten zu starr, das ganze System mit seinem Kündigungsschutz und seinen Flächentarifen zu verkrustet, damit könne man im globalen Wettbewerb nicht bestehen. Dieses ganze Gedröhne, meine Damen und Herren, ist schiere Propaganda, es ist die Unwahrheit.

In Wahrheit ist Deutschland Exportweltmeister. Kein Land der Erde, nicht mal die USA, deren Wirtschaft über viermal größer ist als die Deutschlands, exportiert mehr Waren als wir. Dies zeigt die überragende globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Denn der Einwand, den Herr Sinn vom Ifo-Institut und andere neoliberale Propagandisten vorbringen, Deutschland sei eine sogenannte „Basarökonomie“, die die Weltwirtschaft mit Waren bediene, „die wir in unserem europäischen Hinterland produzieren lassen“ und bei uns nur noch zusammensetzen und sie dann als „Made in Germany“ vertreiben, ist falsch.

Alle diese ausländischen Produkte gehen in die Importstatistik ein. In dem Maß, in dem die Exporte die Importe übersteigen, haben wir es mit einer originären deutschen Wertschöpfung zu tun. Und nun sind wir eben nicht nur Exportweltmeister, sondern auch Weltmeister in den Ausfuhrüberschüssen. Wir haben im letzten Jahr den Exportüberschuss um 27% auf 117 Milliarden Euro gesteigert. Das sind über 5% des gesamten Bruttoinlandsprodukts, die wir im Lande erwirtschaften, aber nicht verbrauchen. Wie Kurt Tucholsky schon vor 80 Jahren feststellte: „Eine wichtige Rolle im Handel spielt der Export. Export ist, wenn die anderen kaufen sollen, was wir nicht kaufen können.“

Was also ist wirklich das Problem der Globalisierung? Für uns in Deutschland und für Sie

bei der Telekom? Wir werden sehen, dass es überhaupt nicht um die Verbesserung des Standorts Deutschland geht – der ist weltweit führend – sondern um die weitere Verbesserung der Profitlage der Unternehmen und um die Rechtfertigung für weiteren Sozialabbau. Um das genauer zu verstehen, möchte ich mit Ihnen gemeinsam einige Grundsätze der neoliberalen Globalisierung, wie sie sich auch in der Unternehmensstrategie der Telekom ausdrücken, durchgehen.

I.

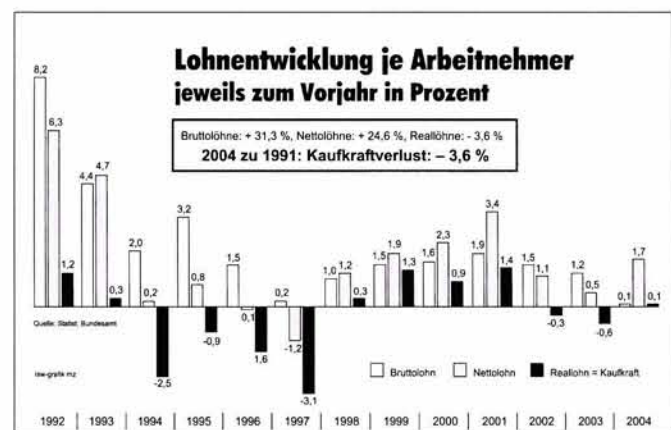
Es gibt drei grundlegende Voraussetzungen der Globalisierung. Erstens müssen im „Mutterland“ Kapitalüberschüsse erzielt werden, die die Kapitaleigner lieber exportieren als im eigenen Land einsetzen. Wir dürfen nicht vergessen, dass Kapitalisten eines Landes auch die Möglichkeit hätten, ihre Gewinne, ihre Überschüsse an die eigenen Beschäftigten auszuzahlen, womit sie die kaufkräftige Nachfrage im eigenen Land so erhöhen würden, dass das im Inland erstellte Produkt auch von den Menschen dort gekauft werden könnte. Dann gäbe es keine Kapitalüberschüsse, die man exportieren könnte. Wie man weiß, haben die Kapitalisten sich

für den anderen Weg entschieden, nämlich Überschüsse zu erzielen und zu versuchen, diese im Ausland weiter zu erhöhen. Dies tun sie in sich verschärfendem Tempo seit rund 150 Jahren, seitdem sich das Monopol, der den Markt dominierende Großkonzern, durchgesetzt hat.

Um dies aber in der modernen Form tun zu können, musste eine weitere Bedingung er-

füllt sein, nämlich die Entwicklung einer Informations- und Transporttechnologie, die Rohstoffe, Teilfabrikate usw. schnell um den Globus brachten und gleichzeitig Informationen über den Waren- und Produktionsfluss in Ist-Zeit überall auf der Welt zur Verfügung stellten. So konnte die „globale Fabrik“ entstehen, die Aufteilung der Produktion eines Unternehmens in sogenannte „globale Wertschöpfungsketten“, wo man mit den einzelnen Produktionssegmenten jeweils in das Land geht, das die größten Kostenvorteile anbietet.

In diesen Ländern aber musste dafür gesorgt sein, dass das hereinströmende Kapital sich dort ungehindert bewegen konnte. Dies versteht man unter „Deregulierung“ der ausländischen Absatz- und Arbeitsmärkte, was so viel bedeutet wie das Niederreißen nationa-



isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

3

ler Schranken und Schutzmechanismen gegen Auslandskapital.

Schauen wir uns die drei Voraussetzungen kurz, aber etwas näher an. Unsere erste Frage: Wie kommt es zu den Kapitalüberschüssen in Deutschland?

Unsere erste und wichtigste Antwort: Die Kapitalüberschüsse in Deutschland werden immer größer, weil die Löhne und Gehälter immer geringen werden. (...) Die Lohnquote, das ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, (ist) von 1980 bis heute kontinuierlich von über 74% auf 65% gesunken. Dies ist nicht nur ein relatives Zurückfal-

len der Beschäftigteneinkommen, sondern auch ein absolutes. Von 1991 bis 2004 haben die Beschäftigten einen realen Kaufkraftverlust von 3,6% hinnehmen müssen. Dementsprechend sind die Gewinne der Kapitalgesellschaften gestiegen. Während die Beschäftigten also einen Verlust von 3,6% erlitten, haben AGs und GmbHs im selben Zeitraum einen Gewinnsprung von 113% gemacht. Was machten sie mit ihren Gewinnen? Sie haben ihre Gewinne keineswegs investiert, um, wie es immer heißt, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Denn während sich die Gewinne mehr als verdoppelt haben (plus 113%), sind die Investitionen im selben Zeitraum um 1,5% zurück gegangen. Der alte Spruch der Unternehmerseite, „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“ gehört ins Reich der Fabel. Die Unternehmer re-investieren ihre Gewinne nicht in ihren deutschen Unternehmen. Sie schätzen vielmehr, wie wir hier sehen, ihr Ver-

Auf dieser Grafik sehen sie, dass die 100 größten Transnationalen Konzerne der Welt schon die Mehrzahl ihrer Aktien, ihrer Umsätze und ihrer Beschäftigung im Ausland generieren und dass der Auslandsanteil weiter wächst.

Der selbe Prozess läuft für die 100 größten deutschen Firmen ab. Wir zeigen hier die Zahlen der 90er Jahre, weil die Totalerhebung sich darauf bezieht. Umsatz und Beschäftigung verlagern sich immer mehr ins Ausland. Die Entwicklung geht seither mit unvermindertem Tempo in die selbe Richtung. Wie weit dieser Transnationalisierungsprozess schon gediehen ist, zeigt eine Zahl sehr eindrucksvoll: 1/3 aller Weltexporte bzw. -importe ist sog. „intrafirm trade“, also Handel innerhalb ein und des selben Konzerns. Hierin drückt sich die Entwicklung zur „globalen Fabrik“ aus.

Der enorm gewachsene Kapitalexport wäre nicht zustande gekommen, hätte die internationale Politik nicht die Voraussetzungen

dafür geschaffen. In der WTO, der Welt Handelsorganisation, sind 148 Staaten Mitglieder, und die entwickelten Industriestaaten setzen dort weltweite Regimes zum ungehinderten und sogar favorisierten Kapitalexport der reichen Länder durch. Im GATS (General Agreement on Trade in Services – Vereinbarung über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen)

werden alle Länder verpflichtet, ihren Dienstleistungssektor für ausländisches Kapital zu öffnen. Im TRIMS (Agreement on Trade-Related Investment Measures – Vereinbarung über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen) wird den Mitgliedsstaaten verboten, einheimische Produkte gegenüber ausländischen zu bevorzugen. Im TRIPS schließlich (Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property – Vereinbarung über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums) werden Patente und Copyrights der Transnationalen Konzerne gegenüber den Wettbewerbern vor Ort geschützt.

Doch nicht nur in internationalen Organisationen wie der WTO setzen die Transnationalen Konzerne ihren Willen durch, dies geschieht auch bilateral zwischen den einzelnen Staaten. Wir sehen (...), dass eine wachsende Zahl von Ländern immer mehr Gesetzesänderungen durchführt, die ADI – das sind ausländische Direktinvestitionen, also der Kapitalexport der reichen Länder – begünstigen. Die Welt ist zum Platz des glo-

balen Geschäftemachens geworden. Dies alles ist keineswegs ein technologischer Sachzwang. Die Globalisierung, wie wir sie heute erleben, ist ein politisches Fabrikat. Sie wird politisch durchgesetzt. Schon dass die Konzerne im „Mutterland“ Kapitalüberschüsse in dieser Höhe erzielen, ist ein politisches Faktum. Einmal hängt es ab vom tarifpolitischen Kräfteverhältnis, zum anderen von den Steuern. Unternehmen haben Netto relativ mehr als Brutto, Arbeitnehmer relativ weniger, d.h. der Staat verteilt über sein Steuersystem um von Unten nach Oben, von den Masseneinkommen zu den Unternehmenseinkommen. Dann wird der Export von Kapitalüberschüssen nicht nur geduldet, er wird steuerlich gefördert. Schließlich ist das Durchsetzen weltweiter Regimes à la WTO eine politische Angelegenheit, denn nur Staaten sind Mitglied der WTO.

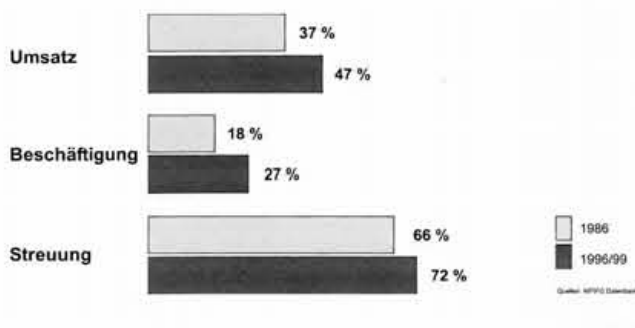
II.

So wie diese Art von Globalisierung politisch durchgesetzt wird, so könnte man sie auch politisch korrigieren. Doch warum sollte man sie korrigieren? Was ist eigentlich so schlecht an der neoliberalen Globalisierung? Wir sehen, was das Entscheidende an der neoliberalen Globalisierung ist, nämlich die Herausbildung globaler Parameter für die wirtschaftliche Tätigkeit. Best Practice und Global Benchmarking meint, dass jede Firma versucht, ihre Abläufe entsprechend dem weltweit besten Wettbewerber anzugleichen und diesen zu übertreffen. Die entscheidende Kategorie kommt dann, was hier als „Geburt von EVA“ bezeichnet wird. EVA, aus dem Amerikanischen: Economic Value Added – der vom Unternehmen zu den Kosten hinzugefügte Mehrwert – meint im Klartext, dass das Unternehmen ein höheres Ergebnis erzielt, als die Kapitalgeber – eigenes oder Fremdkapital – mit ihrem Geld irgendwo sonst auf der Welt erzielen könnten. EVA soll also höher sein, als die Kapitalisten mit ihrem Geld an den Börsen der Welt von den Cayman Islands bis nach Hongkong an Zinsen erzielen könnten. EVA ist übrigens auch offiziell der unternehmerische Steuerungsfaktor der Telekom.

Auch bei der Telekom regiert nach eigenem Bekunden der „Shareholder Value“, d.h. dass unternehmerische Entscheidungen prinzipiell danach getroffen werden, ob sie den Aktionären einen höheren Kurs oder eine höhere Dividende bringen. Der frühere Sozialpartner, die Belegschaft, ist jetzt bloß noch Personalaufwand, der wie Materialaufwand zu minimieren ist.

Jeder Betriebsrat, jeder Gewerkschafter muss die Zusammenhänge von EVA genau verstehen, wenn sie verstehen wollen, von welchen Faktoren die Strategie der Unternehmenseite bestimmt wird. Unsere Formel fasst noch mal die Bestandteile von EVA zusammen. Vom Geschäftsergebnis werden

Internationalisierungsindikatoren der deutschen TOP 100



isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

mögen auf. Das Geldvermögen der Privaten hat sich von 1991 bis 2004 mehr als verdoppelt, auf 4,1 Billionen Euro, was das Doppelte des Bruttoinlandsprodukts der BRD ist. Das ist das Vierzigfache der jährlichen Neu-Investitionen in unserem Land. Was machen die Reichen mit ihren Billionen?

Sie machen das, was die Reichen der anderen Länder auch tun: Sie schicken das Geld rund um den Globus, um die Anlage mit der höchsten Rendite ausfindig zu machen. Weltweit kreisen 60 Billionen Euro privates Geldvermögen – das ist das Dreißigfache des deutschen Sozialprodukts – um sich dort niederzulassen, wo der höchste Profit herauspringt. Wir werden noch sehen, dass dies der springende Punkt der Globalisierung des Finanzmarktes ist. Riesige Geldsummen wollen die global maximale Verzinsung ihres Vermögens. Dieser Finanz-Globalisierung entspricht die realwirtschaftliche Globalisierung der Konzerne. Sie lokalisieren die einzelnen Teile ihrer Produktionsketten dort, wo ihre Kosten am geringsten, ihre Profite also am höchsten sind.

die sogenannten Kapitalkosten abgezogen. Und hier beginnt nun der doppelte Trick der Bilanzierungskünstler in den Konzernen. Denn die Kapitalkosten sind keine reale Größe, sie werden vom Unternehmen kalkuliert. Zunächst wird das Geschäftsvermögen taxiert. Es geht um Lagerbestände, um Patente, um Lagerhallen, Immobilien usw., alle materiellen und immateriellen Vermögenswerte werden aufgelistet und bewertet. Hier ist ein großer Spielraum für die Phantasie der Bilanzmacher. Je höher das kalkulierte Geschäftsvermögen, desto geringer das erzielte EVA, um so größer der Druck in Richtung weitere Kostensenkungen, v.a. beim Personalaufwand.

Der zweite Faktor, der sog. Kapitalkostensatz, ist ebenfalls offen für kreative Auslegungen seitens des Konzerns. Gemeint ist damit (mit dem Kapitalkostensatz) der Zinssatz, den das eingesetzte Kapital – dessen Größe im Geschäftsvermögen ausgewiesen wird – am globalen Finanzmarkt erzielen würde.

Die Telekom AG geht zum Beispiel davon aus, dass das Unternehmen 2005 ein ROCE, einen Rücklauf auf das eingesetzte Kapital, von 8% erzielen soll. Dies liegt erheblich über dem Zinssatz, den das Telekom-Kapital am globalen Finanzmarkt erzielen könnte. Andere Großkonzerne wie zum Beispiel die Metro AG, deren ausländische Umsatz- und Gewinnanteile noch größer sind als die der Telekom, legen einen globalen Kapitalkostensatz von 6,5% zu Grunde. Die Unterschiede durch die weit höhere Zielsetzung der Telekom AG sind erheblich.

Nehmen wir einmal an, das Geschäftsvermögen der Telekom AG betrage 30 Milliarden Euro. (Dies ist eine Annahme, denn ich habe im Geschäftsbericht keine detaillierte Vermögensaufstellung im Sinne einer EVA-Vergleichsrechnung finden können.) 8% von 30 Milliarden, wie von der Telekom den Analysten und dem Finanzmarkt zugesichert, machen 2,4 Milliarden Euro aus. 6,5%, wie sie von der Metro AG als globaler Kapitalkostensatz kalkuliert wird, würden sich auf 1,95 Milliarden Euro belaufen. Der Telekom-Vorstand verlangt 450 Millionen mehr Profit von seinen Leuten, als die Kapitaleigner der Telekom am internationalen Finanzmarkt für ihr eingesetztes Kapital erhalten würden.

Was wir an dieser Stelle verstehen müssen, ist die grundlegende Änderung, die durch die neoliberale Globalisierung im Kapitalismus selbst entstanden ist. Früher hat ein Kapitalist einen Arbeiter eingestellt, wenn dessen Arbeitsleistung mehr an Wert brachte als der Arbeiter selbst kostete und dieser Wert über dem nationalen Kapitalzins lag. Dies ist längst vorbei. Der Diskontsatz in Deutschland liegt derzeit bei 2%. Die Geldzinsen, die Banken zahlen, liegen eher noch darunter. Die Telekom aber verlangt eine Verzinsung von 8%, einen auch im globalen Maßstab

hohen Zins. Wenn dieser Maximalzins durch die Arbeitsleistung der Beschäftigten nicht hereinkommt, wird entlassen bzw. nicht eingestellt.

Wer also heute in Deutschland bzw. bei der Telekom Arbeit finden oder behalten will, der muss sich um das Vierfache besser rentieren als die normalen Geldzinsen im Land ausmachen. Natürlich engt dies den Arbeitsmarkt ein und entfacht all diese Diskussionen um Flexibilisierung und Entgrenzung des Arbeitsmarkts.

III.

Schauen wir uns die Konsequenzen der „neoliberalen“ Globalisierung für Deutschland im Zusammenhang an.

- Der Binnenmarkt wird ausgehöhlt.
- Die Arbeits- und Sozialstandards verschieben sich in Richtung Billiglohn-Länder.
- Arbeitsplätze werden in Billiglohn-Länder verlagert.

Der Staat fährt seine öffentlichen Leistungen herunter, er wird zum „nationalen Wettbewerbsstaat“, der in erster Linie Politik macht für die immer bessere Wettbewerbslage der Konzerne auf dem globalen Markt.

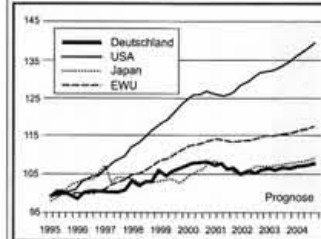
Dass der Binnenmarkt ausgehöhlt wird, dass die gesamte Konjunktorentwicklung nur noch vom Export getragen wird, zeigt uns diese Grafik. Die Inlandsnachfrage in Deutschland macht die schwächste Entwicklung unter allen großen Industrienationen aus. Wir liegen selbst hinter dem im letzten Jahrzehnt völlig stagnierenden Japan, wir liegen beträchtlich unter dem Durchschnitt der EU, und wir sind hoffnungslos im Hintertreffen gegenüber den USA. Von 1995 bis heute, haben die USA ihre Inlandsnachfrage um 40%, die Deutschen aber nur um 7% erhöhen können. Unser Binnenmarkt liegt heute auf dem Niveau von 2000. Bei den Exporten hingegen sehen wir den strahlenden Weltmeister Deutschland. 80% mehr als 1995, weit vor den nächstbesten Amerikanern und Japanern.

Das Geheimnis dieser Diskrepanz erschließt sich aus den Worten eines Kolle-

gen von Ihnen, nämlich von Uwe Hück, Gesamtbetriebsrat von Porsche: „Die Globalisierung hat eins gebracht: dass die Arbeitgeber sich nach den Gehältern der Amerikaner richten und die Arbeitnehmer sich nach denen der Chinesen.“ Der Kollege Hück hat recht. Die DAX-Vorstände haben sich in den letzten Jahren ihre Bezüge um jeweils klar über 10% erhöht. Die Löhne und Gehälter der abhängig Beschäftigten in Deutschland hingegen waren, wie wir vorhin schon gesehen haben, rückläufig oder stagnierten. Diese Grafik dokumentiert den zentralen Zusammenhang zwischen der Leistung der Beschäftigten und dem, was sie dafür zurück bekommen. Denn entscheidend auch für den Unternehmer ist ja nicht, wie billig ist ein Arbeitnehmer, sondern wie viel Mehrwert stellt er für mich her. Ein Indikator dafür sind die Lohnstückkosten, also das Verhältnis der Löhne zur Arbeitsproduktivität. 1995 waren die Lohnstückkosten in den USA und in Deutschland ungefähr gleich. 2003 lagen sie in den USA um mehr als 10 Prozentpunkte höher. In Großbritannien liegen sie sogar, bei dem selben Ausgangspunkt 1995, heute um über 20 Prozentpunkte höher. Die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind unter den Industriestaaten die größten Verlierer der neoliberalen Wende.

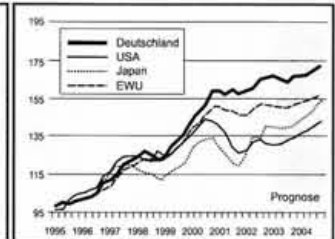
Inlandsnachfrage

saisonbereinigt, in konstanten Preisen
1995 = 100



Exporte

saisonbereinigt, in konstanten Preisen
1995 = 100



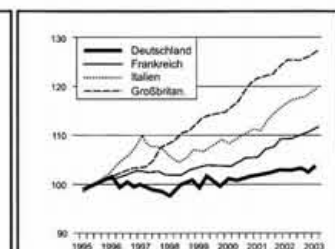
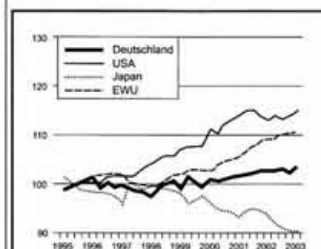
Quellen: OECD, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin 2003

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

17

Lohnstückkosten

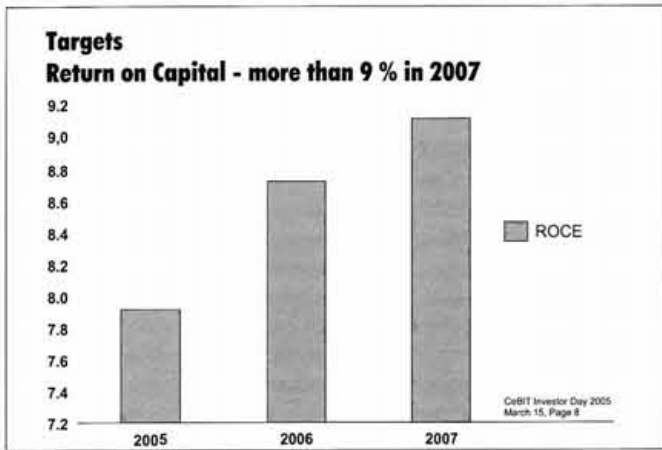
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zum realen BIP; saisonbereinigt



Quellen: OECD, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin 2003

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

18



Dies gilt nicht nur in Sachen Löhne und Gehälter, sondern auch in der Frage der Arbeitsplätze.

(...) Die deutschen Unternehmen haben in diesem Jahrzehnt weltweit ihre Beschäftigung um 10,3% ausgedehnt. Aber, und hier kommt das große Aber: Im Inland haben sie in diesem Zeitraum 5,8% der Arbeitsplätze abgebaut, im Ausland hingegen haben sie die Beschäftigung um 59,8% erhöht. Wir werden gleich sehen, dass dies auch die strategische Ausrichtung der Telekom AG ist.

Schauen wir uns zunächst die wesentlichen Konzerndaten der Telekom an. Die Umsatzerlöse (...) sind von 2000 auf 2004 weltweit um knapp 50% gestiegen – der Auslandsanteil daran allerdings um über 100%. Er beträgt heute schon rund 40%. Als wesentlichen Wachstumsmotor hat die Telekom die Auslandsmärkte erkoren. Einzelheiten zu Personalkennzahlen werden wir gleich detailliert aufgreifen. Doch zuvor fragen wir uns, wo macht eigentlich die Telekom ihre Gewinne, um im Ausland so heftig zu expandieren. Sie macht sie in Deutschland. Die riesigen Gesamtverluste im Ergebnis vor Ertragsteuern 2002 gehen einzig allein auf die Minuszahlen im Ausland zurück. In Deutschland war das Ergebnis positiv. So blieb es auch in den nächsten Jahren. Das deutsche Geschäft hat sein Ergebnis bis 2004 um rund 900% verbessert, während das Ausland nach wie vor Verluste beisteuerte, wenn auch deutlich geringere. Klar aber ist: Die Unternehmensteile in Deutschland sind die Melkkuh für die gewaltige und sich beschleunigende Expansion der Telekom im internationalen Raum, vor allem in den USA.

Die Globalisierungsstrategie der Telekom – worunter sowohl die EVA-Strategie des internationalen Höchstprofits wie der Export der Kapitalüberschüsse zu verstehen ist – hat für die Beschäftigten negative Folgen. (...) Der Umsatz ist (2003 auf 2004) um 3,7% gestiegen, aber die Zahl der Beschäftigten ist um 1,5% gesunken. Das Geschäftsergebnis ist um sagenhafte 368% in die Höhe ge-

schnellt, aber der Personalaufwand um 2,7% zurückgegangen. [Sie sehen also], wie enorm Umsatz und Geschäftsergebnis je Beschäftigtem gestiegen sind, diese Beschäftigten aber erstens weniger geworden sind und dann auch noch pro Kopf weit weniger als im Vorjahr erhalten haben. Die höchst profitable Entwicklung der Tele-

kom geht eindeutig zu Lasten der Beschäftigten.

IV.

Und wie soll es weiter gehen? Was der Vorstand sich an Zukunft vorgestellt hat, können Sie dieser Grafik entnehmen. Sie wurde vom Vorstandsvorsitzenden im März des Jahres Analysten und Spezialisten des Finanzmarktes vorgeführt. Von knapp 8% Verzinsung des eingesetzten Kapitals im Jahr 2005 will die Telekom auf über 9% im Jahr 2007 kommen. Dies ist ein gewaltiger Sprung. Der komplizierte Markt der Kommunikationsindustrie gibt dies nicht ohne weiteres her. Die Idee des Vorstandes ist denn auch, einen Großteil der zusätzlichen Profite aus den Kosten zu holen, und das heißt vor allem aus den Personalkosten.

Diese Folie zeigt uns, wo die Schwerpunkte dieser Einsparung liegen sollen. Sie ist von Herrn Klinkhammer für die Analysten des Finanzmarktes angefertigt worden. Die Grafik detailliert zunächst die Kosten des Konzerns. 50% entfallen auf die DTAG, weitere 22% auf andere inländische Formate, 28% auf die ausländischen. Daneben und auch darüber steht die strategische Orientierung: In den internationalen Niederlassungen soll die Kostenoptimierung weitergehen, aber die Hauptherausforderung, der Fokus soll auf dem Druck auf die Personalkosten in Deutschland liegen. Im Handelsblatt (23.4.05) preist der Vorstandsvorsitzende Ricke zunächst die Beschäftigungsgesellschaft Vivento, weil man über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit Lohnverzicht 300 Millionen Euro eingespart habe. Bei Vivento muss man sehen, dass von den 30.000 Mitarbeitern, die dorthin transferiert wurden, Vivento für 12.000 Mitarbeiter zur Drehtür nach außen wurde, in den freien und ungesicherten allgemeinen Markt der TK-Sparte. In dem selben Interview äußert Herr Ricke dann unmissverständlich: „Aber lassen Sie mich in aller Deutlichkeit sagen, dass angesichts der Rasanz des technologischen Wandels und des politisch gewoll-

ten, immer härteren Wettbewerbs in der Branche und bei der Telekom auch in der Zukunft Stellen wegfallen werden.“ Auf die Frage, wie viele Stellen gestrichen werden, sagt der Chef der Telekom: „Dazu kann ich Ihnen noch nichts Genaues sagen. Das Moratorium gilt bis Ende 2005.“

Die Beschäftigten der Telekom haben sich also mit Ablauf dieses Moratoriums auf einen neuen Angriff auf die Arbeitsplätze einzurichten. Die von Herrn Ricke angeführten Argumente – nämlich rasanter technologischer Wandel und immer härterer Wettbewerb – sind nicht stichhaltig. In einer Industrie wie der TK- und Informationstechnologie mit ihrem rasanten technologischen Wandel muss gerade die Grundlagenforschung, die Innovationsqualität gesichert werden. Ein für jedes Jahresquartal vom Finanzmarkt geforderter Höchstprofit mit dem dazu gehörigen Druck auf Lohnquote und Arbeitsplätze ist Gift für eine strategisch orientierte Innovationspolitik, die in längeren Zeiträumen denken muss. Sie ist auch Gift für einen anständigen Service, der bei jeder Geschäftspolitik, die nah am Kunden arbeiten will, ausgebaut werden müsste. Siemens z.B. hat von 2001 bis 2004 systematisch seine Kommunikationssparte ausgehungert, über 10.000 Stellen gestrichen, um dann in diesem Jahr seine Handysparte völlig aufzugeben und nun vor der Liquidierung des Rests seiner Sparte zu stehen, die immer noch die größte im Konzern ist. Die Orientierung auf den kurzfristigen Shareholder Value-Profit hat für Siemens den Offenbarungseid in einer ganzen Sparte zur Folge. Dem Konzern ist dies egal, denn er investiert dann in Finanzanlagen oder im Ausland, aber die Beschäftigten im Inland sitzen auf der Straße, was für die meisten ein langer Aufenthalt werden wird.

Worauf es mir an dieser Stelle ankommt, ist der Hinweis darauf, dass die Strategie der Telekom nicht nur für die Beschäftigten von größtem Nachteil ist, sondern auch das gesamte Geschäft gefährdet. Sie dürfen allerdings nicht erwarten, dass diese Erkenntnis die Kapitalgeber der Telekom sehr erschreckt. Sie wollen ihren kurzfristigen Höchstprofit und wenn der in diesem Unternehmen und in dieser Branche nicht mehr zu erzielen ist, dann wird eben Unternehmen und Branche gewechselt. Sie, meine Damen und Herren, können das nicht. Sie können weder mal eben in Shanghai anheuern oder in die Hotelbranche in Tirol oder auf Rhodos einsteigen. Sie brauchen eine sichere Existenz, eine klare Perspektive in ihrem Beruf, der von seiner Qualität her für die Gesellschaft immer wichtiger wird. Mein Vorschlag wäre, im Betrieb, in der Gewerkschaft und in der Politik gegen die EVA-Strategie der Kapitaleseite zu kämpfen. Auf ein Entgegenkommen der anderen Seite dürfen Sie nicht rechnen. Die Zeiten der Sozialpartnerschaft sind vorbei, mit EVA endgültig von der Kapitaleseite aufgekündigt.

Aspekte eines linken Crossover-Diskurses

Von Benjamin-Immanuel Hoff, Horst Kahrs und Gerry Woop

Die vorgezogene Bundestagswahl hat zum dritten Mal in Folge eine rechnerische Mehrheit „links von der Union“ erbracht. Zu aktiven politischen Handeln bleibt diese Mehrheit jedoch erneut unfähig – aus verschiedenen Gründen. Darüber kann auch nicht die hoffnungsfrohe Aussage der neuen Fraktionsvorsitzenden Gysi/Lafontaine hinwegtäuschen, die bereits mit der bloßen Existenz der Linkspartei im Bundestag ein sozialeres Agieren einer künftigen Großen Koalition apostrophieren.

Den Fragen einer Mehrheit „links von der Union“ sollte man sich weniger über die Zahl der Parlamentssitze nähern als über die sich im Bundestagswahlergebnis widerspiegelnden gesellschaftlichen Trends. Hinreichende Belege für die Schlussfolgerung des SPD-Bezirks Hessen-Süd, der eine „deutliche Mehrheit“ der WählerInnen sieht, die dem Versuch, „die gesellschaftliche Ordnung und die politischen Gewichte in der Bundesrepublik in Richtung eines marktradikalen, unsozialen und arbeitnehmerfeindlichen Neoliberalismus zu verschieben, eine klare und unmissverständliche Absage erteilt“ (SPD-Bezirk Hessen-Süd (2005), Ein Wahlsieg für Gerechtigkeit, hektographiertes Positionspapier, S. 1.) haben, liefert das Wahlergebnis nicht.

Die konsequenten Kleinparteien wurden gewählt

Am Wahltag plädierten in einer Befragung von Infratest-dimap 55 Prozent der Wählerinnen und Wähler dafür, dass Solidarität einen höheren Stellenwert haben sollte als Leistung (34 Prozent). Gleichzeitig wünschten 49 Prozent keine bzw. keine prinzipiellen Kurskorrekturen, die andere Hälfte hingegen verlangte einen grundlegenden Wandel – vermutlich entweder in Richtung „Solidarität“ oder in Richtung „Leistung“. Entsprechend wurden nicht die großen Parteien, institutionell durch Bundesrat und Vermittlungsausschuss miteinander verwoben, sondern FDP und Linkspartei als jeweils konsequentere Verfechter der jeweiligen Grund-

orientierung gestärkt. (Thomas Falkner (2005), Mehrheit ohne Mehrheitsfähigkeit?, erscheint in: Berliner Republik Heft 5/2005.) Warum wurde die FDP gewählt? Vordergründig, um Schwarzgelb vor einer großen Koalition zu retten, gleichzeitig stärkte dieses Votum die neoliberalen Kräfte in der Union – verkürzt: mehr Kirchhof, keine Mehrwertsteuererhöhung. Im liberalen Wahlergebnis spiegelt sich eine neue gesellschaftliche Schicht, die auf das „Durchregieren“ mit marktradikalen Reformen setzt, der alles kollektive und etatistische ein Gräuel ist und die demokratische Kompromissfindung zu mühsam, zu langsam. Sie bildet eine mit fundamentalistischen Zügen beseelte Speerspitze der „globalisierten“, außenorientierten Gesellschaftsteile aus wirtschaftlich erfolgreichen, exportorientierten Sektoren. Den Rest der Gesellschaft, die Verlierer des Strukturwandels betrachtet sie als Klotz an ihrem Erfolg. Franz Walter beschrieb auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 26.09.2005 in Berlin diese Gruppe als „betriebsamen Bürger und Bourgeoisietypus“, dem die Politik nicht schnell genug sei und dessen zentrales Signal an die FDP ist: „nicht mit der SPD“.

Dass eine Mehrheit für Schwarz-gelb dennoch nicht zustande kam, lag an der CDU, die ihre traditionellen Funktionen- Ordnung, Stabilität, sozialer Schutz – für einen „neuen Anfang“ zurückgestutzt hatte und mit Prof. Kirchhofs Berufung signalisierte: Es ist ernst gemeint. Damit verlor sie – insbesondere auch bei jenen Schichten, die ihr in Hessen, Niedersachsen und Hamburg seit 2003 absolute Mehrheiten sicherte und für den Wahlerfolg in NRW verantwortlich zeichnete: überwiegend männlichen, wenig qualifizierten Arbeitnehmern. Ohne diese Wählergruppe verliert die Union aber ihre Chance auf Mehrheitsfähigkeit, zumal zugleich ihre Verankerung unter den Älteren rapide abnimmt.

Unter dem Strich heißt das: die marktradikalen Kräfte sind nicht (mehr) in der Lage, nach

den alten Mustern der Lagerbildung politische Mehrheiten zu beschaffen. Mehr noch: die Union befindet sich bereits im gleichen politischen und demographischen Spannungsprozess wie ihn die SPD bereits durchgemacht hat – der Konflikt zwischen CDU und CSU trägt dieses Spannungsverhältnis durch die Konkurrenz um Einfluss im Unionslager in die Öffentlichkeit.

Verschiebungen im sozialdemokratischen Spektrum

Die Linkspartei gewann durch ihre Attraktivität für traditionelle sozialdemokratische Gewerkschaftsschichten und für im Wahlverhalten „volatile“ (F. Walter) Arbeiter und Arbeitslose. Dort verbuchte sie überdurchschnittliche Gewinne. Diese Wählerschaft eint – und hier muss ein Teil der ostdeutschen WählerInnen außen vor bleiben – die Auffassung, dass nur der Staat dem marktwirtschaftlichen Egoismus das Allgemeinwohl abzurufen vermag. Bei den einen steht dabei im Vordergrund, sich der Gültigkeit eines entsprechenden Regelwerks zu versichern, die anderen sind unmittelbar auf den sozialstaatlichen Schutz angewiesen oder befürchten, es demnächst zu sein.

Diese für die alte PDS neuen Wählerschichten können in zweifacher Hinsicht beschrieben werden: als Protestierende und als Suchende.

Sie wählten aus Protest die Linkspartei, weil SPD und Union die die sozialstaatlichen Versprechen der früheren, westdeutschen Jahre verraten haben, denen sie vertrauten, woran sie ihre Lebensplanung ausrichteten, worauf sie als die Verlierer der globalisierten westdeutschen Wirtschaft, aus schrumpfenden Wirtschaftszweigen und Berufen kommend, wenig oder falsch qualifiziert, auf binnenwirtschaftliche, nationalstaatliche gestützte Kreisläufe angewiesen, von „Billigarbeit“ bedroht, angewiesen sind Sie hatten, dank Lafontaine, bei dieser Wahl erstmals die Chance, authentisch zu wählen. Sie wählten diesmal links, weil sie auf den Staat als sozialstaatliche Schutzmacht angewiesen sind. Sie wählten nicht wieder SPD, weil sie Kanzler und Partei nicht mehr zutrauten, die sichere, auskömmliche Rente, die Erhaltung des sozialen Status, den Schutz des „guten, harten Arbeiters“ vor dem Absturz nach „ganz unten“ wirklich ernst zu nehmen. Der Verlust der Ehre und Würde des Arbeitnehmerstatus, der mit Hartz IV droht, eint sie mit vielen ostdeutschen bisherigen PDS-WählerInnen. Im Lafontaine'schen Bild vom „deutschen Familienvater“, den staatliche Politik

Benjamin-Immanuel Hoff (29) gehört seit 1995 der PDS- nun Linkspartei. PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus an. Innerhalb der Linkspartei. PDS koordiniert er das reformorientierte „forum demokratischer sozialismus“ (www.forum-ds.de).

Horst Kahrs (49) war von 1995 bis Anfang 2002 Mitarbeiter der damaligen PDS-Bundestagsfraktion, trat Anfang 1999 der PDS bei und arbeitet seit 2002 als Leiter des Büros von Bürgermeister Harald Wolf in Berlin.

Gerry Woop (37) ist Promotionsstudent der Rosa-Luxemburg-Stiftung, befasst sich seit Jahren mit Parteienanalysen mit Schwerpunkt SPD und arbeitete Ende der 1990er Jahre im Crossover-Projekt mit.



zu schützen hat, fühlen sie sich erkannt und aufgehoben.

Und sie wählten Linkspartei, weil sie auf der Suche sind nach einer Partei, die dauerhaft ihre sozialstaatlich orientierten Interessen in der politischen Arena vertritt. Sie könnten langfristig gute Wahlergebnisse für die Linkspartei als Partei der Wohlfahrtsstaatlichkeit generieren. Mit Lafontaine und der WASG fanden Wählerinnen und Wähler zur Linkspartei, für die der Erhalt dessen, was die herrschende veröffentlichte Meinung als „ewiggestrig“ abtut – die Wohlfahrtsstaatlichkeit der 1970er Jahre – das wahlentscheidende Thema ist. Nochmals Franz Walter: „Ihre Kernanhänger und Kernpotenziale im Westen Deutschlands, die geburtenstarken Jahrgänge, sind durch die 1970er Jahre zutiefst geprägt worden. (...) Die Wohlfahrtsstaatlichkeit schuf die Voraussetzung – und dies zum ersten Mal in der Geschichte der Menschen –, dass sich die Bürger nach dem Erwerbsleben souverän für einen Neuanfang entscheiden können, dass sie Projekte versuchen, die in ihrem ersten Lebensentwurf nicht enthalten waren, dass sie sich bewusst neue Erfahrungen zutrauen, für die im vorangegangenen Lebensabschnitt noch kein Platz war. (...) Eine Linkspartei, deren Aktivisten im Zentrum der ergauenden Gesellschaft stehen, könnte daher den Kern dieser auch künftig durchaus populären Wohlfahrtsstaatlichkeit gegen einen zu überspitzt ökonomistisch-juvenilen Neoliberalismus“ (Franz Walter (2005), Linkspartei in ergauender Gesellschaft, in: rls-standpunkte Heft 18/2005, S. 3f.) bilden, wie es in u.a. in Skandinavien und anderen europäischen Ländern Normalität ist. (hier fehlt ein Verb aus dem Zitat) Darüber hinaus werden die Alterskohorten, die bei der Wahl vom 18. September die

Mehrheit der WählerInnen der neuen Linkspartei ausmachten, die Majoritätsgruppe der Republik bilden. „Sie – und nicht die zahlenmäßig marginalen jungen Altersgruppen – werden im Zentrum der ergauenden Gesellschaft, der sozialen und politischen Handlungsweisen stehen.“ (Walter (2005), a.a.O., S. 3.) Der Protest, der mit der Wahl der Linkspartei ausgedrückt wurde und sich in einem Wechsel von rund einer Million früherer SPD-Wähler zur Linkspartei und ihrer Mobilisierung von rund 360.000 früheren Nichtwählern, im übrigen als einzige Bundestagspartei, ist ein zutiefst sozialdemokratischer Auftrag. Das Sorgen und Kümmern des Staates, die Politik des alle Mitnehmens, soll wieder für alle gelten. Es soll etwas bewirkt werden.

Notwendige Antworten und bislang gültige Gewissheiten

Es ist alles andere als gewiss, dass die rechnerische Mehrheit jenseits von Schwarzgelb zu einer politisch handlungsfähigen Mehrheit werden kann auf dem Wege einer „langfristigen Reintegration der verloren gegangenen Wählerinnen und Wähler“ (SPD-Bezirk Hessen-Süd (2005), a.a.O., S. 2.). Diese Option unterschätzt den durch „Lafontaine“ und „Schröder“ lediglich personifizierten Bruch innerhalb der alten sozialdemokratischen Politik. Der Erfolg der Linkspartei steht nicht für ein Versäumnis sozialdemokratischer Politik, sondern für ihr strukturelles Unvermögen, die politische und soziale Gestaltung der Globalisierung in einer für die Verlierer akzeptablen Art und Weise anzupacken, ein im strukturellen Umbruch aufsteigende und absteigende Schichten verklammerndes Projekt zu formulieren.

Mit großem Blick auf das verblichene Projekt Rotgrün bleibt eine Modernisierung der Ge-

sellschaft zu konstatieren, die jedoch ihre wirtschaftliche und vor allem soziale Basis nicht erreicht hat. Das Projekt ist – gemessen an Crossover-Ansprüchen des New Deal und der postfordistischen Regulation – gescheitert, auch weil es unter Schröder keines oder kein so gemeintes Projekt war. Selbst Schröders neue Mitte ist nicht erreichbar gewesen und nach der ersten Legislatur auch zu den Akten gekommen. Die Stammwähler wurden von den Sozialreformen und ihrer als ungerecht empfundenen Balance enttäuscht. Unterprivilegierten blieb nur das uneingelöste Versprechen der massiven Senkung der Arbeitslosigkeit. Heuschreckendebatte und Reichensteuer wurden vom Wähler als das gesehen was sie waren, Kosmetik und symbolhafte Werbeaktion. Was bleibt, sind ökologische Neujustierungen, die sozial gesehen nur Klientelwirkung entfalteten. Wichtiger sind staatspolitische Wandlungen und die kulturelle Veränderung der Berliner Republik, die allerdings vor allem Mittelschichten positiv empfinden.

Ein zutage getretenes Defizit der linken Debatten im Vorfeld der Regierungsübernahme 1998 war der Mangel an breit vermittelbaren Vorstellungen, aus gegebenen Zuständen Reformen zu entwickeln, die dem neoliberalen Mainstream widerstehen und doch realistisch den Herausforderungen von Globalisierung und innerer gesellschaftlicher Strukturveränderung gerecht werden. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigte leider auch, dass Regierungszeiten keine Diskurszeiten mit parteienübergreifendem Charakter für linke Teile verschiedener Parteien sind, weil die Linken im Regierungskonstrukt – nicht ohne machtpolitische Logik – eingebunden oder geradezu domestiziert scheinen und die Gegenseite ihr Oppositionsprofil ohne die Schwierigkeiten manch realer Sachzwänge entwickelt. Daraus gilt es zu lernen.

Ein neues Crossover ist möglich, weil SPD, Grüne und Linkspartei mit dem Wahlergebnis vor die Frage gestellt sind, warum die rechnerische Mehrheit politisch handlungsunfähig ist, ja nicht einmal als Drohpotential in den Verhandlungen um eine Große Koalition aufgeföhren werden kann. Ob aus rot-rot-grün eine machtpolitische Option werden kann, ist längst nicht ausgemacht. Sicher ist aber, dass sie mittelfristig zur machtpolitischen Spielmarke werden wird, wenn nicht die Linkspartei alle Brücken dorthin abbricht. Nur wenn rot-rot-grün politisch denkbar wird, haben die Grünen die Chance, sich als eine Partei der Mitte neu zu erfinden. Und nur dann erschließen sich für die SPD Aussichten, der Alternative Große Koalition oder Opposition zu entkommen.

Die rot-rot-grüne Option inhaltlich von links zu füllen, ist die strategische Herausforderung für ein neues Crossover. Mit ihr könnten verschiedene Wählergruppen, innere Parteienkompromisse und distinktive Parteien-

profile verbunden werden. Inhaltlich wäre die Herausforderung, für die Gesellschaft von heute und morgen, die altert und zugleich hoch individualisiert ist, Gesellschaftsreformen zu formulieren, die modernisieren und mitnehmen, die spürbar sind für die Mehrheit und sozial gerecht im Ausgleichsmodus. Es geht um Bildung, um neue Erwerbsbiografien, um den Mix aus globalisierungs- und regionalwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsformen, um effektiv und sozial organisierte Kranken- und Pflegeversicherung, um angemessene Grundsicherung und internationale Verantwortung. Das schließt Fordern, Leistung, internationale Verantwortung und Prioritätensetzung ein, die diesseits der idealen Zielvorstellungen liegen und diesen doch verpflichtet sind.

Der Weg bis 2009 führt über die Länder

Die September-Wahl und der angestrebte Fusionsprozess zwischen Linkspartei und WASG haben die Bedingungen für einen Crossover-Diskurs ebenso verändert wie die Entwicklungen innerhalb von SPD und Grünen. Das seltsamerweise ohne einen wahrnehmbaren Nachruf entschwundene Magazin „andere zeiten“, lange Zeit kluges Aushängeschild sozial-ökologischer Debatte innerhalb der linken Grünen, ist nur eine Facette des stillen Verschwindens eines linken grünen Parteiflügels. Damit ging jedoch zugleich ein wesentlicher Akteur des Crossover-Diskurses verloren, der gerade im sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Spektrum von SPD und Linkspartei eine wichtige Funktion einzunehmen hätte.

Die Linkspartei ist im Unterschied zu den neunziger Jahren nicht mehr die alte ostdeutsche PDS. Sie ist im Osten eine der drei großen Volksparteien und im Westen keine Kleinst-, sondern künftig eine Kleinpartei die mit Grünen und FDP um den dritten Platz im Parteienspektrum streiten wird. Die sie prägende politische und organisatorische Asymmetrie wird auch künftig fortbestehen, wengleich in zunehmend abgeschwächter Form. In der Bundestagsfraktion der Linkspartei sind erstmals mehr gebürtige Westals Ostdeutsche vertreten; künftig sind Landtagsfraktionen im Saarland, Bremen, Hamburg und anderen Bundesländern nicht ausgeschlossen. Sollte die Linkspartei in die westdeutschen Landtage einziehen, würde – mit den gleichen Schwierigkeiten wie z.B. in Sachsen-Anhalt vor der Tolerierung 1994 – eine ernsthafte Debatte um die Erweiterung der sozialdemokratischen Koalitionsoptionen eröffnet. Im Saarland aber auch in Hamburg könnte auf diesem Wege gegebenenfalls die Rückkehr der SPD in Regierungsverantwortung denkbar werden, vorausgesetzt, dass die Linkspartei weiß, was sie will und kann.

Linkspartei und WASG stehen in ihrem Fusionsprozess vor der Herausforderung, in einem schmalen politischen Zeitfenster

zugleich die Transformation einer politischen Bewegung „Weg von der neuen Sozialdemokratie“ hin zu einer parlamentarisch wirkenden Partei mit sozialstaatlichen Gestaltungsoptionen zu bewerkstelligen.

Für eine rot-rot-grüne Option wird viel von abhängen, ob die Beteiligten die Begrenztheit – und damit Ergänzungsbedürftigkeit – ihres jeweiligen Gestaltungsanspruchs erkennen. Mit der Bundestagswahl 2005 könnten die alten bundesrepublikanischen Zeiten vorbei sein, in denen es einer der beiden Volksparteien gelang, ein mehrheitsfähiges, weil homogenisierendes gesellschaftspolitisches Projekt zu formulieren. Mit dem Ende der großen Werkhallen der Industriearbeit differenzieren sich nicht nur die Arbeits- und Lebenswelten. Auch die politischen Interessenlagen sperren sich ge-

gen einfache gemeinsame Nenner, wo sie doch gesucht werden, werden sie zunehmend abstrakt und inhaltsleer. Wenn solche Kompromissfindung zwischen unterschiedlichen Interessen nicht mehr innerhalb einer großen Volkspartei stattfindet, sondern zwischen mehreren Parteien ausgehandelt wird, kann darin auch eine große Chance für gleichgerichtete Anliegen stecken. Was geht und was nicht, wäre womöglich am ehesten über die Länderparlamente herauszufinden. Als rot-rot-grün verbindende Themen bieten sich die Fragen an, welche öffentlichen Güter und Einrichtungen zukünftig wie und für wen erwirtschaftet und bereit gestellt werden sollen bzw. über welche Wege regionalökonomische Stabilisierung sowie soziale Stadtentwicklung zu erreichen sind.

spw 5 / 2005



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
- Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
- Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Wohnort und PLZ: _____

Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO

Oppelner Straße 130, 53119 Bonn

Telefon: 0228/6685-117

e-mail: info@bundesjugendwerk.de

www.einer-fehlt-noch.de

Perspektiven des Clusteransatzes

Zur Neujustierung der Strukturpolitik zwischen Wachstum und Ausgleich

Von Dieter Rehfeld

Wachstum und Ausgleich – Verschiebungen in Zeiten knapper Kassen

In den letzten Jahren hat sich in der Raumordnungs- und in der Strukturpolitik ein schleichender Perspektivenwechsel vollzogen. Standen bislang im Zeichen wirtschaftlichen Wachstums [MK1] ausgleichspolitische Ziele zwecks Erreichung gleichwertiger Lebensbedingungen im Vordergrund, wird nun der Ruf nach einer stärkeren Wachstumsorientierung lauter. Anhaltend schwache wirtschaftliche Wachstumsraten, auf hohem Niveau verharrende Arbeitslosenquoten und eine rückläufige demographische Entwicklung lassen die Frage aufkommen, ob eine Umverteilung der knappen Wachstumspotenziale in strukturschwache Regionen bzw. deren breite Streuung gesamtwirtschaftlich noch sinnvoll sein kann, oder ob es nicht darum gehen muss, die wirtschaftlichen Wachstumskräfte zunächst zu stärken.

Das mag manchem als abstrakte Diskussion erscheinen – jedoch finden sich in der Praxis bereits heute eine Vielzahl öffentlich kaum diskutierter Maßnahmen, die erhebliche Wirkungen auf die Raumstruktur haben, und zwar vor allem für strukturschwache Räume:

- die Europäische Union wird – trotz aller momentanen Aufregungen – ihre Strukturpolitik künftig stärker an den Lissabon und Göteborg-Zielen einer [MK2] wettbewerbsfähigen und nachhaltigen wissensbasierten Wirtschaft orientieren, wachstumspolitische Aspekte werden auch in die Neuausrichtung der Strukturpolitik eingehen;

- in den Beitrittsländern der EU ist offensichtlich, dass es zunächst darum gehen wird, die Wachstumskerne auszubauen;

- in der Schweiz hat die Neue Zürcher Zeitung [MK3] bereits „Abschied von den Bergregionen“ genommen, und der Schweizer Regionalökonom Frey sieht in der steigenden Abwanderung in die Städte begrüßenswerte gesamtwirtschaftliche Wachstumspotenziale, etwa wegen der dort vorhandenen besseren Bildungsmöglichkeiten;

- der momentan in Vorbereitung befindliche neue Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen des Bundes setzt verstärkt auf Metropolregionen und auf den Beitrag der

einzelnen Regionen zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum;

- in den neuen Bundesländern ist die Förderung von Wachstumskernen mittlerweile weit verbreitet;

- in Brandenburg wurde die Festlegung von Branchenschwerpunkten und damit verbunden regionalen Förderschwerpunkten vom Kabinett verabschiedet, was zu erheblichen Konflikten mit den Regionen geführt hat, die durch dieses neue Raster hindurch fallen;

- in Mecklenburg-Vorpommern wird eine Verwaltungsreform vorbereitet, in deren Rahmen die Zahl der immer stärker ausgedünnten Landkreise drastisch reduziert werden soll.

Dies sind nur einige Beispiele. Andere wirken eher indirekt: Wenn im kommunalen Finanzausgleich wie in Sachsen-Anhalt der Flächenfaktor gestrichen wird, verschärft das die Finanzlage der stark von Abwanderung betroffenen ländlichen Regionen weiter, und die momentan in der Diskussion befindliche Streichung der Eigenheimzulage oder der Pendlerpauschale werden erhebliche raumwirksame Konsequenzen haben. Nicht zuletzt werden neue politische Instrumente wie Public-Private-Partnership oder Förderwettbewerbe eher die starken Regionen begünstigen als die schwachen, weil sich in letzteren privat finanzierte Infrastrukturen nicht rechnen oder die Kapazitäten für ambitionierte und zukunftsweisende Innovationsprojekte nur begrenzt vorhanden sind.

Der europäische Kontext – was kommt nach 2006?

Während die genannten Trends in den neuen Bundesländern bereits seit einiger Zeit die raumrelevante Politik bestimmen, sind diese Trends in einem trotz aller Unterschiede regional eher ausgeglichener Bundesland wie Nordrhein-Westfalen bisher weniger zu spüren. Im Gegenteil: die weniger verdichteten Regionen haben in der Mehrzahl geringere Arbeitslosenquoten und auch günstigere Bevölkerungsprognosen als der Landesdurchschnitt. Strukturprobleme kumulieren in NRW vor allem noch immer im stark verdichteten Ruhrgebiet, drohen dort kleinräumig konzen-

triert umso massiver soziale Strukturen zu zerstören. Angesichts der finanziellen Schwierigkeiten des Landes stellt sich aber auch hier die Frage nach einer stärkeren Fokussierung der Strukturpolitik, wobei die Diskussion vor allem um die Bedeutung und Reichweite einer an Kompetenzfeldern bzw. Clustern ausgerichteten Strukturpolitik geführt wird. Zugespielt lautet die Frage: Sollen die strukturpolitischen Mittel wie bisher – oder womöglich noch stärker – auf die strukturschwachen Regionen vor allem im Emscher-Lippe-Raum konzentriert werden, oder soll eine an international herausragenden Wachstumsfeldern (unabhängig von regionalen Grenzen) ausgerichtete Strukturpolitik eine zentrale oder zumindest erheblich aufgewertete Rolle spielen?

Diese Frage stellt sich deshalb neu, weil die europäische Strukturpolitik bisher konsequent an Problemregionen gebunden war. Im Zuge der stärkeren Orientierung an den Lissabon-Kriterien [MK4] wird dies künftig – soviel wir bisher wissen – anders sein: Die strukturpolitischen Mittel der EU werden sich zwar auch weiterhin an den strukturschwachen Regionen [MK5] orientieren, die regionale Verteilung der Mittel innerhalb des Bundesländer wird aber nicht mehr von der EU-Kommission sondern von den Ländern festgelegt. Wie dies im Detail aussehen wird, das hängt sicher auch vom Abstimmungsprozess der Bundesländer untereinander ab – und hier ist die Interessenslage keineswegs einheitlich. Das „Fenster“ weg von einer administrativen Orientierung an Region hin zu einer funktionalen Orientierung an Themenfeldern scheint sich aber mit der neuen Förderperiode nach 2006 weit zu öffnen. In dieser Hinsicht sind vor allem die künftigen Ziele 2 und 3 [MK6] der europäischen Strukturpolitik für die deutschen Förderregionen besonders wichtig: Das künftige Ziel 2 stellt Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in den Mittelpunkt, und das geplante Ziel 3 setzt auf grenzüberschreitende und transnationale Kooperation. In beiden Fällen wird die Orientierung an Clustern eine deutlich größere Rolle spielen als bisher: Im Rahmen von Ziel 2 durch die Unterstützung der Entwicklung von Clustern als regionale Wachstumskerne, im Rahmen von Ziel 3 durch die Unterstützung von Clustern in unterschiedlichen Regionen Europas. Um die Möglichkeiten und Grenzen einer stärkeren Orientierung der Strukturpolitik an Clustern [MK7] auszuloten, sind zunächst

zwei Fragen zu klären: Wie unterscheidet sich der Clusteransatz von dem bisherigen, an der Entwicklung endogener Potenziale orientierten Ansatz in der Strukturpolitik? Und: Was kann von dem Clusteransatz realistisch erwartet werden?

Bei einem Cluster handelt es sich um die regionale Konzentration von Unternehmen, die unterschiedliche Funktionen einer Wertschöpfungskette abdecken. Zu diesen Funktionen gehören Produktion, Zulieferung, Marketing, Forschung und Entwicklung, spezialisierte Dienstleistungen usw. Cluster zeichnen sich dadurch aus, dass sie besonders günstige Voraussetzungen für Innovationen bieten. Im Rahmen der Strukturpolitik wird ein auf Cluster ausgerichteter Ansatz häufig, wie etwa in Nordrhein-Westfalen, als Kompetenzfeldansatz verstanden. Diesem Ansatz liegt ein strategisches Verständnis zu Grunde, das stärker vom möglichen Potenzial eines Clusters als vom Ist-Zustand geprägt wird.

Strukturpolitisch sind Cluster deshalb interessant, weil zu einem bestimmten Zeitpunkt eine eigendynamische, also sich selbst verstärkende Entwicklung einsetzt bzw. einsetzen kann. Umstritten ist, wann der Punkt erreicht ist, an dem eine derartige eigendynamische Entwicklung beginnt. Cluster sind mehr als ein Nebeneinander der Funktionen: Nur wenn es zu Beziehungen zwischen den zum Cluster gehörenden Unternehmen und Einrichtungen kommt, kann die genannte Eigendynamik zur Geltung kommen. Es handelt sich bei diesen Interaktionen um direkte Kontakte zwischen den Beteiligten (insbesondere die Innovationskonkurrenz spielt eine zentrale Rolle), die gerade auch in Zeiten von Globalisierung an Bedeutung gewinnen. Dies liegt daran, dass formalisierte Informationen mittlerweile zeitnah weltweit verfügbar sind und dass gerade deren Unübersichtlichkeit erheblich zur Unsicherheit beiträgt, die im Innovationsprozess ohnehin groß ist. Räumliche Nähe und damit die Möglichkeit unmittelbarer Kontakte können dazu beitragen, diese Informationen zu beurteilen bzw. einzuschätzen, und damit die Unsicherheit zu reduzieren.

Von der Entwicklung endogener Potenziale zum Clustermanagement

Die nachfolgende Tabelle stellt die bisherige und die an Clustern orientierte Strukturpolitik gegenüber. Eine an endogenen Potenzialen orientierte Strukturpolitik konzentrierte die Mittel auf strukturschwache Regionen, die zu diesem Zweck umfassende Handlungskonzepte im Konsens entwickelt haben [MK8]. Der Clusteransatz konzentriert sich auf Regionen mit zumindest national, wenn nicht international herausragenden sektoralen Konzentrationen und Kompetenzen. Da es immer nur wenige herausragende Standorte in einem Sektor (bzw. innerhalb einer Wertschöpfungskette) geben kann, ist

dieser Ansatz per se nur für ausgewählte Regionen, nicht als flächendeckendes Konzept geeignet.

Weiterhin lassen sich Cluster nicht im Konsens „vereinbaren“ oder seitens des Landes oder des Bundes „verteilen“ (etwa in Form von Masterplänen). Cluster können in etablierten Wertschöpfungsketten vorhanden sein oder nicht, dies ist eine empirische Frage und keine Frage des politischen Willens. Oder das Potenzial für Cluster kann vorhanden und entwicklungsfähig sein, auch dies lässt sich erkennen, wenn auch nicht immer sicher prognostizieren. Cluster können nicht aus dem Nichts heraus aufgebaut werden, zumindest nicht in marktwirtschaftlichen Gesellschaften, sondern werden von den Aktivitäten der Unternehmen getragen.

Cluster orientieren sich nicht an administrativen Grenzen, sondern an wirtschaftlichen Räumen. Diese können Teile einer Stadt (etwa ein Technologiepark) sein, es kann eine Stadt sein, in der Regel handelt es sich aber um eine Region. Clustermanagement muss sich daher von den traditionellen Grenzen der Wirtschaftsförderung lösen und ist, wie unsere Untersuchungen zeigen, nicht zufällig international dort besonders erfolgreich, wo es durch eigens hierfür zuständige Organisationen [MK9] erfolgt. Weiterhin haben sich Cluster international innerhalb einer Wertschöpfungskette zu verorten, entsprechend weltweit offen muss auch Clustermanagement ausgerichtet sein, während die Entwicklung endogener Potenziale eher binnenorientiert war. Nicht zuletzt resultiert die Dynamik von Clustern nicht in erster Linie aus Kooperationen, sondern aus Innovationskonkurrenz und informellen Kontakten, also von Interaktionen, die politisch kaum zu gestalten sind.

Diese Unterschiede zwischen den beiden Konzepten haben weitreichende Konsequenzen für deren Umsetzung. Bevor darauf

eingegangen wird, soll zunächst der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer an Clustern orientierten Strukturpolitik nachgegangen werden.

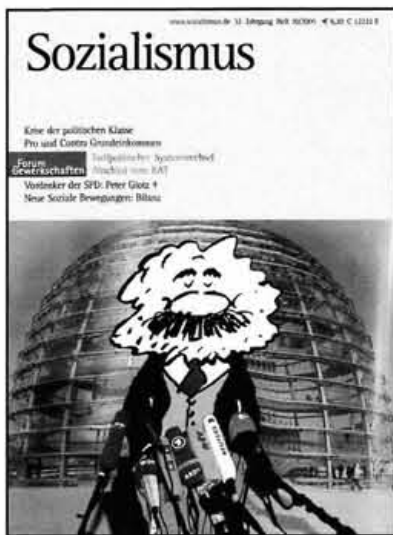
Clusterpolitik – Möglichkeiten und Grenzen
Um die Möglichkeiten und Grenzen von Clusterpolitik zu verdeutlichen, erscheint es sinnvoll, sich den Lebenszyklus von Wertschöpfungsketten vor Augen zu halten. Stark vereinfacht lassen sich drei Phasen unterscheiden: In der ersten Phase sind die Kompetenzen für eine neue Wertschöpfungskette breit gestreut. Egal ob es sich um technologische Profile von Hochschulen oder um einzelne Unternehmen handelt: es lässt sich nicht vorhersagen, welcher Standort erfolgreich sein und Cluster herausbilden wird. In der Regionalwissenschaft steht hierfür der Ausdruck „kleine Ursachen und große Folgen“. Clusterpolitik wäre in dieser Phase auch deshalb nicht angebracht, weil unsere Prognosefähigkeit zu gering ist, um vorauszusagen, wann sich welche wirtschaftlichen Entwicklungen mit welchen Innovationspfaden durchsetzen werden.

Interessanter ist die zweite Phase, wenn eine neue Wertschöpfungskette erkennbar ist. In dieser Phase ist zwar keine sichere Prognose möglich, aber es lassen sich günstige Ausgangsbedingungen erkennen. In dieser Phase geht es darum, die Trends und die hierfür wichtigen Potenziale rechtzeitig zu erkennen, Raum für deren Entwicklung zu geben, die notwendigen Infrastrukturen (etwa spezifische Laborflächen für bio- oder nanotechnologische Unternehmen) bereit zustellen, evtl. fehlende Kompetenzen gezielt zu entwickeln oder zu akquirieren und/oder durch Leitprojekte die Entwicklung zu beschleunigen. Es geht also darum, ein passendes Umfeld zu gestalten. Im günstigen Fall können einzelne Einrichtungen – etwa ein

Tabelle 1: Neuorientierung der Strukturpolitik – Ansätze im Vergleich

	Endogene Regionalentwicklung	Clustermanagement (Stärken stärken)
Leitziel	Nachhaltige Regionalentwicklung	Regionale Wachstums- und Innovationskerne
Bezugspunkt	Geografisch (auf Basis von Indikatoren abgegrenzte Fördergebiete)	Funktional: wirtschaftliche Verflechtungsräume
Reichweite	Flächendeckend	Clusterregionen
Steuerungsebene	Regionaler Konsens	Professionelles Clustermanagement
Strategische Ausrichtung	Umfassende Entwicklung regionaler Potenziale	Unterstützung von überregional her- ausragenden regionalen Kernen
Überregionale Einbindung	Stark binnenorientiert	Knoten in einem globalen Netz
Interaktion	Kooperation	Kooperation und Konkurrenz

www.sozialismus.de



Joachim Bischoff/Björn Radke: Von der rot-grünen Krise zur Krise der politischen Klasse; Christoph Lieber: Wozu eine Linkspartei? Richard Detje: Rifondazione! Neugründung der deutschen Linken; Joachim Bischoff: Aufstieg und Fall von Paul Kirchhof.

Katja Kipping/Ronald Blaschke: »Und es geht doch um ...« – das Gespenst des Grundeinkommens; Daniel Kreutz: »Bedingungsloses Grundeinkommen«. Verwirrung, Fallen und Legenden; Joachim Bischoff/Julia Müller: Nische Grundeinkommen oder Aufhebung der Entfremdung? Michael Opielka: Zweite Deutsche Einheit. Parteienformierungen und das politische Projekt Wohlfahrtsstaat

Richard Detje/Otto König: Wendepunkte und Systemwechsel im Tarifsystem; Michael Wendt: Öffentlicher Dienst – Abschied vom einheitlichen Entgeltniveau? Ingo Schmidt: Exportweltmeister träumt von der Sozialpartnerschaft

John P. Neelsen: In Opposition zum globalen Kapitalismus. Die Neuen Sozialen Bewegungen

Joachim Bischoff/Michael Wendt: Vordenker der SPD – P. Glotz; Peter Glotz: Gramsci und die Europäische Linke

Buchbesprechungen zu Christa Luft, Judith Auer und Klaus Steinitz

Hasko Hüning/Julia Müller:
»Land of the Dead« (Filmkritik)

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Fax 040/280 505 68

e-Mail: redaktion@sozialismus.de

Forschungs- oder Anwendungszentrum oder ein herausragendes Leitprojekt – als Katalysator wirken. Auch hier besteht noch ein gewisses Maß an Unsicherheit. In der Regionalwissenschaft wird gesagt, dass es darum geht, »Fenster«, die sich immer nur für einen begrenzten Zeitraum öffnen, rechtzeitig zu erkennen. Die Unsicherheit lässt sich reduzieren, aber nicht vermeiden. Trotz dieser Schwierigkeiten ist eine Konzentration der strukturpolitischen Mittel auf wenige Regionen in dieser Phase notwendig, denn ein breite Streuung der auf Cluster bezogenen Aktivitäten hätte zur Folge, dass die Kompetenzen breit verteilt bleiben, Clusterbildung damit erschwert wenn nicht konterkariert wird.

Die dritte Phase tritt ein, wenn das Wachstum der Wertschöpfungskette zum Erliegen kommt und die Innovationen in erkennbaren Pfaden erfolgen. Obwohl die Beschäftigungsentwicklung tendenziell stagniert, kann es dennoch sinnvoll sein, in dieser Phase Clustermanagement zu betreiben, da es sich auch hier um dynamische Entwicklungen handeln kann. Die Automobilindustrie ist z.B. noch immer der Vorreiter bei elektronischer Steuerung und neuen Werkstoffen. Die Chemische Industrie positioniert sich nach der Ausgliederung der Pharmazie grundlegend neu in Richtung Spezialchemikalien. In der Textilindustrie haben industrielle Textilien immer stärker an Bedeutung gewonnen. Wichtig für eine erfolgreiche Clusterpolitik ist daher nicht das Wachstum einer Wertschöpfungskette an sich, sondern deren Veränderungsdynamik. Hinzu kommt, dass in den etablierten Clustern wesentlich mehr Menschen beschäftigt sind als in den neuen Clustern, und dies wird auch auf absehbare Zeit so bleiben. Clusterpolitik in dieser Phase wird daher nicht unbedingt zum Beschäftigungswachstum beitragen, kann aber einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Erhalt der Innovationsfähigkeit der Cluster und damit zur nachhaltigen Beschäftigungssicherung leisten.

Clusterorientierung in der Strukturpolitik – Rahmenbedingungen

Selbstverständlich handelt es sich bei den vorstehenden Ausführungen um idealtypische Überlegungen, die in der Praxis vielfach modifiziert werden. So kann es aus Sicht eines Bundeslandes strategisch sinnvoll sein, thematische Schwerpunkte festzulegen und die hierfür zentralen Cluster zu unterstützen. Umgekehrt kann es sich für eine Region als sinnvoll erweisen, eine regionale Leitbranche auch dann zu unterstützen, wenn es sich nicht um einen Cluster handelt, also die relativen regionalen Stärken weiter zu entwickeln. Problematisch wird es dann, wenn Clusterpolitik flächendeckend ausufert, also wenn etwa jede Region meint, möglichst viel Cluster für sich reklamieren zu müssen, weil sie sich davon Fördermittel erhofft und/oder

weil sie Angst hat, in einem potenziellen Wachstumsfeld nicht präsent zu sein. Strukturpolitisch hat dies zur Folge, dass die Gießkanne durch die Hintertür wieder eingeführt wird und sich nirgends die teilweise stark überzogenen Erwartungen an eine Clusterentwicklung realisieren lassen. Wachstumspolitisch hat das in letzter Konsequenz zur Folge, dass die für Clusterbildung erforderlichen Ressourcen derartig breit gestreut sind, dass nirgends mehr die Dichte oder kritische Masse für eine eigendynamische Clusterentwicklung erreicht wird.

Eine stärkere Orientierung der Strukturpolitik an Clustern hat also sowohl die je nach Cluster unterschiedlichen Möglichkeiten wie auch die Grenzen zu berücksichtigen. Hierbei wird oft vergessen, dass es sich bei dem Clusteransatz um einen strukturpolitischen, nicht um einen makroökonomischen Ansatz handelt. Cluster können dann als Katalysatoren oder Motoren einer Wachstums- und Innovationsdynamik dienen, wenn sie in ein entsprechendes gesamtwirtschaftliches (und im Übrigen auch in ein innovatives regionales) Umfeld eingebettet sind. Nur dann ist eine von den Clustern ausgehende Dynamik denkbar, die auch positive Impulse für die gesamte Wirtschaft, und damit auch für strukturschwache Regionen hervorbringt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Clusteransatz für ein bestimmtes Wachstumsmodell steht: Es geht um qualitative Wettbewerbsvorteile, die auf Kompetenzvorteilen beruhen: etwa die Kompetenzen der Beschäftigten, die Kompetenzen der Betriebe für Innovation und Marktentwicklung wie auch die Kompetenzen zur zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit in Netzwerken, die technischen und wissenschaftlichen Kompetenzen, wie auch die Kompetenzen, diese in neue Produkte und Dienstleistungen umzusetzen. Vor diesem Hintergrund greift auch eine wirtschaftspolitische Debatte zu kurz, die vor allem auf den regulativen Rahmen und auf die Kosten fixiert ist und dabei die Frage nach Innovationen, neuen Organisations- und Dienstleistungskonzepten und nach neuen Märkten vernachlässigt. Anforderungen an ein professionelles Clustermanagement

Die Unterstützung von Clusterentwicklung kann dann positive Effekte haben, wenn sie professionell erfolgt [MK10]. International vergleichende Untersuchungen haben gezeigt, dass ein effektives Clustermanagement unbedingt notwendig ist und dass erfolgreiches Clustermanagement nicht nebenbei aufgebaut werden kann. Wesentliche Aspekte für ein erfolgreiches Clustermanagement sind:

- Eine realistische Einschätzung der Position innerhalb der jeweiligen Wertschöpfungskette und der kommenden Veränderungen innerhalb der Wertschöpfungskette, und davon ausgehend: realistische Zielsetzungen;

- ein kontinuierliches Monitoring, wie etwa vor allem in englischen Regionen praktiziert, das gerade angesichts der nie ganz auszu-schließenden Unsicherheit über effektive Veränderungen Auskunft geben kann;
- eine wachsende Beteiligung der Unternehmen an der Finanzierung des Cluster-managements, was international vor allem in Österreich erfolgreich praktiziert wird;
- eine Offenheit nach Außen: Cluster nur aus der Binnenperspektive zu entwickeln liefe Gefahr, die künftigen Herausforderungen zu verschlafen (Lock-in-Effekte). Vor allem auf interne Verflechtungen oder gar Abschot-tungen zu setzen, wäre eine kaum noch zeit-gemäße regionale Neuauflage merkantilisti-scher Strukturpolitik.

Eine derartig konsequente Strategie ist auf-wändig, sie setzt voraus Prioritäten zu definie-ren. Wenn die strukturpolitische Strategie ge-rade in den Regionen mit den größten wirt-schaftlichen Problemen darin besteht, dass man es sich nicht leisten kann, irgendein Wachstumspotenzial auszulassen, dann ist Clusterpolitik fehl am Platz, dann ist weiter die Gießkanne angebracht, wobei aber offen-sichtlich ist, dass das zu verteilende Volumen immer geringer wird. Wenn es darum geht, trotz immer bleibender Unsicherheit über wirtschaftliche Entwicklungen die knappen Ressourcen strategisch auszurichten, dann ist eine Clusterorientierung, konsequent und professionell umgesetzt, ein sinnvolles Ele-ment einer modernen Strukturpolitik.

Clustermanagement in der Strukturpoli-tik – Konsequenzen für Förderschwer-punkte

Damit ist auch deutlich, dass Clusterorientierung nicht die einzige strategische Ausrich-tung in der Strukturpolitik sein kann. Cluster-politik wird in ein umfassendes strukturpoli-tisches Konzept einzubetten sein, wobei bottom-up und top-down Elemente, regio-nale Schwerpunkte und thematische Wachs-tumsfelder auszubalancieren sind. Dies kann nicht dadurch erfolgen, wie gelegentlich dis-kutiert wird, dass alle Instrumente oder Maß-nahmen der Strukturpolitik nun auf Cluster ausgerichtet werden. Hiergegen spricht die bereits genannte Unsicherheit über künftige Entwicklungen, ebenso instrumentelle Pro-bleme der Abgrenzung, da die Zusammen-setzung eines Clusters sich von Region zu Region entscheidet. Nicht zuletzt würde durch einen derartigen umfassenden Ansatz der Druck, förderpolitisch Cluster zu definie-ren, für die Regionen noch größer als bisher. Von daher erscheint es sinnvoll, unterschied-liche Schwerpunkte der Strukturpolitik zu unterscheiden und diese mit spezifischen In-strumenten umzusetzen. Vier Schwerpunkte lassen sich unterscheiden:

Erstens: Für die Umsetzung der Clusterpolitik erscheint es zum einen sinnvoll, auf Landese-bene strategische Schwerpunkte zu definie-ren und hierauf bezogen Cluster zu unterstüt-



zen. Ein derartiges Vorgehen ist selektiv und kann nicht alle regionalen Schwerpunkte und Besonderheiten berücksichtigen. Von daher ist es überlegenswert, ergänzend regionale Leitbranchen, also die oben genannten rela-tiven Vorteile, in ihrer Vernetzung zu unterstüt-zen. Wichtig wären in beiden Fällen klare Vor-aussetzungen, etwa durch Zielvereinbarun-gen, festgelegte Zielkorridore und ein profes-sionelles Clustermanagement. Clusterpolitik in diesem Sinne wäre als Anschubfinanzierung zu verstehen, wobei festzulegen ist, in welchem Zeitraum wie viel Selbstfinanzierung anzustreben ist. Inhaltlich reicht das Spektrum dann von Forschungs- und Anwen-dungszentren über strategische marktnahe Projekte bis hin zur Entwicklung der für das Cluster notwendigen Kompetenzen.

Zweitens: Daneben wird immer ein Teil des Instrumentariums der Strukturpolitik flä-chendeckend und themenunspecifisch sein. Hierzu gehören die Arbeitsmarktpolitik, die Förderung von kleinen und mittleren Unter-nehmen etwa durch Beteiligungskapital oder den Aufbau von Netzwerken oder die Gründungsförderung. Mit derartigen Maß-nahmen sind in den vergangenen Jahren umfangreiche Erfahrungen gemacht worden, und hier wird es in erster Linie darum gehen, auf der Basis teilweise vorliegender, teilweise noch zu erstellender Evaluierungen zu entscheiden, welche dieser Maßnahmen unter Kosten/Nutzen Gesichtspunkten sich als besonders effektiv erwiesen haben.

Drittens: Besonders gefährdete struktur-schwache Regionen werden von den ersten beiden Maßnahmen am wenigsten profitie-ren. In vielen Regionen in den neuen Bunde-sländern ist das Potenzial für Cluster bestenfalls in Ausnahmefällen vorhanden, in „alten“ Industrieregionen sind kleine und mittlere Unternehmen oder Gründungs-po-

tenzial stark unterdurchschnittlich vertreten. Regionale Strukturpolitik zieht ihre Legiti-mation aber in erster Linie aus der aus-gleichspolitischen Zielsetzung (auf europäi-scher Ebene noch stärker als auf Bundesebene), [MK11] von daher dürfen strukturschwa-che Regionen nicht ihrem Schicksal überlas-sen werden. Wichtig erscheint es, in diesen Regionen räumlich geballte Krisenkreisläufe und soziale Brandherde zu vermeiden und einen Rückbau der Infrastruktur aktiv zu ge-stalten. Dies ist deshalb wichtig, weil eine In-frastruktur bei stark rückläufiger demogra-phischer Entwicklung nicht einfach weniger Infrastruktur heißt, sondern neue Nutzungskonzepte erfordert, um eine hohe Versor-gungs- und Lebensqualität sowie [MK12] den Anschluss an die gesamtgesell-schaftlichen Entwicklungen zu sichern. Er-fahrungen mit einem solchen Ansatz wur-den in verschiedenen Programmen für ge-fährdete Stadtteile, zur lokalen Ökonomie oder zum Stadtbau gemacht und könn-ten für einen entsprechenden strukturpoli-tischen Schwerpunkt neben der Unterstüt-zung von Clustern und flächendeckenden Maßnahmen [MK13] genutzt werden.

Viertens: Oben wurde darauf hingewiesen, dass Strukturpolitik auf passende Rahmenbe-dingungen angewiesen ist. Bildung und Le-bensqualität, moderne Infrastrukturen oder auch innovative regionale Kulturen gehören zu diesen Rahmenbedingungen. Sie sind strukturpolitisch wichtig, sollten aber keinesfalls nur hinsichtlich ihrer strukturpoli-tischen Bedeutung diskutiert und unterstützt werden. Bildung und Lebensqualität sind ebenso wie moderne Infrastrukturen gesell-schaftlich zentrale Felder, die sich nur dann umfassend entwickeln können, wenn sie ih-ren eigenen Stellenwert und die hierfür not-wendigen Freiräume behalten.

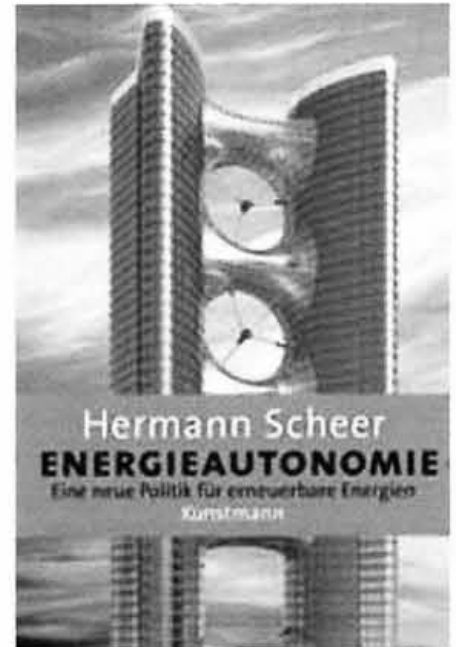
Energieautonomie

Hermann Scheer: Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien, Verlag Kunstmann, ISBN 3-88897-390-2, Euro 19,90. 315 Seiten

Die Entstehung der Großindustrie, damit die zentrale Versorgung vieler Menschen mit lebenswichtigen Konsumgütern, war ohne Elektrizität nicht möglich. Die Dampfkraft, die zu Marx Zeiten die Muskelkraft und Wasserkraft beim Antrieb der Maschinen in den sich bildenden Fabriken ersetzte und mit deren Kraft Eisenbahnen Waren und Rohstoffe transportierten, war erst, was Marx noch nicht wissen konnte, die Vorstufe zur tatsächlichen Großproduktion, die erst mit Elektrizität möglich wurde. Großproduktion war für Lenin die Voraussetzung, um die russische Kleinproduktion zu überwinden, entstehe doch mit der Kleinproduktion die privatisierte Schollenmentalität der Menschen, die den Sozialismus verhindere. So entstand sein Slogan Kommunismus sei „Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“. Nur die Elektrifizierung Russlands führe zur Großproduktion, ohne die Kommunismus nicht möglich sei. Jedes Kraftwerk sollte für Lenin zu einer „Stätte der Aufklärung“ werden, durch die der vereinzelt Bauer ein gattungsmäßiges Bewusstsein erlangen sollte. Hermann Scheer steht sicher in der Tradition dieser Aufklärer, ohne jedoch Leninist zu sein. Sein Buch ist ein gekonnter Angriff gegen die Energiekonzerne, für die Elektrizität Machtinstrument geworden ist. Wir haben in Europa „sieben Stromerzeuger, die 60 Prozent der Produktion, 70 Prozent des gesamten europäischen Netzes und 95 Prozent des Stromausgleichs in Europa kontrollieren.“ Die Großproduktion und die Elektrifizierung Europas sind heute Realität. Anders als zu Zeiten von Marx oder Lenin ist ein gesellschaftlicher Fortschritt nicht per se mit Elektrifizierung verbunden, sondern, so Scheer, nur die ausschließliche Nutzung der erneuerbaren Energien, kann ein vernünftiges Verhältnis von Mensch und Natur schaffen. Nur erneuerbare Energien verhindern die Abhängigkeit der Menschen von den Stromkonzernen, für die eine zentrale Stromproduktion aus Atom-Kohle-Öl oder Gas und dessen zentrale Verteilung im Mittelpunkt steht. „Die Weltkonzerne der Mineralölwirtschaft fördern große Teile ihres Erdöls auf der Basis entsprechender Förderlizenzen selbst, sie unterhalten die Pipelines und Raffinerien, organisieren die Verteilung und monopolisieren die Tankstellen.“ Die zentrale Produktion und Verteilung von Strom ist zu einem doppelten Rückschritt geworden. Einmal wird die Natur, deren Teil der Mensch ja immer ist, durch die fossile Energienutzung zerstört, die ja nicht nur eine globale Klimaveränderung hervorrufen, sondern auch lokale und regionale Luft-, Wasser-, Boden- und Waldschäden.“ Zum anderen führt der Zentralismus der Energiekonzerne zu einer Abhängigkeit vieler Millionen von Men-

schen, von Staaten und ganzer Kontinente. Dagegen setzt Hermann Scheer die „Energieautonomie“. Er setzt auf lokale und regionale Energiekonzepte, die sich ausschließlich in einem breiten Mix, angepasst an die geografische Situation, aller erneuerbaren Energiequellen bedienen. „Die autonome Energiebereitstellung, die nur mit erneuerbaren Energien für alle möglich ist, ist kein Notbehelf, sondern die generelle Perspektive.“ Überzeugend zeigt der Autor, dass diese Autonomie nicht nur eine wichtige Grundlage tatsächlicher Demokratie ist, sondern dass die erneuerbaren Energien den Strombedarf aller Menschen und der Produktionen mühelos liefern können. „Wenn es statt um Strombedarf um den Bedarf für Heiz- oder Kühlenergie geht, ist die direkte Nutzung der Solarwärme die denkbar effizienteste Möglichkeit. Geht es um Kraftstoffe für mobile Verkehrssysteme, haben die dezentral erzeugten und vermarkteten Biotreibstoffe einen klaren Systemvorteil gegenüber Wasserstoff, wenn zu dessen Verfügbarmachung mehr technische Umwandschritte nötig sind.“

Verblüffend ist die Einfachheit, mit der der Autor besonders den kundigen Leser davon überzeugt, dass es keine gigantischen Speicher für die Sonnen- oder Windkraftenergie bedarf, denn „Energiespeicherung ist immer dann notwendig, wenn es keine Gleichzeitigkeit zwischen Energiegewinnung und –nutzung gibt. In einem stark zentralisierten und internationalisierten atomar-fossilen Energieversorgungssystem ist diese Gleichzeitigkeit prinzipiell nicht möglich.“ In der Energiepolitik gehe es nicht um Integration aller Energiequellen, sondern um Autonomie, denn Integration bedeute immer die Dominanz der fossilen Energiequelle. Scheer setzt sich nicht nur kritisch mit den internationalen Abkommen, wie dem „Kyoto-Syndrom“, sondern auch mit der Anti-AKW-Bewegung der siebziger und achtziger Jahre, auseinander, die er zwar als „treibende Kraft für erfolgte Aufbrüche zu erneuerbaren Energien“ begreift, die aber lediglich „Energievermeidungsstrategien“ verfolgt habe, was zwar nicht falsch sei, aber nicht den historischen Erfordernissen entspreche, die einen „Mentalitätswechsel“ verlangten, der klar „Ja“ zu den erneuerbaren Energien sage. „Dezentralisierung statt Globalisierung“, lautet des Autors Motto, mit dem er einen wichtigen Weg aus der Ohnmacht beschreitet, die das Gerede über die Dramen der Globalisierung so mit sich bringt. Diese „Dezentralisierung“ bedeutet Demokratisierung von Energiepolitik und macht den Menschen wieder zum handelnden Subjekt der eigenen Geschichte. Dieser Weg, dessen ist sich Scheer bewusst, ist ein sehr konfliktreicher, der, weder auf revolutionärem Weg noch durch Versuche der Reformierung des vorhandenen Energiesystems stattfinden“ könne. Er glaubt, dieser neue Weg könne durch „einen evolutionären Prozess des vitalen Anwachens neuer Formen der Energiegewinnung-



und Nutzung neben den verwekenden atomaren und fossilen Energien“ beschränkt werden. Wenn immer mehr Kommunen, was in Spanien immer häufiger geschieht, statt ihre Stadtwerke zu privatisieren zum Bestandteil dieser Evolution werden lassen und immer mehr Hausbauer sich dieser Evolution anschließen würden, käme das überholte fossile Konzept ins Schleudern. Der Autor geht mit dieser evolutionären Strategie allerdings an einer Frage vorbei: Warum klammert sich die heutige Großproduktion so vehement an die atomar-fossilen Energiequellen? Es scheint doch so zu sein, dass, um mit Marx zu schließen, die Produktionsverhältnisse des heutigen Kapitalismus viel zu eng geworden sind, um so fortschrittliche Produktivkräfte ganz nach vorne zu bringen, wie sie bereits in modernen Solar- und Windkraftanlagen, aber auch in Automobilmotoren existieren, die ohne Co₂-Ausstoß unmittelbar mit landwirtschaftlichen Produkten verbunden werden könnten. Die Spezialisierung der Arbeit und der Arbeitsteilung, die mit der Großproduktion entstanden, entfremdeten den Menschen immer mehr vom gattungsmäßigen Tun seines Handelns. Egoistische Interessen bestimmen die Ökonomie der Konzerne, die kein aufklärerisches Motiv treibt. Weshalb noch immer geglaubt wird, der Strom komme aus der Steckdose und eben nicht aus einer ganz bestimmten Aneignung der Naturstoffe und –kräfte durch den Menschen. Die kapitalistischen Energiekonzerne sind Konglomerate vieler, oft, wie bei der Eon, tausender Industriebank- und Versicherungsbetriebe, die nur eines interessiert: wie akkumulieren wir am besten den angeeigneten Mehrwert der entfremdet arbeitenden Menschen. Die Energieautonomie ist daher ein wichtiger Teil des Kampfes um Emanzipation von diesen Profitgiganten.

Jürgen Meier, Hildesheim

Vetruuensleute im DDR-Betrieb

Renate Hürtgen, *Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute im DDR-Betrieb*, Böhlau-Verlag Köln/Weimar/Wien 2005, 353 S., ISBN 3-412-14205-0, Eur 42,90

Über die Rolle des FDGB allgemein wurde schon verschiedentlich geforscht, in aller Regel sind dabei die Mitglieder des hauptamtlichen Funktionärskörpers die Akteure. In dieser Untersuchung nun geht es um die ehrenamtlichen Funktionäre, also diejenigen auf der untersten Ebene der Gewerkschaftshierarchie, die aber den engsten Kontakt zur Basis haben. Die Berliner Historikerin Renate Hürtgen, die aus der Bürgerrechtsbewegung kommt und während der „Wende“ an der Gründung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung beteiligt war, hat in den letzten Jahren zahlreiche Arbeiten über Betriebe in der DDR vorgelegt. Auch dieses Buch, basierend auf umfangreichen Archivstudien und zahlreichen Interviews mit ehemaligen Vertrauensleuten, ist äußerst kenntnisreich geschrieben. Die Autorin verfügt über einen bewunderungswürdigen Überblick über den Forschungsstand, nicht nur zum Thema Arbeiterschaft und Betrieb, sondern über einen erheblichen Teil der DDR-Forschung. Das Buch ist gut zu lesen und bietet nicht nur Außenstehenden eine Fülle höchst interessanter neuer Erkenntnisse.

In einer ausführlichen Einleitung wird der Untersuchungsgegenstand in dreierlei Hinsicht kontextual eingeteilt; erstens in den Problemkreis ehrenamtliche Tätigkeit allgemein und gewerkschaftliches Ehrenamt im besonderen, das ja keine DDR-Besonderheit war, zweitens und darauf liegt der Hauptakzent – in den Komplex ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre im Rahmen betrieblicher Herrschaftspraxis in der DDR und drittens in Bezug auf die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Autorin schildert in drei Kapiteln, wie sich Rolle und Funktion der Vertrauensleute von den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts (Kapitel 1) über die siebziger und achtziger Jahre (Schwerpunkt der Untersuchung in Kapitel 2) bis hin zur Zeit der „Wende“ (Kapitel 3) verändert haben. Das ist beileibe kein gradliniger Prozess und im Buch höchst spannend zu verfolgen. Zieht sich auch durch die gesamte Arbeit die nicht eigentlich überra-

schende Grundaussage von dem geringen Handlungsspielraum der Vertrauensleute wie ein roter Faden, so beschreibt Renate Hürtgen doch sehr differenziert, vorsichtig und präzise, wie sich ihre Kompetenz und Funktion doch jeweils veränderte und wie sich auch die Erwartungshaltung der Belegschaft an diese Funktionäre veränderte. Sie nur als „Funktionäre ohne Funktion“ zu bezeichnen, wäre zu einfach, schreibt die Autorin. Daß die Gewerkschaften in der DDR keine echte Interessenvertretung darstellten, vielmehr Transmissionsriemen der SED waren, ist bekannt. Daß „er (der Vertrauensmann, die Rez.) als ehrenamtlicher Funktionär Teil einer Organisation (war), die neben der Partei und der staatlichen Leitung das Dreigestirn der Macht im DDR-Betrieb bildete“ (S. 324) und damit, wenn auch als „ganz kleines Licht“ zum Herrschaftsapparat gehörte, wird detailliert herausgearbeitet. „Der genauere Blick“ (S. 324) von Renate Hürtgen fördert aber scheinbar Paradoxes zutage: Die Vertrauensmänner und -frauen büßten zwar in den 70er und 80er Jahren im Vergleich zu den 50er Jahren, als „der gewerkschaftliche Vertrauensmann hier und da noch seiner traditionellen Funktion als Interessenvertreter nachkommen“ wollte (S. 266), noch stärker an Bedeutung. Dennoch hatten sie eine Funktion, die „auf ihre spezifische Weise gleichermaßen Herrschaftsanliegen transportierte und Belegschaftsinteressen vertrat.“ (S. 324). – Man sieht, mit dem Holzhammer arbeitet diese Autorin gewiß nicht. Es geht bei ihr um Nuancen, nicht um Schwarz-Weiß-Malerei. – Was dieses schier Unmögliche ermöglichte, war eine Kompetenz, die von den Vertrauensleuten erwartet wurde und die ihnen die Wertschätzung auch von „denen da unten“ einbrachte, nämlich, „das Vermögen, Konflikte abzuwenden und eine störungsfreie, harmonische Atmosphäre herzustellen.“ (S. 191) „Querulanten“ waren unten und oben unbeliebt. In den 80er Jahren hatte „betriebliches Konfliktverhalten keinen Platz mehr.“ (S. 193). Die soziale Kompetenz, ein freundliches Klima zu verbreiten, sich der persönlichen Probleme von Kolleginnen und Kollegen anzunehmen, sich um die Schwächeren in der sich sozial ausdifferenzierenden DDR-Gesellschaft zu kümmern, galt und gilt als „weibliches Arbeitsvermögen“, weshalb sich unter den Vertrauensleuten in der späteren DDR zunehmend Frauen finden. – Deswegen ist es irritierend, wenn im Text hauptsächlich der Begriff „Vertrauensmann“ benutzt wird. – Hoch interessant ist der Befund, daß für einen kurzen Zeitraum während der „Wende“

Der so sachlich daher kommende Titel erweist sich schon bei der Lektüre weniger Seiten als eine bresante und spannende Lektüre, die der neoliberalen Durchdringung aller gesellschaftlichen und politischen Bereiche Leben einhaucht und Gesicht gibt.

Werner Rügemer, Philosoph, Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln ist Herausgeber so-



den bis dahin machtlosen ehrenamtlichen Funktionären – zumindest in einigen Gewerkschaften – neue Bedeutung zuwuchs. Während der hauptamtliche FDGB-Apparat lediglich mit der Sorge um seinen eigenen Machterhalt beschäftigt war und keinen Kontakt zur gewerkschaftlichen Basis hatte, wurden die Vertrauensleuterversammlungen „während einiger Wochen zu den höchsten Entscheidungsgremien der Belegschaften.“ (S. 315)

Vertrauensleute „zwischen Disziplinierung und Partizipation“ – so der Titel des Buches. Sie disziplinierten andere – sowohl durch Kontrolle als auch durch harmonisierende Konfliktvermeidung – und wurden selbst diszipliniert, wenn sie sich zu konfliktbereit verhielten. Teilhabe an Entscheidungen hatten sie bis auf einen kurzen historischen Moment während der Umbruchphase nicht. Auch wenn an einigen Stellen Redundanzen auszumachen sind und man gelegentlich den Eindruck hat, die ehrenamtlichen Funktionäre treten in der Darstellung hinter den hauptamtlichen FDGB-Funktionären in den Hintergrund – was sicher ein methodisches Problem darstellt –, so schmälert das das Lesevergnügen in keiner Weise. Leser und Leserin erfahren aus kompetentem Munde viel Unbekanntes über die betriebliche Realität in der DDR, zu der auch die Aktivitäten der Stasi gehörten, die in dem vorliegenden Buch nicht unterschlagen werden..

Renate Meyer-Braun (Bremen)

Die Berater – Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft

Werner Rügemer (Hrg.): *Die Berater – Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft*, Transscript-Verlag, Bielefeld 2004

wie Autor der Schlüsselbeiträge des Buches. In der Einleitung spitzt er die zentralen Thesen des Sammelbandes zu: „Die Globalisierung hat keinen Namen, keine Adresse. Die Globalisierung können Sie nicht anrufen“. Mit diesem Zitat von Lothar Späth werde vorgespielt, die Globalisierung sei ein selbstlaufender objektiver historischer Sachzwang. Werner Rügemer

setzt dem die These entgegen, die Globalisierung habe Akteure, eine weltweit agierende internationale Klasse von Top-Managern, Analysten, Unternehmensberatern, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern, Wirtschaftsanwälten, Top-Journalisten, hoch Gebildete aus Elite-Universitäten und höchstbezahlte Profis. Rügemer nennt sie „die globale Privatarmee des neoliberalen Kapitalismus“.

Gemeinsames Ziel dieser in unterschiedlichen Rollen austauschbaren rund eine Million Personen ist die Durchsetzung des privatkapitalistischen Verwertungsprinzips in allen gesellschaftlichen und öffentlichen Feldern: Staaten, öffentliche Verwaltungen und Sozialsysteme bis hin zu Kultur und Religion. Der Türöffner ist die Unterwerfung dieser System unter ein rigides ökonomisches Effizienzprinzip, das diese Systeme ökonomisch rentabel und z.B. den Standort Deutschland global wettbewerbsfähig mache. Sind die Berater in diese Bereiche eingedrungen, ist ihr Rat immer der gleiche: Privatisierung, um sie einer einzelbetrieblichen Betrachtung zu unterwerfen, sowie Umwandlung der Nutznießer der gesellschaftlichen Systeme in Kunden. Es wundert nicht, dass besonders Deutschland mit seinen verfassungsgestützten, historisch gewachsenen und verwurzelten Konsens über den Sozialstaat als attraktiver Zukunftsmarkt gilt, wenn das neoliberale Prinzip des alles beherrschenden Marktes durchgesetzt ist. So weist Deutschland nach den USA bereits die größte Beraterdichte der Welt auf.

Die Thesen der Einleitung werden in sechs Abschnitten bearbeitet, die jeweils mehrere Beiträge umfassen. Zunächst wird im Abschnitt „Die Aussteiger“ in Selbstzeugnissen Einblick in das zerstörerische Binnenklima der weltweit präsenten Beratungskonzerne gegeben. Wer aufsteigen will, muss seine Flexibilität und Bedenkenlosigkeit auf jeder Karrierestufe nachweisen bis hin zur Bereitschaft zur Rechtsbeugung. Die Autoren belegen eindrucksvoll die dunklen Seiten des von Sennett beschriebenen Leitbilds des flexiblen Menschen.

Der zweite Abschnitt, „Wer sind die Berater“ gibt der neuen Klasse und ihrem Wirken in den Netzwerken der internationalen und nationalen Think Tanks Gesicht und Leben. Erhellend ist Anita Blasbergs Porträt der einflussreichsten Pharma-Lobbyistin in Deutschland, Cornelia Yzer. Der kritische Betrachter des deutschen Gesundheitssystems versteht nach der Lektüre dieses Beitrags, warum die Gesetzliche Krankenversicherung am Arzneimittelkonsum zu ersticken droht.

Die vier Schlussabschnitte analysieren das Vordringen der Berater und des neoliberalen Marktgedankens in die gesellschaftlichen Felder Bildung und Wissenschaft, Soziales und Kultur sowie die politischen Ebenen Kommunen, Länder und Europäische Kommissionen.

Bei aller Unterschiedlichkeit in der analytischen Schärfe und Tiefe der Einzelbeiträge geben sie einen eindrucksvollen Einblick in

die teilweise verdeckte Durchdringung der Institutionen und in deren Folge Veränderung der Ziele Gemeinwohl orientierter Institutionen und der damit einher gehenden schleichenden Entmachtung der dort arbeitenden leitenden Akteure. Der Einfluss der „Politikflüsterer“ reicht bis zu Vorbereitung und Begleitung der neoliberalen Politikreformen, die tendenziell immer häufiger in Expertenkommissionen ausformuliert werden. Die Elite der Berater ist hier in der Regel parteiübergreifend dabei. Zu erwähnen ist die allgegenwärtige Präsenz von Roland Berger.

Werner Rügemers Schlüsselbeiträge „Der Mythos der ökonomischen Effizienz – Berater als Akteure der Neoliberalisierung“ und „Beraten und verkauft: Die Kommunen“ geben dem Buch den Rahmen und die konkrete Substanz für eine noch nicht stringent ausformulierte kritische Theoriebildung, der die Durchdringungsfelder zusammenführt.

Die Effizienz, das heißt der sparsame, zweckgerichtete Einsatz von Ressourcen zur Erreichung eines bestimmten qualitativen Ziels, wird von den Beratern gegenüber dem Auftraggebern aus dem gemeinwohlorientierten Bereichen auf den betriebswirtschaftlichen Imperativ der Kostensenkung verengt. Es geht um die Reduzierung von Kosten und die Externalisierung der negativen Folgen der Kostensenkung. Bei diesem Prozess wirken Wirtschaftsprüfer, die mit ihren Testaten die geprüften Berichte gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit abschotten, Steuerberater, die privatisierte Teilbereiche des gemeinwohlorientierten Bereiche der kreativen Buchführung unterwerfen, Wirtschaftsanwälte, die den Rechtsrahmen zur Steigerung betriebswirtschaftlicher Steuervermeidungs- und Deregulierungsstrategien immer weiter dehnen mit den Unternehmensberatern, die Privatisierung als alternativen Weg aus der finanziellen Enge der beratenen Institutionen aufzeigen, im Sinne der neoliberalen Ideologie produktiv zusammen. Der Rat des Beratungsprozesses lautet immer gleich: alles, was profitabel ist, muss privatisiert werden, die bisherigen Empfänger gemeinwohlorientierter Leistungen müssen zu Kunden werden. Das betriebswirtschaftlich verengte Verständnis der Effizienz befördert die organisierte Berechnung weniger unter Inkaufnahme der Armut vieler und der weiteren finanziellen Austrocknung der öffentlichen Hände. Menschen gelten in diesem Prozess ausschließlich als Kostenfaktor.

Rügemer nennt diesen Prozess „die Verbetriebswirtschaftlichung der Gesellschaft und des Staates“, die in der Machtlosigkeit beider endet gegenüber der Herrschaft der Kennziffern, der Controllingberichte und der fetischisierten Politikformeln, die staatliche Reformen rechtfertigen. Wem fällt das nicht die Zauberformel der Privatisierung oder der Senkung der Lohnnebenkosten und Senkung der Steuern als Heilmittel gegen alle Übel der Welt ein.



Die Konkretisierung dieses Bedingungsrahmens leistet Rügemer in seinem Beitrag „Beraten und verkauft: die Kommunen“. Er führt vor Ort den Bürgerinnen und Bürgern die alltägliche Praxis des Neoliberalismus vor Augen. Er macht sichtbar, dass neoliberale Kommunalpolitik das eigene Lebensumfeld täglich nachprüfbar verändert. Neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die Gemeinden zum Sanierungsfall gemacht. Das eröffnet den Beratern den Zugang zu ihren Sanierungsstrategien: die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft werden der örtlichen Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger enteignet und den privaten Verwertungsprinzipien unterworfen. Das gilt für die Schwerpunktsetzung des Haushalts genau so wie für die Privatisierung der Güter der Daseinsvorsorge: Wasser, Energie, Mobilität, Gesundheit, Bildung und Wohnen. Die Berater entwickeln neue Instrumente für diesen Prozess: Cross-Border-Leasing, Public Private Partnership. Der Anhang des Buches und der Übersicht der Beraterbeiträge zeigen, dass die großen Beratungskonzerne wie McKinsey, BoozAllenHamilton, Boston Consulting Group aber auch die Bertelsmannstiftung ihre Hände nach in den Kommunen wirkende Projekte ausgestreckt haben. Zusammenfassend: das Buch ist für alle, die die Funktionsweise der neoliberalen Globalisierung verstehen wollen, ein hervorragender Informationsgeber. Es steht in einer Reihe mit Albrecht Müllers „Die Reformlüge“ als Buch, das für Linke Pflichtlektüre sein müsste. Es ist auch geeignet als Ausgangsbasis für den notwendigen Diskurs zur Entwicklung einer alternativen Politikberatung, die sich an den Zielsetzungen eines linken Politikmodells orientiert.

Horst Peter (Kassel)

Dynamik organisierter Beschäftigungsförderung

Ingo Bode, *Die Dynamik organisierter Beschäftigungsförderung, Eine qualitative Evaluation 2005*. 129 S. VS VERLAG, ISBN 3531144987, EUR 19,90

„Lesen bildet“ – behauptet Elke Heidenreich in ihrer monatlichen TV-Kolumne mit berechtigtem Anspruch! „Lesen macht Spaß“ – stelle ich ganz bewusst an den Anfang dieser Besprechung einer Untersuchung von Ingo Bode zur „Dynamik organisierter Beschäftigungsförderung“. Dr. Bode ist Privatdozent am Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen, was eine gewisse Erwartungshaltung fördert, die rasch aber einer gespannten Neugier wich.

Mehr als 50.000 Menschen in ca. 600 Beschäftigungsbetrieben sind in Deutschland professionell in diesem „Organisationsfeld“ tätig – aus meiner Wahrnehmung stets engagiert, meist kompetent, immer seltener auch ambitioniert, worauf noch einzugehen sein wird. Die hierbei beruflichen Qualifikationen sind bspw. handwerkliche Fachanleiter, Pädagogen, Sozialarbeiter, Kaufm. Fachpersonal, Betriebs- und Volkswirte, die zur nachhaltigen Qualifizierung und Integration von z. Zt. bundesweit rund 300.000 TeilnehmerInnen eingesetzt sind.

Der Verlag weist zur Vorstellung der Untersuchung von Dr. Bode zu Recht darauf hin, dass die organisierte Beschäftigungsförderung in wissenschaftlichen Foren vielfach als provisorisches und ineffektives Instrument zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit beschrieben wird und erst durch die Hartz IV-Reform in Zusammenhang mit der Einführung sog. 1-Euro-Jobs wieder ins Rampenlicht der politischen Öffentlichkeit gerückt ist. Bei seiner Untersuchung geht es Bode vor allem darum,

- Entwicklung und Formwandel dieses Organisationsfeldes zu rekonstruieren
- danach zu fragen, wie sich Beschäftigungsförderungsbetriebe vor dem Hintergrund dynamischer Rahmenbedingungen potentiell entwickeln
- welche Interventionsdynamik organisierte Beschäftigungsförderung unter den z.Z. bestehenden Handlungsvoraussetzungen auszeichnet und
- was dies für die Leistungsfähigkeit der in diesem Feld engagierten Einrichtungen bedeutet.

Neben einer sehr anschaulichen „Einleitung“ ist das Buch in vier Kapitel gegliedert, in denen die soziologisch dominierte Analyse zu Strukturen und Regulierungen, aber auch zu den Wirkungen organisierter Beschäftigungsförderungen (1. + 2. Kapitel) in vielen spannenden Details richtig herausgestellt werden. Besonders interessant wird es für den Betriebswirt und langjährigen Praktiker dennoch erst in Kapitel 3, wo der Autor „Die organisierte Beschäftigungsförderung und ihre

Leistungen – welche Potentiale, welche Probleme?“ unter die Soziologen-Lupe nimmt.

An vier trefflich analysierten und beschriebenen „Fallgeschichten“ demonstriert Dr. Bode nach jeweils einführenden Portraits dieser Organisationsprofile nicht nur deren Rekonstruktion der Organisationsentwicklung sondern auch eine Gesamtschätzung der in diesen vier Fällen zum Tragen kommenden Veränderungsdynamik. Dem folgt eine aufschlussreiche Interpretation der so beschriebenen „Organisationskarrieren“ und eine „evaluative Analyse“ der Leistungsfähigkeit von Beschäftigungsförderungsbetrieben, einschließlich eines kurzen, treffsicher gefassten Resumee's dort ermittelter „Defizitpotenziale“.

Den „evaluatorischen Ertrag“ aus dem 3. Kapitel seiner Untersuchung schildert Dr. Bode dann erfreulich konzentriert auf nur vier Seiten seines Buches, incl. eines informativen Schema's über die Zielstruktur von Beschäftigungsförderungsbetrieben.

Zahlreiche Beispiele für die eingangs erhobene Behauptung „Lesen macht Spaß“ finden sich als Fazit im vierten und letzten Kapitel des Bode-Buches „Potenziale und Grenzen organisierter Beschäftigungsförderung“. Hier werden nämlich auf wiederum (Applaus!!) nur achteinhalb Seiten nicht nur die „Leistungspotenziale organisierter Beschäftigungsförderung im Zeitalter des Managerialismus“ und ihrer Grenzen beschrieben, sondern auch die Perspektiven künftiger (sinnvoller) Evaluation organisierter Beschäftigungsförderung per Selbstverständnis, Struktur- und Prozederequalität bzw. der sie umgebenden politisch-zivilgesellschaftlichen Praxis. Einige Kernaussagen von Dr. Bode sind als Zitate wiedergegeben und sollen beim geeigneten Leser Appetit „auf Mehr“ auslösen:

„Die Steuerungskultur des Managerialismus befördert bei den Beschäftigungsbetrieben Neigungen, soziale Interventionen nur mehr als administrativ durchrationalisiertes Auftragsgeschäft zu organisieren, (S. 114, 2. Abs.)“.

„Dieser Energieverlust ist Begleitumstand einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Hinwendung der Träger zu einer starken betriebswirtschaftlichen Handlungsrationalität (S. 114, 3. Abs.)“.

„Dem entspricht im Alltagsmanagement ein (mehr oder weniger stark ausgeprägtes) Eingehen auf Kostenträgererwartungen am kurzfristig Zählbaren und an durchrationalisierten Dienstleistungen für den (für die meisten Klienten un erreichbaren) ersten Arbeitsmarkt sowie ein sukzessives Abrücken von einer Sozialbetreuung, Gemeinwesenorientierung und die Vision der Normalbeschäftigung verknüpfenden Integrationsprojekt. Die Verarmung der Interventionsdynamik scheint unabwendbar (S. 114, 3. Abs.)“.

„Die Fallstudien führen (aber auch) vor Augen, wie und warum Beschäftigungsförderungsbetriebe durch problemgerechte Kommunikationsstrukturen, durch ein flexibles Ressourcenmanagement und kreative Innovationsleistungen sowohl integrativ wirken als auch ihre das Organisationsfeld produktiv strukturierende Rolle im öffentlichen Raum teilweise bewahren können (S. 115, 1. Abs.)“.



„In dem Maße, wie das Organisationsfeld Beschäftigungsförderung zum „Billiglohnssektor“ mutiert, werden bestimmte politische und wirtschaftliche Akteure von Ihrer Integrationsverantwortung entlastet. Das aber gefährdet das Unterfangen, sozial Benachteiligte an durchschnittliche Lebensbedingungen heranzuführen und reizt weitere Ausgrenzungen von Leistungsschwächeren aus dem Bereich der Normalbeschäftigung an (S. 117, 2. Abs.)“.

„Insofern stellt organisierte Beschäftigungsförderung unter heutigen Bedingungen eine Gratwanderung dar. Und dennoch: Bis auf weiteres sind keine Alternativen in Sicht.... Es sind bis heute die noch in solchen Kontexten verankerten Kräfte, die am ehesten praktische und politische Akzente gegen den managerialistischen Umgang mit sozialer Exklusion setzen.... Solange die gegenwärtige Arbeitsgesellschaft ausgrenzende Minderheiten produziert, bedarf es organisierter Bemühungen zu deren menschenwürdigen Reintegration. Beschäftigungsförderungsbetriebe sind diesbezüglich ein Instrument, das zwar optimierungsbedürftig, aber letztlich alternativlos erscheint (S. 117/118)“.

Ein „Bravo“ dem Autor und aufrichtige Glückwünsche zu dieser durchaus positiv-kritischen, aber stets realistischen Beschreibung organisierter Beschäftigungsförderung – eine bemerkenswerte Pflichtlektüre für die dort Beschäftigten, aber auch für alle sozial engagierten Politiker in Bund, Land und Kommune.

Hanno Lützenkirchen (Leichlingen)

spw – seit mehr als 25 Jahren ... wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Prämie 1

ASTA der FH
Münster (Hrsg.)
Alle Reden vom
Wetter. Wir nicht.
Beiträge zur
Förderung der
kritischen Vernunft
2005 – ca. 220 S.
ca. EUR 15,90 – SFR
28,50
ISBN: 3-89691-603-3



Prämie 2

Ulrich Brand
Gegen Hege-
monie.
Bausteine für globali-
sierungskritische
Strategien
200 Seiten
EUR 15,50 – sFr 27,80
ISBN 3-89965-116-2



Prämie 3

Carsten Rösler
Medien-Wir-
kungen (Einstiege
Band 14)
2004 – 137 S.
Euro 15,30 – SFR 27,40
ISBN : 3-89691-687-4



+

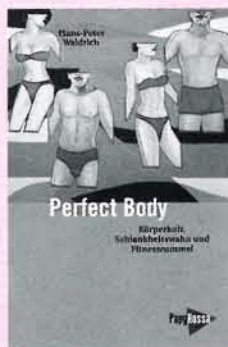
+

+

Stephan
Lessenich/
Andrea Nahles,
et. alt.
Den Sozialstaat
neu denken
Herausgegeben
von der Otto
Brenner Stiftung
160 Seiten
EUR 12,40 – SFR 22,50
ISBN 3-89965-14-6



Hans-Peter
Waldrich
Perfect Body
Marktwirtschaft
und Körperkult
Neue Kleine
Bibliothek 95
182 Seiten
EUR 12,50 – SFR 22,70
ISBN 3-89438-288-0



Christine Zunke
Das Subjekt der
Würde. Kritik der
deutschen Stamm-
zellendebatte
Hochschulschriften
52
134 Seiten
EUR 14,- – SFR 25,30
ISBN 3-89438-292-9



Abo unter www.spw.de oder per
eMail an spw-verlag@spw.de